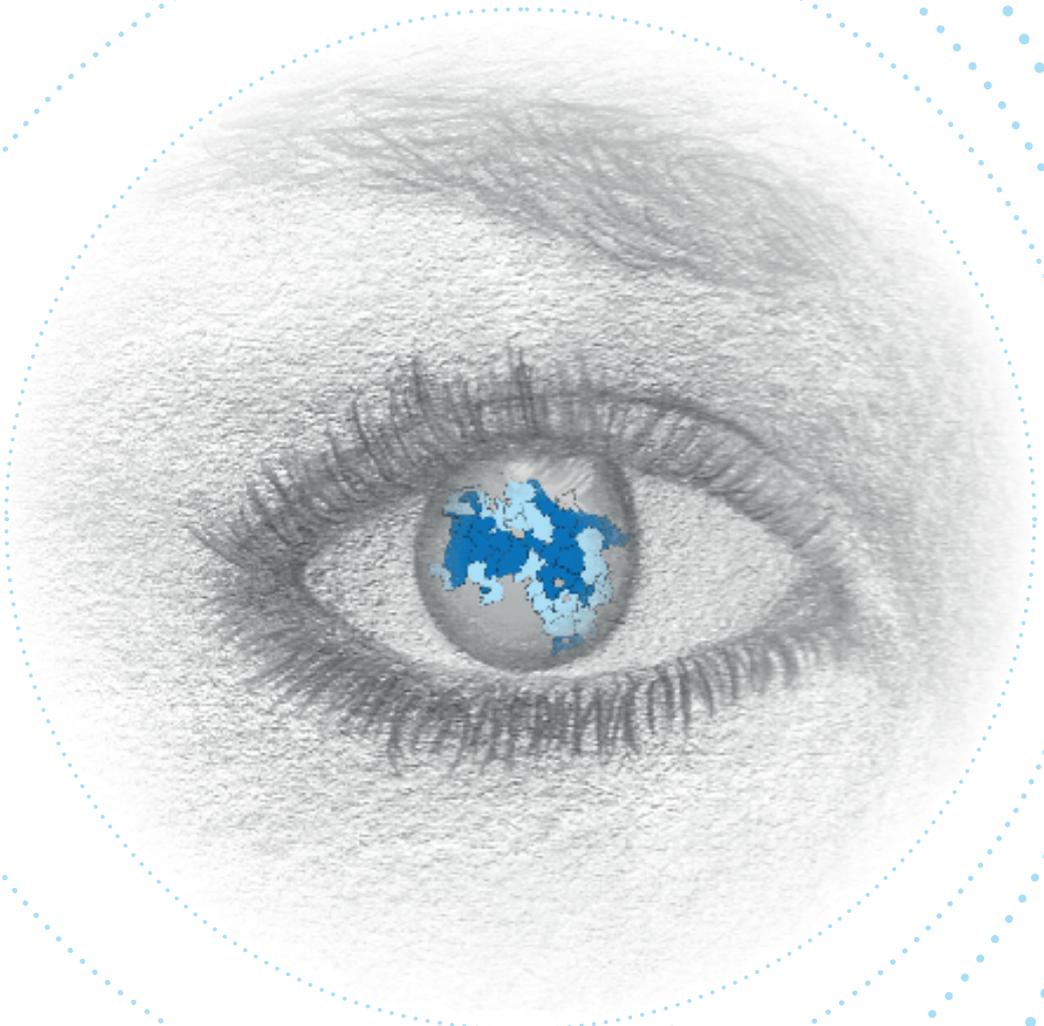




Niedersachsen-Monitor

Landesamt für Statistik
Niedersachsen



Ausgabe 2016



Niedersachsen

Zeichenerklärung

— = Nichts vorhanden	D = Durchschnitt
0 = Mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit	p = vorläufige Zahl
. = Zahlenwert unbekannt oder aus Geheimhaltungsgründen nicht veröffentlicht	r = berichtigte Zahl
X = Nachweis ist nicht sinnvoll, unmöglich, oder Fragestellung trifft nicht zu	s = geschätzte Zahl
... = Angabe fällt später an	dav. = davon. Mit diesem Wort wird die Aufgliederung einer Gesamtmasse in sämtliche Teilmassen eingeleitet
/ = Nicht veröffentlicht, weil nicht ausreichend genau oder nicht repräsentativ	dar. = darunter. Mit diesem Wort wird die Ausgliederung einzelner Teilmassen angekündigt
() = Aussagewert eingeschränkt, da Zahlenwert statistisch relativ unsicher	

Abänderungen bereits bekanntgegebener Zahlen beruhen auf nachträglichen Berichtigungen.
Abweichungen in den Summen sind in der Regel auf das Runden der Einzelpositionen zurückzuführen.

Soweit nicht anders vermerkt ist, wurden die Tabellen im Landesamt für Statistik Niedersachsen erarbeitet und gelten für das Gebiet des Landes Niedersachsen.

Information und Beratung

Auskünfte zu dieser Veröffentlichung unter:
arne.lehmann@statistik.niedersachsen.de
Tel.: 0511 9898 - 3145

Auskünfte aus allen Bereichen der amtlichen Statistik unter:
Tel.: 0511 9898 - 1132, 1134
Fax: 0511 9898 - 99 1134
E-Mail: auskunft@statistik.niedersachsen.de
Internet: www.statistik.niedersachsen.de

Herausgeber

Landesamt für Statistik Niedersachsen
Postfach 91 07 64
30427 Hannover

Preis: 9,00 €
Erscheinungsweise: jährlich
Erschienen im Dezember 2016
ISSN 1432-5756



PDF-Version und XLSX-Dateien (Tabellen) unter:
www.statistik.niedersachsen.de
> Veröffentlichungen
> Zusammenfassende Statistische Veröffentlichungen

© Landesamt für Statistik Niedersachsen, Hannover 2016.
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt

Texte und Abbildungen

Einführung.....	6
Die wichtigsten Ergebnisse	7
Bevölkerung.....	10
Familie und Beruf	13
Erwerbstätigkeit.....	16
Wirtschaft und Einkommen.....	21
Globalisierung.....	26
Finanzen	29
Schulische Qualifikation	33
Wissenschaft und Kultur	35
Umwelt und Energie	38
Soziales, Sicherheit.....	41
Gleichstellung von Frauen und Männern	44
Niedersachsen in Europa	47

Tabellen

Bevölkerung.....	52
Familie und Beruf.....	54
Erwerbstätigkeit.....	58
Wirtschaft und Einkommen.....	62
Globalisierung.....	69
Finanzen	72
Schulische Qualifikation	76
Wissenschaft und Kultur	78
Umwelt und Energie	82
Soziales, Sicherheit.....	86
Aktuelle Entwicklungen 2016	91
Niedersachsen in Europa	92

Texte und Abbildungen

Der *Niedersachsen-Monitor* trägt mittels systematischen Bund-Länder-Vergleichs sowie ausgewählter europäischer Daten zur Positionsbestimmung des Landes Niedersachsen bei. Er erscheint mit dieser Ausgabe zum 19. Mal. Dabei liegen ihm folgende methodische Prämissen und Gliederungsprinzipien zu Grunde:

1. Sämtliche der insgesamt 82 Tabellen basieren auf zu meist von der amtlichen Statistik erarbeiteten, öffentlich zugänglichen Informationen. Sie sind nach Sachgebieten geordnet und nach einer einheitlichen Systematik erstellt. Soweit möglich, handelt es sich um endgültige Ergebnisse.
2. Die 73 Ländertabellen enthalten hochverdichtete statistische Informationen für die 16 Länder der Bundesrepublik, Deutschland sowie Ost- und Westdeutschland. Unter „Ostdeutschland“ werden die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen verstanden. Die anderen zehn Länder werden als „Westdeutschland“ zusammengefasst.
3. Untersuchungsgegenstand ist stets das Land Niedersachsen. Die Daten der anderen Länder dienen im Wesentlichen der vergleichenden Darstellung und Untersuchung von Strukturen und Entwicklungen des Landes.
4. Die Entwicklung und Positionierung Niedersachsens wird überwiegend am Bundestrend gemessen und beurteilt. Die Werte für Niedersachsen und Deutschland werden in den Tabellen optisch hervorgehoben und durch Diagramme visualisiert.
5. Die Ländertabellen enthalten immer den aktuellsten für alle Länder vorliegenden Wert (in dieser Ausgabe meist 2015), das Vorjahresergebnis sowie einen Wert, der 5 Jahre zurückliegt. Dies ermöglicht einen kurz- und einen mittelfristigen Vergleich. Es wird davon abgewichen, sofern keine jährlichen Daten vorliegen oder methodische Brüche, die einen mittelfristigen Vergleich unmöglich machen.
6. Die absoluten Zahlen werden ergänzt durch Veränderungsraten, Quoten und Beziehungszahlen. Durch die Standardisierung der absoluten Werte mit diesen Indikatoren werden die Daten für die Länder und im Zeitablauf vergleichbar und erhalten einen Aussagewert. Bei Bezügen zur Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner wird – wenn nicht anders angegeben – der Stand vom 30. Juni des betrachteten Jahres zu Grunde gelegt.
7. Die Ländertabellen werden ergänzt durch 9 Tabellen, die Niedersachsen und seine Statistischen Regionen im Vergleich der Europäischen Union darstellen.

Gegenüber dem Vorjahr gibt es im Textteil 2 Erweiterungen, die die Statistiken anschaulicher und noch nachvollziehbarer bzw. transparenter gestalten sollen:

Anschaulicher sollen die beschriebenen Statistiken durch kleine Säulendiagramme werden. Sie zeigen neben dem Niedersachsenwert des jeweiligen Indikators den Bundesdurchschnitt und den höchsten sowie niedrigsten Wert aus dem Ländervergleich. So zeigt sich auf einen schnellen Blick, wo Niedersachsen im Bundesvergleich steht und wie sich dieser in der Spanne der Länder zusammensetzt.

Ein Infokasten verweist nun am Ende der Kapitel auf Quellen bzw. die Fundstellen für weiterführende Informationen. Es handelt sich dabei sowohl um Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes als auch des Verbundes der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder bis hin zu Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Union (Fachserien, die Datenbank Genesis, die Regionaldatenbank Deutschland etc.).

Darüber hinaus wird in vielen Fällen auch auf weiterführende Produkte des LSN mit tieferer Regionalisierung hingewiesen, wie Statistische Berichte, Tabellensammlungen und die LSN-Online-Regionaldatenbank sowie das im Auftrag der Staatskanzlei bereitgestellte Online-Regionalmonitoring Niedersachsen.

Weitere Quellen sind neben den Daten der Bundesagentur für Arbeit u. a. die Polizeiliche Kriminalstatistik des Bundesministeriums des Inneren, Daten des Deutschen Patent- und Markenamtes sowie des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.

Methodische Umstellungen gab es nach einer Revision im Frühjahr 2016 in der Grundsicherungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit bezüglich der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften. Deren Zahl vergrößerte sich gegenüber der Zahl vor der Revision. Personen in Bedarfsgemeinschaften, die vom Leistungsanspruch nach dem SGB II ausgeschlossen sind (wie Altersrentnerinnen und Altersrentner) und nicht in der Zählung sonstiger Leistungsberechtigter enthalten sind, wurden bisher zum größten Teil nicht als Personen in Bedarfsgemeinschaften gezählt (sowie u. a. Personen mit Anspruch auf ausschließlich Leistungen für Bildung und Teilhabe und Kinder ohne Leistungsanspruch).

Der Niedersachsen-Monitor 2016 entstand unter der redaktionellen Leitung von Arne Lehmann. Die Texte wurden erstellt von Sascha Ebigt, Franziska Große, Arne Lehmann, Uwe Mahnecke, Martin Rehm, Rita Skorka und Katja Tanneberger.

Über den hier gebotenen Bund-Länder-Vergleich hinaus stehen im thematisch gegliederten Internetangebot des LSN viele weitere Daten und Analysen für Niedersachsen bereit: <http://www.statistik.niedersachsen.de>.

Die wichtigsten Ergebnisse

Deutlicher Bevölkerungsanstieg durch Zuwanderung von Schutzsuchenden

Im Jahr 2015 wuchs die Bevölkerung Niedersachsens in einem so hohen Ausmaß, wie es das Land seit den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung nicht erlebt hat. Insgesamt nahm die Bevölkerung um rund 120 000 Personen durch den Zuzug aus dem Ausland und vor allem durch die Zuwanderung von Menschen aus den Ländern Syrien, Irak und Afghanistan zu. Darüber hinaus gab es nach wie vor eine hohe Nettozuwanderung aus den mittel- und (süd-)osteuropäischen Staaten. Der Bevölkerungsanteil der Ausländerinnen und Ausländer war jedoch weiterhin mit 8,0 % unterdurchschnittlich hoch (Westdeutschland: 11,5 %).

Zwar gab es bei den Geburten wie schon im Vorjahr ein Plus. Dieses fiel allerdings nicht nur insgesamt kleiner aus, sondern war auch niedriger als im Bundesdurchschnitt. Es ist jedoch bei der natürlichen Bevölkerungsbewegung, die die Geburten und die Gestorbenen umfasst, auch nicht zu erwarten, dass sich die seit Jahrzehnten zu beobachtende Entwicklung kurzfristig umkehren wird. Für das vergangene Jahr ist vielmehr eine Verfestigung zu beobachten: Es wurden auch weiterhin weniger Menschen geboren als gestorben sind.

Ohne die vielen Zuzüge – insbesondere aus dem Ausland – wäre Niedersachsens Bevölkerungszahl um rund 25 000 Menschen gesunken und nicht um den Umfang einer Großstadt mit einem Plus von knapp 100 000 Personen (1,3 %) auf gut 7,9 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner gewachsen. Auch der leichte Anstieg der Geburtenziffer (Geburten je Frau) ist nicht ausreichend für den (zahlenmäßigen) Erhalt der Elterngeneration.

Insgesamt hält der jährliche Bevölkerungszuwachs seit dem Jahr 2012 jedoch aufgrund der Nettozuwanderung an.

Familie und Beruf: Gemischtes Bild

Bei der Kleinkinderbetreuung ist ein gebremster Ausbau zu beobachten, die Steigerungen der Betreuungsquoten bewegten sich nur noch im Dezimalstellenbereich. Dieser Trend darf jedoch nicht mit einer „Sättigung des Marktes“ gleichgesetzt werden, wie die zum Teil viel höheren Quoten in den anderen Ländern zeigen.

Den Personalschlüssel als Qualitätsindikator hinzuziehend, kann jedoch gleichzeitig festgehalten werden, dass es, wie im Bundestrend auch, einen langsamen Qualitätszuwachs bei der Kindertagesbetreuung der unter 3-Jährigen gibt.

Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verzichten zunehmend immer mehr Väter wenigstens für durchschnittlich 3 Monate auf die Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit unter Inanspruchnahme von Elterngeld (Anteil an allen Be-

ziehenden: 24,8 %), um sich mehr oder voll auf die Familie konzentrieren zu können.

Gleichzeitig stieg die Zahl der Teilzeittätigen, insbesondere der Frauen. Dies kann auch Ausdruck für die wachsende Vereinbarkeit von Familie und Beruf sein, wenn diese Form der Erwerbstätigkeit freiwillig gewählt wird und dazu verhilft, überhaupt einer Erwerbstätigkeit als (zweiter) Elternteil nachgehen zu können.

Bei den Formen des Zusammenlebens zeigte sich 2015 ebenfalls ein differenziertes Bild. Zum einen stieg die Zahl der Alleinerziehenden deutlich um 4,8 % an (Bund: +1,0 %), eine Gruppe, die mehr als andere von sozialen Unsicherheiten betroffen ist. Zum anderen nahm die Zahl der Eheschließungen erneut zu, und zwar wie im Bundesdurchschnitt um 3,7 %. Gleichzeitig stieg die Zahl der Ehescheidungen um 2,7 % an, hier gegen den Bundestrend (-1,7 %).

Arbeitsmarkt: Positive Entwicklung leicht über dem Bundesdurchschnitt

Die positive konjunkturelle Entwicklung schlug sich 2015 auch auf dem niedersächsischen Arbeitsmarkt nieder. Die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Niedersachsen stieg um 0,8 % auf ein Rekordhoch von knapp 4 Millionen.

Einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gingen rund 2,8 Mio. Frauen und Männer nach, das waren 2,3 % mehr als noch im Vorjahr und damit ein über dem Bundesdurchschnitt (+2,0 %) liegender Anstieg. Erneut nahm auch die Zahl der hochqualifizierten Erwerbstätigen stärker als die Zahl aller Erwerbstätigen zu.

Parallel zum Beschäftigungszuwachs sank die Zahl der Arbeitslosen, sodass auch die Arbeitslosenquote um 0,4 Prozentpunkte auf 6,1 % abnahm (Deutschland: 6,4 %).

Die Statistiken der Bundesagentur für Arbeit zeigen jedoch auch, dass es einen Anstieg der Zahl und Quote der Arbeitslosen mit ausländischen Staatsangehörigkeiten gab, der aber durch den stärkeren Rückgang bei den deutschen Staatsangehörigen mehr als kompensiert wurde. Nicht berücksichtigt in der Arbeitslosenstatistik sind dabei die meisten der im Jahr 2015 zugewanderten Asyl- bzw. Schutzsuchenden, die noch nicht als arbeitslos geführt wurden.

Die Arbeitslosenquote der Ausländerinnen und Ausländer stieg 2015 im Vergleich zum Vorjahr um einen halben Prozentpunkt auf 17,2 % in Niedersachsen an, während sie bei den deutschen Staatsangehörigen um 0,4 Prozentpunkte auf 5,4 % sank: Ein Zeichen dafür, dass die Integration von Ausländerinnen und Ausländern in den Arbeitsmarkt immer noch vor großen Herausforderungen steht. In Deutschland insgesamt ist die Situation dabei etwas günstiger (Quote Deutsche: 5,6 %; Ausländerinnen und Ausländer: 14,6 %).

Starkes Wirtschaftswachstum

Die gesamtwirtschaftliche Leistung Niedersachsens wuchs gemessen am Bruttoinlandsprodukt (+2,1 %) stärker als im Bundesdurchschnitt (+1,7 %). Insbesondere das Wachstum im Produzierenden Gewerbe war für den überdurchschnittlich hohen Anstieg verantwortlich. Gleichzeitig stiegen die Bruttojahresverdienste der Vollzeitbeschäftigten abermals an (+2,2 %), während in Deutschland insgesamt das Plus 2,5 % betrug.

Von den Verdienststeigerungen profitierten die Frauen 2015 stärker als die Männer, so dass auch der Verdienstsunterschied zwischen den Geschlechtern um 1 Prozentpunkt auf 21 % zurückging.

Die gute wirtschaftliche Lage hatte zudem auch einen Einfluss auf die Zahl der Unternehmensinsolvenzen, die im Vergleich zum Vorjahr um 15,2 % zurückging, im Bundesdurchschnitt betrug der Rückgang hingegen nur 4,0 %.

Auch der Staat konnte durch steigende Steuereinnahmen profitieren, wobei Niedersachsen mit einem Plus von 7,6 % deutlich über dem Durchschnitt aller Länder lag (6,4 %). Entsprechend stiegen auch die Ausgaben des Landes (einschließlich der Kommunen) 2015 um 3,7 % (Bund: +3,6 %).

Umwelt: Mehr Abfälle und gestiegene CO₂-Emissionen

Insgesamt produzierte Niedersachsen 2014 mit rd. 4,1 Millionen Tonnen Haushaltsabfällen 4,3 % mehr als im Vorjahr und lag damit über dem bundesdurchschnittlichen Zuwachs von 2,5 %. Die Abfallmenge je Einwohnerin bzw. Einwohner stieg dabei ebenfalls an, in Niedersachsen auf 522 kg (Bund: 464 kg). Grund hierfür ist vor allem die große Menge von Bioabfällen sowie die überdurchschnittlich hohe Erfassung an Wertstoffen.

Der Anteil erneuerbarer Energien erhöhte sich zwar im Fünfjahresvergleich von 2008 zu 2013, gegenüber dem Vorjahr sank er jedoch um 0,1 Prozentpunkt auf 14,6 %. Grund dafür war hauptsächlich der Anstieg bei den konventionellen Energieträgern und deren Preis auf den Märkten.

Darüber hinaus stiegen die CO₂-Emissionen 2013 im Vergleich zum Vorjahr um rund 1,5 % (900 000 t), mittelfristig gab es einen Rückgang um 5,7 %.

Armutsgefährdungsquote gestiegen – Ausländerinnen und Ausländer besonders betroffen

Die Armutsgefährdungsquote stieg 2015 auf einen Höchstwert von 15,9 % an (Bund: 15,7 %), wobei dies der Entwicklung in fast allen Ländern entsprach. Bei den Bevölkerungsgruppen, die ohnehin überdurchschnittlich stark von Armut, gemessen an der Einkommensverteilung, betroffen sind, stieg die Gefährdung zudem auch überdurchschnittlich an. Eines zeigte sich jedoch deutlich: Während bei Menschen ohne Migrationshintergrund der Anteil der Ar-

mutsgefährdeten auf dem Niveau des Vorjahres lag (12,7 % nach 12,6 % im Jahr 2014), stieg das Risiko bei Menschen mit Migrationshintergrund merklich binnen eines Jahres um 2,5 Prozentpunkte an. Noch deutlicher ist der Unterschied bei deutschen Staatsangehörigen gegenüber den ausländischen Staatsangehörigen: Bei Letzteren stieg die Quote um fast 4 Prozentpunkte auf 40,5 %, bei den Deutschen betrug die Quote 14,0 % (+0,2 Prozentpunkte). So war der Anstieg der Armutsgefährdungsquote fast gänzlich auf die Zuwächse bei Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit zurückzuführen. Hier schlägt sich die hohe Zuwanderung der letzten Jahre besonders nieder. Bei den jüngst Zugewanderten bzw. Asylsuchenden handelt es sich zumeist um Menschen, die erst noch in den Arbeitsmarkt integriert werden müssen. Sie sind jünger als der Durchschnitt und verfügen nicht über eine erforderliche Ausbildung und oftmals die nötigen Sprachkenntnisse, um sofort auf dem deutschen Arbeitsmarkt Fuß fassen zu können, der immer mehr nach qualifizierten Fachkräften verlangt.

Bei der bekämpften Armut gab es demgegenüber nur auf den ersten Blick kaum Veränderungen: Die Zahl der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften (sog. Hartz IV-Haushalte) blieb 2015 in Niedersachsen in etwa auf dem Niveau des Vorjahres bei rund 586 000. Die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen ist jedoch schon 2014 angestiegen (neuere Daten lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor): zwar nur um 0,1 Prozentpunkte auf eine Quote von 9,3 %, insbesondere gab es dabei aber einen Anstieg um die Hälfte bei der Anzahl der Asylbewerberleistungsbeziehenden. Für 2015 stieg deren Zahl abermals, und zwar um rund 177 % auf 101 000 Empfängerinnen und Empfänger.

Ebenfalls direkt beeinflusst von der Zahl der Schutzsuchenden ist die Statistik der vorläufigen Schutzmaßnahmen von Kindern und Jugendlichen, die eine Steigerungsrate für 2015 von rund 50 % aufwies. Grund hierfür war zum größten Teil die Vielzahl der nach Deutschland eingereisten, unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländer. Ihre Zahl versiebenfachte sich gegenüber dem Vorjahr auf 2 500.

Anstieg bei der Schulbildung

Im Bereich Bildung ist weiterhin eine Entwicklung zu höheren Abschlüssen (Abiturientenquote: 37,6 %; Bund: 41,0 %; Studienberechtigtenquote: 53,1 %; Bund: 52,8 %) zu beobachten, bei gleichzeitigem Rückgang der Abgängerinnen und Abgänger ohne Hauptschulabschluss. Bei letzterem Indikator gehörte Niedersachsen zu den Ländern mit den niedrigsten Quoten (4,9 %). Im Jahresvergleich ist dagegen der Anteil der „frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger“ um 0,4 Prozentpunkte auf 11 % gestiegen (Bund: 10,1 %, +0,6 Prozentpunkte).

Aktuelle Entwicklungen 2016

Die schon 2015 beobachteten Entwicklungen in der Wirtschaft, auf dem Arbeitsmarkt und im Bereich Soziales ha-

ben sich auch in den ersten Monaten des Jahres 2016 fortgesetzt (Tab. 73).

Die gute konjunkturelle Lage hielt an, wenn auch in Niedersachsen mit einer BIP-Veränderung des 1. Halbjahres von +1,7 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum etwas weniger stark als in Deutschland insgesamt (+2,3 %). Das Baugewerbe, der Einzelhandel und die Umsatzentwicklung bei den Herstellern von Metallerzeugnissen und im Maschinenbau waren dabei die treibenden Kräfte.

Auch die Zahl der Erwerbstätigen stieg im Vergleich des ersten Vierteljahres 2015 zu 2016 weiter an, und zwar um 1,3 % auf rund 4 Mio. (Bundesdurchschnitt ebenfalls +1,3 %).

So sank auch bis zum Juni 2016 die Arbeitslosenquote im Vergleich zum Vorjahresmonat um 0,1 Prozentpunkte auf 5,8 % bei einem Deutschlandwert von 5,9 %.

Die SGB II-Quote sank im April 2016 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 0,2 Prozentpunkte auf 9,5 %.

Die vielen Zuzüge aus dem Ausland und darunter vor allem die der Asylsuchenden haben sich in den Eckzahlen

der Sozial- und Arbeitsmarktdaten auf den ersten Blick im Jahr 2015 nicht bemerkbar gemacht. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich dann allerdings doch deutlich, dass Deutsche bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben als Ausländerinnen und Ausländer. Dies war in der Vergangenheit auch schon so, jedoch haben sich die Unterschiede erhöht. Neben der meist prekären Lage, in der sich vor allem die geflüchteten Menschen befinden, sind eine unzureichende Qualifizierung und Sprachprobleme zusätzlich hinderlich bei der Integration in den Arbeitsmarkt. Die gute Entwicklung bei den deutschen (potenziellen) Erwerbstätigen konnte 2015 noch die gegenläufigen Entwicklungen bei den Ausländerinnen und Ausländern kompensieren. Ob dies schließlich auch für die Ganzjahreszahlen 2016 aufgrund der günstigen konjunkturellen Entwicklung der Fall sein wird, ist nicht sicher voraus zu sagen, da die neu nach Niedersachsen Zugezogenen zum großen Teil erst für den Arbeitsmarkt qualifiziert werden müssen.

Grundsätzlich ist die Ausgangslage am Arbeitsmarkt für die Integration der Zugewanderten, die die Wirtschaft, Politik und Gesellschaft langfristig beschäftigen wird, nach den vorliegenden Zahlen für 2015 und 2016 relativ gut.

Deutlicher Anstieg der Bevölkerungszahl durch Zuwanderung von Schutzsuchenden

Die Bevölkerungszahl Niedersachsens erhöhte sich 2015 im Vergleich zum Vorjahr um knapp 100 000 Personen bzw. um 1,3 % auf 7 926 599 Einwohnerinnen und Einwohner (Tab. 1). Zuletzt gab es solch hohe Zunahmen in den ersten Jahren nach dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989.

Dabei stieg in sämtlichen Ländern die Bevölkerungszahl zwischen 0,4 % in Sachsen-Anhalt und 1,5 % in Baden-Württemberg an. Nordrhein-Westfalen hatte absolut gesehen mit einem Plus von über einer Viertelmillion Menschen den stärksten Zuwachs zu verzeichnen. Insgesamt lebten im Jahr 2015 in Deutschland rd. 82,2 Mio. Menschen – beinahe 1 Million mehr (+1,2 %) als 2014.

Grund für die rasante Entwicklung war in allen Ländern die hohe Zahl von Asylbegehrenden sowie generell die Auslandszuwanderung. Allerdings stieg auch erneut die Zahl der Geburten. Es starben jedoch weiterhin mehr Menschen als geboren wurden.

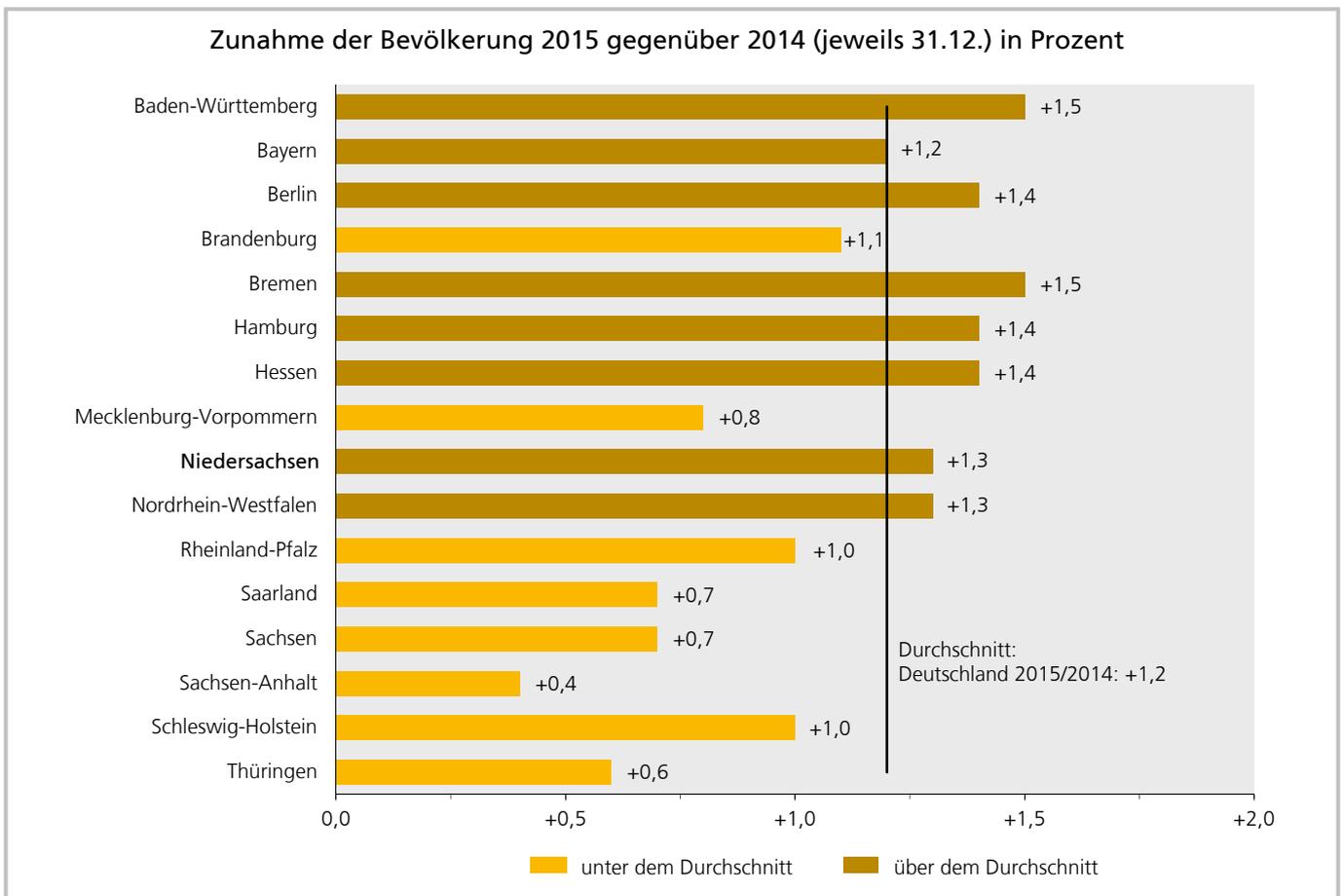
Im Vergleich zum Jahr 2010 blieb die Bevölkerungszahl in Niedersachsen in etwa gleich. Allerdings unterliegt dieser mittelfristige Vergleich aufgrund der unterschiedlichen Berechnungsgrundlagen des Bevölkerungsbestandes Ein-

schränkungen: Seit 2011 wird die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner auf Grundlage der Ergebnisse des Zensus 2011 fortgeschrieben, und die zuvor gültigen Fortschreibungsergebnisse wurden nach unten korrigiert. Im Vergleich zu 2011 stieg die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner Niedersachsens um 2,0 % (bundesweit: +2,3 %).

Unterdurchschnittlicher Anstieg bei den Geburten

Die Geburtenzahl stieg 2015 in Niedersachsen wie schon in den vergangenen 3 Jahren an, allerdings weniger stark als noch 2014. Mit 67 183 Geburten erblickten genau 777 Mädchen und Jungen mehr als im Vorjahr die Welt. Der Zuwachs lag mit 1,2 % jedoch deutlich unter der bundesdurchschnittlichen Veränderungsrate von +3,2 %. Die höchsten Anstiege verzeichneten Baden-Württemberg und Bremen mit 4,9 % bzw. 4,8 %. Nur in Brandenburg ging die Zahl der Geburten zurück (-1,2 %).

Im mittelfristigen Vergleich zu 2010 stiegen die Geburtenzahlen in vielen Ländern um zweistellige Raten, in Bremen lag die Rate mit +16,3 % am höchsten. Niedersachsen wies auch in diesem Zeitraum eine unterdurchschnittliche Steigerung von 6,4 % auf (Bundesdurchschnitt: +8,8 %). Einzig in Mecklenburg-Vorpommern wurden etwas weniger Kinder geboren als noch 2010.



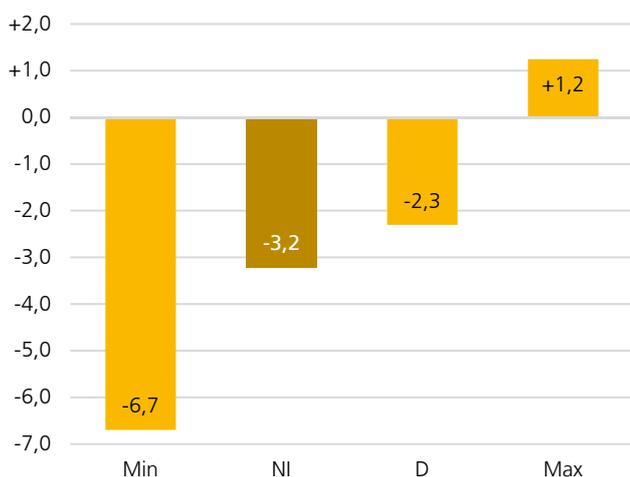
Die relative Geburtenhäufigkeit blieb in Niedersachsen 2015 im Vergleich zu 2014 auf demselben Niveau: Auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen 85 Lebendgeborene, 5 Jahre zuvor waren es noch 5 weniger. Deutschlandweit lag der Wert 2015 bei 91, ein Zuwachs von 3 gegenüber dem Vorjahr. In Hamburg (112) und Berlin (109) gab es gemessen an der jeweiligen Einwohnerzahl die höchsten Geburtenzahlen.

Auch die zusammengefasste altersspezifische Geburtenziffer – sie stellt das Verhältnis der Geborenen zu der Anzahl der Frauen im Alter von 15 bis unter 50 Jahren dar – ist seit 2011 in Niedersachsen von 1,42 auf 1,52 Kinder je Frau gestiegen. Der für den zahlenmäßigen Erhalt der Elterngeneration notwendige Wert beträgt jedoch 2,1.

Die leichte Steigerung der Geburten in Niedersachsen änderte nichts an dem negativen Verhältnis zur Zahl der Gestorbenen. Durch den Anstieg bei den Gestorbenen um rund 5 000 Personen vergrößerte sich dieses Verhältnis 2015 sogar, so dass 25 000 mehr Menschen starben als geboren wurden. Würde also nur die natürliche und nicht auch die räumliche Bevölkerungsbewegung betrachtet werden, wäre Niedersachsens Einwohnerzahl abermals um diese Zahl gesunken (-0,3 %).

Auf 8 Geborene kamen 11 Gestorbene. Je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner betrug der Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung -3,2. Das war der dritthöchste Saldo unter den westdeutschen Ländern, der Bundesdurchschnitt betrug -2,3. Nur Berlin und Hamburg (+1,1 und +1,2) hatten, wie schon in den Jahren zuvor, mehr Geburten als Sterbefälle zu verzeichnen.

Geburten-/Sterbesaldo Lebendgeborener je 1 000 Einwohner/-innen 2015 – Anzahl –

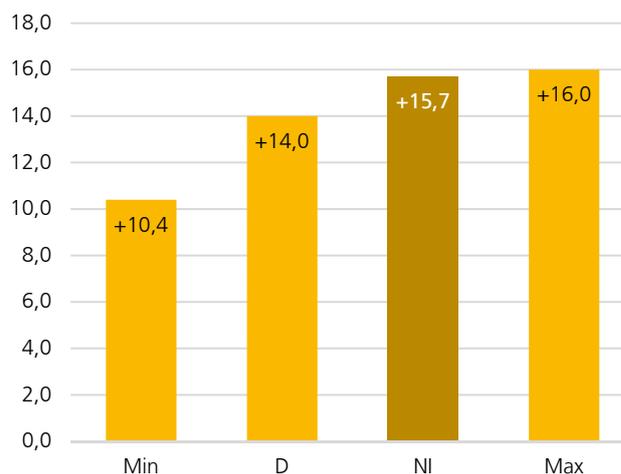


Deutlich mehr Zuzüge als Fortzüge

Im Jahr 2015 zogen rund 333 000 Menschen nach Niedersachsen, während etwa 209 000 das Land verließen. Betrachtet werden an dieser Stelle alle Zu- und Fortzüge über die Landes- und Bundesgrenze. Beinahe zwei Drittel (62,1 %) der Zugezogenen kamen direkt aus dem Ausland.

Insgesamt hatte Niedersachsen damit einen Wanderungssaldo von rund 123 000 Personen, eine Steigerung um deutlich mehr als das Doppelte gegenüber dem Vorjahr (2014: +54 000 Personen) (Tab. 3). Er speiste sich abermals fast vollends durch den Zuzug aus dem Ausland (siehe hierzu Kapitel Globalisierung und Tab. 37). Der Wanderungsgewinn je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner stieg damit ebenfalls auf mehr als das Doppelte von 7,0 auf 15,7 an und war nach Baden-Württemberg der zweithöchste unter den Ländern. Der Bundeswert stieg von 6,8 auf 14,0.

Wanderungssaldo je 1 000 Einwohner/-innen 2015 – Anzahl –



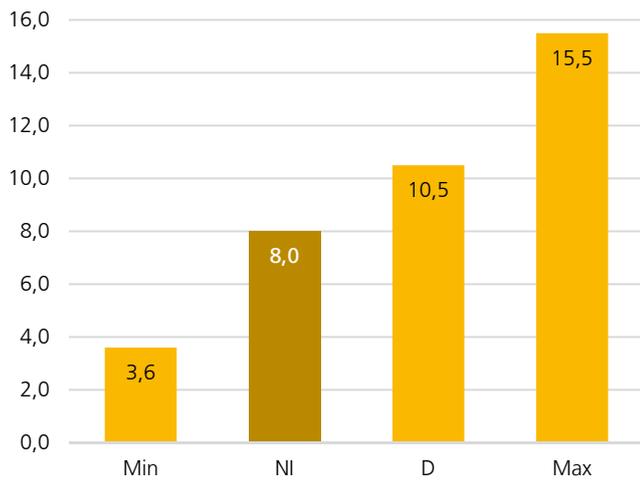
Anteil der über 65-Jährigen im Bundesdurchschnitt

Eine für die Beurteilung der demographischen Entwicklung wichtige Kennziffer ist der Anteil der Menschen in der Altersgruppe 65+ an der Gesamtbevölkerung (Tab 1). In Niedersachsen liegt ihr Anteil seit mehreren Jahren bei über einem Fünftel mit steigender Tendenz. Durch den Zuzug vieler Menschen in den unteren Altersgruppen konnte der Trend zur älter werdenden Gesellschaft höchstens vorübergehend verlangsamt werden. Im Jahr 2015 waren – wie auch schon 2014 – in Niedersachsen rund 21,4 % der Bevölkerung 65 Jahre oder älter. Der deutschlandweite Wert lag mit 21,1 % leicht darunter. Hamburg war nach dieser Relation mit 18,7 % das „jüngste“ Land, Sachsen und Sachsen-Anhalt waren die „ältesten“ Länder. Bei Letzteren hatte bereits ein Viertel der Einwohnerinnen und Einwohner ein Alter von 65 Jahren und älter erreicht.

Anteil der Ausländerinnen und Ausländer trotz Zuwanderung unterdurchschnittlich hoch

In Niedersachsen lebten 2015 laut Bevölkerungsfortschreibung rund 632 186 Ausländerinnen und Ausländer, das entsprach 8,0 % der Gesamtbevölkerung (am 31.12.). Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl um rund ein Fünftel und der Anteil um 1,3 Prozentpunkte an. Grund für den enorm hohen Anstieg war die Zuwanderung der Schutzsuchenden. Unter den westdeutschen Ländern (11,5 %) hatte nur Schleswig-Holstein einen niedrigeren Wert als

Anteil der Ausländer/-innen an der Bevölkerung 2015 – Prozent –



Niedersachsen. In den Stadtstaaten waren die Anteile am höchsten. Hier besaß jede bzw. jeder Siebte bis Sechste keine deutsche Staatsangehörigkeit. In Thüringen hatte nur jede bzw. jeder 26. eine ausländische Staatsangehörigkeit (3,8 %). Der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer nahm in allen Ländern zu, bundesweit von 9,3 % auf 10,5 %. Dies ist auch mit der gesetzlich festgelegten an-

teiligen Verteilung von Asylsuchenden auf die Länder nach dem Königsteiner Schlüssel zu erklären. Er bemisst sich zu zwei Dritteln nach dem Steueraufkommen und zu einem Drittel nach der Bevölkerungszahl: Wo viele Menschen leben, werden auch viele Asylsuchende untergebracht. Für Niedersachsen betrug 2015 die Aufnahmequote rund 9,4 %. Das System zur Erstverteilung von Asylbegehrenden (EASY) des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zählt für Niedersachsen 102 231 registrierte Personen. Bei den EASY-Zahlen schließt das Bundesamt jedoch Fehlund Doppelerfassungen wegen damals noch fehlender erkennungsdienstlicher Behandlung und der fehlenden Erfassung persönlicher Daten nicht aus.

Weitere Informationen u. a.:

zu den Bevölkerungszahlen, Geburten- und Sterbefällen sowie zu den Zu- und Fortzügen: [LSN-Onlinedatenbank](#): Bevölkerungsfortschreibung (100), Natürliche Bevölkerungsbewegung (110) und Wanderungsstatistik (120). [Im Regionalmonitoring Niedersachsen](#) unter Bevölkerung. In [GENESIS-Online](#): Statistiken 124, 126 und 127

zu Ausländerinnen und Ausländern aus dem Ausländerzentralregister: [LSN-Onlinedatenbank](#): Ausländerzentralregister (105)

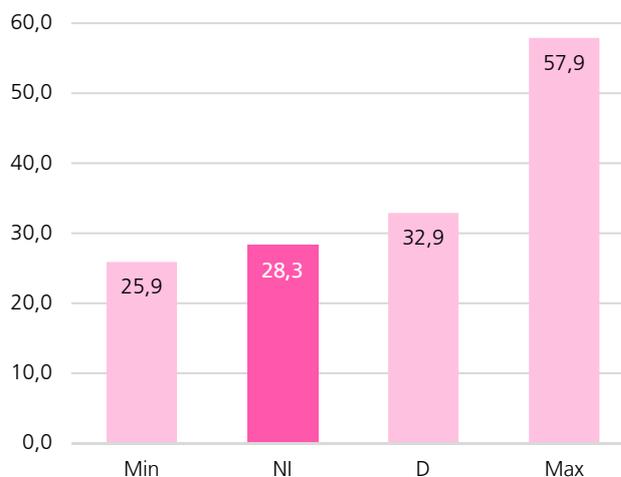
Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurden in den letzten Jahren eine Reihe staatlicher Maßnahmen getroffen, die insbesondere auf die frühkindliche Betreuung abzielen. Dabei handelt es sich unter anderem um den seit 2013 bestehenden gesetzlichen Anspruch auf die Kinderbetreuung von 1- bis unter 3-Jährigen oder die Einführung der Elternzeit und des Elterngeldes. Letzteres entspricht bei Erwerbstätigen etwa zwei Drittel des Nettogehaltes (Tab. 6 und 8) und kann für bis zu 14 Monate bezogen werden. Eine Aussage zu den genannten Maßnahmen kann mittels der entsprechenden Statistiken getroffen werden. Außerdem kann die Betrachtung der Zahlen der in Teilzeit Erwerbstätigen (Tab. 9) Hinweise auf die Flexibilität des Arbeitsmarktes geben, inwieweit es überwiegend Müttern aber auch Vätern ermöglicht wird, einer bezahlten Beschäftigung nachzugehen und somit Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Allerdings wünschen sich einige Mütter bzw. Väter nicht nur ein Teilzeit-, sondern ein Vollzeitverhältnis. Hierfür ist in der Regel jedoch auch eine entsprechende Ganztagsbetreuung der Kinder nötig (Tab. 6 und 7). Der gesetzliche Mindestanspruch auf Kinderbetreuung in Kindertagesstätten umfasst 4 Stunden täglich. Die örtlichen Träger und Gemeinden haben jedoch daraufhinzuwirken, bedarfsgerecht ein Ganztagsbetreuungsangebot bzw. von mindestens 6 Stunden täglich anzubieten (Nds. Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (KiTaG) §8 Abs. 2).

Neben den genannten Aspekten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird im Folgenden auch auf das Heirats- und Scheidungsverhalten (Tab. 4 und 5) sowie auf die Zahl der Alleinerziehenden (Tab. 10) eingegangen. Letztere sind in der Regel noch mehr als andere auf flexible Arbeitszeitmodelle und außerfamiliäre Kinderbetreuung angewiesen.

Kinderbetreuung: Aufwärtstrend der Betreuungsquoten gebremst – Personalschlüssel verbessert

In Niedersachsen wurden 2015 insgesamt 55 318 Kinder unter 3 Jahren zum Stichtag 1. März in einer öffentlich geförderten Kindertageseinrichtung bzw. öffentlich geförderter Tagespflege betreut. Die Betreuungsquote, gemessen an allen gleichaltrigen Mädchen und Jungen, lag damit bei 28,3 %, d. h. unter dem bundesweit schon für das Jahr 2013 ermittelten Durchschnittsbedarf von 35 %. Der Anstieg um 0,4 Prozentpunkte fiel deutlich geringer aus als noch in den Vorjahren. Zudem vergrößerte sich der Abstand zum Bundesdurchschnitt von 32,9 % wieder etwas (Tab. 6). In einigen ostdeutschen Ländern sanken die Quoten sogar leicht, lagen jedoch auf einem viel höheren Niveau von 50 % und mehr. Insgesamt scheint der jahrelange Aufwärtstrend gebremst. Dies kann (auch regional unterschiedlich) entweder auf eine Angebotssättigung zurückzuführen oder Ausdruck eines stockenden Ausbaus der Betreuungsplätze sein. Gegenüber 2010 stieg die Zahl der betreuten Kinder in Niedersachsen um 81,2 %, gegenüber dem Vorjahr waren es +4,7 %. Deutschlandweit

Kindertagesbetreuung von unter 3-Jährigen 2015
– Prozent –



waren es +47,4 % bzw. +4,9 %. Niedersachsen weist damit mittelfristig zwar die zweithöchste Steigerungsrate auf, allerdings muss dabei berücksichtigt werden, dass das Land 2010 hinter Nordrhein-Westfalen nur die zweitniedrigste Betreuungsquote vorzuweisen hatte.

Die Quote der ganztags betreuten unter 3-Jährigen war auch im Vergleich der westdeutschen Länder (12,8 %; Deutschland gesamt: 18,1 %) 2015 in Niedersachsen weiterhin unterdurchschnittlich. Jedes neunte Kind (11,0 %) von allen Kindern unter 3 Jahren wurde mehr als 7 Stunden betreut. In Hamburg und im Saarland waren die Quoten mit 22,7 % und 22,1 % am höchsten, in Bayern mit 10,1 % am niedrigsten. In Ostdeutschland reichte die Spanne von 30,1 % (Berlin) bis 47,7 % (Thüringen).

Als Qualitätsindikator für die Kinderbetreuung kann der Personalschlüssel herangezogen werden, der das zahlenmäßige Verhältnis zwischen betreuten Kindern und pädagogischem Personal angibt. Empfohlen wird bei den unter 3-Jährigen ein Verhältnis von 3:1, also ein Personalschlüssel von 3,0. In Niedersachsen betrug dieser 4,0 im Jahr 2015, er hat sich damit in den beiden vorangegangenen Jahren um jeweils 0,1 verbessert. Bundesweit war die Relation mit 4,3 (2014; 4,4) etwas schlechter. In sechs Ländern verbesserte sich der Personalschlüssel leicht gegenüber 2014, und zwar jeweils um 0,1. Nur in Rheinland-Pfalz war er um 0,1 niedriger als im Vorjahr. Weiterhin waren insbesondere dort die Betreuungsrelationen besser, wo wiederum die Betreuungsquoten niedriger ausfielen. Das kann an unterschiedlichen kommunalen Vorgaben in diesem Bereich liegen.

Während bei den unter 3-Jährigen der Trend zu höheren Betreuungsquoten nachgelassen hat, setzte er sich bei der Ganztagsbetreuung der 3- bis unter 6-Jährigen 2015 weiter fort. Die Quote stieg in Niedersachsen im Vergleich zum Vorjahr um 2,6 Prozentpunkte auf 26,9 %. Das war allerdings der zweitniedrigste Wert hinter Bayern. Zum Ver-

Anteil der männlichen Leistungsbeziehenden am Elterngeld 2016 für im Jahr 2014 geborene Kinder in Prozent



gleich: Bundesweit betrug die Ganztagsbetreuungsquote in dieser Altersgruppe 43,9 %. Die Anzahl der betreuten Kinder stieg auf 52 667 (+9,2 %) (Tab. 7).

Elterngeldbeziehende: Jeder Vierte männlich

Für die im Jahr 2014 geborenen Kinder gab es 2016 in Niedersachsen 85 675 beendete Leistungsbezüge von Elterngeld (Tab. 8). Der Anstieg betrug 15,8 % im Vergleich zur Zahl für im Jahr 2012 geborene Kinder. Bundesweit betrug er 15,1 % (auf insgesamt 932 953 beendete Leistungsbezüge). Der Männeranteil unter den Leistungsbeziehenden stieg in allen Ländern an, im Bundesdurchschnitt auf 26,2 %. In Niedersachsen war jeder vierte Leistungsbeziehende männlich (24,8 %), womit seit der Einführung des Elterngeldes 2007 ein durchgehender Anstieg zu beobachten ist. Im Saarland war es nur jeder Fünfte (19,6 %) und in Sachsen fast jeder Dritte (31,2 %).

Zwar stieg die Väterbeteiligung am Elterngeld an, gleichzeitig sank wie schon im Jahr zuvor die durchschnittliche Dauer des Elterngeldbezuges, wenn auch wieder nur geringfügig. In Niedersachsen betrug die durchschnittliche Dauer wie auch im Bundesdurchschnitt 3,1 Monate (2015: 3,2 Monate). Die Mindestbezugsdauer für das vom jeweiligen Elternteil beantragte Elterngeld ist vom Gesetzgeber auf zwei Monate festgesetzt.

Immer mehr Mütter und Väter waren vor dem Elterngeldbezug erwerbstätig, unterbrechen bzw. schränken ihr Be-

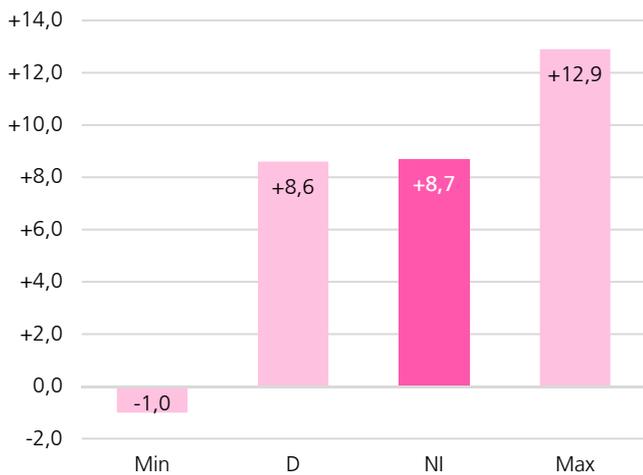
rufsleben also aktiv ein. Das kann auch damit zu tun haben, dass das Haushaltseinkommen ausreichend hoch ist, um für eine gewisse Zeit auf rund ein Drittel des jeweiligen Nettoeinkommens verzichten zu können. Der Anteil der Mütter und Väter, die vor Erhalt des Elterngeldes erwerbstätig waren, stieg von 2012 zu 2016 um rund 6,8 Prozentpunkte auf 89,3 % bei den Männern und um 7,6 Prozentpunkte auf 66,9 % bei den Frauen. Bundesweit lagen die Anteile höher: 91,5 % bei den Vätern (+5,7 Prozentpunkte) und 69,4 % bei den Müttern (+8,4 Prozentpunkte).

Wieder mehr in Teilzeit Erwerbstätige

In Niedersachsen stieg 2015 die Zahl der Erwerbstätigen in Teilzeit gegenüber dem Vorjahr nach einem zwischenzeitlichen Rückgang wieder an. Das Plus von rund 14 000 Personen ist zum größten Teil auf die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen zurückzuführen. Die einzigen Länder mit einem Rückgang waren Hamburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Im mittelfristigen Vergleich von 2010 bis 2015 nahm die Zahl in Niedersachsen um durchschnittlich 8,7 % zu, was in etwa dem Bundestrend entsprach (+8,6 %).

Der Anteil der Erwerbstätigen in Teilzeit an allen Erwerbstätigen blieb 2015 in Niedersachsen gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert bei 30,1 %. Dieser Wert lag im Ländervergleich im oberen Drittel, in Deutschland insgesamt betrug der Anteil 28,4 %. Insbesondere in den ostdeutschen Flächenländern gab es prozentual viel weniger Männer und Frauen in Teilzeit gemessen an allen Erwerbs-

Veränderung der Anzahl der Erwerbstätigen in Teilzeitarbeit 2015 gegenüber 2010 – Prozent –

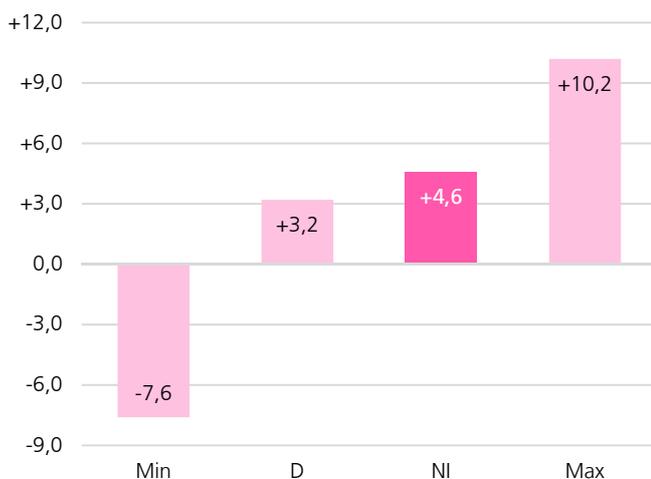


tätigen: Die Werte lagen zwischen 21,8 % (Sachsen-Anhalt) und 23,6 % (Mecklenburg-Vorpommern). Das hat vor allem damit zu tun, dass hier anteilig mehr Frauen einer-Vollzeiterwerbstätigkeit nachgehen als in den westdeutschen Ländern. In Niedersachsen sind etwa 8 von 10 Teilzeiterwerbstätigen weiblich, in den ostdeutschen Ländern waren es nur 7 von 10.

Anstieg der Zahl der Alleinerziehenden

Während die Zahl der Alleinerziehenden in Niedersachsen 2014 zwischenzeitlich gegen den Bundestrend sank, stieg sie 2015 wieder deutlich überdurchschnittlich um 4,8 % (Deutschland: +1,0 %) auf rund eine Viertelmillion an (Tab. 10). Dabei nahm nur die Zahl der alleinerziehenden Mütter zu (um rund 13 000). Ihr Anteil an allen Alleinerziehenden lag 2015 bei 85,2 %, ähnlich hoch wie 5 Jahre zuvor (85,6 %).

Veränderung der Zahl der Alleinerziehenden 2015 gegenüber 2010 – Prozent –



Gegen den Bundestrend: Mehr Scheidungen als im Vorjahr

Im Jahr 2015 haben sich in Niedersachsen 40 241 Paare standesamtlich trauen lassen. Das Land verzeichnete damit im zweiten Jahr in Folge einen Anstieg der Eheschließungen um rund 1 400 bzw. um 3,7 % (Tab. 4). Bis auf Bremen (-3,3 %) hatten alle Länder Zuwächse zu verzeichnen, im Durchschnitt um 3,7 %.

Auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen 2015 in Niedersachsen rund 51 Eheschließungen, bundesweit waren es 49. Ein Jahr zuvor lag das Verhältnis jeweils etwas niedriger.

Auch die Zahl der Ehescheidungen stieg in Niedersachsen 2015 im Vergleich zum Vorjahr an, und zwar um 2,7 % auf 17 226 (Tab. 5). Bundesweit trennten sich jedoch 1,7 % weniger Paare als noch 2014. Mittelfristig sank auch in Niedersachsen zwischen 2010 und 2015 wie in allen Ländern (durchschnittlich -12,7 %) die Zahl der Ehescheidungen deutlich, in der Hälfte der Länder war der prozentuale Rückgang zweistellig. In Niedersachsen betrug die Abnahme 9,2 %. Gemessen an je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohnern haben sich 2015 in Niedersachsen rund 22 Paare scheiden lassen und bundesweit 20. Auf 14 Eheschließungen kamen 2015 in Niedersachsen 6 Scheidungen, 2010 waren es 7.

Weitere Informationen u. a.:

zu Kinderbetreuung: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Kindertagesbetreuung regional 2015. Ein Vergleich aller 402 Kreise in Deutschland. Wiesbaden 2016 (jährlich) und im [Regionalmonitoring Niedersachsen](#) (T0902305)

zu Elterngeldstatistik: Statistisches Bundesamt: Öffentliche Sozialleistungen. [Statistik zum Elterngeld. Beendete Leistungsbezüge für im Jahr 2014 geborene Kinder.](#) Wiesbaden 2016 (jährlich)

zu Familien und Erwerbstätigkeit nach Familientypen: LSN: Tabellen aus dem Mikrozensus Themenbereich: [Haushalte und Familien, Mikrozensus und freiwillige Haushaltsbefragungen – Tabellen](#)

zu Eheschließungen: in der Regionaldatenbank Deutschland ([12611 Statistik der Eheschließungen](#)) und in [LSN Online](#) (130 Eheschließungen)

zu Ehescheidungen: in: Statistisches Bundesamt: GENESIS-Online ([12631 Statistik rechtskräftiger Urteile in Ehesachen](#)) und in [LSN Online](#) (140 Ehescheidungen)

Erwerbstätigkeit

Positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt setzt sich fort

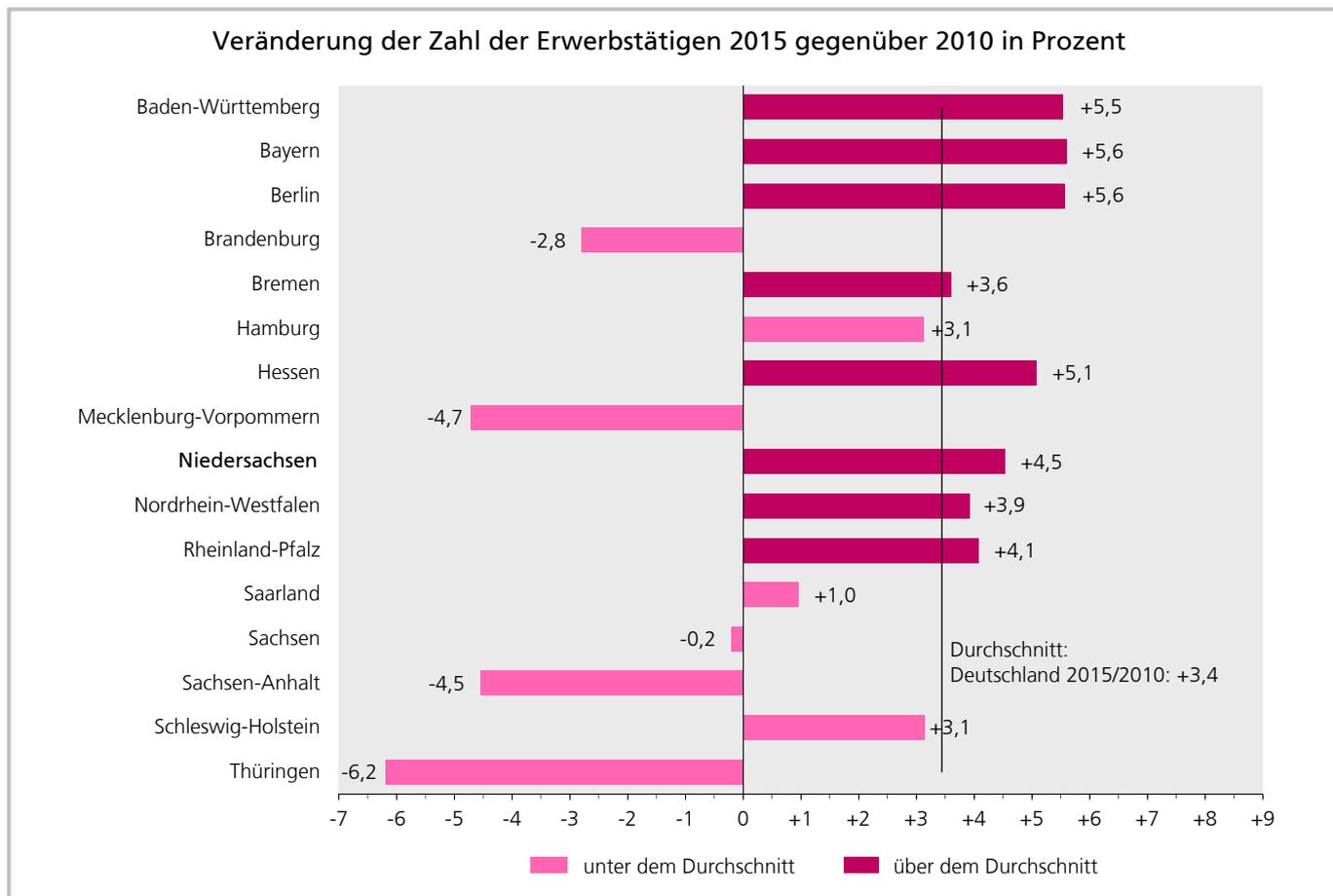
Wie bereits in den Jahren zuvor entwickelte sich der Arbeitsmarkt auch 2015 weiter positiv. Die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt stieg, genauso wie die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Demgegenüber nahm die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten genauso wie die Zahl der arbeitslos gemeldeten Personen ab.

Zahl der Erwerbstätigen weiter steigend

Gut 3,8 Mio. Menschen waren 2015 nach Ergebnissen des Mikrozensus in Niedersachsen erwerbstätig (Tab. 11). Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Zahl der Erwerbstätigen um rund 49 000 Personen bzw. +1,3 % zu. Niedersachsen lag mit diesem Zuwachs über dem Deutschlandwert von +0,8 %. Im gesamten Bundesgebiet waren rund 40,3 Mio. Personen erwerbstätig.

Die Erwerbstätigenquote betrug in Niedersachsen 73,4 %. Für die Berechnung der Quote wird die Zahl der Erwerbstä-

tigen zur Gesamtbevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren in Beziehung gesetzt. Der Blick auf die geschlechterspezifischen Erwerbstätigenquoten gibt ein etwas differenziertes Bild (Tab. 12). Hier unterscheidet sich sowohl die kurzfristige Entwicklung als auch das Niveau der Erwerbstätigenquoten von Frauen und Männern. Im Vergleich zwischen 2014 und 2015 stieg die frauenspezifische Quote um +0,4 Prozentpunkte, die der Männer nahm hingegen um 0,3 Prozentpunkte etwas ab. Die Zahlen können für eine langsame Niveauleichung sprechen, das zeigte bereits die Entwicklung beider Quoten in den Vorjahren. Allerdings war die Erwerbstätigenquote der Männer (77,6 %) in Niedersachsen nach wie vor deutlich höher als die der Frauen (69,1 %). Dies war auch im bundesweiten Vergleich der Fall. So betrug die Erwerbstätigenquote der Männer 2015 in Deutschland 77,7 %, die der Frauen 69,8 %. Dieser Niveauunterschied ist jedoch nicht in allen Ländern gleich stark ausgeprägt. Der geringste Abstand zwischen den geschlechterspezifischen Quoten bestand in Sachsen-Anhalt (74,5 % zu 71,5 %) und Mecklenburg-Vorpommern (73,2 % zu 69,8 %). Dieser weniger stark ausgeprägte Unterschied ist jedoch nicht maßgeblich durch eine höhere Frauenerwerbstätigenquote induziert, sondern gleichermaßen durch einen höheren Anteil an nicht erwerbstätigen Männern.



Weiter leichter Rückgang der Selbstständigenquote

Der Anteil der selbstständig Erwerbstätigen an allen Erwerbstätigen lag 2015 in Niedersachsen bei 9,4 % und ging damit wie schon 2014 um -0,2 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr zurück (Tab. 11). Auch im gesamten Bundesgebiet sank die Quote leicht von 10,5 % auf 10,3 %. Bei gleichzeitig steigender Anzahl an Erwerbstätigen insgesamt, bedeutet dies, dass mehr Menschen in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis stehen als noch im Jahr zuvor. Im Ländervergleich stechen Berlin (16,5 %) und Hamburg (12,7 %) mit hohen und das Saarland (7,8 %) sowie Sachsen-Anhalt (8,6 %) mit niedrigen Selbstständigenquoten hervor.

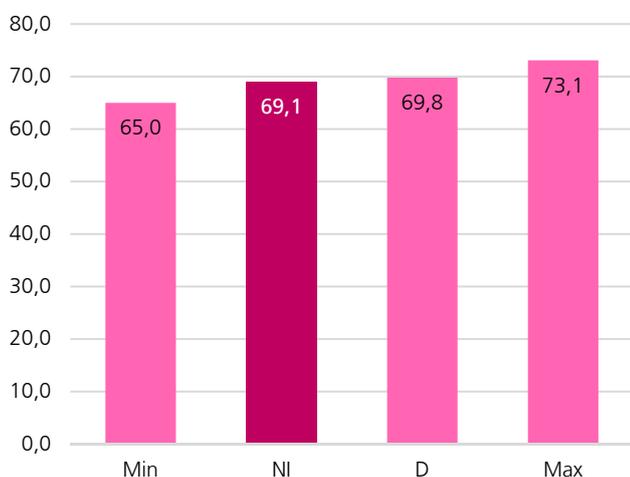
Anteil der hochqualifizierten Erwerbstätigen nimmt weiter zu

Erneut stieg die Zahl der Erwerbstätigen mit (Fach-)Hochschulabschluss und Promotion stärker als die Zahl aller Erwerbstätigen an (vgl. Tab. 15 und 11). Dies liegt vor allem in dem höheren Qualifikationsniveau von jüngeren Erwerbstätigen begründet, die neu in den Arbeitsmarkt eintreten gegenüber älteren bzw. aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Beschäftigten.

In Deutschland war 2015 rund jede bzw. jeder fünfte Erwerbstätige (20,3 %) hochqualifiziert. In Niedersachsen lag der Anteil bei lediglich 17,6 %, bzw. rund 676 000 Beschäftigten. Die höchsten Anteile Hochqualifizierter waren in den Stadtstaaten zu verzeichnen, mit 34,1 % in Berlin, 32,6 % in Hamburg und 23,5 % in Bremen.

Gegenüber dem Vorjahr stieg die Gesamtzahl der hochqualifizierten Erwerbstätigen in Niedersachsen um 5,0 Prozent bzw. etwa 32 000 Personen. Im Vergleich der Länder schwanken die Veränderungsraten um den Durchschnitt von +3,8 % und reichen von einem Zuwachs von +8,5 % in Hamburg bis zu einem Rückgang um -4,5 % in Thüringen. Mittelfristig nahm die Zahl der Hochqualifizierten aber in allen Ländern zwischen 2010 und 2015 zu; im

Erwerbstätigenquote der Frauen (15 bis unter 65 Jahre) 2015 – Prozent –



Bundesdurchschnitt um +15,3 %, in Niedersachsen mit +14,2 % etwas weniger.

Der Anteil der Frauen an allen hochqualifizierten Erwerbstätigen war in den Stadtstaaten und den ostdeutschen Ländern am höchsten, erreichte jedoch nirgends die 50 %-Marke. Niedersachsen lag mit einem Wert von 43,5 % noch etwas unter dem Bundesdurchschnitt von 44,3 %.

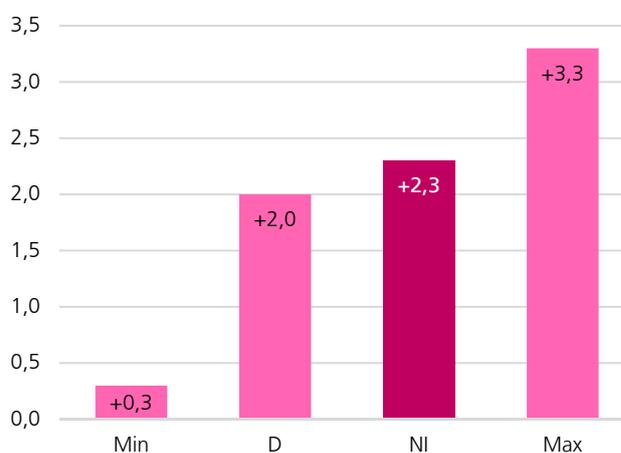
Anteil an allen Erwerbstätigen (am Wohnort) mit Hochschul- und Fachhochschulabschluss sowie Promotion 2015 – Prozent –



Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die anders als die Erwerbstätigen nicht am Wohnort, sondern am Arbeitsort gezählt werden, stieg in Niedersachsen kurz- und mittelfristig deutlich an (Tab. 13). Ende Juni 2015 waren knapp 2,8 Mio. Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Gegenüber dem Vorjahr entsprach dies einer Zunahme von +2,3 %, gegenüber 2010 einem Plus von 12,3 %. Auch in allen anderen Ländern stieg die Beschäftigtenzahl. Den höchsten Zuwachs verzeichnete Berlin mit 3,3 % gegenüber dem Vorjahr, den geringsten Sachsen-

Veränderung der Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter (am Arbeitsort) 2015 gegenüber 2014 – Prozent –



Anhalt mit 0,3 %. Im Bundesdurchschnitt betrug die Veränderung +2,0 %. Der Anteil der Frauen lag dabei bei 46,4 %, womit der niedersächsische Wert von 45,6 % leicht unterdurchschnittlich war. Vor allem in den ostdeutschen Ländern und Berlin betrug der Frauenanteil über bzw. beinahe 50 % (Mecklenburg-Vorpommern: 51,6 %, Berlin: 51,0 %).

Weniger ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte

Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung, ein sogenannter Minijob, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt hieraus regelmäßig im Monat 450 Euro (bis 2012: 400 Euro) nicht überschreitet. Die geringfügig entlohnten Beschäftigten werden hier ohne Beschäftigte im Nebenjob ausgewiesen. Kurzfristig Beschäftigte fallen bei dieser Betrachtung nicht unter die geringfügig entlohnt Beschäftigten.

Am 30. Juni 2015 gingen in Niedersachsen 512 458 Personen einer solchen Beschäftigung nach (Tab. 14). Dies bedeutete einen deutlichen Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 18 242 Personen bzw. 3,4 %. Zusammen mit dem Anstieg der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten kann diese Entwicklung als positiv bewertet werden – Minijobs wurden durch eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung substituiert. Auch bundesweit ging die Zahl der „Minijobber“ in ausnahmslos allen Ländern zurück. Durchschnittlich waren es 3,6 % weniger als im Vorjahr, den größten Rückgang von 9,1 % gab es in Sachsen-Anhalt. Im mittelfristigen Vergleich zwischen 2010 und 2015 gab es mit Rheinland-Pfalz hingegen auch ein Land mit geringem Zuwachs. In Niedersachsen nahm die Zahl der Minijobber in diesem Zeitraum um -3,6 % ab, was dem Trend auf Bundesebene entsprach (-3,5 %).

Veränderung der Zahl ausschließlich geringfügig entlohnter Beschäftigter (am Arbeitsort) 2015 gegenüber 2014 – Prozent –



Der Anteil der Frauen an allen ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten betrug in Niedersachsen 2015 64,9 %, was etwas höher als der Bundesdurchschnitt von 63,6 % war. Wie bei den Zahlen zu den sozialversiche-

rungspflichtig Beschäftigten zeigten sich auch hier Unterschiede zwischen den ost- und westdeutschen Ländern, insofern als der Anteil der Frauen in Ostdeutschland mit 55,5 % deutlich geringer war als in Westdeutschland mit 64,7 %. Geschlechterspezifische Unterschiede sind auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt hinsichtlich der Beschäftigungsform weniger stark bis kaum vorhanden.

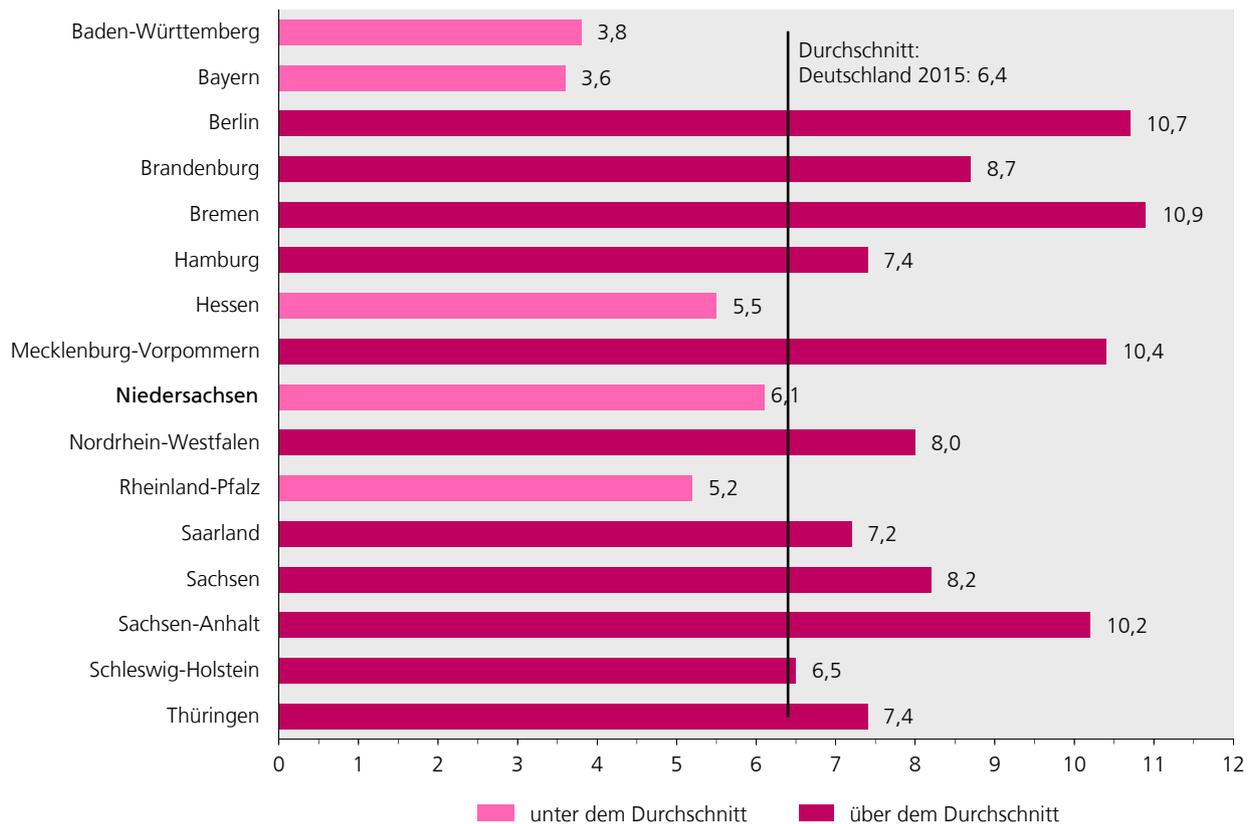
Zahl der Arbeitslosen weiter rückläufig

Im Jahresdurchschnitt 2015 waren in Niedersachsen 256 434 Personen arbeitslos gemeldet (Tab. 16). Das bedeutete gegenüber 2014 einen merklichen Rückgang von 11 190 Personen bzw. -4,2 %. Damit ging die Zahl der Arbeitslosen im Land stärker zurück als im Bundesdurchschnitt (-3,6 %). Vor allem die ostdeutschen Länder konnten von 2014 zu 2015 deutliche Rückgänge von bis zu -7,8 % (Brandenburg) verzeichnen. Auch in allen anderen Ländern bis auf Bremen, in dem ein Zuwachs von +0,7 % festgestellt wurde, war ein positiver Trend zu sehen. Neben der kurzfristigen, positiven Veränderung konnte vor allem auch im mittelfristigen Vergleich eine günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt festgestellt werden. Zwischen 2010 und 2015 ging die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland um -13,7 % zurück. In Niedersachsen fiel der Rückgang mit -14,1 % noch etwas stärker aus. Vor allem aber die ostdeutschen Länder konnten, von einem höheren Niveau ausgehend, die Zahl der Arbeitslosen um fast ein Viertel senken (-23,5 %). In den westdeutschen Ländern lag der Durchschnitt bei -9,3 %.

Ebenso wie die absoluten Werte ging auch die Arbeitslosenquote, d. h. die Zahl der Arbeitslosen in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen, im Jahr 2015 zurück und lag in Niedersachsen bei 6,1 % (2014: 6,5 %). In Deutschland insgesamt war die Quote mit 6,4 % etwas höher. Im Ländervergleich zeigte sich jedoch nach wie vor ein deutliches Gefälle: Während in den süddeutschen Ländern Bayern (3,6 %) und Baden-Württemberg (3,8 %) sehr niedrige Quoten vorlagen, waren sie in den ostdeutschen Ländern (9,2 %) mehr als doppelt so hoch und in den Stadtstaaten Berlin (10,7 %) und Bremen (10,9 %) fast dreimal so hoch.

Einige Personengruppen werden in der Arbeitslosenstatistik nicht als arbeitslos gezählt, obwohl sie in der Regel trotzdem ein geregeltes Beschäftigungsverhältnis suchen (z. B. Teilnehmende an einer Trainingsmaßnahme). Ein möglichst umfassendes Bild über das tatsächliche Ausmaß an fehlender Beschäftigung liefert ergänzend zur Arbeitslosenquote die von der Bundesagentur für Arbeit berechnete Unterbeschäftigungsquote. Als unterbeschäftigt gelten zusätzlich zu den registrierten Arbeitslosen auch Personen, die im Sinne des SGB III nicht als arbeitslos gezählt werden, weil sie an einer Maßnahme der Arbeitsmarktpolitik teilnehmen oder sich in einem arbeitsmarktpolitischen Sonderstatus befinden. Die regionale Struktur der Arbeitslosenquote spiegelt auch jene der Unterbeschäftigungsquote wider. In Niedersachsen lag die Unterbeschäftigungsquote 2015 bei 7,8 %, bundesweit bei 8,2 %.

Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2015 in Prozent



Erste Zahlen zu Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung für das Jahr 2016 befinden sich in Tabelle 73.

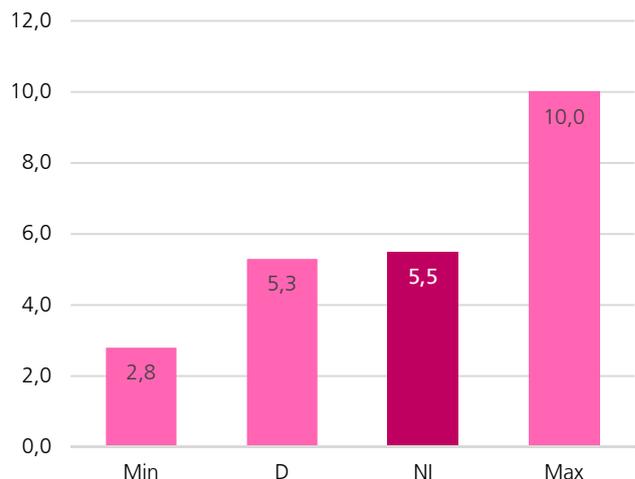
Auch Jugendarbeitslosigkeit geht weiter zurück

Im Jahresdurchschnitt 2015 waren in Niedersachsen 25 113 Menschen unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet und damit -5,6 % weniger als noch im Vorjahr (Tab. 17). Die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen lag bei 5,5 %, d. h. gegenüber dem Durchschnitt aller Altersgruppen (Tab. 16) ist sowohl das Niveau niedriger als auch der Rückgang der absoluten Zahl der jungen Arbeitslosen höher. Dies trifft auch für Deutschland insgesamt mit einer Jugendarbeitslosenquote von 5,3 % zu und einer Verringerung der absoluten Zahlen um -7,6 % im Vergleich zum Vorjahr. Noch bemerkenswerter sind die Rückgänge im Fünf-Jahres-Vergleich 2010 zu 2015. Hier lagen die Veränderungsraten zum Teil bei über 50 % (Brandenburg: -57,3 %, Sachsen: -56,9 %), im Durchschnitt bei -26,7 % und in Niedersachsen ausgehend von einem niedrigeren Niveau bei -17,7 %. Die regionalen Unterschiede des Arbeitsmarktes spiegeln sich auch in der Höhe der Jugendarbeitslosigkeit wider. So lag die Quote in Berlin bei 10,0 %, in Baden-Württemberg bei lediglich 2,8 %.

In allen Ländern lagen die Arbeitslosenquoten der weiblichen 15- bis unter 25-Jährigen niedriger als die der männlichen. In Niedersachsen betrug die Differenz wie im Bundesdurchschnitt 1,1 Prozentpunkte. Den größten Abstand

gab es in Berlin (3,2 Prozentpunkte), wo auch die Quote aller Jugendlichen schon am höchsten ausfiel. In Thüringen waren als einzigem Land die geschlechtsspezifischen Quoten nahezu ausgeglichen.

Arbeitslosenquote Jugendlicher unter 25 Jahren (Jahresdurchschnitt) 2015 – Prozent –



Weitere Informationen u. a.:

zu Erwerbstätigkeit: LSN: Tabellen aus dem Themenbereich Haushalte und Familien, Mikrozensus und freiwillig

lige Haushaltsbefragungen: [Erwerbstätige nach soziodemographischen Merkmalen und Wirtschaftsbereichen](#)

zu Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten: in: Statistisches Bundesamt: GENESIS-Online: [Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten](#), Quelle: Bundesagentur für Arbeit

und in der Regionaldatenbank Deutschland: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit: Statistik 13111

sowie [im Regionalmonitoring Niedersachsen unter Arbeit und Beschäftigung](#)

zu den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten: Bundesagentur für Arbeit Statistik: [Geringfügig entlohnte Beschäftigte nach Wohn- und Arbeitsort. Deutschland nach Kreisen und Gemeinden](#)

zu weiteren Angaben zum Thema Arbeitslosigkeit: Bundesagentur für Arbeit Statistik: [Arbeitslose nach Rechtskreisen \(Jahresheft\) - Deutschland - Dezember 2015](#) und [im Regionalmonitoring Niedersachsen unter Arbeit und Beschäftigung](#)

Wirtschaftsleistung wächst erneut stärker als im Bund

Im Jahr 2015 wurde in Niedersachsen ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Höhe von 259 Milliarden Euro erwirtschaftet (Tab. 18). Gegenüber dem Vorjahr entsprach dies einem Anstieg des BIP von real 2,1 %.

Die niedersächsische Wirtschaft wuchs im Jahr 2015 um 0,4 Prozentpunkte stärker als der Bundesdurchschnitt. Die höchste Zuwachsrate beim BIP erzielte Baden-Württemberg mit einer realen Veränderung um 3,1 %.

In den letzten 5 Jahren steigerte sich das BIP in Niedersachsen von 223 Milliarden Euro im Jahr 2010 auf 259 Milliarden Euro im Jahr 2015, was einer realen Veränderung von +6,7 % entsprach. Im Vergleich dazu wuchs das BIP in Deutschland im selben Zeitraum um +7,9 %. Alle Länder konnten in den letzten 5 Jahren ihr Bruttoinlandsprodukt steigern, jedoch gab es deutliche Unterschiede in den Zuwachsraten. Während Bayern und Baden-Württemberg reale Veränderungen des BIP von +12,3 % bzw. +10,4 % erzielten, konnte in Sachsen-Anhalt das BIP lediglich um +0,3 % gesteigert werden.

Das BIP für Deutschland lag 2015 bei 3 Billionen Euro. Der Anteil Niedersachsens an der gesamten deutschen Wirtschaftsleistung betrug damit 8,5 %. Die höchsten Anteile am gesamtdeutschen BIP erwirtschaftete Nordrhein-West-

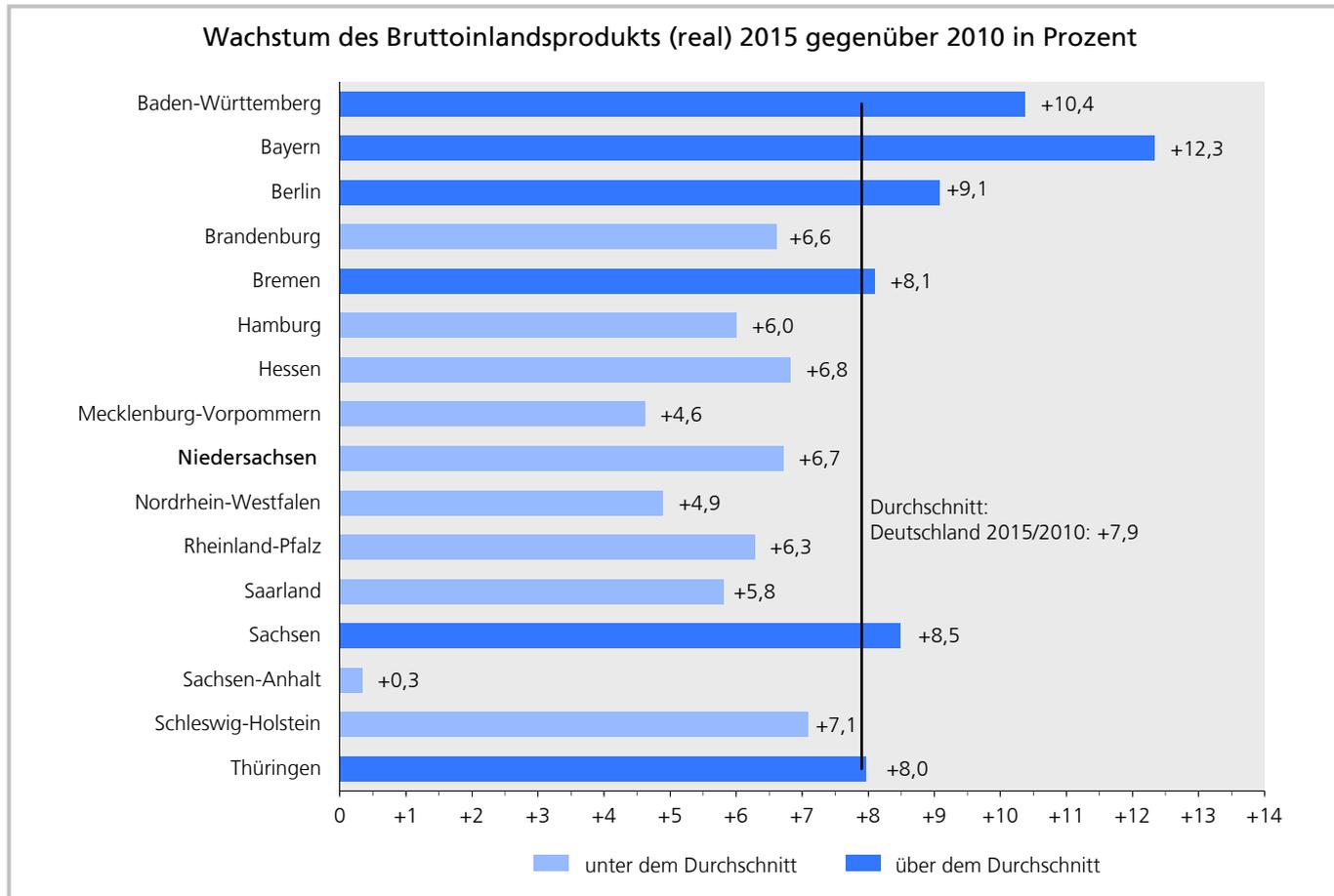
falen mit 21,3 %, gefolgt von Bayern mit 18,1 % und Baden-Württemberg mit 15,2 %.

Die Wirtschaftsleistung aller niedersächsischen Erwerbstätigen betrug 2015 pro Kopf 65 233 Euro, im Bundesdurchschnitt waren es 70 317 Euro. Das höchste Bruttoinlandsprodukt je erwerbstätiger Person erzielte Hamburg mit 90 905 Euro, das niedrigste Mecklenburg-Vorpommern mit 53 888 Euro.

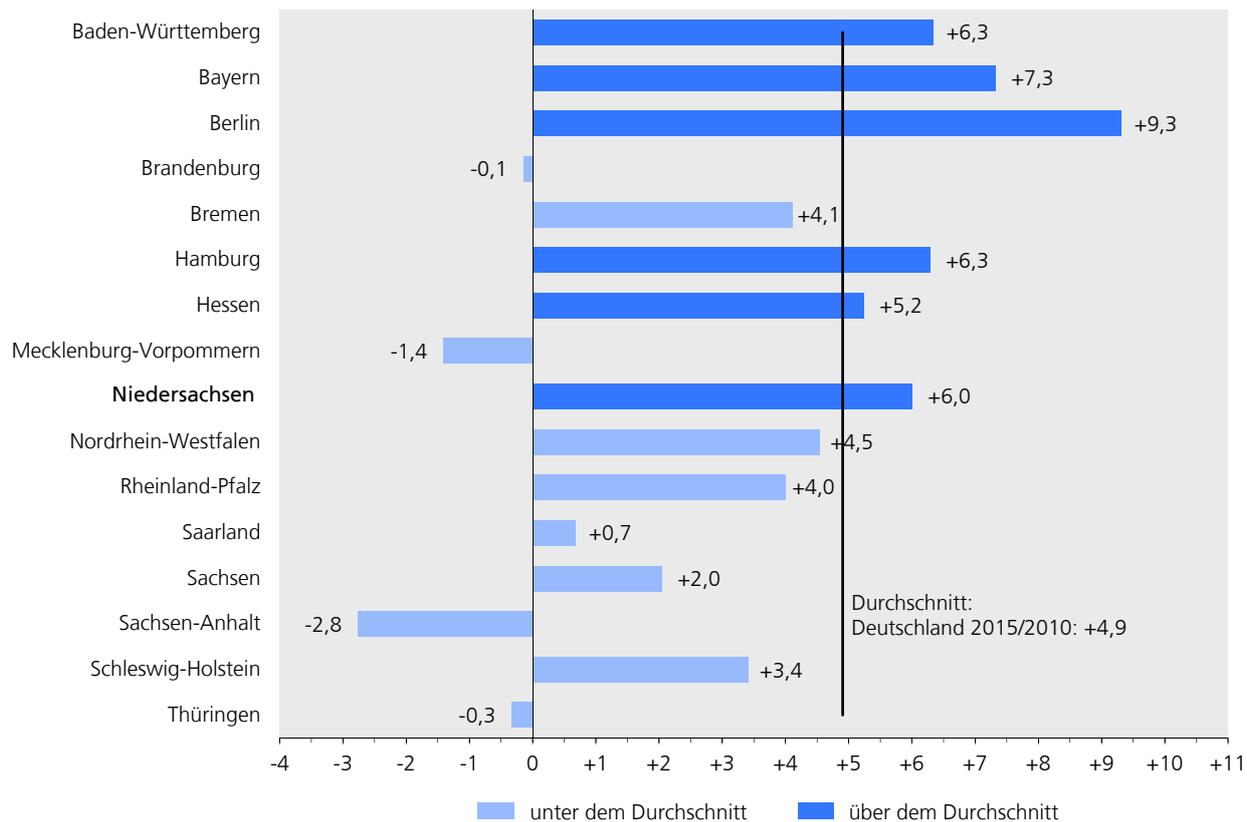
Zahl der Erwerbstätigen steigt weiter

Die Zahl der Erwerbstätigen in Niedersachsen stieg 2015 um rund 31 000 Personen bzw. um 0,8 % auf knapp 4 Mio. Personen (Tab. 19). Die Wachstumsrate bei den Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Niedersachsen entsprach damit dem Bundesdurchschnitt. Im mittelfristigen Vergleich (+6,0 %) war der Anstieg jedoch höher als dieser.

Die Erwerbstätigkeit verschiebt sich wie auch bundesweit weiter in Richtung Dienstleistungssektor, dessen Anteil an allen Erwerbstätigen steigt, während die anderen beiden Wirtschaftssektoren anteilig schrumpfen: 2015 waren 73,7 % der knapp 4 Millionen Erwerbstätigen in Niedersachsen im Dienstleistungssektor tätig, 23,6 % arbeiteten im Produzierenden Gewerbe und 2,7 % in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei.



Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort 2015 gegenüber 2010 in Prozent



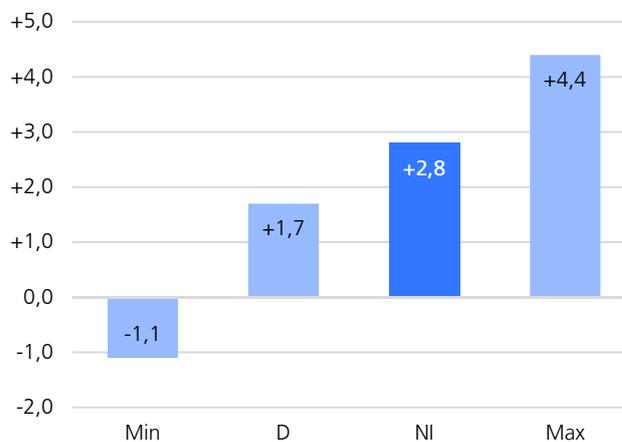
Bruttowertschöpfung (BWS) entwickelt sich positiv in allen Wirtschaftssektoren

Die Gesamt-Bruttowertschöpfung (BWS) Niedersachsens wurde 2015 zu rund zwei Dritteln im Dienstleistungsbereich (66,9 %) und zu etwas weniger als einem Drittel im Produzierenden Gewerbe (31,9 %) erzielt. Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei betrug 1,1 %. Gegenüber 2010 war dies ein Rückgang um 0,4 Prozentpunkte. Allerdings wuchs hier die BWS (real) 2015 um 0,4 % gegenüber dem Vorjahr gegen den Bundestrend (-1,8 %) an (Tab. 20). Die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei in Niedersachsen machte damit einen Anteil von 17,3 % an der gesamtdeutschen BWS in diesem Wirtschaftssektor aus, nur Bayern lag mit 20,0 % darüber.

Im sekundären Sektor (Produzierendes Gewerbe) konnte die BWS (real) in Niedersachsen gegenüber dem Vorjahr um 2,8 % gesteigert werden (Tab. 21). Damit lag die Zuwachsrate um 1,1 Prozentpunkte höher als der Bundesdurchschnitt. In den letzten 5 Jahren wuchs in Niedersachsen die BWS (real) im sekundären Sektor um 7,9 %, die höchste Zuwachsrate wies Bayern mit 16,7 % auf. Der Anteil Niedersachsens an der gesamten Bruttowertschöpfung des Produzierenden Gewerbes betrug 9,0 %.

Im tertiären Sektor (dienstleistende Wirtschaftsbereiche) konnte die BWS (real) 2015 in Niedersachsen um 1,5 % gesteigert werden, was dem Bundesdurchschnitt entsprach (Tab. 22). Zur gesamtdeutschen BWS dieses Sektors trug Niedersachsen einen Anteil von 8,3 % bei.

Veränderung der Bruttowertschöpfung (real) im Produzierenden Gewerbe 2015 gegenüber 2014 – Prozent –



Zahl der Unternehmensinsolvenzen weiter rückläufig

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ging erneut zurück. Im Jahr 2015 stellten 1 853 Unternehmen in Niedersachsen einen Insolvenzantrag und damit -15,2 % weniger als im Jahr zuvor (Tab. 23). Dieser Rückgang lag weit über dem Bundesdurchschnitt (-4,0 %). In den letzten 5 Jahren wurden über ein Viertel (-26,1 %) weniger insolvente Unternehmen in Niedersachsen gezählt, im gesamten Bundesgebiet waren es 27,7 % weniger.

Anteil der kleinen und mittleren Unternehmen am Gesamtumsatz weiter gesunken

Der Anteil des Umsatzes der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) mit Lieferungen und Leistungen von weniger als 50 Mio. Euro an den Lieferungen und Leistungen aller Unternehmen ist 2015 im Vergleich zu 2014 in Niedersachsen erneut gesunken (-0,5 Prozentpunkte) und machte 37,2 % aus. Dabei stieg allerdings ihr Umsatz auf 201,2 Mrd. Euro. Kleinstunternehmen mit weniger als 2 Mio. Euro Umsatz aus Lieferungen und Leistungen, worunter in Niedersachsen etwa 93 % der KMU fallen, hatten am Umsatz aller Unternehmen einen Anteil von 12,3 % (Bundesdurchschnitt: 12,4 %). In den ostdeutschen Ländern betrug dieser Wert mit 21,5 % mehr als ein Fünftel (Westdeutschland: 11,4 %).

Umsatzsteigerung im Verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe

Der Umsatz im Wirtschaftsbereich Verarbeitendes Gewerbe und Gewinnung von Steinen und Erden steigerte sich 2015 um 3,3 % auf 203 Milliarden Euro (Tab. 25). Die Steigerung übertraf um 1,3 Prozentpunkte die Zuwachsrate Deutschlands. Im Vergleich zu 2010 legte der Umsatz in Niedersachsen um ein Fünftel zu (+20,1 %) – deutlich über dem Umsatzplus in Deutschland insgesamt (+14,0 %). Höhere Steigerungen konnten im Zeitraum der Jahre 2010 bis 2015 nur von Baden-Württemberg (+29,0 %) und Mecklenburg-Vorpommern (+25,5 %) erzielt werden. Gleichzeitig nahm damit die Bedeutung Niedersachsens am Gesamtumsatz in Deutschland im Verarbeitenden Gewerbe zu. Der Anteil an diesem stieg im Vergleichszeitraum von 10,7 % auf 11,3 %.

Die Veränderung des Umsatzes im Bauhauptgewerbe lag 2015 bei +1,0 % und damit unter dem Bundesdurchschnitt von +1,5 % (Tab. 26). Das höchste Umsatzplus hatte Hamburg mit 16,0 % zu verzeichnen, in Hessen hingegen sanken die Umsätze im Vergleich zu 2014 um 8,5 %. Die Veränderungsrate im Zeitraum 2010 bis 2015 waren in allen Ländern positiv. In Niedersachsen stieg der Umsatz in dieser Zeit um +23,1 % (Bundesdurchschnitt: +22,9 %). Die stärkste Zuwachsrate hatte Schleswig-Holstein mit 33,1 %, die niedrigste Sachsen-Anhalt mit 1,3 %. Unverändert blieb die Bedeutung des niedersächsischen Bauhauptgewerbes am gesamtdeutschen Bauhauptgewerbe. Der Anteil lag sowohl 2015 als auch 2010 bei 11,1 %.

Gästeübernachtungen legen zu

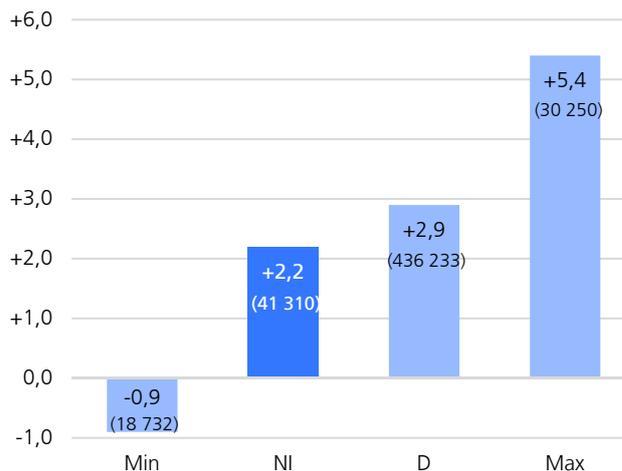
Im Jahr 2015 war Niedersachsen erneut ein attraktives Reiseziel, die Übernachtungszahlen erreichten einen neuen Rekord. Es wurden insgesamt 41,3 Millionen Übernachtungen in Niedersachsen gebucht und damit 2,2 % mehr als 2014 (Tab. 27). Deutschlandweit stieg die Zahl der Gästeübernachtungen allerdings um 2,9 %.

Etwa jede elfte Übernachtung (8,8 %) entfiel in Niedersachsen auf einen Gast aus dem Ausland, im gesamten

Bundesgebiet war es fast jede fünfte (18,3 %). Den höchsten Anteil von ausländischen Gästeübernachtungen hatte Berlin mit 45,1 %.

Der durchschnittliche Aufenthalt von Gästen in Niedersachsen lag 2015 bei 3,1 Tagen und blieb damit unverändert gegenüber dem Vorjahr. Mit dieser Aufenthaltsdauer stand Niedersachsen an dritter Stelle unter den Ländern, lediglich in den benachbarten Küstenländern Mecklenburg-Vorpommern (4,0 Tage) und Schleswig-Holstein (3,9 Tage) blieben die Gäste länger.

Veränderung der Zahl der Gästeübernachtungen 2015 gegenüber 2014 – Prozent; (absolute Zahl) –



Verfügbares Einkommen und Verdienste steigen

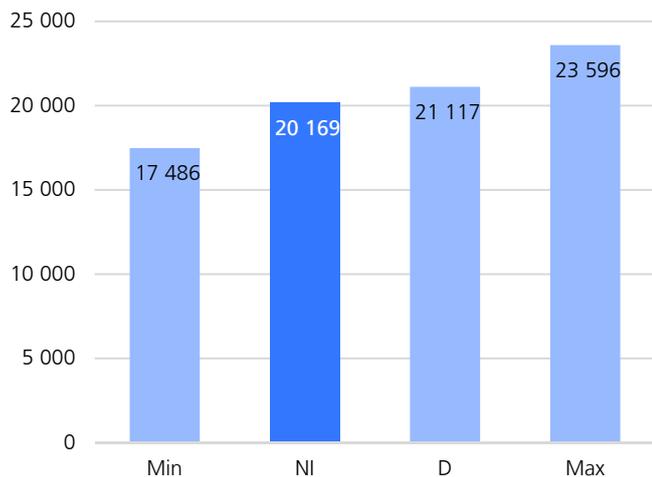
Die anhaltend gute Wirtschaftslage schlug sich auch in gestiegenen Einkommen und Verdiensten nieder. Die niedersächsischen Einwohnerinnen und Einwohner hatten pro Kopf 2014 – aktuellere Daten liegen nicht vor – ein verfügbares Einkommen (Einkommen inkl. Sozialleistungen nach Abzug von direkten Steuern und Sozialversicherungsabgaben) in Höhe von 20 169 Euro (Tab. 28). Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Plus von fast 400 Euro (bzw. +2,0 %). Das verfügbare Einkommen in Deutschland lag bei 21 117 Euro pro Kopf und stieg um 1,9 %. Auch im Zeitraum 2009 bis 2014 entsprach der Anstieg in Niedersachsen mit 11,6 % in etwa dem Bundesdurchschnitt von 11,4 %.

Bei den Bruttojahresverdiensten der Vollzeitbeschäftigten im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich in Niedersachsen war 2015 ein Plus von 2,2 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen; dieses fiel etwas schwächer aus als im Bundesdurchschnitt (+2,5 %). Der Bruttojahresverdienst betrug 2015 in Niedersachsen 44 781 Euro, was dem Bundesniveau entsprach.

Im Vergleich zu 2010 war keine Veränderung hinsichtlich der bestehenden Verdienstunterschiede von Frauen und Männern festzustellen. Beim Bruttostundenverdienst gab es jedoch eine Annäherung um rund 1 %: In Niedersachsen verdienten 2015 die Frauen gemessen am Bruttostundenverdienst (Voll- und Teilzeit) rund 21 % weniger als die

Verfügbares Einkommen je Einwohner/-in 2014

– Euro –



Männer. Sowohl 5 Jahre zuvor als auch im Vorjahr waren es 22 %. Diese Entwicklung des Gender Pay Gaps war im Bundesdurchschnitt identisch (siehe mehr zum Gender Pay Gap im Kapitel Gleichstellung von Frauen und Männern).

Investitionsplus im Verarbeitenden Gewerbe

Im Vergleich zum Vorjahr stiegen 2014 die Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und bei

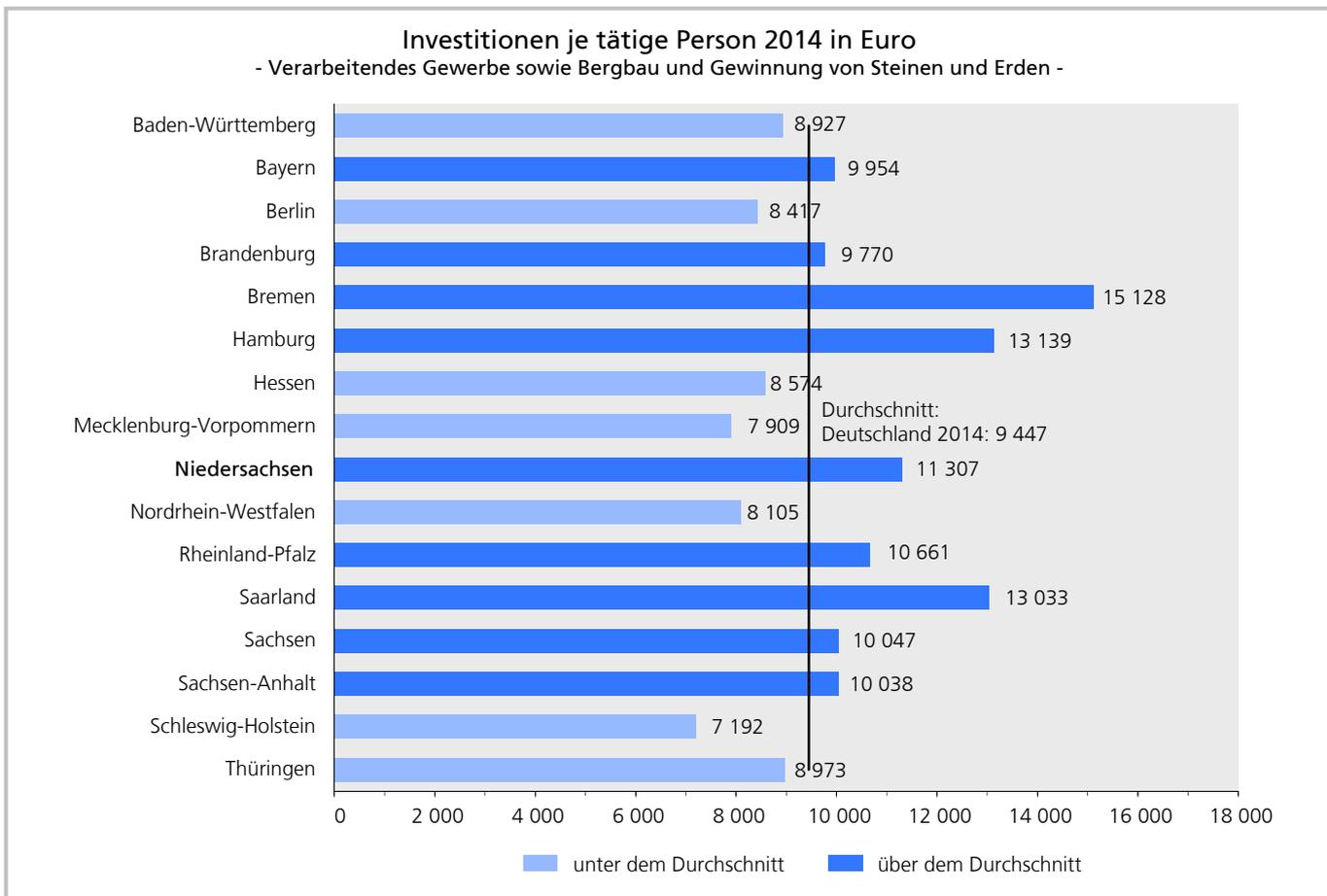
der Gewinnung von Steinen und Erden in Niedersachsen um 11,4 % (Tab. 30). Das Investitionsplus für Deutschland lag lediglich bei 2,1 %. Zwischen den Jahren 2009 bis 2014 stiegen die Investitionen in Niedersachsen um rund ein Drittel (+32,2 %), bundesweit um rund ein Viertel (+23,8 %).

Mehr Patentanmeldungen

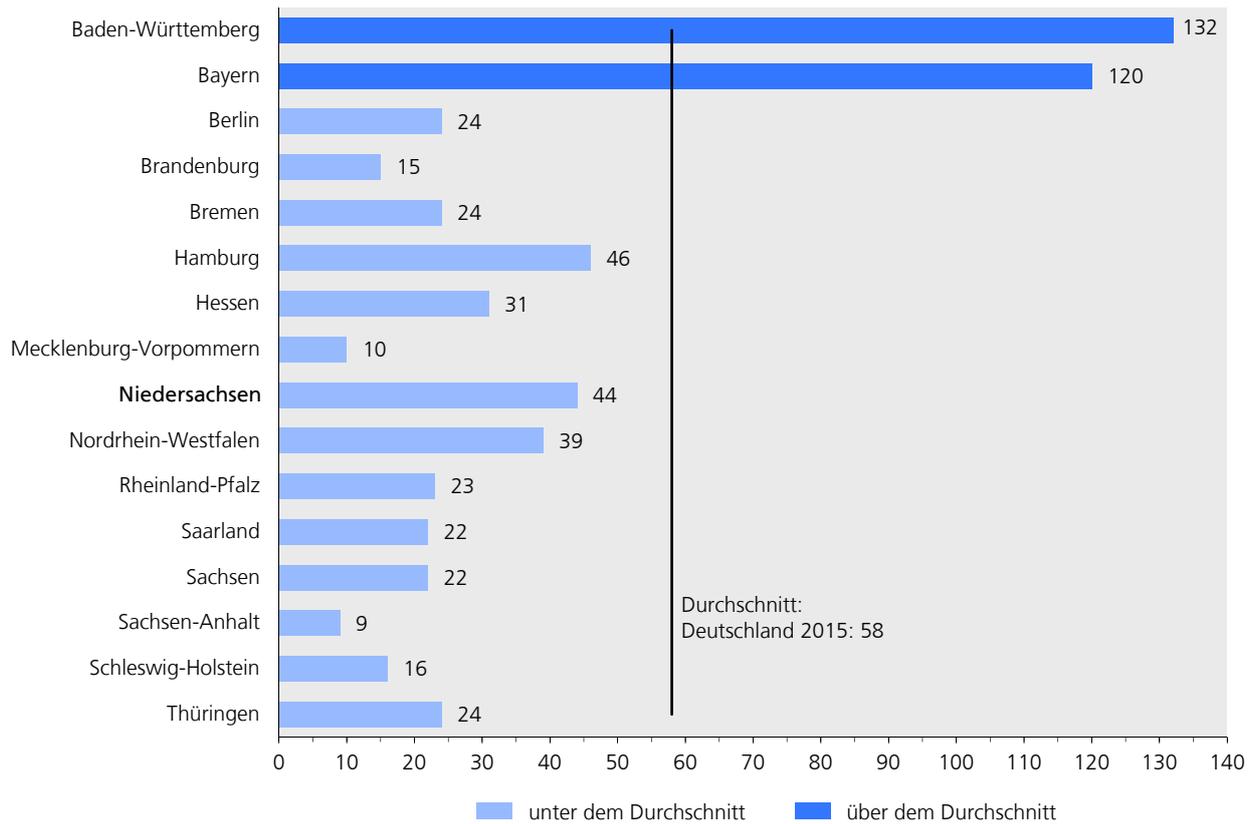
Die Zahl der Patentanmeldungen stieg in Niedersachsen im Jahr 2015 im Vergleich zu 2014 um 11,1 % (Tab. 31). Damit lag das Land an der Spitze. Nur Brandenburg, Bremen und Schleswig-Holstein hatten neben Niedersachsen noch Wachstumsraten bei den Patentanmeldungen zu verzeichnen, allerdings waren hier die absoluten Zahlen deutlich niedriger als in den wirtschaftlich stärkeren Ländern. Die Zahl der Patentanmeldungen für Deutschland insgesamt sank um 1,6 %.

Weitere Informationen u. a.:

zum BIP, BWS und Einkommen: [Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder](#) und LSN: [Themenbereich: Konjunktur, VGR - Übersicht und im Regionalmonitoring Niedersachsen unter Wirtschaft](#)



Patentanmeldungen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2015



zu den Verdiensten: Bundesamt für Statistik: [Verdienste und Arbeitskosten 2015. Arbeitnehmerverdienste \(Fachserie 16 Reihe 2.3\)](#), Wiesbaden Juni 2016
und: [GENESIS-Online: Verdienste und Arbeitskosten](#), Statistik 62

zu Unternehmensinsolvenzen: Statistisches Bundesamt: [Unternehmen und Arbeitsstätten. Insolvenzverfahren \(Fachserie 2 Reihe 4.1\)](#)
und LSN: [Statistische Berichte Niedersachsen D III 1 - j / 2015: Insolvenzverfahren 2015](#)

zu Gästeübernachtungen: Statistisches Bundesamt: [Tourismus. Tourismus in Zahlen 2015](#), Wiesbaden 2016

und [LSN-Onlinedatenbank](#): [Beherbergungen im Reiseverkehr \(736\)](#) und [Regionalmonitoring Niedersachsen unter Wirtschaft – Tourismus](#)

zu Patentanmeldungen: [Deutsches Patent- und Markenamt: Jahresbericht 2015](#), Berlin 2016

Anstieg der Exporte ...

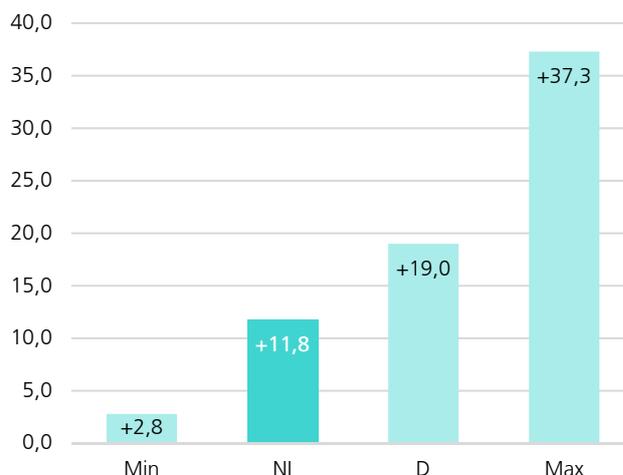
Im Vergleich zum Vorjahr konnte Niedersachsen seine Ausfuhren 2015 um 7,0 % steigern (Tab. 32). Damit lag der Wert 0,5 Prozentpunkte über dem Ausfuhrzuwachs Deutschlands. Die niedersächsische Wirtschaft exportierte Waren im Wert von 83 Milliarden Euro ins Ausland, was einem Anteil von 8,6 % an der gesamtdeutschen Ausfuhr entsprach. Die wichtigsten deutschen Ausfuhrländer waren Baden-Württemberg mit 20,3 %, Nordrhein-Westfalen mit 18,9 % sowie Bayern mit 18,6 %.

Im Vergleich der Jahre 2015 zu 2010 konnte Niedersachsen den Wert der exportierten Waren um mehr als ein Viertel (+26,0 %) steigern und lag damit im Bundestrend (+25,7 %).

... und Importe

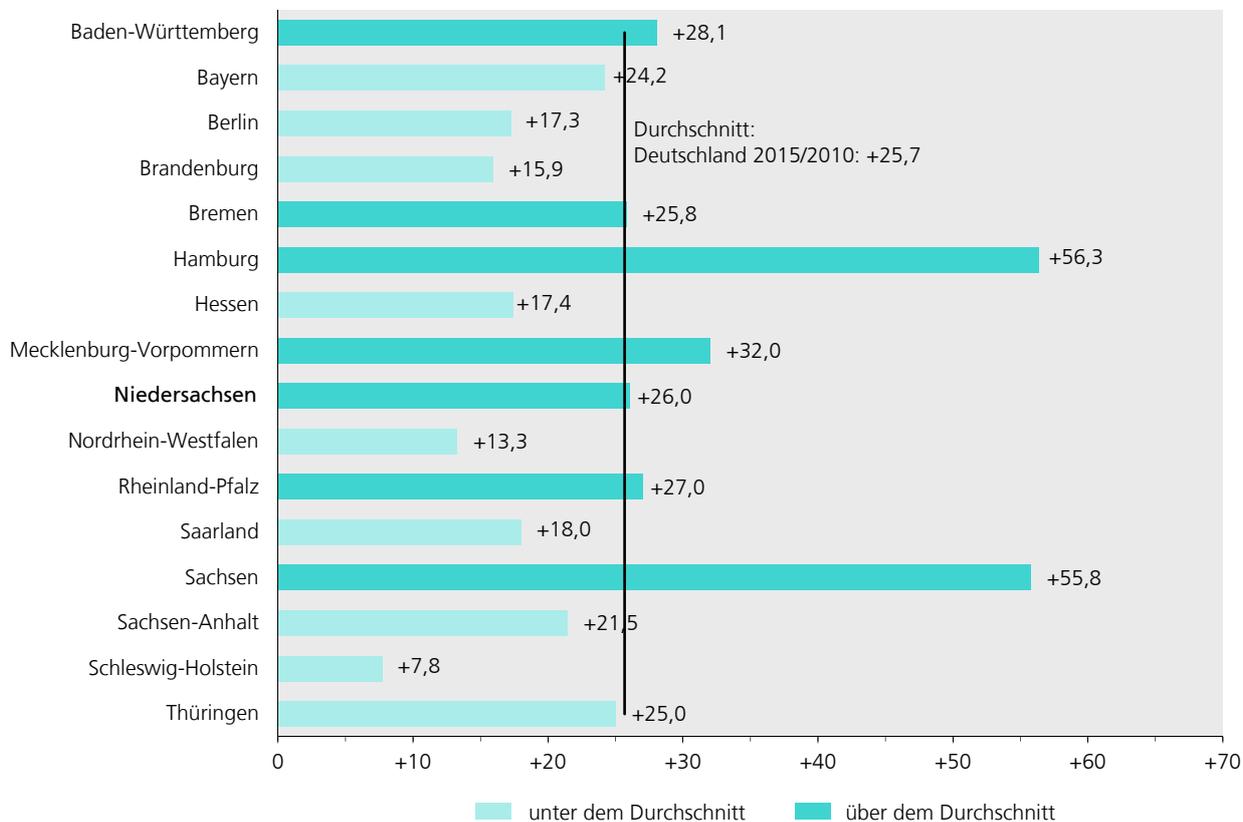
Auch bei den Einfuhren verzeichnete Niedersachsen 2015 einen Zuwachs von 5,6 % (Tab. 33). Der Wert der importierten Waren betrug 81 Milliarden Euro. Die Veränderung der Importe lag in Deutschland bei +4,2 %. Außer in Brandenburg (-10,2 %) und Hamburg (-1,6 %) steigerten sich in allen Ländern die Einfuhren.

Veränderung der Einfuhren 2015 gegenüber 2010 – Prozent –



Der Wert der aus Deutschland ins Ausland exportierten Waren lag ein Viertel (25,4 %) über dem Wert der nach Deutschland importierten Waren. In Niedersachsen lag der Wert der ausgeführten Güter lediglich 2,2 % über dem Wert der eingeführten Güter. In Brandenburg, Hessen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Schles-

Veränderung der Ausfuhren 2015 gegenüber 2010 in Prozent



wig-Holstein war es umgekehrt: Die Werte der Importe lagen über denen der Exporte.

Im Zeitraum 2010 bis 2015 konnten sämtliche Länder ihre Einfuhren steigern. Der Wert importierter Waren nach Deutschland wuchs um 19,0 %, für Niedersachsen waren es 11,8 %.

Der Anteil Niedersachsens an der gesamtdeutschen Einfuhr lag 2015 bei 8,8 %. Hauptabnehmer der nach Deutschland importierten Güter waren Nordrhein-Westfalen mit 22,6 %, Bayern mit 17,5 % und Baden-Württemberg mit 16,9 %.

Investitionen im In- und Ausland sinken

Ein weiterer Aspekt zur Darstellung der globalen wirtschaftlichen Verflechtung sind neben den Im- und Exporten die deutschen Direktinvestitionen im Ausland. „Die Statistik zur Bestandserhebung über Direktinvestitionen gibt Auskunft über die Kapitalbeziehungen aus Beteiligungen von Inländern an Unternehmen im Ausland bzw. von Ausländern an Unternehmen in Deutschland zu einem festen Zeitpunkt. [...] Dabei werden Kapitalbeziehungen innerhalb multinationaler Konzerne saldiert, Kredite an Kapitalgeber in Abzug gebracht und grenzüberschreitende Schwesterkredite in Abhängigkeit vom Sitz der Konzernzentrale zugeordnet. Schwesterkreditbeziehungen eines deutschen Unternehmens, dessen Konzernzentrale ebenfalls in Deutschland ist, zählen zu den positiven Direktinvestitionen (bei Kreditgewährung) bzw. negativen Direktinvestitionen (bei Kreditaufnahme) im Ausland (sog. Aktive Direktinvestitionen). Hat die Konzernspitze ihren Sitz im Ausland, so werden die Schwesterkredite der Unternehmen in Deutschland als positive (Kreditgewährung) Direktinvestitionen in Deutschland verbucht (sog. Passive Direktinvestitionen).“ ([Deutsche Bundesbank: Erläuterungen zu den Bestandsangaben über Direktinvestitionen](#)).

Der Bestand an Auslandsinvestitionen betrug 2014 (neue Zahlen liegen nicht vor) rund 52 Milliarden Euro (Tab. 34). Der Wert der Investitionen, die niedersächsische Investoren im Ausland getätigt haben, sank damit gegenüber 2013 um 16,3 %. Außer Bayern mit einem Minus von 2,7 % hatte kein weiteres Land sinkende Auslandsinvestitionen zu verzeichnen. Deutschlandweit lag der Wertzuwachs im Bestand der Auslandsinvestitionen bei 4,7 %.

Gegenüber 2012 belief sich der Rückgang der Auslandsinvestitionen Niedersachsens auf 11,0 %. Dagegen stieg der Bestand im gesamten Bundesgebiet um 6,2 %.

Der Bestand unmittelbarer Direktinvestitionen ausländischer Investoren im Inland betrug 2014 in Niedersachsen 21 Milliarden Euro (Tab. 35). Der Wert sank im Vergleich zu 2013 um 9,0 % und stieg gegenüber 2012 um 5,5 %.

Auslandsumsatz im Verarbeitenden Gewerbe steigt

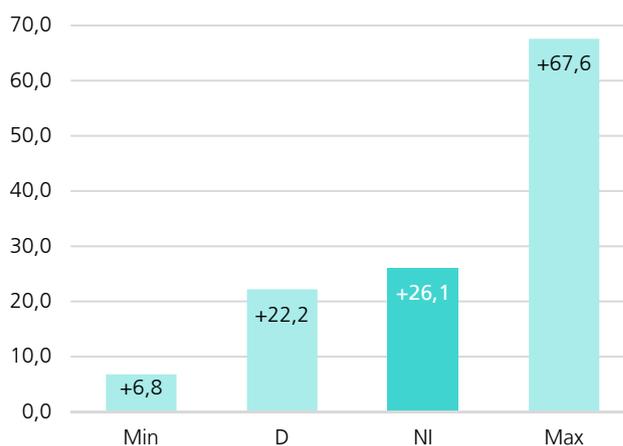
Im niedersächsischen Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden

wurde 2015 ein Auslandsumsatz von 93 Milliarden Euro erzielt (Tab. 36). Dies waren 5 Milliarden mehr als im Jahr zuvor, was einem Anstieg von 5,7 % entsprach. Damit lag die Steigerung des Auslandsumsatzes um 1,0 Prozentpunkte höher als in Deutschland. Im Fünfjahresvergleich 2015 zu 2010 erhöhte sich der Auslandsumsatz des niedersächsischen Verarbeitenden Gewerbes um mehr als ein Viertel (26,1 %). Die stärkste Zuwachsrate in diesem Zeitraum hatte Mecklenburg-Vorpommern mit 67,6 %, allerdings ausgehend von einem vergleichsweise sehr niedrigen Niveau, die niedrigste Rate hatte Schleswig-Holstein mit 6,8 %.

Der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz des Verarbeitenden Gewerbes in Niedersachsen stieg über die letzten Jahre kontinuierlich an. Im Jahr 2010 betrug er 43,9 %, 2014 waren es 45,0 % und bis 2015 stieg er auf 46,0 %. In Deutschland lag der Anteil des Auslandsumsatzes des Verarbeitenden Gewerbes 2015 bei 47,6 %. Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen und Rheinland-Pfalz erzielten im Verarbeitenden Gewerbe sogar mehr als die Hälfte ihres Umsatzes im Ausland.

Der Wert für den Auslandsumsatz im niedersächsischen Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden ist deutlich höher als der Exportwert in der Außenhandelsstatistik. Im Gegensatz zur Außenhandelsstatistik, in der der Exportwert einer Ware dem Bundesland zugerechnet wird, in dem sie die letzte wesentliche Bearbeitung erfahren hat, sind im oben genannten Auslandsumsatz auch Warenumsätze (z. B. Handelswaren) enthalten, deren Ursprungsland nicht Niedersachsen ist.

Veränderung des Auslandsumsatzes im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2015 gegenüber 2010 – Prozent –



Starke Zunahme des Wanderungssaldos mit dem Ausland

Im Jahr 2015 kam es in Deutschland zu einer sehr hohen Zuwanderung aus dem Ausland. Hauptursache hierfür war der starke Zuzug von Schutzsuchenden aus Krisengebieten, vor allem aus dem Mittleren und Nahen Osten, nach Deutschland. Hinzu kommt die seit Jahren günstige Ar-

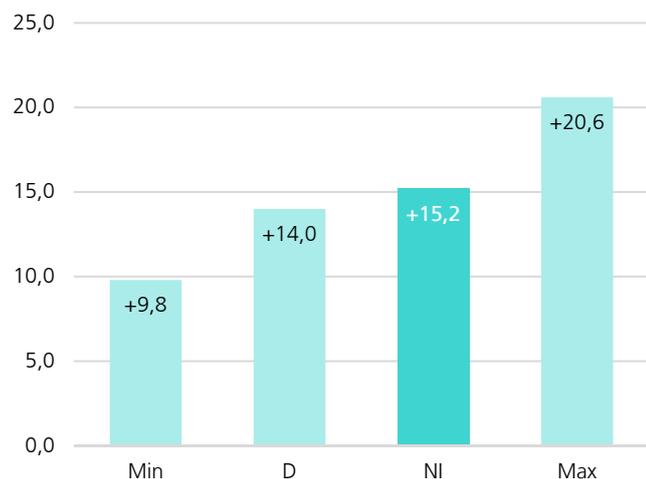
beitsmarktsituation, die für arbeitssuchende Ausländerinnen und Ausländer aus der EU ein Zuzugsgrund darstellt.

In Deutschland lag der Wanderungssaldo nach vorläufigen Ergebnissen bei +1,1 Millionen Personen, d. h. so viele Menschen zogen mehr aus dem Ausland nach Deutschland als ins Ausland wegzogen (Tab. 37). Dabei wiesen 2015 alle 16 Länder hohe Zuwächse im Vorjahresvergleich auf: In Niedersachsen lag der Wanderungssaldo mit dem Ausland bei einem Plus von rund 120 000 Menschen und

stieg damit um 121,3 %. Der Wanderungssaldo für Deutschland hat sich ebenfalls mehr als verdoppelt (107,0 %).

Gegenüber 2011 vervierfachte sich 2015 in Niedersachsen der Saldo, deutschlandweit verdreifachte er sich. Je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner wuchs die Bevölkerung Niedersachsens 2015 um 15 Personen, 2011 waren es lediglich 3. Am stärksten stieg, bezogen auf diese Maßzahl des Auslandswanderungssaldos, die Bevölkerung Bremens (+20,6), am schwächsten die von Hamburg (+9,8).

Wanderungssaldo über die Grenzen des Bundesgebiets je 1 000 Einwohner/-innen 2015 – Anzahl –



Weitere Informationen u. a.:

zu den Ein- und Ausfahrten: [GENESIS-Online](#): Außenhandel, Statistik 51

zu den Direktinvestitionen: Deutsche Bundesbank: [Direktinvestitionen – Tabellen Direktinvestitionsbestände nach Bundesländern 2014](#)

zum Auslandsumsatz im Verarbeitenden Gewerbe: [GENESIS-Online](#): Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden, Statistik 42 bzw. 42271 (Jahresbericht für Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe)

zu den Außenwanderungen: Statistisches Bundesamt: [Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Vorläufige Wanderungsergebnisse 2015, Wiesbaden 2016](#) und: [Regionaldatenbank Deutschland](#): Wanderungsstatistik, Statistik 12711

Darstellungsweise

Die betrachteten Finanzgrößen in den nachfolgenden Tabellen 38 bis 44 werden, um die Daten unter den Ländern vergleichbar zu machen, für die Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherungen unter Aufsicht des jeweiligen Landes, zusammengefasst dargestellt. Die Darstellung umfasst nicht nur die unmittelbaren Haushalte der Länder, Kommunen und Sozialversicherungen (Kernhaushalte), sondern auch die Extrahaushalte.

Extrahaushalte sind öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, kurz FEU, die gemäß dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) zum Staatssektor gehören. Als FEU gelten Einheiten, an denen die öffentliche Hand zu mindestens 50 % über das Nennkapital oder das Stimmrecht beteiligt ist (öffentliche Kontrolle). Eine Teilmenge der FEU bilden die Extrahaushalte. Finanziert sich hingegen die Einheit zu mindestens 50 % durch eigene Gebühren, Beiträge u. ä., wie beispielsweise ein kommunales Versorgungsunternehmen, handelt es sich um einen sogenannten Marktproduzenten und damit keinen Extrahaushalt.

Kern- und Extrahaushalte bilden zusammen den öffentlichen Gesamthaushalt, wie er in den Tabellen 38 bis 44 für Länder, Kommunen und Sozialversicherungen zusammengefasst dargestellt ist. Tabelle 45 hingegen bildet den Finanzausgleich zwischen den Ländern, respektive zwischen Bund und Ländern ab.

Überdurchschnittlicher Anstieg der Gesamteinnahmen und der Steuereinnahmen

Im Jahr 2015 stiegen die Gesamteinnahmen des öffentlichen Gesamthaushaltes bundesweit um 5 %, gegenüber 2010 sogar um 29,2 % auf 6 135 Euro pro Kopf. In Niedersachsen war 2015 im Vergleich zum Vorjahr mit +6,4 % ein überdurchschnittliches Wachstum zu verzeichnen; dennoch blieben die Gesamteinnahmen mit 5 559 Euro pro Kopf unter dem Durchschnitt (vgl. Tab. 38). Die höchsten Wachstumsraten konnten in Schleswig-Holstein (+11,9 %) und Sachsen-Anhalt (+11,6 %) erzielt werden, Sachsen musste als einziges Land einen Rückgang um 2,4 % hinnehmen. In der längerfristigen Betrachtung sind die Gesamteinnahmen in allen Ländern von 2010 bis 2015 um 29,2 % gestiegen. Sehr deutliche Einnahmewachstumsraten konnten in Bremen (+58,0 %) und Hamburg (+56,6 %) erlangt werden. Die ostdeutschen Länder Thüringen (+15,9 %) und Sachsen (+14,5 %) bildeten in dieser Betrachtung die Schlusslichter. Niedersachsen belegte mit einem Wachstum der Gesamteinnahmen von 30,1 % einen Platz nahe dem Durchschnittswert (29,2 %).

Die höchsten Pro-Kopf-Einnahmen der öffentlichen Gesamthaushalte fielen 2015 in den Stadtstaaten Hamburg (9 232 Euro), Bremen (8 331 Euro) und Berlin (7 776 Euro)

an; die geringsten im Saarland (5 492 Euro) und Rheinland-Pfalz (5 582 Euro). Die höchsten Anteile der Steuern an den Gesamteinnahmen (Steuereinnahmequote) wurden für Baden-Württemberg (72,8 %) und Bayern (72,4 %) errechnet. Bremen hingegen bezog nur 49,2 % der Gesamteinnahmen aus Steuern. Niedersachsen belegte hier mit 68,8 % einen Platz oberhalb des Bundesdurchschnittes von 66,9 %.

In allen Ländern konnten die öffentlichen Gesamthaushalte 2015 Zuwächse bei den Steuereinnahmen verbuchen. Niedersachsen lag hier mit 7,6 % deutlich über dem Durchschnitt aller Länder von 6,4 % (vgl. Tab. 39). Die mit Abstand stärksten Zuwächse von 11,6 % konnten in Schleswig-Holstein verzeichnet werden, wodurch auch teilweise die Steigerungen der Gesamteinnahmen erklärt werden können. Für die Stadtstaaten Hamburg (+2,8 %) und Berlin (+3,8 %) wurden die geringsten Zuwächse aller Länder errechnet. Werden die Steuereinnahmen auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bezogen, fällt auf, dass die ostdeutschen Flächenländer mit 12,4 % überdurchschnittlich hohe Quoten aufwiesen, die Stadtstaaten Bremen (8,6 %) und Hamburg (9,3 %) die geringsten. Niedersachsen liegt mit 11,6 % über dem Bundesdurchschnitt von 11,1 %. Es zeigt sich, dass das prozentuale Verhältnis von Steuereinnahmen zum BIP bei Ländern mit unterdurchschnittlicher Wirtschaftskraft höher ist als bei Ländern mit überdurchschnittlicher Wirtschaftskraft.

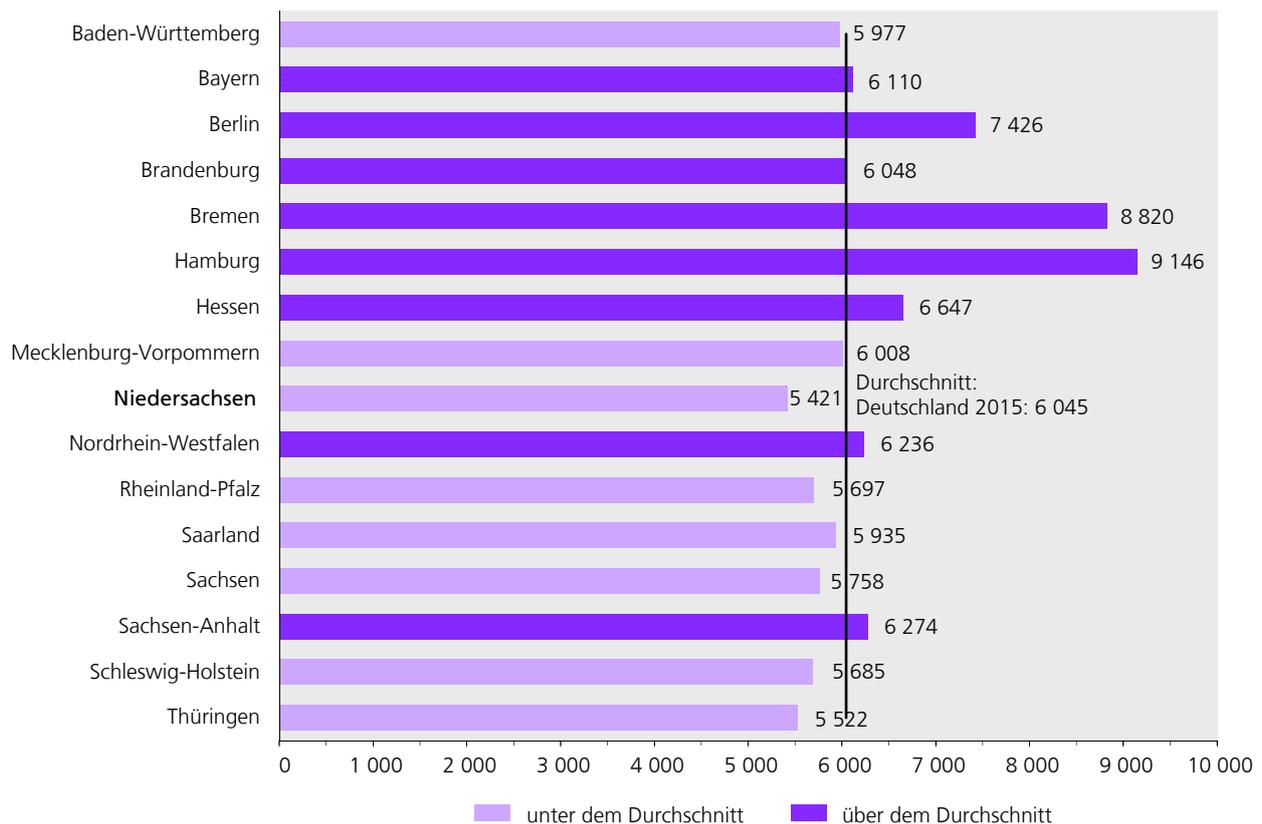
Veränderung der Gesamteinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen (Kernhaushalte und Extrahaushalte) 2015 gegenüber 2014 – Prozent –



Gesamtausgaben und Personalausgaben wachsen

Bundesweit gaben 2015 die öffentlichen Gesamthaushalte der Länder, Kommunen und Sozialversicherungen 6 045 Euro pro Kopf und damit 3,6 % mehr als im Vorjahr aus (vgl. Tab 40). In Niedersachsen waren es 5 421 Euro; eine Steigerung von 3,7 % gegenüber dem Vorjahr und um 18,4 % gegenüber 2010. Starke Ausgabenzuwächse gab es vor allem in Schleswig-Holstein (+8,2 %), Hamburg

Gesamtausgaben der Länder und Kommunen je Einwohner/-in 2015 in Euro - Kernhaushalte und Extrahaushalte -



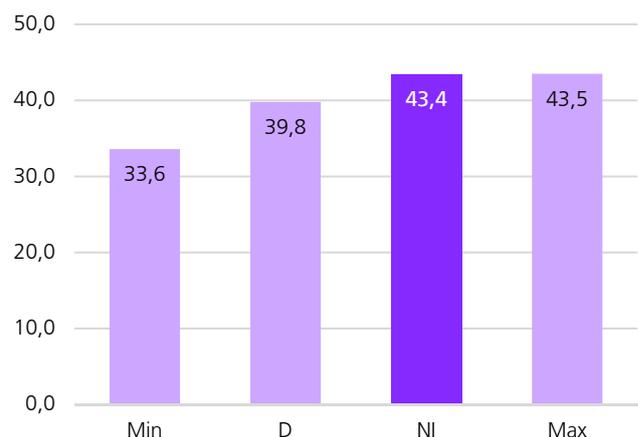
(+6,7 %) und Sachsen-Anhalt (+6,0 %). Bezogen auf das BIP haben vor allem die ostdeutschen Länder hohe Anteile bereinigter Gesamtausgaben von einem Fünftel bis einem Viertel. Die geringsten Anteile der bereinigten Gesamtausgaben am BIP wurden für Baden-Württemberg (14,0 %), Bayern (14,2 %) und Hamburg (14,8 %) errechnet. Für Niedersachsen beträgt dieser Wert 16,5 % nahe dem Durchschnitt von 16,3 %. Die bereinigten Gesamtausgaben umfassen die Summe der Ausgaben des Verwaltungshaushalts und der Ausgaben des Vermögenshaushalts ohne besondere Finanzierungsvorgänge und nach Abzug haushaltstechnischer Verrechnungen sowie Zahlungen von gleicher Ebene.

Pro Kopf gerechnet gaben die öffentlichen Gesamthaushalte 2015 für Personal 2 404 Euro aus (Tab. 41). Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Zuwachs von 3,3 %, bezogen auf 2010 sogar um ein Viertel (+25,2 %). Die geringsten Pro-Kopf-Ausgaben mit weniger als 2 200 Euro wurden in Sachsen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern getätigt, die höchsten in den Stadtstaaten, mit Beträgen zwischen 2 675 Euro (Berlin) und 3 171 Euro (Hamburg). In Sachsen schrumpften die Personalausgaben sogar um 2,0 %. In Niedersachsen lagen sie mit 2 351 Euro pro Kopf leicht unter dem Durchschnitt, was gegenüber dem Vorjahr 2014 einen Zuwachs von 3,5 % (bundesweit +3,3 %) bedeutete.

Der höchste Anteil der Personalausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben wurde mit 43,5 % für das Saarland

berechnet, dicht gefolgt von Niedersachsen mit 43,4 %. Die geringsten Anteile von rund einem Drittel fanden sich in den Hansestädten Bremen und Hamburg.

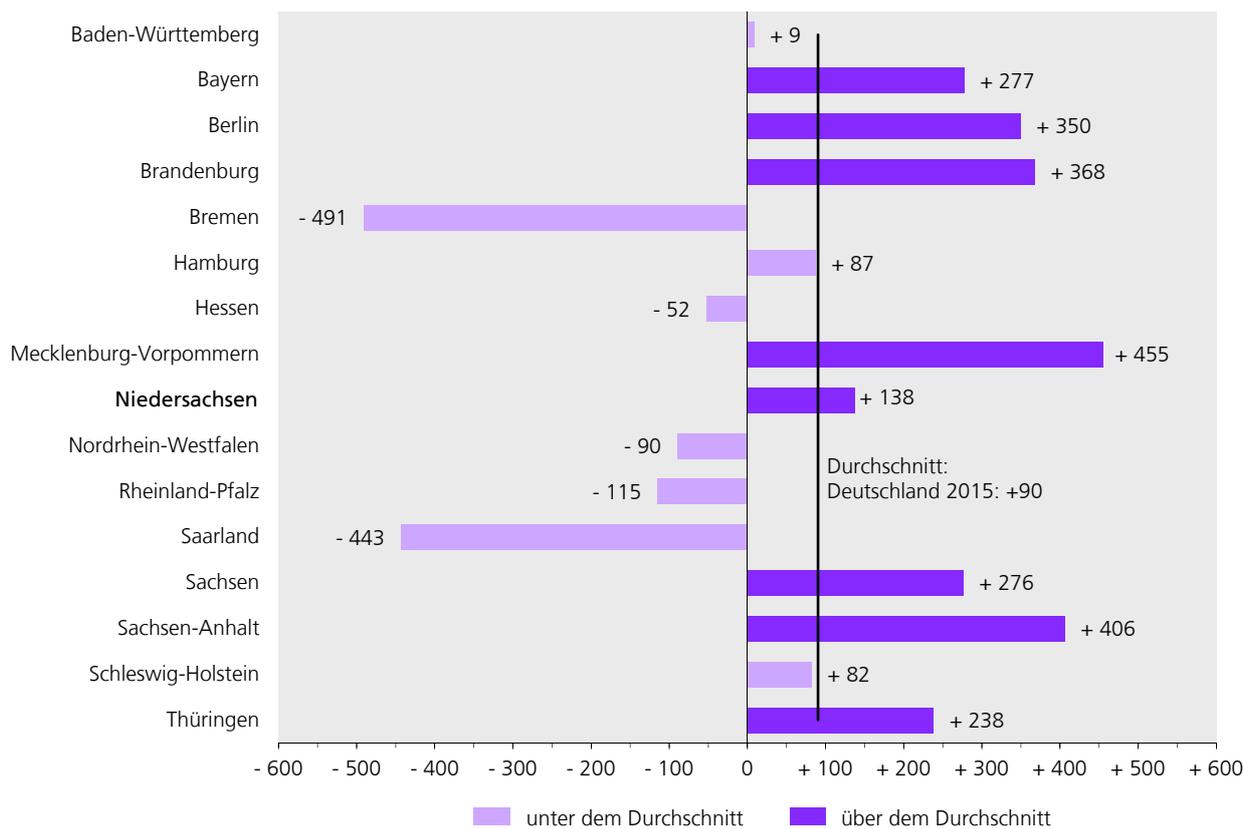
Personalausgabenquote der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen (Kernhaushalte und Extrahaushalte) 2015 – Prozent –



Zinsausgaben leicht rückläufig

In allen Ländern, außer in Bremen, sanken 2015 die Ausgaben für Zinsen, im Schnitt um 7,9 % auf 249 Euro pro Kopf (vgl. Tab. 42). In Niedersachsen reduzierten sich die Zinsausgaben dagegen nur leicht um 0,4 % auf 240 Euro

Finanzierungssaldo der Länder und Kommunen je Einwohner/-in 2015 in Euro - Kernhaushalte und Extrahaushalte -



pro Kopf. Die deutlichsten Rückgänge waren in Baden-Württemberg (-18,0 %), Brandenburg (-12,8 %) und Rheinland-Pfalz (-12,2 %) zu verzeichnen. In diesen Ländern konnte auch die Verschuldung zurückgeführt werden.

Wieder positiver Finanzierungssaldo

In den öffentlichen Gesamthaushalten von 11 Ländern konnten 2015 Finanzierungsüberschüsse erzielt werden (Tab. 43). Die höchsten Überschüsse pro Kopf ergaben sich in Mecklenburg-Vorpommern (455 Euro), Sachsen-Anhalt (406 Euro) und Brandenburg (368 Euro). Insgesamt ergab sich für die ostdeutschen Länder ein durchschnittlicher Finanzierungssaldo von 337 Euro pro Kopf, der deutlich über dem der westdeutschen Länder von lediglich 30 Euro lag. In Niedersachsen wurde 2015 ein Finanzierungsüberschuss des öffentlichen Gesamthaushaltes von 138 Euro erzielt, im Jahr zuvor gab es noch ein leichtes Defizit. In 5 westdeutschen Ländern schloss der öffentliche Gesamthaushalt mit einem Pro-Kopf-Defizit zwischen 52 Euro in Hessen und 491 Euro in Bremen ab. In allen Ländern bis auf Sachsen ist der Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushaltes gestiegen, d. h. die Überschüsse haben sich erhöht oder die Defizite verringert. In Sachsen hat sich insofern der Überschuss reduziert.

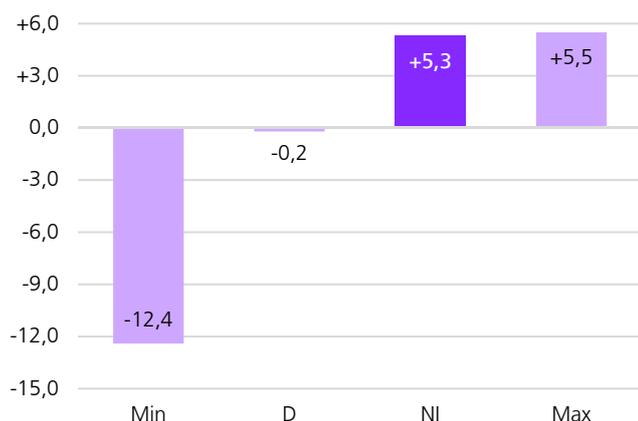
Um ein Maß für das Gewicht eines Finanzierungssaldos zu bekommen, wurde in Tabelle 43 ein Quotient aus Finanzierungssaldo und BIP gebildet. Daraus ist ersichtlich, dass

im Saarland das Defizit des öffentlichen Gesamthaushaltes 1,3 % des BIP ausmachte, gefolgt von Bremen (1,0 %), Rheinland-Pfalz (0,4 %), Nordrhein-Westfalen (0,2 %) und Hessen (0,1 %). Von Ländern mit Finanzierungsüberschüssen wirkte sich dies im Verhältnis zum BIP vor allem in Mecklenburg-Vorpommern (1,8 %), Sachsen-Anhalt (1,6 %) und Brandenburg (1,4 %) aus. Der Finanzierungsüberschuss in Niedersachsen belief sich auf 0,4 % des BIP.

Zunahme der Verschuldung gegen den Bundestrend

Die Verschuldung der öffentlichen Gesamthaushalte hat im Jahr 2015 über alle Länder um 0,2 % auf 9 294 Euro je Einwohnerin und Einwohner abgenommen (vgl. Tab. 44). In 6 Ländern stieg sie jedoch weiter an, darunter auch Niedersachsen mit +5,3 %, was nach Bremen (+5,5 %) die zweithöchste Steigerungsrate bedeutete. Am stärksten zurückgegangen ist die Verschuldung dagegen in Sachsen (-12,4 %), gefolgt von Bayern (-7,5 %). Die öffentlichen Gesamthaushalte Niedersachsens waren mit leicht überdurchschnittlichen 9 332 Euro pro Kopf verschuldet. Die höchsten Schuldenwerte pro Kopf fielen in den drei Stadtstaaten und dem Saarland an, wobei Bremen mit 32 735 Euro einen besonders hohen Betrag aufwies. Die geringsten Schulden pro Kopf hatten Sachsen (1 613 Euro) und Bayern (2 777 Euro). Aus Tabelle 44 kann entnommen werden, dass tendenziell vor allem in Ländern mit einer bereits hohen Pro-Kopf-Verschuldung weiterhin neue Kredite aufgenommen wurden, wohingegen Länder mit niedriger Verschuldung in der Lage waren, Kredite zu tilgen.

Veränderung der Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen (Kernhaushalte und Extrahaushalte) 2015 gegenüber 2014 – Prozent –



Mehr Mittel aus dem Finanzausgleich

In Tabelle 45 sind die Beträge abgebildet, die die Länder in den Finanzausgleich einzahlen oder ausgezahlt bekommen. Es handelt sich dabei um die Summen des vertikalen und des horizontalen bundesstaatlichen Finanzausgleichs. Der horizontale Länderfinanzausgleich (LFA) verteilt Finanzmittel zwischen den Ländern um. Die Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) bilden den vertikalen Finanzausgleich, bei welchen von einer übergeordneten Gebietskörperschaft (Bund) unter bestimmten Bedingungen Zahlungen an nachgeordnete Gebietskörperschaften (Länder) geleistet werden.

Das Volumen des Finanzausgleichs (LFA und BEZ) hat sich 2015 im Vergleich zum Vorjahr von 19 614 Mio. Euro auf 19 783 Mio. Euro geringfügig erhöht. Niedersachsen erhielt aus dieser Summe 638 Mio. Euro – rund eine Viertel-

milliarde mehr als im Jahr 2014. Pro Kopf waren es insgesamt 81 Euro. Der Quotient aus LFA und BEZ geteilt durch die bereinigten Einnahmen der Länder einschließlich ihrer Gemeinden zeigt die Bedeutung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs für die Haushalte der Länder. Bayern (-6,7 %), Hessen (-4,3 %), Baden-Württemberg (-3,6 %) und Hamburg (-0,7 %) zahlten in den Finanzausgleich ein. Die höchsten Beiträge an den Gesamteinnahmen bildete 2015 der bundesstaatliche Finanzausgleich in Berlin (21,3 %) und Bremen (16,1 %). Danach folgten die Flächenländer Ostdeutschlands mit Werten zwischen 14,0 % in Thüringen und 10,4 % in Brandenburg. In Niedersachsen betrug dieser Wert im Jahr 2015 1,5 % (alle Angaben für 2015 vorläufig).

Weitere Informationen u. a.:

zu Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte: Statistisches Bundesamt: Finanzen und Steuern. [Vierteljährliche Kassenergebnisse des Öffentlichen Gesamthaushalts 1.- 4. Vierteljahr 2015 \(Fachserie 14 Reihe 2\), Wiesbaden 2016](#)

und LSN: [Statistische Berichte Niedersachsen L Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern](#)

zu Schulden der öffentlichen Haushalte: Statistisches Bundesamt: [Finanzen und Steuern. Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts 2015 \(Fachserie 14 Reihe 5\), Wiesbaden 2016](#)

und LSN: [Statistische Berichte Niedersachsen L Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern](#)

zum Länderfinanzausgleich: Bundesministerium der Finanzen: [Länderfinanzausgleich. Daten zur horizontalen Umsatzsteuerverteilung, zum Länderfinanzausgleich und zu den Bundesergänzungszuweisungen \(Zusammenfassung der Abrechnungsergebnisse für die Jahre ab 2005\)](#)

Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss gegen den Bundestrend weiter gesunken

Im Jahr 2014 verließen in Niedersachsen insgesamt 4 245 Jugendliche die Schule, ohne mindestens einen Hauptschulabschluss erworben zu haben (Tab. 46). Im Vergleich zum Vorjahr waren das 127 bzw. 2,9 % Schülerinnen und Schüler weniger. In sechs weiteren Ländern sank die Zahl ebenfalls. Einen zweistelligen Rückgang gab es jedoch nur in Mecklenburg-Vorpommern mit 16,8 %.

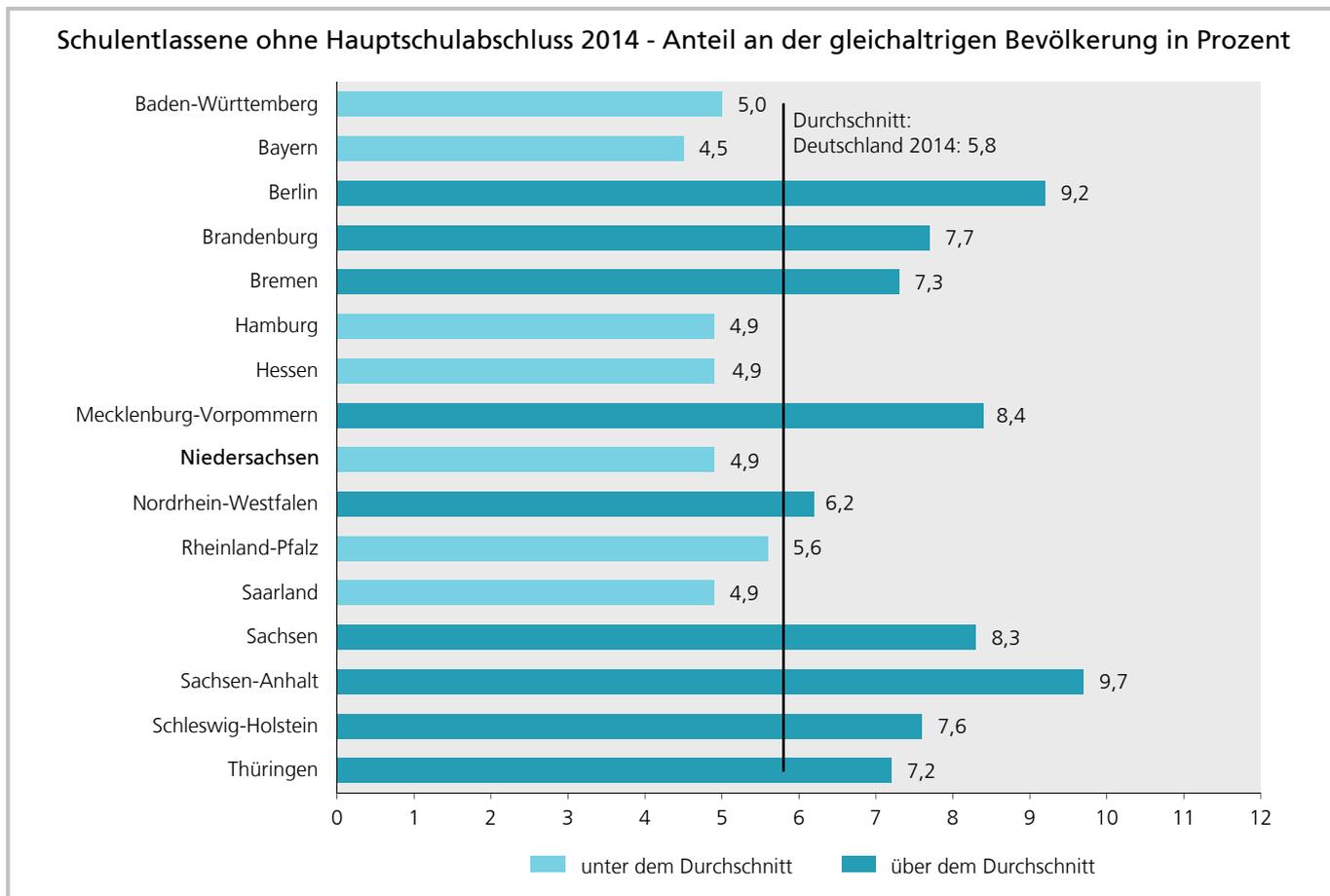
Im bundesweiten Durchschnitt stieg die Zahl der Schülerinnen und Schüler ohne Hauptschulabschluss im Vergleich zu 2013 um 1,4 % auf 46 921. Den deutlichsten Anstieg gab es in Berlin mit 14,9 %. Mittelfristig, im Zeitraum von 2009 bis 2014, ist die Zahl der sogenannten Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher in fast allen Ländern um zweistellige Prozentwerte zurückgegangen. Im bundesweiten Durchschnitt verringerte sich die Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss zwischen 2009 und 2014 um fast ein Fünftel (-19,5 %), in Niedersachsen sogar um knapp ein Viertel (-23,6 %). Die Spanne reichte von -40,6 % in Mecklenburg-Vorpommern bis +4,4 % in Schleswig-Holstein.

Die Quote der „Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher“ lag 2014 in Niedersachsen bei 4,9 % und war damit im

Vergleich zu 2013 um 0,1 Prozentpunkte niedriger. Nur Bayern hatte mit 4,5 % im Jahr 2014 einen noch niedrigeren Wert. Bundesweit stieg die „Schulabbrecherquote“ etwas an: um 0,1 Prozentpunkte auf 5,8 %. Die Berechnung der Quote erfolgt nach dem Quotensummenverfahren, in dem zunächst die Anzahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger jedes Geburtsjahrgangs zur Bevölkerung des jeweiligen Jahrgangs in Beziehung gesetzt wird. Anschließend werden alle Quoten der Einzelaltersjahre zu einer Gesamtquote aufsummiert.

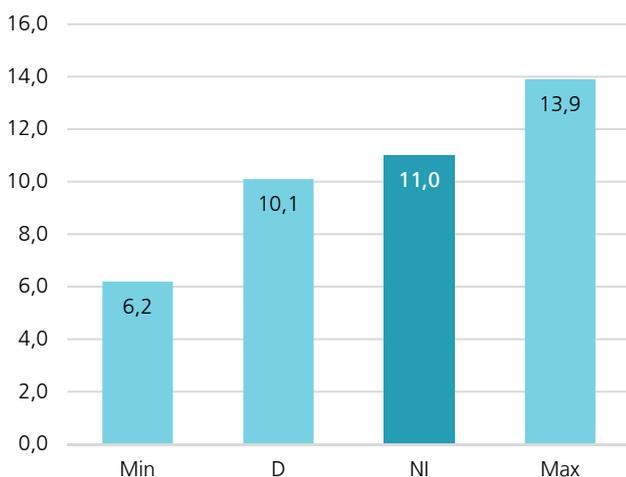
Quote der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger wieder gestiegen

Der Indikator „frühe Schulabgänger“ fasst Personen im Alter zwischen 18 bis unter 25 Jahre zusammen, die maximal die Sekundarstufe I abgeschlossen haben und ohne Berufsausbildung sind oder sich nicht in einer solchen befinden und auch nicht an einer Weiterbildung teilnehmen (Tab 47). Die Quote wird an der gleichaltrigen Bevölkerung berechnet. Es handelt sich um einen internationalen Bildungsindikator. Quelle ist in Deutschland der Mikrozensus. Die hier an dieser Stelle dargestellte Auswertung entstammt der Berechnung des Europäischen Amtes für Statistik (Eurostat).



Im Jahr 2015 waren 11,0 % der 18- bis unter 25-Jährigen in Niedersachsen frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger. Dies entsprach gegenüber 2014 einem leichten Anstieg von 0,4 Prozentpunkten, gegenüber 2010 allerdings einem Rückgang von 2,7 Prozentpunkten. Das Geschlecht spielte für das „frühe Verlassen“ der Schule in Niedersachsen fast keine Rolle: Bei jungen Männern betrug die Quote 11,1 %, bei jungen Frauen lag sie bei 10,9 %. In fast allen anderen Ländern, mit Ausnahme von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, ist die Quote der frühen Schulabgänger höher als die Quote der frühen Schulabgängerinnen. Geringe Abstände zwischen den Geschlechterquoten wiesen nach Niedersachsen (0,2 Prozentpunkte) auch die Länder Rheinland-Pfalz (0,3 Prozentpunkte) sowie Baden-Württemberg (0,4 Prozentpunkte) und Hessen (0,4 Prozentpunkte) auf. In Berlin ist der Abstand der männlichen und weiblichen frühen Schulabgängerquote am größten. Die Quote der frühen Schulabgänger betrug dort 17,1 % und war damit 6,1 Prozentpunkte größer als die der frühen Schulabgängerinnen. Im Bundesdurchschnitt betrug die Quote der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger insgesamt 10,1 % (2014: 9,5 % und 2010: 11,8 %.)

Frühe Schulabgängerinnen und -abgänger 2015 – Prozent –



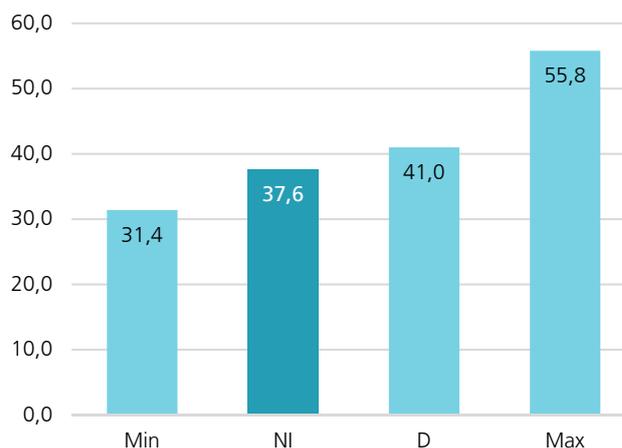
Mehr Abiturientinnen und Abiturienten – höhere Abiturientenquote

Im Jahr 2014 erlangten 32 555 niedersächsische Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen die Hochschulreife (Tab. 48). Damit stieg die Zahl der Absolventinnen und Absolventen im Vergleich zu 2013 um 2,3 %, nachdem es zuvor einen leichten Rückgang gab.

Für aussagekräftige Zeit- und Regionalvergleiche werden Abiturientenquoten berechnet – auch hier wie bei der Schulabbrecherquote anhand des Quotensummenverfahrens. In Niedersachsen lag die Abiturientenquote 2014 bei 37,6 %, was einem Anstieg von 0,8 Prozentpunkten gegenüber 2013 entsprach. Die niedersächsische Abiturientenquote lag so auch nach der erstmals seit einigen Jahren

bundesweit frei von doppelten Abiturjahrgängen beeinflussten Statistik unter dem Bundesdurchschnitt von 41,0 %. Letzterer verringerte sich von 2013 auf 2014 um 4,8 Prozentpunkte. Allerdings war der Wert 2013 durch den doppelten Abiturjahrgang in Nordrhein-Westfalen und den 1,5-fachen Abiturjahrgang in Hessen überhöht. Die höchste Abiturientenquote gab es 2014 in Hamburg (55,8 %) und die niedrigste in Bayern (31,4 %).

Schulentlassene mit Hochschulreife an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen 2014 – Prozent –



Anteil der Studienberechtigten auf Bundesniveau

Die Studienberechtigtenquote, ebenfalls nach dem Quotensummenverfahren berechnet, gibt Auskunft darüber, wie hoch der Anteil der zur Aufnahme eines Studiums Berechtigten an der gleichaltrigen Bevölkerung ist. Neben dem Abitur berücksichtigt diese Quote also auch andere Abschlüsse, insbesondere die Fachhochschulreife (Tab. 48). Unter den Flächenländern gab es vier Länder, die über dem Niedersachsenwert von 53,1 % lagen, der jedoch in etwa dem Bundesdurchschnitt (52,8 %) entsprach. In Hamburg waren rund zwei Drittel der Schulentlassenen (65,0 %) studienberechtigt, was bundesweit den Höchstwert darstellte. Eine Studienberechtigtenquote von deutlich unter 50,0 % hatte Sachsen-Anhalt (38,1 %).

Weitere Informationen u. a.:

zu den Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss und zu den Abiturienten- und Studienberechtigtenquoten: Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): [Dokumentation Nr. 209 – Dezember 2015: Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 2005 bis 2014](#), Tabelle C.I.1.1 und C.I.1.1.2 sowie C.III.1.3 und C.III.1.3.2

zu den frühen Schulabgängern: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: [Amtliche Sozialberichterstattung – frühe Schulabgänger](#) http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/C1fruehe_schulabgaenger.html bzw. Eurostat: Datenbank [Tabelle edat_ifse_16](#)

Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger entgegen dem Bundestrend leicht steigend

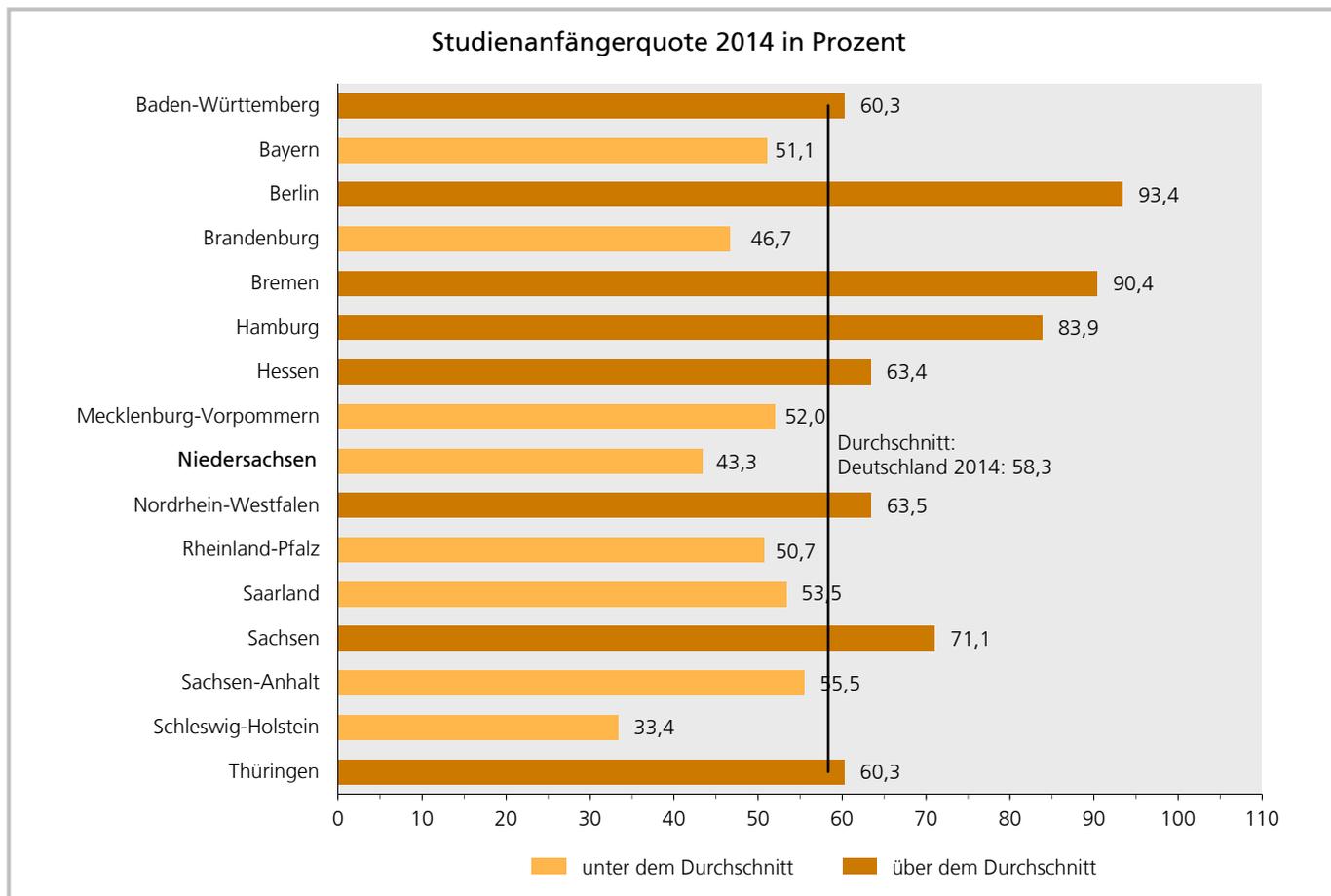
Im Sommersemester 2014 und dem darauffolgenden Wintersemester zusammen begannen insgesamt 37 938 Hochschulzugangsberechtigte erstmals ein Studium in Niedersachsen (Tab. 49). Das waren rund 7,5 % der bundesweit 504 882 Studienanfängerinnen und -anfänger und damit anteilig etwas mehr als in den beiden Vorjahren (7,1 %).

Im mittelfristigen Vergleich stieg die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger zwischen 2009 und 2014 deutlich an. In Niedersachsen waren es 8 788 Personen mehr und im gesamten Bundesgebiet 80 609 Personen. Auch gegenüber 2013 stieg die Zahl in Niedersachsen an, und zwar um 1 607 Personen, was einem Zuwachs von 4,4 % entsprach. Diese Zunahme steht im Gegensatz zum Vorjahresvergleich in den meisten anderen Ländern, in denen die Zahl der Erstsemester zurückging (Deutschland: -3 739 bzw. -0,7 %).

Diese Werte lassen zunächst vermuten, dass sich der in den letzten Jahren fortwährende Trend hin zum Studium und weg von der dualen Ausbildung im Bundesdurchschnitt abgeschwächt hat. Ob dies der Fall ist, zeigt ein Blick auf die Studienanfängerquote. Bei dieser werden nicht nur die absoluten Werte betrachtet, sondern die Zahl der Studienan-

fängerinnen und Studienanfänger in Bezug zur gleichaltrigen Bevölkerung gesetzt. Die hier ausgewiesene Quote wird nach dem Quotensummerverfahren berechnet, durch welches Strukturbrüche in der Altersgliederung der Bevölkerung besser berücksichtigt werden können. Für die Berechnung wird zunächst die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger jedes Geburtsjahrgangs zur Bevölkerung des jeweiligen Jahrgangs in Beziehung gesetzt. Anschließend werden alle Quoten der Einzelaltersjahre zu einer Gesamtquote aufsummiert.

Die Quote der Studienanfängerinnen und -anfänger betrug 2014 in Niedersachsen 43,3 % und lag damit 2,9 Prozentpunkte höher als im Vergleich zum Vorjahr. Auch im Bundesdurchschnitt stieg die Quote von 2013 zu 2014 um 0,9 Prozentpunkte auf 58,3 %. Damit zeigt sich ein leicht verändertes Bild, und zwar, dass der Trend zum Studium nach wie vor ungebrochen ist. Im Fünfjahresvergleich von 2009 zu 2014 stieg die Studienanfängerquote im Bundesdurchschnitt um 15,1 Prozentpunkte, in Niedersachsen mit 11,8 Prozentpunkten etwas weniger. In den Stadtstaaten liegen die Quoten aufgrund ihrer zentralörtlichen Funktionen für ihre Nachbarländer höher. Die Werte für Berlin (93,4 %), Bremen (90,4 %) und Hamburg (83,9 %) waren mit deutlichem Abstand zu den restlichen Ländern am höchsten.

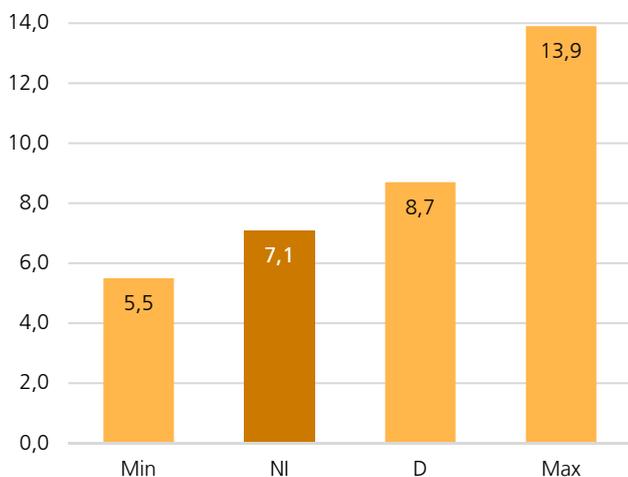


In Deutschland studierten im Wintersemester 2014/2015 knapp 2,7 Mio. Menschen (Tab. 50). Von diesen waren 191 215, d. h. 7,1 % an niedersächsischen Hochschulen eingeschrieben. Die Zahl der Studierenden im Land stieg im Vergleich zum Vorjahressemester damit um 13 644 Personen, was einer deutlichen Zunahme von 7,7 % entsprach. Zuwächse waren jedoch nicht in allen Ländern festzustellen. Der Vorjahresvergleich zeigt, dass die Zahl der Studierenden in allen ostdeutschen Flächenländern leicht zurückgegangen ist, in den westdeutschen Ländern und den Stadtstaaten waren dagegen Steigerungen zu verzeichnen.

Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer fast unverändert

Der Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer in Niedersachsen war mit 7,1 % im Ländervergleich unterdurchschnittlich und blieb gegenüber den Vorjahren fast unverändert. Diese Gruppe umfasst jene ausländischen Studierenden, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland bzw. an einem (deutschen) Studienkolleg erworben haben. Bundesweit lag ihr Anteil bei 8,7 % (Tab. 50). Die höchsten Anteile an Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern wiesen Berlin (13,9 %) und Sachsen auf (12,5 %). Die niedrigsten Werte verzeichneten Mecklenburg-Vorpommern (5,5 %) und Schleswig-Holstein (5,8 %).

Anteil der Bildungsausländer/-innen an den Studierenden 2014 – Prozent –

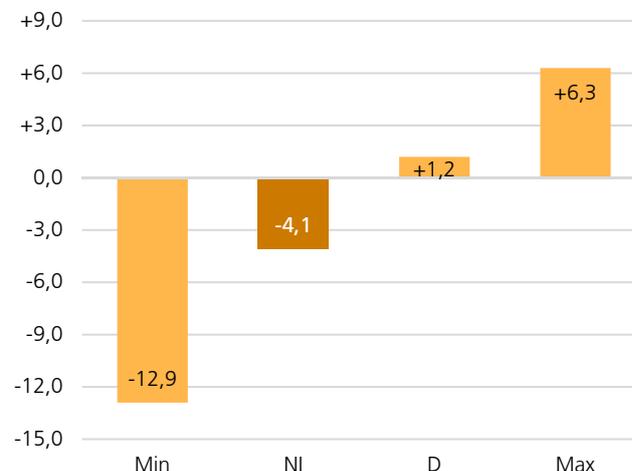


Absolventenzahlen leicht rückläufig, Promotionen weiter steigend

2014 beendeten 22 227 Studentinnen und Studenten erfolgreich ein Erststudium an einer niedersächsischen Hochschule (Tab. 51). Damit wurden in Niedersachsen nach Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern und Hessen die meisten Absolventinnen und Absolventen aus einem Erststudium verabschiedet. Gegenüber dem Vorjahr waren dies jedoch 4,1 % weniger, wohingegen die Zahl der Absolventinnen und Absolventen bundesweit von 2013 zu 2014 zunahm (+1,2 %).

Der akademische Grad des „Doktors“ wurde 2014 in Niedersachsen 2 289 Mal verliehen (Tab. 52). Das entsprach einer Veränderung von +6,0 % gegenüber dem Vorjahr und +11,7 % gegenüber 2009. Auch im bundesweiten Durchschnitt nahm die Zahl der Promotionen kurz- (+1,6 %) und mittelfristig (+12,2 %) zu und lag 2014 bei 28 147.

Veränderung der Zahl der Absolventen/-innen (Erststudium) 2014 gegenüber 2013 – Prozent –



Die Zahl der besetzten Professuren an Niedersachsens Hochschulen ist von 2013 auf 2014 um 0,5 % auf einen Wert von 3 627 gesunken. Im Ländervergleich sind die kurzfristigen Entwicklungen recht unterschiedlich. So verzeichneten Mecklenburg-Vorpommern (+5,9 %) und Sachsen (+3,4 %) die höchsten Zunahmen im Vergleich zum Vorjahr. In Brandenburg (-19,6 %) und Hessen (-13,8 %) wurden dagegen überdurchschnittlich viele Professuren abgebaut oder waren unbesetzt. Im Bundesdurchschnitt glichen sich diese Unterschiede nahezu aus. Die Zahl der Professuren lag 2014 bei 45 749. Ein Vergleich mit Tabelle 50 zeigt, dass jede Professorin bzw. jeder Professor damit rechnerisch 59 Studenten betreute. An niedersächsischen Hochschulen waren es lediglich knapp 53. Den geringsten Wert verzeichnete Thüringen mit einem Verhältnis von 44:1. Die meisten Studierenden pro Professur wurden in Hessen (78) und Nordrhein-Westfalen (77) betreut, wobei die Strukturen der Studiengänge an den jeweiligen Hochschulen im Allgemeinen einen Einfluss auf das Betreuungsverhältnis haben. So sind die Betreuungsrelationen in medizinischen Studiengängen meist geringer, in den Sprach- und Kulturwissenschaften dagegen deutlich höher.

Anteil der Professorinnen mit rund 25 % leicht überdurchschnittlich hoch

Das Geschlechterverhältnis an deutschen Hochschulen zwischen Studentinnen und Studenten ist nahezu ausgeglichen. Im Jahr 2014 waren bundesweit 49,9 % der Erstsemester weiblich, der Anteil der Studentinnen an allen Studierenden betrug 47,8 %, der Anteil der Frauen an allen Absolventinnen und Absolventen, die erfolgreich ein Erststudium abgeschlossen haben, lag bei 51,2 %. Für Niedersachsen lassen sich ähnliche Werte ermitteln (49,3 %, 47,8 %, 51,2 %).

47,9 % bzw. 52,6 %). Je nach Land und der dortigen Hochschullandschaft und unterschiedlichem Fächerangebot variieren die Anteile etwas. Auch im Zeitverlauf sind kleinere Schwankungen zu beobachten. Rein zahlenmäßige Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind jedoch im Wesentlichen nicht vorhanden.

Erst im Bereich der höheren akademischen Abschlüsse treten Disproportionen auf. Von den im Jahr 2014 in Deutschland bestandenen Promotionen wurden 45,5 % von Frauen abgelegt, in Niedersachsen lag der Wert mit 46,4 % etwas höher. Im Zeitverlauf stieg der Anteil der von Frauen bestandenen Promotionen in den meisten Ländern an (Bundesdurchschnitt 2009/2014: +1,3 Prozentpunkte). Die Anteilswerte schwankten jedoch deutlicher als bei Studentinnen und Studenten, mit Werten zwischen 52,0 % in Schleswig-Holstein und 37,1 % im Saarland.

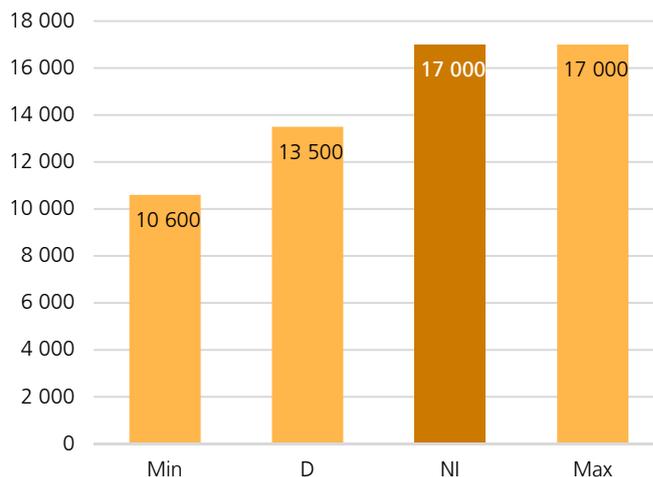
In der Professorenschaft sind Frauen nach wie vor deutlich unterrepräsentiert. In Niedersachsen betrug das Verhältnis zwischen Frauen und Männern 1 zu 3. Der Frauenanteil (25,1 %) lag damit leicht über dem bundesweiten Durchschnitt von 22,0 % im Jahr 2014. Im Fünf-Jahres-Vergleich stieg der Anteil der Professorinnen in allen Ländern. Es bestehen jedoch deutliche Unterschiede. So betrug der Anteil der Frauen in 7 Ländern weniger als 20 %. Den höchsten Wert erreichte Berlin mit 31,4 %.

Höchste Ausgaben für Hochschulen je Studierenden

Das Land brachte im Jahr 2012, dem zum Redaktionschluss aktuell verfügbaren Berichtsjahr, rund 2,9 Milliarden Euro für Hochschulen auf. Dieser Betrag umfasste Ausgaben für Forschung, Lehre und zusätzliche Dienstleistungen, wie z. B. für Studentenwerke (Tab. 55). Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die öffentlichen Ausgaben in Niedersachsen damit um 8,1 %. Auch in allen anderen Ländern wurden die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr erhöht (Bundesdurchschnitt: +7,9 %). In Relation dazu stieg jedoch auch die Zahl der Studierenden kontinuierlich an (vgl. Tab. 50). Je Studentin bzw. Student lagen die öffentlichen Ausgaben 2012 in Niedersachsen bei rund 17 000 Euro. Auch wenn die Ausgaben damit im Vergleich zum Vorjahr um etwa 900 Euro gesunken sind, waren sie doch die mit Abstand höchsten im gesamten Bundesgebiet

(Deutschland: 13 500 Euro). Ein Grund für die in Niedersachsen höheren Aufwendungen ist der hohe Anteil sogenannter MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik sowie Medizin und Agrarwissenschaften), welche typischerweise kostenintensiver sind. Bezieht man die Ausgaben auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP), ändert sich das Bild ein wenig: Denn mit einem Anteil von 1,2 % am BIP lag Niedersachsen genau auf dem Niveau des Bundesdurchschnitts.

Ausgaben für Hochschulen je Studierenden 2012
– Euro –



Weitere Informationen u. a.:

zu Angaben über Studierende, Absolventen, Promotionen, Professuren: [Statistisches Bundesamt](#): Bildung und Kultur. Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen 1980 – 2014 (Fachserie 11 Reihe 4.3.1) und Prüfungen an Hochschulen (u. a. Promotionen) (Fachserie 11 Reihe 4.2), Wiesbaden 2015 und [LSN-OnlineDatenbank](#): Hochschulstatistik (310) und Hochschulpersonal (310)

zu den Ausgaben für Hochschulen: [Statistisches Bundesamt](#): Bildung und Kultur. Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen 2013 (Fachserie 11 Reihe 4.3.2), Wiesbaden 2015

Aufkommen an Haushaltsabfällen überdurchschnittlich gestiegen – Recycling-Quote weiterhin hoch

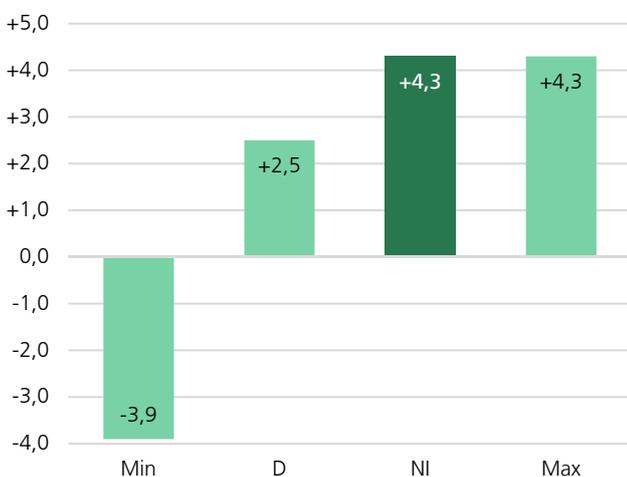
In Niedersachsen ist das Aufkommen an Haushaltsabfällen 2014 auf rund 4,1 Mio. Tonnen gestiegen. Unter diese Abfälle fallen Haus- und Sperrmüll, Bioabfälle und getrennt gesammelte Abfälle zur Verwertung, wie z. B. Verpackungen, Glas und Papier bzw. Pappe und Karton. Der Bevölkerungsgröße entsprechend lag Niedersachsen mit dieser Höhe an vierter Stelle unter den Ländern (Tab. 59). Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Abfallmenge um 4,3 % und damit stärker als im Bundesdurchschnitt (+2,5 %).

Aufgrund der regional unterschiedlichen Organisation der öffentlich-rechtlichen Abfallentsorgung enthalten die Haushaltsabfälle in unterschiedlichem Maße hausmüllähnliche Gewerbeabfälle (sog. Geschäftsmüll). Dies erklärt zumindest zum Teil die große Spannweite des spezifischen Aufkommens an Haushaltsabfällen in Höhe von 202 kg Pro-Kopf-Abfall (Sachsen: 324 kg, Rheinland-Pfalz: 526 kg). Niedersachsen erreichte, bedingt durch das hohe Aufkommen an Bioabfällen und Wertstoffen, mit einer Gesamt- abfallmenge von 522 kg je Einwohnerin bzw. Einwohner den bundesweit zweithöchsten Wert (Deutschland: 464 kg).

Ein wesentlicher Grund für das hohe Pro-Kopf-Aufkommen in Niedersachsen findet sich in der stark ausgeprägten Erfassung von Bioabfällen (mit einer flächendeckend getrennten Erfassung von Grünabfällen und einer stetigen Ausweitung der Küchenabfallsammlung). Das Kreislaufwirtschaftsgesetz verpflichtet die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger dazu, Bioabfälle getrennt zu sammeln und zu verwerten. Der hohe Durchschnittswert von 147 kg pro Kopf im Jahr 2013 stieg 2014 kräftig auf 164 kg an (höchster Wert unter den Ländern). Bundesweit lag der Wert mit 121 kg pro Kopf deutlich darunter.

Bei den übrigen Wertstoffen wie Altpapier, Altglas etc. lag das niedersächsische Pro-Kopf-Aufkommen mit 167 kg ebenfalls wie schon in den Vorjahren deutlich höher als im Bundesdurchschnitt (149 kg).

Veränderung des Aufkommens an Haushaltsabfällen 2014 gegenüber 2013 – Prozent –

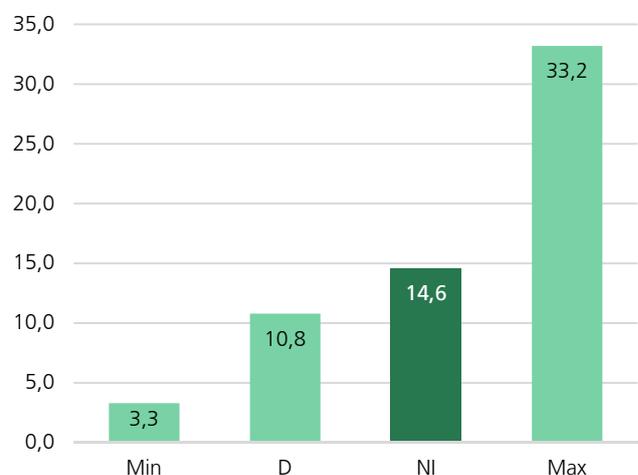


Demgegenüber lag das niedersächsische Restabfallaufkommen (Haus- und Sperrmüll) pro Kopf mit 189 kg sehr nahe am Bundesdurchschnitt von 192 kg und genau im Durchschnitt der westdeutschen Länder.

Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch etwas niedriger als im Vorjahr

Der Primärenergieverbrauch (Tab. 60) ist der Einsatz der ursprünglichen Energieträger (Kohle, Erdöl, Erdgas) vor der Umwandlung beispielsweise in Strom oder Wärme. Durch Verluste bei der Umwandlung (z. B. in Kraftwerken) ist der Primärenergieverbrauch größer als der Endenergieverbrauch. Die Nutzung wichtiger erneuerbarer Primärenergieträger (Windkraft, Biomasse und Photovoltaik) in Niedersachsen kam im Jahr 2013 (neuere Daten lagen bei Redaktionsschluss nicht vor) auf einen Anteil von 14,6 % am gesamten Primärenergieverbrauch, 0,1 Prozentpunkte weniger als im Jahr 2012 (14,7 %). Der Grund dafür liegt darin, dass 2013 im Vergleich zum Vorjahr vermehrt konventionelle Energieträger, in erster Linie Mineralöl und Mineralölprodukte sowie Kohlen (auf Grund der Preissituation auf den Märkten) verbraucht wurden; bei einem recht stabilen Einsatz erneuerbarer Energieträger (2013: 54 340 Mio. kWh / 2012: 54 398 Mio. kWh).

Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch 2013 – Prozent –

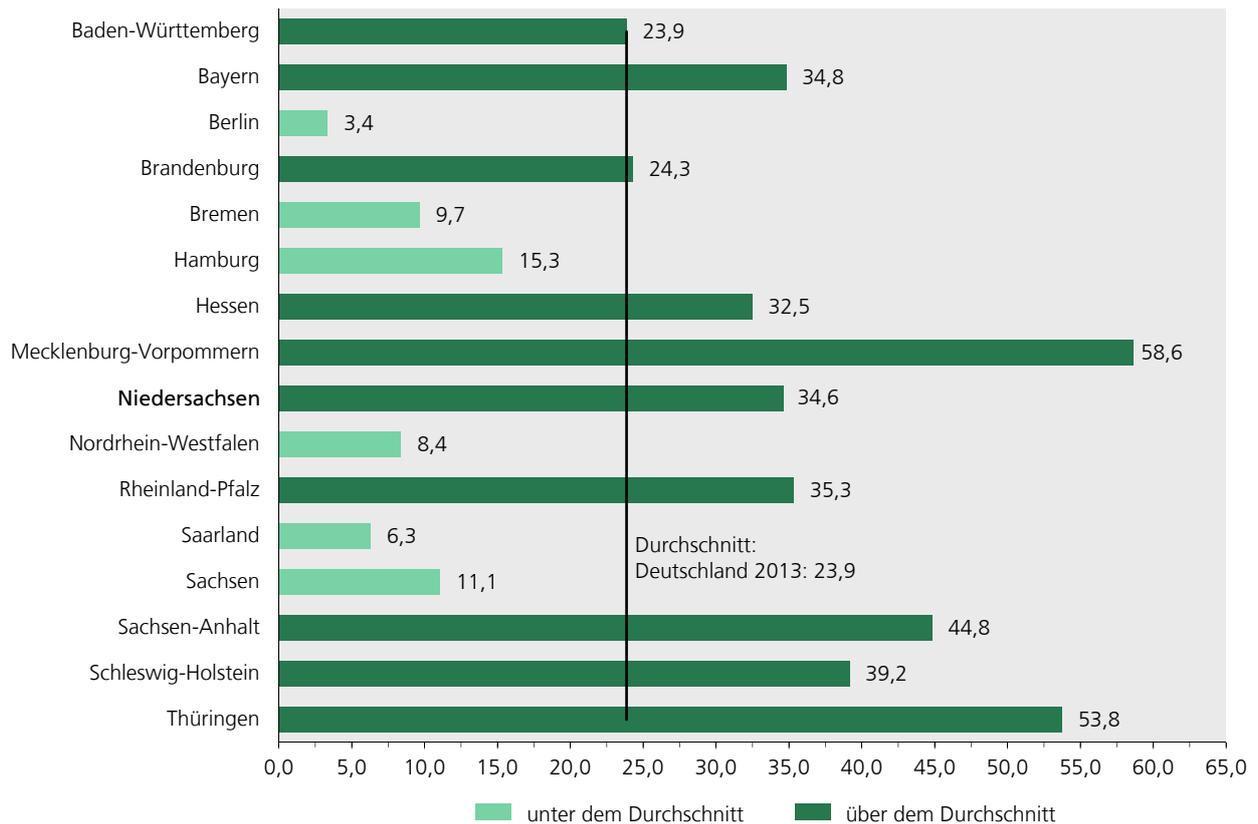


Der Anteil der erneuerbaren Energieträger am Primärenergieverbrauch in Niedersachsen war seit Beginn der Datenerhebung höher als im Bundesdurchschnitt. So lag er auch im Jahr 2013 mit 14,6 % fast 4 Prozentpunkte über dem Deutschlands (10,8 %).

Jede dritte erzeugte Kilowattstunde aus erneuerbaren Energien

Im Jahr 2013 wurden im Stromexportland Niedersachsen 24 248 Mio. kWh Strom aus erneuerbaren Energien er-

Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien 2013 in Prozent



zeugt (Tab. 61). Im Vergleich zu 2012 war dies ein Anstieg um 4,2 %. Der Anteil erneuerbarer Energieträger an der niedersächsischen Stromerzeugung stieg damit im Jahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr um einen Prozentpunkt auf 34,6 %. Deutschlandweit lag der Anteil im Jahr 2013 bei 23,9 %.

Die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien lag 2013 nur im größten Flächenland Bayern (31 634 Mio. kWh) höher. Die bayerische Erzeugung profitierte von einem – geomorphologisch bedingten – starken Wasserkraftsektor und der bundesweit mit Abstand höchsten Produktion aus Photovoltaik. Rang 3 nahm Nordrhein-Westfalen (15 171 Mio. kWh) ein, wo die Biomasse vor der Windkraft lag.

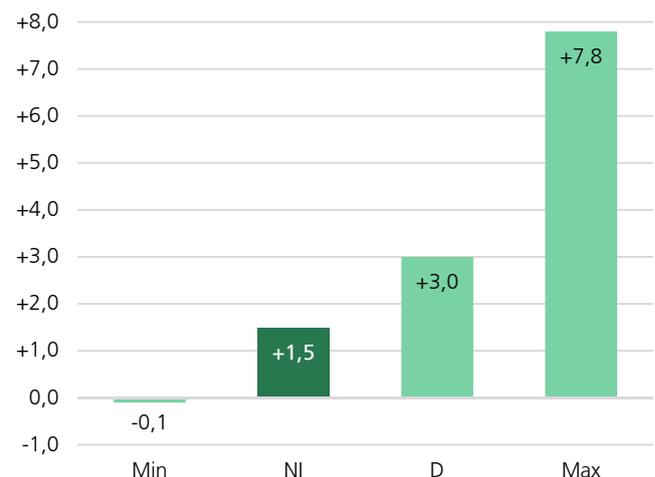
Energiebedingte CO₂-Emissionen leicht gestiegen

Tabelle 62 stellt dar, welche energiebedingten CO₂-Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch entstehen. Die sogenannte Quellenbilanz schließt Emissionen für ausgeführten Strom ein und solche für Importstrom aus. Grundlage der Berechnungen sind die Verbrauchsmengen je eingesetzten fossilen Energieträger und ihr jeweiliger Kohlenstoffgehalt.

Die Entwicklung der CO₂-Emissionen ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund internationaler Vereinbarungen zum Klimaschutz (Kyoto- und Folge-Abkommen) zu sehen. Allerdings hängt die Höhe der Emissionen unmittelbar von der

Entwicklung des Energieverbrauchs und damit von Konjunktur und Witterungsverhältnissen ab.

Veränderung der CO₂-Emissionen aus Primärenergieverbrauch 2013 gegenüber 2012 – Prozent –



Die Gesamtmenge der energiebedingten effektiven CO₂-Emissionen betrug 2013 in Niedersachsen rund 65,4 Mio. Tonnen, ein Plus von knapp 900 000 Tonnen verglichen mit dem Vorjahr, als 64,5 Mio. Tonnen ermittelt wurden: Eine Folge des verstärkten Einsatzes konventioneller Energieträger wie Mineralöl / Mineralölprodukte oder Kohlen im Jahr 2013. Der energiebedingte CO₂-Ausstoß pro Kopf

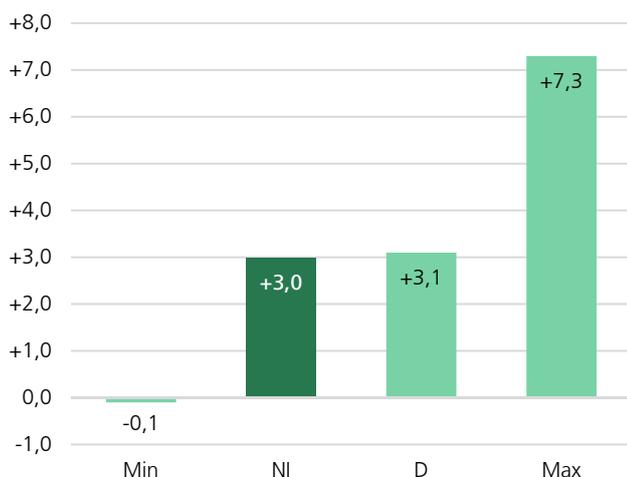
in Niedersachsen lag mit 8,4 Tonnen geringfügig höher als 2012 (8,3 Tonnen).

Deutschlandweit war der Anstieg auf 9,8 Tonnen sogar höher als der Wert für das Jahr 2008 mit 9,7 Tonnen.

Flächenverbrauch angestiegen

Ende 2014 wurden rund 14 % bzw. 6 626 km² der gesamten Fläche Niedersachsens als Siedlungs- und Verkehrsfläche ausgewiesen (Tab. 56). Darunter fallen die Gebäude- und Freifläche (z. B. Sport- und Grünanlagen), die Betriebsfläche, die Erholungsfläche sowie die Verkehrs- und Friedhofsfläche, also nicht nur versiegelte Flächen. Die Umwidmung von landwirtschaftlich genutzter oder naturbelassener Fläche in Siedlungs- und Verkehrsfläche wird als Flächenverbrauch bezeichnet. Damit ländliche Gebiete nicht zersiedelt werden und unzerschnittene Landschaftsräume, die wichtig für die Tier- und Pflanzenwelt sind, erhalten bleiben, ist es Ziel der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung, bis zum Jahr 2020 den Flächenverbrauch auf maximal 30 Hektar pro Tag zu reduzieren. Analog dazu ist es Ziel der niedersächsischen Landesregierung, den Verbrauch in Niedersachsen auf 3 Hektar pro Tag zu minimieren.

Zu- und Abnahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche 2014 gegenüber 2009 – Prozent –



Der „Flächenverbrauch“ eines Jahres errechnet sich aus der Differenz der Siedlungs- und Verkehrsfläche am 31.12. des Berichtsjahres und der Fläche am 31.12. des Vorjahres. Er lag 2014 in Niedersachsen bei 10,4 Hektar pro Tag, also noch weit vom 2020-Ziel entfernt. Ein Jahr zuvor waren es noch 9,3 Hektar (2009: 8,5 Hektar). Eine bundesweite Summe konnte für 2014 aufgrund von methodisch nicht vergleichbaren Werten für das Land Sachsen nicht ausgewiesen werden. Die Spanne der Länder geht von -0,8 Hektar pro Tag in Hamburg bis 10,7 Hektar in Bayern. Auch dieser Vergleich ist jedoch nicht frei von Einschränkungen: In einigen Ländern beeinflussen neben tatsächlichen Nutzungsartenänderungen vor allem Umwidmungen und Neuordnungen der einzelnen Nutzungsarten im Zuge von Umstellungen im amtlichen Liegenschaftskataster den Zeitvergleich.

Waldzustand: jeder sechste Baum geschädigt

Bei der Betrachtung von Waldschäden wird zwischen klassischen Rauchgasschäden in unmittelbarem Umfeld von Schwerindustrie, natürlichen Waldschäden wie Insektenfraß und „neuartigen“ Waldschäden unterschieden. Als Ursache für Letztere gelten insbesondere der Schadstoffeintrag aus der Luft sowie Depositionen im Niederschlag (Tab. 63). Sie führen letztendlich zur Versauerung der Böden. Hinzu kommt der Klimawandel mit entsprechenden Wetterextremen.

Quelle für die Ergebnisse über den Waldzustand ist der jährliche Waldzustandsbericht des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Die Erhebung erfolgt anhand einer Stichprobe von Baumgruppen. Dabei wird in vier Schadstufen unterschieden: 1) schwach geschädigt; Warnstufe 2) bis 4) deutlich geschädigt, wobei 2) mittelstark und 3) stark beschädigt sowie 4) abgestorben bedeutet. Die Schädigungen werden hauptsächlich am Blattverlust sowie an der Vergilbung der Blätter der Baumkronen festgemacht. Nadel- und Laubbäume sind je nach Baumart in unterschiedlichem Maße von Schäden betroffen, so dass die Zusammensetzung des gesamten Waldbestandes Einfluss auf den Anteil der Schädigungen haben kann. Auch die Lage hat je nach Höhe Einfluss auf den Eintrag der Schadstoffe. Darüber hinaus können fehlende Niederschläge zu Beginn der Vegetationszeit und Spätfrostschäden in Jungbeständen zu Belastungen der Wälder führen.

Danach war im Jahr 2015 in Niedersachsen etwa jeder sechste Waldbaum (16 % aller Waldbäume) deutlich geschädigt. Der Anteil für Niedersachsen fiel im Vergleich zu 2014 um 3 Prozentpunkte und gegenüber 2010 um einen Prozentpunkt. Bundesweit lag im Jahr 2015 der Anteil deutlich geschädigter Waldbäume bei 24 %. In den Flächenländern Baden-Württemberg und Brandenburg gab es mit 36 % und 9 % den höchsten bzw. niedrigsten Anteil deutlich geschädigter Bäume.

Weitere Informationen u. a.:

zum Aufkommen an Haushaltsabfällen: Statistisches Bundesamt: [Umwelt. Abfallentsorgung 2014 \(Fachserie 19 Reihe 1\), Wiesbaden 2016](#)

zum Primärenergieverbrauch, zur Stromerzeugung und zu energiebedingten CO₂-Emissionen: Länder Arbeitskreis Energiebilanzen (Datenbank, <http://www.lak-energiebilanzen.de>): [Primärenergieverbrauch, Bruttostromerzeugung, Aktuelle Ergebnisse der CO₂-Bilanzen](#)

zum Flächenverbrauch: Statistisches Bundesamt: [Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. Bodenfläche nach Art der tatsächlichen Nutzung 2014 \(Fachserie 3 Reihe 5.1\), Wiesbaden 2015](#)

zum Waldzustand: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: [Ergebnisse der Waldzustandserhebung 2015](#)

Immer weniger Schwangerschaftsabbrüche

Im Jahr 2015 gab es 7 727 Schwangerschaftsabbrüche von Frauen aus Niedersachsen (Tab. 64). Gegenüber dem Vorjahr waren es 2,1 % und gegenüber 2010 waren es 15,0 % weniger. Der Bundestrend ging zwar in dieselbe Richtung, war allerdings mit Veränderungsraten von -0,5 % und -10,2 % weniger stark. Dabei gab es hier in 6 Ländern einen Anstieg der Zahlen.

Der Blick auf die Häufigkeitszahl, die die Schwangerschaftsabbrüche je 1 000 Lebendgeborene angibt, relativiert diese Zuwächse und die moderateren Rückgänge der absoluten Zahlen der anderen Länder allerdings. Zugleich zeigt er, dass nicht demographische Entwicklungen, sondern wie schon in den Jahren zuvor Verhaltensveränderungen in Bezug auf Schwangerschaftsabbrüche zu niedrigeren Zahlen geführt haben können. Daneben können Fortschritte in der Geburtsmedizin eine Rolle gespielt haben. Im Jahr 2015 kamen in Niedersachsen 115 Abbrüche auf 1 000 Geburten. Fünf Jahre zuvor lag dieser Wert noch bei 144. Bundesweit betrug 2015 die Häufigkeitszahl 135. Nach wie vor gab es in den ostdeutschen Ländern mehr Schwangerschaftsabbrüche je 1 000 Lebendgeborene (184) als in den westdeutschen Ländern (121). Niedrigere Werte als in Niedersachsen gab es nur in Rheinland-Pfalz (114), Baden-Württemberg (106) und Bayern (100).

Armutsgefährdung gestiegen – Ausländerinnen und Ausländer besonders betroffen

Die Armutsgefährdungsquote stieg 2015 bundesweit auf einen Höchststand von 15,7 % an (Tab. 66 bis 68). In Niedersachsen legte sie um 0,6 Prozentpunkte auf 15,9 % zu (Tab. 66). Das war die höchste Quote seit der ersten bundesweit vergleichbaren Berechnung für das Jahr 2005. Als armutsgefährdet gelten in der Statistik alle Menschen, deren monatliches Nettoeinkommen auch nach Erhalt von Transferzahlungen weniger als 60 % des Durchschnitts beträgt.

Bei der bekämpften Armut gab es dementsprechend in Bezug auf so genannte Hartz IV-Haushalte kaum Veränderungen: Die Zahl der in Bedarfsgemeinschaften von Leistungsbeziehenden nach SGB II (Tab. 68) lebenden Personen blieb in Niedersachsen in etwa auf dem Niveau des Vorjahres bei rund 586 000 (+0,1 %). Das heißt, dass wie schon im Vorjahr auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner unter 65 Jahre 95 Personen in Bedarfsgemeinschaften kamen, bundesweit waren es 96. Bei den an dieser Stelle zitierten Zahlen handelt es sich um revidierte Daten: In der Grundstatistik der Bundesagentur für Arbeit gab es im Frühjahr 2016 methodische Umstellungen bezüglich der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften. Deren Zahl vergrößerte sich gegenüber der Zahl vor der Revision. Personen in Bedarfsgemeinschaften, die vom Leistungsanspruch nach dem SGB II ausgeschlossen sind (wie Altersrentnerin-

nen und Altersrentner) und nicht in der Zählung sonstiger Leistungsberechtigter enthalten sind, wurden bisher zum größten Teil nicht als Personen in Bedarfsgemeinschaften gezählt (sowie u. a. Personen mit Anspruch auf ausschließlich Leistungen für Bildung und Teilhabe und Kinder ohne Leistungsanspruch).

Eine eindeutigere Entwicklung gab es bei den Verbraucherinsolvenzen: Hier sank die Zahl 2015 bundesweit um 6,9 %. In Niedersachsen ging sie weniger stark um 3,4 % auf 11 220 zurück. Auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen hier 14,3 Insolvenzen, nur im Saarland (15,3) und Bremen (19,3) waren die Häufigkeitszahlen höher (Tab. 69).

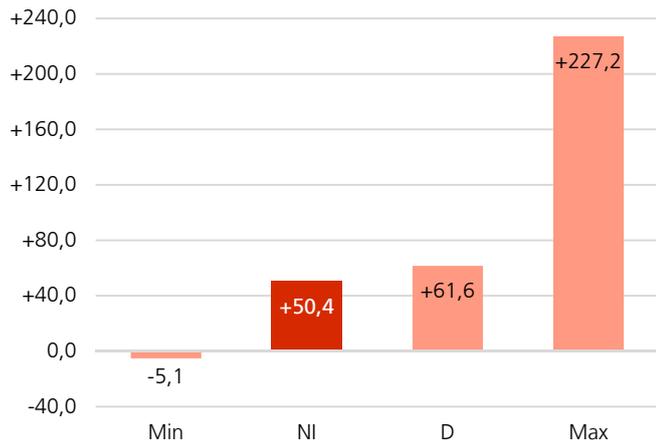
Die Betrachtung der Armutsgefährdung nach soziodemographischen Gruppen macht deutlich, weshalb die Armutsgefährdungsquote 2015 einen spürbaren Anstieg erfahren hat, wenn gleichzeitig die Werte von 2014 betrachtet werden. 2015 waren in Niedersachsen 58,5 % (2014: 57,0 %) der Erwerbslosen, 46,6 % der Alleinerziehenden (2014: 41,6 %) und 40,0 % (2014: 36,6 %) der Ausländerinnen und Ausländer armutsgefährdet (Tab. 66). In absoluten Zahlen gab es bei Letzteren einen Anstieg um 41 000 Personen, die maßgeblich den Gesamtanstieg der Quote begründeten. Das liegt insbesondere an der Zuwanderung von Menschen aus dem Ausland in den vergangenen zwei Jahren, die noch nicht entsprechend in den Arbeitsmarkt integriert waren.

Der Blick auf die Zahlen der Mindestsicherung des Jahres 2014 (neuere Zahlen sind vor dem Redaktionsschluss noch nicht erschienen) kündigte dies bereits an. Diese umfasst nicht nur die SGB II-Leistungen, sondern auch die Empfängerinnen und Empfänger anderer staatlicher Mindestsicherungsleistungen: Sozialhilfe, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Kriegsopferfürsorge und eben auch Leistungen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber. Bei Letzteren gab es eine Zunahme von über 50 % auf 36 591 Empfängerinnen und Empfänger. Die Gesamtzahl der Mindestsicherungsempfängerinnen und -empfänger betrug 2014 in Niedersachsen 727 622 Menschen. Das war ein Anstieg gegenüber 2013 um 2,1 %, bundesweit betrug er 2,3 %. Damit bekamen in Niedersachsen wie auch bundesweit 9,3 % der Bevölkerung Mindestsicherungsleistungen. Die Quote stieg leicht um 0,1 Prozentpunkte an (bundesweit: +0,2 Prozentpunkte).

Deutlich mehr vorläufige Schutzmaßnahmen aufgrund minderjähriger unbegleiteter Schutzsuchender

Im Jahr 2015 stieg die Zahl der von den Jugendämtern in Obhut genommenen Kinder und Jugendlichen deutlich um 50,4 % gegenüber dem Vorjahr auf 5 842 an (Tab. 65). Dabei handelt es sich um eine kurzfristige Maßnahme zum Schutz der Betroffenen. Bundesweit nahm die Zahl

Veränderung der Zahl vorläufiger Schutzmaßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe 2015 gegenüber 2014 – Prozent –

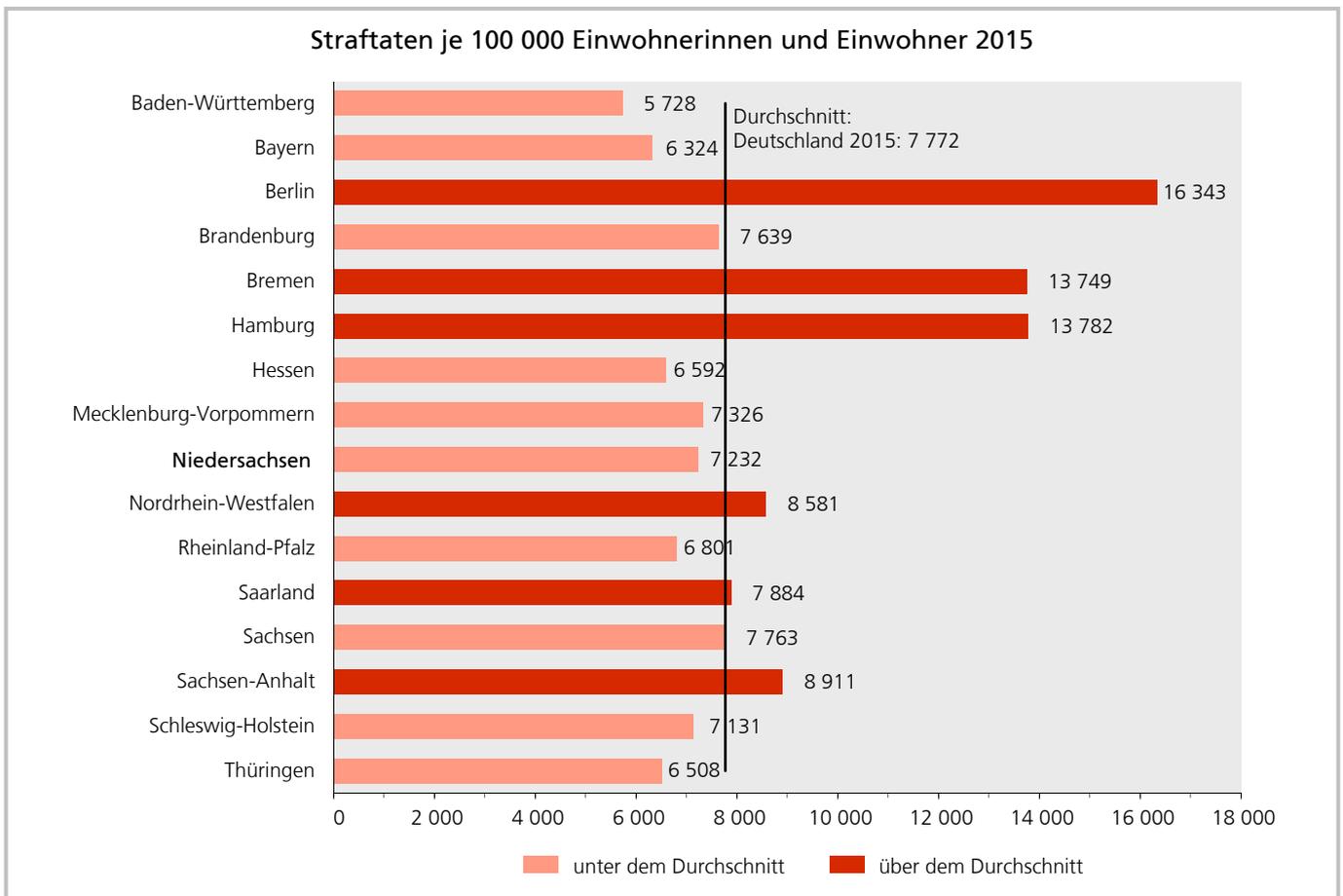


um 61,6 % zu. Im Saarland verdoppelte sich der Wert sogar, und in Bayern stieg er um fast 230 %. Grund für diese außerordentlich hohen Steigerungsraten in allen Ländern war die Vielzahl der unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländer. Gegenüber dem Vorjahr versiebenfachte sich die Zahl dieser unter 18-Jährigen, die im Jahr 2015 ohne einen Erziehungsberechtigten nach Niedersachsen kamen, auf rund 2 500, das entsprach rund 43 % an allen in Obhut genommenen Kindern und Jugendlichen.

Anstieg bei den Straftaten

Die Polizei registrierte in Niedersachsen im Jahr 2015 insgesamt 568 470 Straftaten (Tab. 71), d. h. binnen Jahresfrist kam es zu einer Zunahme von 2,8 %. Der Anstieg lag damit niedriger als im Bundesdurchschnitt (+4,1 %). In 3 Ländern nahm die Zahl der Straftaten gegen den Trend sogar ab: in Brandenburg (-4,0 %), Sachsen (-3,8 %) und Thüringen (-1,3 %). In Bayern nahmen die Straftaten innerhalb eines Jahres hingegen ungewöhnlich deutlich um ein Viertel zu (+23,8 %), das war der mit Abstand höchste Zuwachs. Zu erklären ist dies durch den enormen Anstieg bei den ausländerrechtlichen Verstößen, hauptsächlich aufgrund unerlaubter Einreise und unerlaubtem Aufenthalt im Zusammenhang mit dem Zuzug der Schutzsuchenden 2015 (bundesweit: +150 %). Ohne diese ausländerrechtlichen Verstöße ging die Zahl der Straftaten in Bayern beispielsweise um 2,1 % zurück. In Niedersachsen relativiert sich unter diesem Aspekt der Anstieg und betrug 0,8 %. Deutschlandweit lag die Zahl der Straftaten ohne ausländerrechtlichen Bezug mit rund 5,9 Mio. auf dem Niveau des Vorjahres.

Mittels der Häufigkeitszahl Straftaten je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner kann die Kriminalitätsbelastung der Länder verglichen werden. In Niedersachsen lag dieser Wert bei 7 232 und damit weiterhin deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 7 772.



Besonders aussagekräftig ist die Häufigkeitszahl für den Wohnungseinbruchdiebstahl. Hier ist die „Dunkelziffer“ relativ gering, und zugleich ist ein Wohnungseinbruch ein Ereignis, das das Sicherheitsgefühl des Einbruchsopfers und dessen Nachbarschaft tief beeinträchtigt. In der Polizeilichen Kriminalstatistik 2015 wurden mit 16 575 Einbrüchen in Niedersachsen 13,1 % (bundesweit: +9,9 %) mehr Fälle registriert als im Vorjahr, das waren rund 45 pro Tag. Niedersachsens Häufigkeitszahl von 211 lag 2015 etwas über dem Bundesdurchschnitt von 205. Die relativ meisten Einbrüche gab es in den Stadtstaaten und in Nordrhein-Westfalen. Die wenigsten gemeldeten Wohnungseinbruchdiebstähle registrierte die Polizei in Thüringen mit einer Häufigkeitszahl von nur 69.

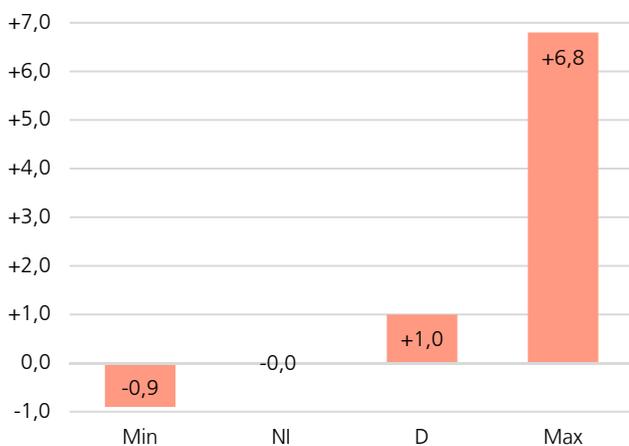
die Zahl der Verletzten nahm gleichzeitig um 30 auf 42 942 ab.

Die Häufigkeitszahl Verunglückte je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner lag 2015 in Niedersachsen mit 552 etwas unter dem Wert vom Vorjahr (-4), aber weiterhin deutlich über dem Bundeswert von 487 (+1). Als Grund für die überdurchschnittlich hohen Zahlen könnten die im Flächenland Niedersachsen vielen gut ausgebauten, aber vergleichsweise gering frequentierten Landstraßen gelten. Diese „verleiten“ manche Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer zu überhöhten Geschwindigkeiten. Auch die in den Jahren unterschiedliche Wetterlage kann einen Einfluss auf die Zahl der Unfälle haben.

Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr konstant

Die Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr lag 2015 in Niedersachsen bei 43 399 und damit auf dem Niveau des Vorjahres. Im Bundesdurchschnitt verunglückten 1,0 % mehr Menschen. Mittelfristig erhöhte sich die Zahl der Verunglückten jedoch mit 9,3 % überdurchschnittlich stark (bundesweit: +5,9 %) (Tab. 72). Unter „Verunglückten“ werden getötete und verletzte Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer verstanden. In Niedersachsen starben dabei mit 457 Personen 11 Menschen mehr als im Vorjahr,

Veränderung der Zahl der Verunglückten bei Straßenverkehrsunfällen 2015 gegenüber 2014 – Prozent –



Weitere Informationen u. a.:

zu Schwangerschaftsabbrüchen: Statistisches Bundesamt: [Gesundheit. Schwangerschaftsabbrüche 2015 \(Fachserie 12 Reihe 3\)](#), Wiesbaden 2016

zu den Armutsgefährdungsquoten und zur sozialen Mindestsicherung: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: [Amtliche Sozialberichterstattung](#)

zu den Straftaten: Bundesministerium des Inneren: [Polizeiliche Kriminalstatistik 2015](#), Berlin 2016

zu den vorläufigen Schutzmaßnahmen: Statistisches Bundesamt: [Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Vorläufige Schutzmaßnahmen 2015](#), Wiesbaden 2016 und LSN: [Statistische Berichte Niedersachsen K I 3 Jugendhilfe](#)

zu den Verbraucherinsolvenzen: [Unternehmen und Arbeitsstätten. Insolvenzverfahren \(Fachserie 2 Reihe 4.1\)](#) und LSN: [Statistische Berichte Niedersachsen D III 1 - j / 2015: Insolvenzverfahren 2015](#)

zu den SGB II-Leistungen: Bundesagentur für Arbeit: [Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Zeitreihe der Eckwerte der Grundsicherung für Arbeitsuchende 28.07.2016](#)

zu den Verunglückten im Straßenverkehr: Statistisches Bundesamt: [Verkehrsunfälle. Zeitreihen 2015](#), Wiesbaden 2016

Gleichstellung von Frauen und Männern

Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen wieder leicht gesunken

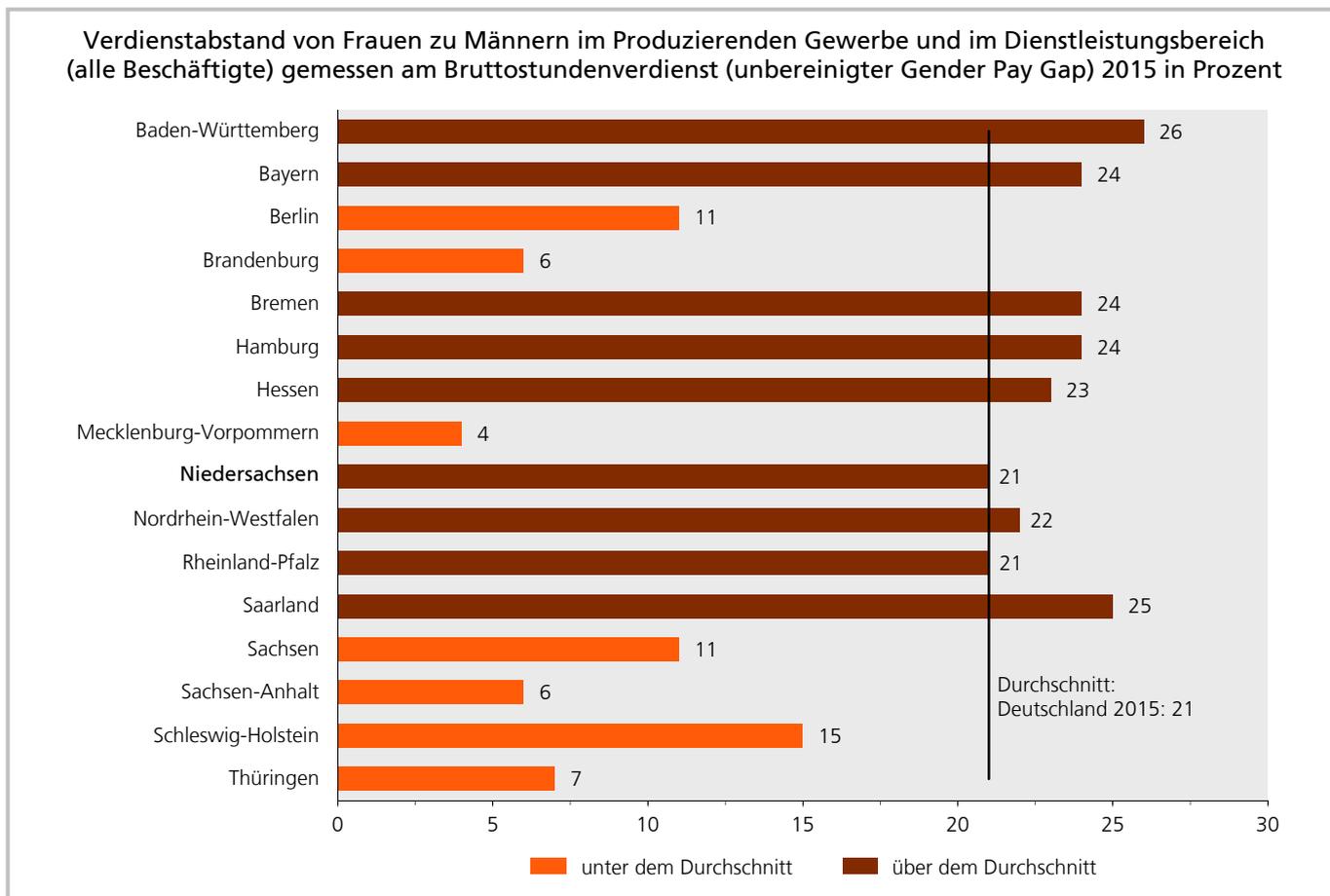
Die amtliche Statistik ist in der Lage, sehr viel empirisches Wissen zur Lagebestimmung der Gleichstellung von Frauen und Männern beizusteuern, denn nahezu alle statistischen Basisinformationen, die sich auf Menschen beziehen, werden nach den beiden Geschlechtern differenziert erhoben und nachgewiesen. In diesem Kapitel werden daher einige grundlegende Informationen über Stand und Entwicklung der Geschlechtergerechtigkeit im Ländervergleich zusammengefasst. Die Darstellung konzentriert sich auf solche Merkmale, bei denen es auch im Ländervergleich signifikante Unterschiede zwischen Frauen und Männern gibt, ansonsten wird auf eine Differenzierung verzichtet.

Ausgangs- und Mittelpunkt der Betrachtung ist dabei der unbereinigte Gender Pay Gap (GPG), die wichtigste Maßzahl über den Verdienstabstand von Männern und Frauen (vgl. Tab. 29). In dieser einen Maßzahl sind Unterschiede zwischen den Geschlechtern und auch Benachteiligungen konzentriert.

Der GPG ist definiert als der prozentuale Unterschied des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes (ohne Sonderzahlungen) von Männern und Frauen, wobei der Verdienst der Frauen an dem der Männer gemessen wird. Die

Berechnung erfolgt, indem vom durchschnittlichen Bruttostundenverdienst der Männer derjenige der Frauen subtrahiert wird. Dieser Wert wird dann durch den Bruttostundenverdienst der Männer dividiert und – um das Ergebnis in Prozent auszudrücken – mit Hundert multipliziert. Die Angaben beziehen sich auf die Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich (ohne öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung).

Wenn der GPG um prägende Einflussfaktoren wie Branche, Alter, Qualifikation und Leistungsgruppe „bereinigt“ wird, ergibt dies den „bereinigten GPG“, der insofern ein Maß für die „reine“ geschlechtsspezifische Lohndiskriminierung ist. Die entsprechenden Berechnungen sind aber methodisch äußerst aufwendig und zuletzt für das Berichtsjahr 2010 und nur auf Bundesebene durchgeführt worden. Der bereinigte GPG beträgt, das zeigen die älteren Berechnungen aus 2006 und 2010, etwa ein Drittel des unbereinigten GPG. Frauen sind demnach auch bei vergleichbarer Qualifikation, Leistungsgruppe und Branchenzugehörigkeit gegenüber den Männern verdienstmäßig benachteiligt. Bei der Berechnung wird aber der GPG auch um Aspekte „bereinigt“, die ihrerseits schon das Ergebnis gesellschaftlicher Benachteiligungen sind. Daher wird an dieser Stelle nur der unbereinigte GPG analysiert.



Gegenüber dem Vorjahr sank der GPG in Niedersachsen 2015 wieder leicht um einen Prozentpunkt auf 21 %. Die Betrachtung der Zeitreihe zeigt jedoch immer wieder Rückschritte nach zwischenzeitlichen Fortschritten auf dem Weg hin zu mehr Verdienstgleichheit. In den Jahren 2012 und 2013 war in Niedersachsen bereits der Wert von 20 % erreicht; jedoch zum Vergleich: 2006 betrug die Lohnlücke noch 25 %.

Im Vergleich mit den anderen Ländern liegt Niedersachsen beim GPG im Mittelfeld. Die Abstände lagen zwischen 4 % und 26 %. Die 6 ostdeutschen Länder und Schleswig-Holstein wiesen geringere Verdienstlücken auf. Vor allem in Süddeutschland waren die Abstände jedoch stärker ausgeprägt.

Frauen profitieren besonders von Verdienststeigerungen

Zu erklären ist die Verkleinerung des GPG 2015 gegenüber dem Vorjahr in Niedersachsen mit einer Verdienststeigerung der Frauen von 2,5 %. Frauen verdienten im vergangenen Jahr so pro Stunde durchschnittlich 14,97 Euro und Männer 19,01 Euro. Bei den Männern fiel das Plus – auf einem höheren Niveau – schwächer aus: 1,4 %. Ein Jahr zuvor gingen die Verdienste der Frauen sogar noch um 0,2 % zurück.

Für das abnehmende Verdienstgefälle waren 3 Faktoren ursächlich:

1. Im Produzierenden Gewerbe, einer Männerdomäne, nahmen die Bruttostundenverdienste der männlichen Arbeitnehmer in Voll- und Teilzeit mit 2,0 % (2014: +3,8 %) und dort insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe mit 1,8 (2014: +4,7 %) nur moderat zu. Demgegenüber konnten in dem von den Frauen dominierten Dienstleistungssektor insgesamt mit 2,3 % (2014: -0,5 %) deutliche Verdienstzuwächse verzeichnet werden.
2. Die Stundenverdienste der teilzeit- und vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen stiegen gleichsam um 2,5 % an. Zugleich erhöhten sich die Verdienste der vollzeitbeschäftigten Männer nur um 1,9 %, während die der teilzeitbeschäftigten Männer sogar um 4,3 % abnahmen. Teilzeitarbeit ist bei Frauen (4 von 5 Teilzeiterwerbstitigen sind weiblich) viel häufiger verbreitet als bei Männern.
3. Die Zuwächse der Frauenverdienste übertrafen die der Männer am deutlichsten bei der niedrigsten und bei der höchsten Leistungsgruppe. Bei den Ungelernten stiegen die Bruttostundenverdienste der Frauen um 4,3 % und die der Männer um 1,9 %. Bei den Beschäftigten in Leitungspositionen erreichten die Frauen um 3,4 % und die Männer um 2,6 % höhere Verdienste.

Ganz allgemein ist der auch im europäischen Vergleich nach wie vor hohe Verdienstunterschied in Niedersachsen

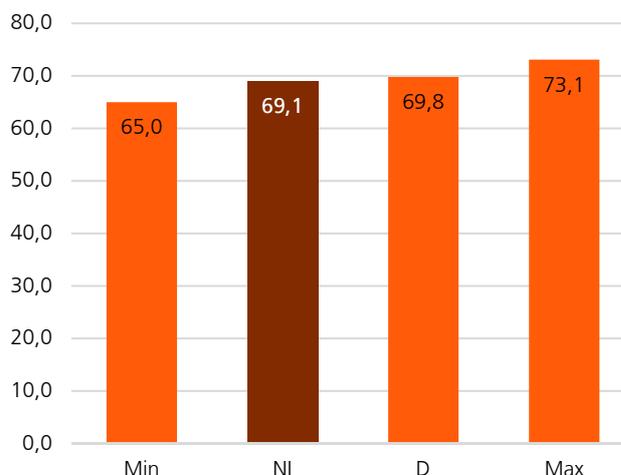
und Deutschland (Tab. 75) überwiegend darauf zurückzuführen, dass Frauen häufiger als Männer Lücken in ihrer Erwerbsbiographie aufweisen: Kindererziehung, vor allem im frühkindlichen Alter, und familiäre Pflege- und Betreuungsaufgaben sind nach wie vor eher Frauen- als Männersache. Die größeren familiären Verpflichtungen führen zu einer Reduzierung oder zeitweiligen Unterbrechung der Erwerbstätigkeit, die vielfach die weitere Karriere negativ beeinflussen.

Positive Entwicklungen bei Bildung, Qualifikation und Erwerbstätigkeit

Neben dem leichten Rückgang bei der Verdienstlücke zwischen Frauen und Männern gab es auch in den Themenfeldern Bildung und Qualifikation sowie Erwerbstätigkeit im Sinne der Gleichstellung von Frauen und Männern positive Entwicklungen:

1. Die Betreuungsquote der unter 3-Jährigen in öffentlich geförderten Kindertagesstätten stieg von 15,8 % im Jahr 2010 auf 28,3 % im Jahr 2015 (vgl. Tab. 6). Darüber stieg die Väterbeteiligung an der Elternzeit bzw. beim Elterngeldbezug auf ein Viertel.
2. Dies waren unter anderem Voraussetzungen dafür, dass der Anstieg der Erwerbstätigenquote der Frauen überdurchschnittlich hoch war: 69,1 % der Frauen im Erwerbsalter waren 2015 tatsächlich erwerbstätig (vgl. Tab. 12). Das waren 0,4 Prozentpunkte mehr als 2014, bei den Männern ging die Quote dagegen zurück auf 77,6 %. Bei geringfügig und Teilzeitbeschäftigten waren die Frauen allerdings nach wie vor überrepräsentiert (vgl. Tab. 9 und 14). Dabei ermöglicht eine Teilzeitbeschäftigung auch erst die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und kann – wenn sie willentlich erfolgt – in diesem Sinne als fördernd angesehen werden.

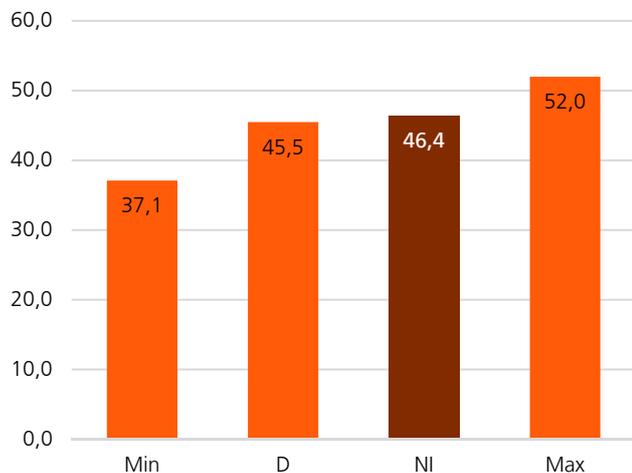
Erwerbstätigenquote der Frauen (15 bis unter 65 Jahre) 2015 – Prozent –



3. Im Themenfeld der Qualifikation sehen die Daten für die Frauen zunehmend günstig aus. Im Jahr 2014 war jede vierte Professur (25,1 %) von einer Frau besetzt. 5 Jah-

re zuvor waren es erst 22,3 % (Tab. 53). Bei den Promotionen stieg der Frauenanteil im Vergleich zu 2009 um 0,7 Prozentpunkte auf 46,4 % an (Tab. 52). Zudem betrug der Frauenanteil unter den Erstabsolventinnen und -absolventen eines Hochschulabschlusses 52,6 % (Tab. 51).

Anteil der von Frauen bestandenen Promotionen 2014
– Prozent –



Bei den „frühen Schulabgängern“ stieg der Anteil an der gleichaltrigen weiblichen Bevölkerung 2015 gegen-

über dem Vorjahr allerdings leicht an auf 10,9 %. Männer sind kaum weniger betroffen (11,1 %). Beide Werte liegen seit Jahren über dem Bundeswert.

Die genannten Fortschritte dürfen dabei nicht über die nach wie vor existierenden strukturellen Nachteile zwischen Frauen und Männern in wichtigen Themenbereichen hinwegtäuschen: Zu nennen sind hier die Anteile von Frauen unter den Alleinerziehenden (85,2 %), unter den Teilzeiterwerbstätigen (80,5 %) und unter den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten (64,9 %).

Weitere Informationen u. a.:

zum Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen: Bundesamt für Statistik: [Verdienste und Arbeitskosten. Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen. Unbereinigter Gender Pay Gap nach Bundesländern ab 2006](#)

zu Angaben über Studierende, Absolventen, Promotionen, Professuren: [Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur. Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen 1980 – 2014 \(Fachserie 11 Reihe 4.3.1\) und Prüfungen an Hochschulen \(u. a. Promotionen\) \(Fachserie 11 Reihe 4.2\), Wiesbaden 2015](#) und [LSN-OnlineDatenbank: Hochschulstatistik \(310\) und Hochschulpersonal \(310\)](#)

In den Tabellen 74 bis 82 wird die Position Niedersachsens im europäischen Vergleich sichtbar. Alle Angaben entstammen der regionalstatistischen Internetdatenbank von Eurostat. Unterteilt wird das EU-Gebiet nach der NUTS-Systematik, der Grundlage der EU-Regionalstatistik. Es wird der aktuellste Datenstand für die Analyseebenen NUTS 0 (Mitgliedsstaaten), NUTS I (für Deutschland: Länder) und NUTS II (für Niedersachsen: ehemalige Regierungsbezirke bzw. Statistische Regionen) ausgewiesen. Dabei befassen sich die Tabellen 74 bis 76 mit dem Vergleich auf Ebene der Mitgliedsstaaten und der Länder Deutschlands, die übrigen Tabellen stellen den Vergleich der niedersächsischen Statistischen Regionen im gesamteuropäischen Kontext dar. Kleine Abweichungen zu anderen Veröffentlichungen gehen auf unterschiedliche Berechnungsstände und auf im Europa-Vergleich unvermeidbare definitorische Unterschiede zurück. Zudem ist zu beachten, dass die bei Eurostat aktuell vorliegenden Zahlen in einigen Fällen ein älteres Berichtsjahr haben, als dies auf Deutschland- bzw. Länderebene der Fall ist. Die Europaangaben beziehen sich immer auf alle 28 Mitgliedsstaaten, so auch bei Angaben vor dem Beitritt Kroatiens im Jahr 2013.

Niedersachsen mit mittelgroßen EU-Staaten vergleichbar

Gemessen an seiner Fläche, Bevölkerungszahl und Wirtschaftsleistung ist das Land Niedersachsen mit mittelgroßen EU-Staaten vergleichbar (Tab. 74 und 75). Es hat in etwa so viele Einwohnerinnen und Einwohner wie Bulgarien oder Österreich und würde an 16. Stelle unter den EU-Mitgliedsstaaten liegen. Die Wirtschaftsleistung entspricht in etwa der Dänemarks.

Bevölkerungszuwachs leicht über dem EU-Durchschnitt

Mit seinen knapp 8 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern macht das Land Niedersachsen 1,5 % der über eine halbe Milliarde Menschen zählenden Europäischen Union aus (Tab. 74). Im Jahr 2014 stieg die Bevölkerungszahl Niedersachsens im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 % und damit stärker als in der gesamten EU mit 0,3 %.

Die Statistischen Regionen Niedersachsens wiesen zuletzt alle eine Bevölkerungsentwicklung im bzw. über dem EU-Durchschnitt auf (Tab. 77). Der stärkste Zuwachs war von 2013 zu 2014 in der Statistischen Region Weser-Ems mit 0,6 % zu beobachten. Im Abstand von jeweils 0,1 Prozentpunkten folgten die Statistischen Regionen Lüneburg (+0,5 %), Hannover (+0,4 %) und Braunschweig (+0,3 %).

Bei der Interpretation der Bevölkerungsentwicklung insbesondere im Rahmen der mittelfristigen Betrachtung ist zu beachten, dass die EU-Volkszählungsrunde 2010/2011 zu Korrekturen der Bevölkerungszahl in vielen Mitgliedsstaaten und somit auch für die EU insgesamt führte, was die Vergleichbarkeit beeinträchtigt.

Der mittelfristige Fünfjahresvergleich 2009 zu 2014 lässt nach wie vor einen Ost-West-Gegensatz in der EU erkennen: Der Anstieg der Bevölkerungszahl in der gesamten Europäischen Union war ganz überwiegend auf Zuwächse in den Ländern Nord- und Westeuropas zurückzuführen. Demgegenüber ging die Bevölkerung in Osteuropa (mit Ausnahme von Slowenien, der Slowakei und der Tschechischen Republik) sowie in Teilen Südeuropas teilweise deutlich zurück. Die größten Verluste zeigten sich in Litauen (-7,0 %) und Lettland (-6,3 %). Das besonders stark von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffene Griechenland hat seit 2009 insgesamt 2,3 % seiner Einwohnerinnen und Einwohner verloren, Portugal 1,9 %. Am stärksten wuchs die Bevölkerung dahingegen in Luxemburg (+12,1 %), Schweden (+4,4 %) und Belgien (+3,9 %).

Deutschland (-0,7 %) und Niedersachsen (-1,3 %) mussten mittelfristig Bevölkerungsrückgänge hinnehmen, die stark beeinflusst waren von der Korrektur der Einwohnerzahlen im Rahmen des Zensus 2011.

Im Jahr 2014 waren durchschnittlich 18,9 % der Menschen in der EU 65 Jahre oder älter (Tab. 74). In Niedersachsen lag der Anteil dieser Altersgruppe mit 21,4 % deutlich höher. Das Minimum findet sich nach wie vor in Irland: Nur jede bzw. jeder Achte (13,0 %) hatte hier 2014 bereits das 65. Lebensjahr vollendet. Am höchsten war der Anteil der Altersgruppe 65+ wie bereits in den Vorjahren in Italien (21,7 %) vor Deutschland (21,0 %).

Wirtschaftsleistung in der EU wächst nominal wieder schneller als in Niedersachsen

Die Wirtschaftsleistung Niedersachsens, gemessen am Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP; nominal), ist von 2013 auf 2014 um 2,8 % gestiegen und damit stärker als noch im Vorjahr (+2,4 %). Verglichen mit dem EU-weiten Zuwachs von +3,0 % fiel das Wirtschaftswachstum in Niedersachsen damit erstmals seit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise 2008 leicht unterdurchschnittlich aus (Tab. 75).

Die Statistische Region Niedersachsens mit dem höchsten BIP war 2014 wie bereits in den Vorjahren die Region Weser-Ems mit über 77 Milliarden Euro. Der stärkste nominale Anstieg des BIP binnen Jahresfrist war hingegen in der Statistischen Region Braunschweig mit +3,2 % zu beobachten. Hier fand sich mit 39 100 Euro auch das höchste BIP pro Kopf. Am niedrigsten war dieser Indikator in der Statistischen Region Lüneburg mit 25 200 Euro (Tab. 79).

Beim BIP pro Kopf sowie auch im Folgenden beim BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards (KKS) ist zu beachten, dass diese Indikatoren bei großen Pendlerströmen über die Grenzen einer NUTS II-Region ein verzerrtes Bild geben, da sie die Wirtschaftsleistung am Arbeitsort auf die Bevölkerung am Wohnort beziehen. Insbesondere in Norddeutschland mit seinen Stadtstaaten und Einpendelzentren Berlin, Ham-

burg und Bremen ist dies zu berücksichtigen. Letztere Städte haben z. B. gesteigerten Einfluss auf die (geringe) Höhe des BIP pro Kopf in der Statistischen Region Lüneburg.

Das BIP in KKS je Einwohner bzw. Einwohnerin ist wie das BIP pro Kopf ein Indikator für die wirtschaftliche Leistung eines Landes bzw. einer Region (Tab. 75 und 80). Mit Hilfe einer fiktiven Geldeinheit werden die Unterschiede zwischen den Preisniveaus der Länder rechnerisch aufgehoben. So kann man mit einem KKS in allen Mitgliedsstaaten dieselbe Menge an Waren oder Dienstleistungen kaufen. Das BIP pro Kopf in KKS ist die zentrale Variable zur Festlegung der Förderfähigkeit der Regionen (NUTS II) im Rahmen der Strukturpolitik der Europäischen Union. Es wird hier normiert dargestellt am Durchschnitt des BIP pro Kopf in KKS der Europäischen Union (= 100). Regionen mit einem Wert über 100 haben dementsprechend ein BIP pro Kopf über dem EU-Durchschnitt und umgekehrt.

In Niedersachsen erreichte 2014 das BIP in KKS pro Kopf einen Wert von 114 (Tab. 75). Das heißt, dass die Wirtschaftsleistung preisbereinigt 14 % über dem EU-Durchschnitt lag. Deutschlandweit lag dieser Wert bei 126. Mit Werten von 47 bzw. 55 verfügten Bulgarien und Rumänien nach diesem Indikator über die geringste Wirtschaftsleistung in der EU. Unter den Ländern Deutschlands wies Hamburg mit 206 den mit Abstand höchsten Wert auf und lag damit EU-weit auf dem zweiten Rang hinter Luxemburg. Niedersachsen belegte Rang 9.

Auf NUTS II-Ebene lag das BIP pro Kopf in KKS in Niedersachsen (114) in den Statistischen Regionen Braunschweig (136) und Hannover (121) mehr als ein Fünftel über dem EU-Durchschnitt und in der Statistischen Region Weser-Ems (111) noch 11 % darüber. In der Statistischen Region Lüneburg erreichte es nur 88 % des EU-Durchschnitts. Für Gesamtniedersachsen ergab sich 2014 gegenüber dem Vorjahr insgesamt eine Verbesserung um 1 Prozentpunkt.

Niedersächsische Arbeitsmarktentwicklung verliert im EU-Vergleich an Schwung

Grundlage für die Daten der Tabellen 81 und 82 ist die EU-Arbeitskräfteerhebung, die für alle Mitgliedsstaaten europaweit vergleichbare Daten liefert. Sie sind mit den Arbeitsmarktdaten der Bundesagentur für Arbeit nicht kompatibel. Die Erwerbstätigenquoten (Tab. 81) beziehen sich auf die erwerbsfähige Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Die Erwerbslosenquoten (Tab. 82) beziehen sich auf die 15-Jährigen und älter. Alle Angaben sind wohnortbezogen.

Im Jahr 2015 betrug die Erwerbstätigenquote nach Angaben von Eurostat in Niedersachsen 73,5 % und lag damit weiter deutlich über dem EU-Durchschnitt von 65,6 % (Tab. 81). Gegenüber dem Vorjahr war in Niedersachsen jedoch nur ein leichter Zuwachs um 0,1 Prozentpunkte zu verzeichnen, während die Quote EU-weit das zweite Jahr in Folge um 0,8 Prozentpunkte zulegen konnte. Der Fünfjahresvergleich zeigt für Niedersachsen nach wie vor einen über-

durchschnittlich starken Anstieg der Erwerbstätigenquote um +3,1 Prozentpunkte gegenüber +1,6 Prozentpunkten in der gesamten EU. Innerhalb Niedersachsens war die Erwerbstätigenquote in der Statistischen Region Lüneburg mit 76,1 % am höchsten und in der Statistischen Region Braunschweig mit 71,5 % am niedrigsten.

Wie bereits in den Vorjahren war die Erwerbstätigenquote der Männer in Niedersachsen 2015 mit 77,8 % höher als die der Frauen mit 69,2 %. Regional betrachtet war der Abstand der Quote zwischen den Geschlechtern in der Statistischen Region Weser-Ems mit 10,2 Prozentpunkten unverändert am höchsten. EU-weit war der Unterschied jedoch noch größer (10,5 Prozentpunkte).

Nachdem die Erwerbslosenquote in der EU 2012 und 2013 zwischenzeitig angestiegen war, ist sie in den Folgejahren wieder gesunken auf zuletzt 9,4 % im Jahr 2015 (-0,8 Prozentpunkte gegenüber 2014). In Niedersachsen ist die Quote in den vergangenen 5 Jahren hingegen nahezu stetig zurückgegangen (Ausnahme: Stagnation 2013) auf nunmehr 4,3 % im Jahr 2015 (-0,3 Prozentpunkte zum Vorjahr).

Die niedrigste Erwerbslosenquote wies die Statistische Region Lüneburg mit 3,5 % auf, die höchste die Statistische Region Braunschweig mit 4,9 %. In allen Statistischen Regionen war ein Rückgang der Quote zu verzeichnen. Dabei lagen die Erwerbslosenquoten der Frauen entgegen der Situation im EU-Durchschnitt in 3 der 4 Regionen teilweise deutlich unterhalb der Quoten der Männer (z. B. Statistische Region Braunschweig: -1,5 Prozentpunkte).

Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern deutlich über dem EU-Durchschnitt

Der Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern, der sogenannte Gender Pay Gap, lag in Niedersachsen 2014 mit 22 % deutlich über dem EU-Durchschnitt von 16 %. Europaweit zeigte sich eine große Spanne beim Verdienstabstand: Am höchsten war er 2014 in Estland (28 %), am niedrigsten in Slowenien (3 %).

Anteil der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger wieder gestiegen

Der Indikator „frühe Schulabgänger“ misst den Anteil junger Menschen im Alter von 18 bis unter 25 Jahren, die sich nicht mehr in der Aus- oder Weiterbildung befinden und nicht über einen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügen, an der gleichaltrigen Bevölkerung (Tab. 76). Er lässt Aussagen darüber zu, wie erfolgreich junge Menschen den Übergang vom Bildungssystem zum Erwerbsleben bewältigen. Die EU-Mitgliedsstaaten haben sich dazu verpflichtet, den Anteil der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger bis zum Jahr 2020 auf weniger als 10 % zu senken.

Nachdem Deutschland diesen Wert 2013 bereits unterschritten hatte und Niedersachsen sich ihm kontinuierlich

näherte, stieg der Anteil der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger 2015 wieder auf 10,1 % in Deutschland (+0,6 Prozentpunkte) bzw. 11,0 % in Niedersachsen (+0,4 Prozentpunkte) an. EU-weit ist er derweil weiter gesunken auf zuletzt ebenfalls 11,0 %. Die höchsten Werte wiesen nach wie vor die Staaten Süd- und Südosteuropas auf. Während er bei den Ländern mit den Höchstwerten Spanien (20,0 %) und Malta (19,8 %) zuletzt zurückging, wuchs der Anteil bspw. in Rumänien (19,1 %; +1,0 Prozentpunkte) an. Die niedrigsten Werte wurden für Kroatien

(2,8 %), Slowenien (5,0 %), Polen und Zypern (beide 5,3 %) sowie Litauen (5,5 %) gemessen.

In nahezu allen EU-Ländern ist der Anteil der Männer unter den frühen Schulabgängern höher als der der Frauen, im Schnitt um 2,9 Prozentpunkte. In Niedersachsen betrug der Abstand nur 0,2 Prozentpunkte.

Weitere Informationen finden sich zu allen Themengebieten in der [Eurostat-Datenbank](#).

Tabellen

Bevölkerung

1. Bevölkerungsstand und -dichte

Land	Einwohner/-innen am 31.12.			Länderanteil	Anteil der 65-Jährigen und älter	Anteil der Ausländer/-innen	Einwohner/-innen je qkm ¹⁾	Veränderung der Zahl der Einwohner/-innen	
	2010	2014	2015					2015/2010 ²⁾	2015/2014
	Anzahl			%			Anzahl	%	
Baden-Württemberg	10 753 880	10 716 644	10 879 618	13,2	19,8	13,9	305	+ 1,2	+ 1,5
Bayern	12 538 696	12 691 568	12 843 514	15,6	20,0	11,5	182	+ 2,4	+ 1,2
Berlin	3 460 725	3 469 849	3 520 031	4,3	19,3	15,5	3 948	+ 1,7	+ 1,4
Brandenburg	2 503 273	2 457 872	2 484 826	3,0	23,3	3,6	84	- 0,7	+ 1,1
Bremen	660 706	661 888	671 489	0,8	21,2	15,2	1 601	+ 1,6	+ 1,5
Hamburg	1 786 448	1 762 791	1 787 408	2,2	18,7	14,7	2 367	+ 0,1	+ 1,4
Hessen	6 067 021	6 093 888	6 176 172	7,5	20,3	14,3	293	+ 1,8	+ 1,4
Mecklenburg-Vorpommern	1 642 327	1 599 138	1 612 362	2,0	23,0	3,7	69	- 1,8	+ 0,8
Niedersachsen	7 918 293	7 826 739	7 926 599	9,6	21,4	8,0	166	+ 0,1	+ 1,3
Nordrhein-Westfalen	17 845 154	17 638 098	17 865 516	21,7	20,6	11,8	524	+ 0,1	+ 1,3
Rheinland-Pfalz	4 003 745	4 011 582	4 052 803	4,9	21,0	9,5	204	+ 1,2	+ 1,0
Saarland	1 017 567	989 035	995 597	1,2	22,9	9,2	388	- 2,2	+ 0,7
Sachsen	4 149 477	4 055 274	4 084 851	5,0	25,1	3,9	222	- 1,6	+ 0,7
Sachsen-Anhalt	2 335 006	2 235 548	2 245 470	2,7	25,1	3,9	110	- 3,8	+ 0,4
Schleswig-Holstein	2 834 259	2 830 864	2 858 714	3,5	22,6	6,3	181	+ 0,9	+ 1,0
Thüringen	2 235 025	2 156 759	2 170 714	2,6	24,2	3,8	134	- 2,9	+ 0,6
Deutschland	81 751 602	81 197 537	82 175 684	100	21,1	10,5	230	+ 0,5	+ 1,2
Westdeutschland	65 425 769	65 223 097	66 057 430	80,4	20,5	11,5	266	+ 1,0	+ 1,3
Ostdeutschland	16 325 833	15 974 440	16 118 254	19,6	23,2	6,4	148	- 1,3	+ 0,9

1) Fläche 2014.

2) Aufgrund der unterschiedlichen Fortschreibungsbasis für die Jahre 2010 (Volkszählung 1987) und 2015 (Zensus 2011) ist die Vergleichbarkeit eingeschränkt.

2. Lebendgeborene

Land	Lebendgeborene			Lebendgeborene je 1 000 Einwohner/-innen			Geburten-/Sterbesaldo je 1 000 Einwohner/-innen	Veränderung der Zahl der Lebendgeborenen	
	2010	2014	2015	2010	2014	2015		2015/2010	2015/2014
	Anzahl			%				%	
Baden-Württemberg	90 695	95 632	100 272	8,4	9,0	9,3	- 0,7	+ 10,6	+ 4,9
Bayern	105 251	113 935	118 257	8,4	9,0	9,3	- 1,2	+ 12,4	+ 3,8
Berlin	33 393	37 368	38 030	9,7	10,9	10,9	+ 1,1	+ 13,9	+ 1,8
Brandenburg	18 954	19 339	19 112	7,6	7,9	7,8	- 4,7	+ 0,8	- 1,2
Bremen	5 599	6 211	6 509	8,5	9,4	9,8	- 2,0	+ 16,3	+ 4,8
Hamburg	17 377	19 039	19 769	9,8	10,9	11,2	+ 1,2	+ 13,8	+ 3,8
Hessen	51 742	54 631	56 888	8,5	9,0	9,3	- 1,6	+ 9,9	+ 4,1
Mecklenburg-Vorpommern	13 337	12 830	13 298	8,1	8,0	8,3	- 4,4	- 0,3	+ 3,6
Niedersachsen	63 130	66 406	67 183	8,0	8,5	8,5	- 3,2	+ 6,4	+ 1,2
Nordrhein-Westfalen	147 333	155 102	160 478	8,3	8,8	9,1	- 2,5	+ 8,9	+ 3,5
Rheinland-Pfalz	31 574	33 427	34 946	7,9	8,4	8,7	- 2,9	+ 10,7	+ 4,5
Saarland	7 066	7 328	7 511	6,9	7,4	7,6	- 6,0	+ 6,3	+ 2,5
Sachsen	35 091	35 935	36 466	8,4	8,9	9,0	- 4,4	+ 3,9	+ 1,5
Sachsen-Anhalt	17 300	17 064	17 428	7,4	7,6	7,8	- 6,7	+ 0,7	+ 2,1
Schleswig-Holstein	22 578	22 793	23 549	8,0	8,1	8,3	- 3,6	+ 4,3	+ 3,3
Thüringen	17 527	17 887	17 934	7,8	8,3	8,3	- 5,1	+ 2,3	+ 0,3
Deutschland	677 947	714 927	737 630	8,3	8,8	9,1	- 2,3	+ 8,8	+ 3,2
Westdeutschland	542 345	574 504	595 362	8,3	8,8	9,1	- 2,0	+ 9,8	+ 3,6
Ostdeutschland	135 602	140 423	142 268	8,3	8,8	8,9	- 3,7	+ 4,9	+ 1,3

3. Wanderungssaldo¹⁾

Land	Wanderungssaldo			Wanderungssaldo je 1 000 Einwohner/-innen			Veränderung des Saldos	
	2011	2014	2015 ²⁾	2011	2014	2015	2015/2011	2015/2014
	Anzahl							
Baden-Württemberg	+ 41 458	+ 89 606	+ 172 862	+ 4,0	+ 8,4	+ 16,0	+ 131 404	+ 83 256
Bayern	+ 76 065	+ 92 707	+ 163 496	+ 6,1	+ 7,3	+ 12,8	+ 87 431	+ 70 789
Berlin	+ 39 421	+ 37 113	+ 40 508	+ 12,0	+ 10,8	+ 11,6	+ 1 087	+ 3 395
Brandenburg	+ 1 847	+ 18 014	+ 36 792	+ 0,8	+ 7,3	+ 14,9	+ 34 945	+ 18 778
Bremen	+ 2 708	+ 5 070	+ 10 312	+ 4,2	+ 7,7	+ 15,5	+ 7 604	+ 5 242
Hamburg	+ 12 235	+ 13 376	+ 18 429	+ 7,2	+ 7,6	+ 10,4	+ 6 194	+ 5 053
Hessen	+ 32 455	+ 52 522	+ 90 814	+ 5,4	+ 8,7	+ 14,8	+ 58 359	+ 38 292
Mecklenburg-Vorpommern	- 1 694	+ 8 486	+ 20 347	- 1,1	+ 5,3	+ 12,7	+ 22 041	+ 11 861
Niedersachsen	+ 19 236	+ 54 376	+ 123 347	+ 2,5	+ 7,0	+ 15,7	+ 104 111	+ 68 971
Nordrhein-Westfalen	+ 42 643	+ 93 627	+ 264 243	+ 2,4	+ 5,3	+ 14,9	+ 221 600	+ 170 616
Rheinland-Pfalz	+ 7 847	+ 27 320	+ 51 500	+ 2,0	+ 6,8	+ 12,8	+ 43 653	+ 24 180
Saarland	+ 1 023	+ 3 078	+ 12 714	+ 1,0	+ 3,1	+ 12,9	+ 11 691	+ 9 636
Sachsen	+ 3 652	+ 23 402	+ 46 682	+ 0,9	+ 5,8	+ 11,5	+ 43 030	+ 23 280
Sachsen-Anhalt	- 8 370	+ 4 269	+ 24 896	- 3,7	+ 1,9	+ 11,2	+ 33 266	+ 20 627
Schleswig-Holstein	+ 13 013	+ 22 796	+ 37 096	+ 4,6	+ 8,1	+ 13,1	+ 24 083	+ 14 300
Thüringen	- 4 209	+ 4 721	+ 25 173	- 1,9	+ 2,2	+ 11,7	+ 29 382	+ 20 452
Deutschland	+ 279 330	+ 550 483	+ 1 139 403	+ 3,5	+ 6,8	+ 14,0	+ 860 073	+ 588 920
Westdeutschland	+ 248 683	+ 454 478	+ 944 813	+ 3,9	+ 7,0	+ 14,4	+ 696 130	+ 490 335
Ostdeutschland	+ 30 647	+ 96 005	+ 194 398	+ 1,9	+ 6,0	+ 12,2	+ 163 751	+ 98 393

1) Einschließlich unbekanntes Ausland sowie einschließlich Herkunfts-/Zielgebiet "ungeklärt" und "ohne Angabe".

2) Vorläufige Angaben.

Familie und Beruf

4. Eheschließungen

Land	Eheschließungen			Eheschließungen je 10 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Eheschließungen	
	2010	2014	2015	2010	2014	2015	2015/2010	2015/2014
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	48 927	50 751	52 627	45,5	47,6	48,8	+ 7,6	+ 3,7
Bayern	59 092	62 327	65 128	47,2	49,3	51,1	+ 10,2	+ 4,5
Berlin	12 394	13 373	13 759	36,0	38,9	39,5	+ 11,0	+ 2,9
Brandenburg	12 585	12 812	13 314	50,2	52,3	54,0	+ 5,8	+ 3,9
Bremen	2 978	2 800	2 708	45,2	42,6	40,8	- 9,1	- 3,3
Hamburg	7 452	6 142	6 422	41,9	35,1	36,3	- 13,8	+ 4,6
Hessen	27 483	28 009	28 833	45,3	46,2	47,1	+ 4,9	+ 2,9
Mecklenburg-Vorpommern	10 751	10 678	11 106	65,3	66,8	69,4	+ 3,3	+ 4,0
Niedersachsen	38 373	38 792	40 241	48,4	49,6	51,2	+ 4,9	+ 3,7
Nordrhein-Westfalen	81 662	82 322	85 045	45,7	46,8	48,1	+ 4,1	+ 3,3
Rheinland-Pfalz	20 172	19 627	20 341	50,3	49,1	50,6	+ 0,8	+ 3,6
Saarland	4 804	4 702	4 861	47,1	47,5	49,1	+ 1,2	+ 3,4
Sachsen	18 391	17 883	18 541	44,3	44,2	45,7	+ 0,8	+ 3,7
Sachsen-Anhalt	10 453	10 146	10 575	44,6	45,3	47,4	+ 1,2	+ 4,2
Schleswig-Holstein	16 456	15 922	16 880	58,1	56,4	59,4	+ 2,6	+ 6,0
Thüringen	10 074	9 666	9 734	44,9	44,8	45,2	- 3,4	+ 0,7
Deutschland	382 047	385 952	400 115	46,7	47,7	49,1	+ 4,7	+ 3,7
Westdeutschland	307 399	311 394	323 086	47,0	47,9	49,4	+ 5,1	+ 3,7
Ostdeutschland	74 648	74 558	77 029	45,7	46,8	48,2	+ 3,2	+ 3,3

5. Ehescheidungen

Land	Ehescheidungen			Ehescheidungen je 10 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Ehescheidungen	
	2010	2014	2015	2010	2014	2015	2015/2010	2015/2014
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	21 958	20 328	19 903	20,4	19,0	18,5	- 9,4	- 2,1
Bayern	26 807	24 463	24 247	21,4	19,4	19,0	- 9,5	- 0,9
Berlin	8 384	6 405	6 427	24,3	18,6	18,4	- 23,3	+ 0,3
Brandenburg	5 190	4 887	4 845	20,7	19,9	19,7	- 6,6	- 0,9
Bremen	1 536	1 382	1 393	23,3	21,0	21,0	- 9,3	+ 0,8
Hamburg	3 659	3 265	3 190	20,6	18,7	18,0	- 12,8	- 2,3
Hessen	15 088	13 149	12 834	24,9	21,7	21,0	- 14,9	- 2,4
Mecklenburg-Vorpommern	3 238	3 054	2 573	19,7	19,1	16,1	- 20,5	- 15,7
Niedersachsen	18 974	16 776	17 226	23,9	21,5	21,9	- 9,2	+ 2,7
Nordrhein-Westfalen	45 711	39 489	38 312	25,6	22,4	21,7	- 16,2	- 3,0
Rheinland-Pfalz	10 483	9 022	8 835	26,2	22,6	22,0	- 15,7	- 2,1
Saarland	2 712	2 133	2 131	26,6	21,6	21,5	- 21,4	- 0,1
Sachsen	7 285	6 928	7 007	17,5	17,1	17,3	- 3,8	+ 1,1
Sachsen-Anhalt	4 500	4 199	4 109	19,2	18,8	18,4	- 8,7	- 2,1
Schleswig-Holstein	7 389	6 686	6 308	26,1	23,7	22,2	- 14,6	- 5,7
Thüringen	4 113	4 033	3 995	18,4	18,7	18,5	- 2,9	- 0,9
Deutschland	187 027	166 199	163 335	22,9	20,5	20,1	- 12,7	- 1,7
Westdeutschland	154 317	136 693	134 379	23,6	21,0	20,5	- 12,9	- 1,7
Ostdeutschland	32 710	29 506	28 956	20,0	18,5	18,1	- 11,5	- 1,9

6. Kindertagesbetreuung von unter 3-Jährigen

Land	Betreute Kinder ¹⁾			Betreuungsquote ²⁾			Ganztags- betreuungs- quote	Personal- schlüssel	Veränderung der Zahl der betreuten Kinder	
	2010	2014	2015	2010	2014	2015			2015/2010	2015/2014
	Anzahl			%						
Baden-Württemberg	50 570	76 295	78 729	18,3	27,8	27,8	10,4	3,0	+ 55,7	+ 3,2
Bayern	59 436	88 700	92 668	18,5	27,1	27,5	10,1	3,8	+ 55,9	+ 4,5
Berlin	39 908	46 984	48 885	42,1	46,0	45,9	30,1	5,8	+ 22,5	+ 4,0
Brandenburg	29 276	33 164	33 407	51,0	57,8	56,8	37,8	6,3	+ 14,1	+ 0,7
Bremen	2 639	4 447	4 698	16,1	26,9	27,1	16,3	3,3	+ 78,0	+ 5,6
Hamburg	14 073	21 939	23 057	28,5	43,0	43,3	22,7	5,1	+ 63,8	+ 5,1
Hessen	30 078	45 078	47 713	19,3	28,8	29,7	18,1	3,8	+ 58,6	+ 5,8
Mecklenburg-Vorpommern	19 740	21 562	21 719	50,7	56,1	56,0	41,1	6,0	+ 10,0	+ 0,7
Niedersachsen	30 532	52 830	55 318	15,8	27,9	28,3	11,0	4,0	+ 81,2	+ 4,7
Nordrhein-Westfalen	62 415	104 781	117 428	14,0	23,8	25,9	12,6	3,6	+ 88,1	+ 12,1
Rheinland-Pfalz	19 365	29 617	30 286	20,1	30,6	30,6	15,6	3,6	+ 56,4	+ 2,3
Saarland	3 782	5 646	6 011	17,7	27,0	28,3	22,1	3,6	+ 58,9	+ 6,5
Sachsen	43 810	52 297	54 059	42,8	49,9	50,6	42,0	6,4	+ 23,4	+ 3,4
Sachsen-Anhalt	29 175	29 677	29 843	55,9	58,3	57,9	46,6	6,3	+ 2,3	+ 0,6
Schleswig-Holstein	12 444	20 290	21 575	18,1	30,3	31,4	13,8	3,7	+ 73,4	+ 6,3
Thüringen	23 158	27 443	27 947	45,1	52,4	52,4	47,7	5,3	+ 20,7	+ 1,8
Deutschland	470 401	660 750	693 343	23,0	32,3	32,9	18,1	4,3	+ 47,4	+ 4,9
Westdeutschland	285 334	449 623	477 483	17,4	27,4	28,2	12,8	...	+ 67,3	+ 6,2
Ostdeutschland	185 067	211 127	215 860	45,9	52,0	51,9	39,6	...	+ 16,6	+ 2,2

1) Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung besuchen, sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen. Stichtag: 01.03.

2) Die Betreuungsquote bezieht sich auf 100 Kinder gleichen Alters am 31.12. des jeweiligen Vorjahres.

7. Ganztägige Kindertagesbetreuung von 3- bis unter 6-Jährigen

Land	Ganztägig betreute Kinder ¹⁾			Ganztagsbetreuungsquote ²⁾			Veränderung der Zahl der betreuten Kinder	
	2010	2014	2015	2010	2014	2015	2015/2010	2015/2014
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	37 372	55 750	60 462	13,1	19,8	21,5	+ 61,8	+ 8,5
Bayern	75 007	103 506	110 300	22,9	31,6	34,1	+ 47,1	+ 6,6
Berlin	47 206	59 154	60 115	55,1	61,0	61,9	+ 27,3	+ 1,6
Brandenburg	31 323	37 738	38 899	54,8	61,4	63,6	+ 24,2	+ 3,1
Bremen	3 520	5 293	5 830	22,3	32,7	36,0	+ 65,6	+ 10,1
Hamburg	15 720	20 572	21 940	34,1	42,8	46,1	+ 39,6	+ 6,6
Hessen	57 766	74 205	76 750	36,4	46,8	48,2	+ 32,9	+ 3,4
Mecklenburg-Vorpommern	21 392	26 513	27 023	56,9	65,9	67,6	+ 26,3	+ 1,9
Niedersachsen	29 705	48 219	52 667	14,5	24,3	26,9	+ 77,3	+ 9,2
Nordrhein-Westfalen	154 447	188 561	198 102	33,4	41,6	44,4	+ 28,3	+ 5,1
Rheinland-Pfalz	33 442	47 088	49 062	33,6	48,0	49,7	+ 46,7	+ 4,2
Saarland	5 762	9 154	9 942	25,8	42,6	46,3	+ 72,5	+ 8,6
Sachsen	73 297	83 289	85 385	75,0	79,3	81,2	+ 16,5	+ 2,5
Sachsen-Anhalt	29 311	42 195	42 894	58,1	80,4	83,1	+ 46,3	+ 1,7
Schleswig-Holstein	11 853	18 645	20 978	16,3	26,1	30,0	+ 77,0	+ 12,5
Thüringen	43 502	47 864	48 041	87,1	91,1	91,5	+ 10,4	+ 0,4
Deutschland	670 625	867 746	908 390	32,3	41,7	43,9	+ 35,5	+ 4,7
Westdeutschland	424 594	570 993	606 033	25,0	34,1	36,5	+ 42,7	+ 6,1
Ostdeutschland	246 031	296 753	302 357	65,0	72,6	74,2	+ 22,9	+ 1,9

1) Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung oder eine Ganztagschule besuchen, sowie in Kindertageseinrichtungen, die mehr als 7 Stunden täglich betreut werden. Stichtag: 01.03.

2) Die Betreuungsquote bezieht sich auf 100 Kinder gleichen Alters am 31.12. des jeweiligen Vorjahres.

8. Elterngeld

Land	Beendete Leistungsbezüge insgesamt		Anteil männlicher Elterngeldbeziehender		Durchschnittl. Elterngeldbezugsdauer bei Vätern für im Jahre 2014 geb. Kinder	Anteil der beendeten Leistungsbezüge, deren Bezieher vor der Geburt des Kindes erwerbstätig waren			
	für im Jahre 2010 geborene Kinder	für im Jahre 2014 geborene Kinder	für im Jahre 2010 geborene Kinder	für im Jahre 2014 geborene Kinder		2012		2016	
	2012	2016	2012	2016	männlich	weiblich	männlich	weiblich	
	Anzahl		%		Monate	%			
Baden-Württemberg	110 697	131 181	21,5	28,2	2,7	89,1	62,1	92,5	69,9
Bayern	134 587	158 643	25,1	30,0	2,7	90,4	67,5	93,8	73,6
Berlin	41 063	48 698	24,8	28,9	3,8	79,0	57,2	87,8	66,5
Brandenburg	23 204	25 463	22,1	27,3	2,9	85,5	67,8	90,0	76,6
Bremen	6 116	7 408	16,8	21,9	4,0	79,4	50,7	86,1	56,6
Hamburg	20 913	25 216	22,4	28,1	3,2	87,4	64,6	92,8	71,5
Hessen	61 715	69 989	20,3	25,3	3,2	86,8	60,4	91,4	66,9
Mecklenburg-Vorpommern	15 733	15 890	19,4	22,2	3,2	82,6	64,4	90,0	75,4
Niedersachsen	73 982	85 675	18,9	24,8	3,1	82,5	59,3	89,3	66,9
Nordrhein-Westfalen	165 915	188 673	16,6	22,0	3,5	81,0	53,5	91,0	64,9
Rheinland-Pfalz	36 323	41 724	17,9	23,5	3,0	84,6	58,8	89,9	65,8
Saarland	7 670	8 805	14,3	19,6	3,2	82,8	56,3	88,9	62,9
Sachsen	45 084	50 982	24,9	31,2	2,8	87,9	68,7	92,3	77,6
Sachsen-Anhalt	19 223	21 236	17,1	22,3	3,3	84,9	61,0	90,3	71,4
Schleswig-Holstein	26 134	28 696	18,2	23,3	3,3	87,3	64,5	92,0	72,9
Thüringen	21 872	24 674	22,8	29,3	2,7	85,5	68,4	90,2	76,8
Deutschland	810 231	932 953	20,7	26,2	3,1	85,8	61,0	91,5	69,4
Westdeutschland	644 052	746 010	20,2	25,7	...	86,3	60,2	91,8	68,4
Ostdeutschland	166 179	186 943	22,8	28,0	...	84,2	64,4	90,2	73,5

9. Erwerbstätige in Teilzeitarbeit¹⁾

Land	Erwerbstätige in Teilzeitarbeit insgesamt			Darunter Frauen			Anteil der Erwerbstätigen in Teilzeitarbeit an allen Erwerbstätigen ²⁾	Veränderung der Anzahl der Erwerbstätigen in Teilzeitarbeit	
	2010	2014	2015	2010	2014	2015		2015/2010	2015/2014
	1 000						%		
Baden-Württemberg	1 442	1 592	1 629	1 188	1 271	1 291	30,0	+ 12,9	+ 2,3
Bayern	1 650	1 792	1 800	1 370	1 468	1 473	27,9	+ 9,1	+ 0,4
Berlin	418	449	459	269	282	286	28,5	+ 10,0	+ 2,2
Brandenburg	252	261	264	187	196	196	22,6	+ 5,1	+ 1,2
Bremen	94	96	98	72	70	69	33,4	+ 4,4	+ 1,6
Hamburg	215	245	241	157	171	173	27,3	+ 12,2	- 1,6
Hessen	804	857	869	639	661	675	29,6	+ 8,1	+ 1,4
Mecklenburg-Vorpommern	171	161	171	127	122	124	23,6	- 0,0	+ 6,0
Niedersachsen	1 023	1 098	1 112	849	882	895	30,1	+ 8,7	+ 1,3
Nordrhein-Westfalen	2 185	2 326	2 391	1 763	1 849	1 888	29,8	+ 9,5	+ 2,8
Rheinland-Pfalz	536	567	588	437	458	472	30,7	+ 9,7	+ 3,6
Saarland	125	126	132	105	99	106	29,9	+ 5,7	+ 5,0
Sachsen	413	426	434	309	318	327	23,1	+ 4,9	+ 1,8
Sachsen-Anhalt	223	225	221	171	175	170	21,8	- 0,9	- 1,8
Schleswig-Holstein	391	401	404	312	313	314	30,6	+ 3,2	+ 0,8
Thüringen	221	220	219	172	167	167	21,8	- 1,0	- 0,5
Deutschland	10 161	10 842	11 031	8 128	8 502	8 626	28,4	+ 8,6	+ 1,7
Westdeutschland	8 464	9 099	9 264	6 893	7 242	7 356	29,5	+ 9,5	+ 1,8
Ostdeutschland	1 697	1 742	1 768	1 235	1 260	1 270	23,9	+ 4,1	+ 1,5

1) Ohne Auszubildende; Teilzeit definiert als bis zu 31 geleisteten Arbeitsstunden pro Woche.

2) Ohne Auszubildende.

Quelle: Mikrozensus. Daten für 2010: Hochrechnungsrahmen auf Basis Fortschreibung Volkszählung 1987, ab 2011 auf Basis Fortschreibung Zensus 2011.

10. Alleinerziehende

Land	Zahl der Alleinerziehenden			Darunter Frauen		Alleinerziehende je 1 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Alleinerziehenden		
	2010	2014	2015	2010	2015	2010	2014	2015	2015/2010	2015/2014	
	1 000			%		Anzahl			%		
Baden-Württemberg	314	329	345	86,0	83,4	288	29	31	32	+ 10,2	+ 5,0
Bayern	371	397	396	85,4	84,0	332	30	31	31	+ 6,5	- 0,5
Berlin	151	155	158	88,8	86,7	137	44	45	45	+ 4,6	+ 1,8
Brandenburg	98	101	97	87,9	86,0	83	39	41	39	- 1,1	- 4,0
Bremen	26	28	28	88,2	86,1	24	40	42	42	+ 6,7	+ 0,0
Hamburg	71	70	70	90,5	88,3	62	40	40	40	- 2,0	- 0,1
Hessen	191	197	201	84,5	86,0	173	31	33	33	+ 5,4	+ 1,8
Mecklenburg-Vorpommern	60	61	61	89,1	86,6	53	36	38	38	+ 2,0	- 0,5
Niedersachsen	238	238	249	85,6	85,2	212	30	30	32	+ 4,6	+ 4,8
Nordrhein-Westfalen	562	577	588	85,9	85,9	505	31	33	33	+ 4,7	+ 2,0
Rheinland-Pfalz	133	134	130	84,8	81,2	106	33	33	32	- 2,6	- 2,7
Saarland	37	34	36	85,5	83,6	30	36	34	37	- 2,6	+ 6,4
Sachsen	138	137	132	88,7	84,4	111	33	34	32	- 4,8	- 4,1
Sachsen-Anhalt	87	81	81	89,7	88,9	72	37	36	36	- 7,6	- 0,7
Schleswig-Holstein	93	90	90	85,5	83,3	75	33	32	32	- 3,5	- 0,6
Thüringen	84	82	79	83,9	86,2	68	37	38	37	- 6,1	- 3,6
Deutschland	2 655	2 712	2 740	86,3	85,1	2 331	32	34	34	+ 3,2	+ 1,0
Westdeutschland	2 037	2 095	2 133	85,7	84,7	1 807	31	32	33	+ 4,7	+ 1,8
Ostdeutschland	618	617	606	88,1	86,3	523	38	39	38	- 1,8	- 1,7

Quelle: Mikrozensus. Daten für 2010: Hochrechnungsrahmen auf Basis Fortschreibung Volkszählung 1987, ab 2011 auf Basis Fortschreibung Zensus 2011.

Erwerbstätigkeit

11. Erwerbstätige¹⁾

Land	Erwerbstätige insgesamt			Frauenanteil	Selbstständigenquote		Veränderung insgesamt	
	2010	2014	2015		2014	2015	2015/2010	2015/2014
	Anzahl (1 000)			%				
Baden-Württemberg	5 357	5 577	5 653	46,3	9,9	9,9	+ 5,5	+ 1,4
Bayern	6 358	6 677	6 715	46,4	11,0	10,7	+ 5,6	+ 0,6
Berlin	1 569	1 644	1 656	47,8	16,6	16,5	+ 5,6	+ 0,7
Brandenburg	1 239	1 196	1 204	47,3	10,6	10,6	- 2,8	+ 0,7
Bremen	294	307	304	46,6	10,5	9,3	+ 3,6	- 0,8
Hamburg	884	907	912	48,4	13,2	12,7	+ 3,1	+ 0,5
Hessen	2 902	2 990	3 050	46,4	10,9	10,8	+ 5,1	+ 2,0
Mecklenburg-Vorpommern	780	738	743	47,4	9,1	9,2	- 4,7	+ 0,7
Niedersachsen	3 676	3 794	3 843	46,5	9,6	9,4	+ 4,5	+ 1,3
Nordrhein-Westfalen	8 045	8 285	8 361	46,5	9,9	9,8	+ 3,9	+ 0,9
Rheinland-Pfalz	1 920	1 986	1 999	46,0	9,9	9,7	+ 4,1	+ 0,7
Saarland	455	457	460	46,8	7,4	7,8	+ 1,0	+ 0,6
Sachsen	1 940	1 931	1 936	47,4	10,8	10,2	- 0,2	+ 0,2
Sachsen-Anhalt	1 091	1 042	1 041	47,3	8,4	8,6	- 4,5	- 0,1
Schleswig-Holstein	1 329	1 355	1 370	47,1	11,4	11,0	+ 3,1	+ 1,2
Thüringen	1 099	1 056	1 031	47,0	9,8	9,1	- 6,2	- 2,4
Deutschland	38 938	39 942	40 279	46,6	10,5	10,3	+ 3,4	+ 0,8
Westdeutschland	31 221	32 335	32 667	46,5	10,3	10,1	+ 4,6	+ 1,0
Ostdeutschland	7 718	7 607	7 612	47,4	11,4	11,2	- 1,4	+ 0,1

1) Hochrechnungsrahmen des Mikrozensus für 2010 auf Basis der Fortschreibung Volkszählung 1987, ab 2011 auf Basis Fortschreibung Zensus.
Quelle: Mikrozensus.

12. Erwerbstätigenquoten¹⁾

Land	Erwerbstätigenquote der Frauen (15 bis unter 65 Jahre)			Erwerbstätigenquote der Männer (15 bis unter 65 Jahre)			Veränderung der Erwerbs- tätigenquote von Frauen	Veränderung der Erwerbs- tätigenquote von Männern
	2010	2014	2015	2010	2014	2015	2015/2014	
	%						Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	68,3	72,0	72,3	79,1	81,0	81,0	+ 0,4	- 0,0
Bayern	68,7	72,7	72,9	80,2	82,0	81,8	+ 0,2	- 0,2
Berlin	63,5	66,8	66,4	67,5	71,0	71,4	- 0,4	+ 0,3
Brandenburg	70,9	72,5	72,9	74,8	76,3	77,0	+ 0,4	+ 0,8
Bremen	63,4	65,3	65,0	68,1	71,1	70,5	- 0,3	- 0,5
Hamburg	67,6	70,9	72,0	75,5	78,1	77,8	+ 1,2	- 0,3
Hessen	65,6	68,1	68,9	76,8	77,6	78,0	+ 0,8	+ 0,4
Mecklenburg-Vorpommern	68,7	69,3	69,8	72,4	72,6	73,2	+ 0,5	+ 0,6
Niedersachsen	64,9	68,7	69,1	75,3	77,9	77,6	+ 0,4	- 0,3
Nordrhein-Westfalen	61,5	65,3	66,0	73,9	75,7	75,3	+ 0,8	- 0,3
Rheinland-Pfalz	66,4	68,9	69,1	77,5	78,7	78,6	+ 0,2	- 0,1
Saarland	60,8	63,8	65,9	72,2	75,2	74,2	+ 2,1	- 1,0
Sachsen	69,1	72,1	73,1	74,4	76,8	76,7	+ 1,0	- 0,1
Sachsen-Anhalt	68,7	70,7	71,5	73,6	74,1	74,5	+ 0,8	+ 0,4
Schleswig-Holstein	66,9	69,9	70,3	75,2	77,6	78,3	+ 0,4	+ 0,7
Thüringen	70,4	72,6	71,8	75,8	77,3	75,9	- 0,8	- 1,4
Deutschland	66,0	69,3	69,8	75,9	77,8	77,7	+ 0,5	- 0,1
Westdeutschland	65,5	69,1	69,6	76,6	78,5	78,4	+ 0,5	- 0,1
Ostdeutschland	68,2	70,5	70,8	72,9	74,7	74,8	+ 0,3	+ 0,1

1) Hochrechnungsrahmen des Mikrozensus für 2010 auf Basis der Fortschreibung Volkszählung 1987, ab 2011 auf Basis Fortschreibung Zensus.
Quelle: Mikrozensus.

13. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort)¹⁾

Land	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt (30.6.)			Darunter Frauen			Anteil der Frauen	Veränderung insgesamt	
	2010	2014	2015	2010	2014	2015		2015/2010	2015/2014
	Anzahl						%		
Baden-Württemberg	3 912 719	4 266 461	4 359 864	1 744 369	1 922 001	1 969 586	45,2	+ 11,4	+ 2,2
Bayern	4 601 409	5 065 523	5 184 918	2 086 960	2 310 793	2 374 588	45,8	+ 12,7	+ 2,4
Berlin	1 127 702	1 269 431	1 311 413	580 017	648 877	668 195	51,0	+ 16,3	+ 3,3
Brandenburg	761 922	795 910	806 025	369 924	385 545	390 998	48,5	+ 5,8	+ 1,3
Bremen	286 321	306 432	311 190	125 130	134 586	137 323	44,1	+ 8,7	+ 1,6
Hamburg	821 266	892 619	912 762	379 500	415 637	425 190	46,6	+ 11,1	+ 2,3
Hessen	2 200 909	2 360 262	2 408 926	991 475	1 071 120	1 096 857	45,5	+ 9,5	+ 2,1
Mecklenburg-Vorpommern	533 974	549 512	553 845	274 986	283 558	286 053	51,6	+ 3,7	+ 0,8
Niedersachsen	2 478 845	2 722 519	2 784 011	1 114 171	1 234 520	1 270 599	45,6	+ 12,3	+ 2,3
Nordrhein-Westfalen	5 881 559	6 285 556	6 407 112	2 595 310	2 818 188	2 890 929	45,1	+ 8,9	+ 1,9
Rheinland-Pfalz	1 230 038	1 321 635	1 345 402	561 672	610 966	626 543	46,6	+ 9,4	+ 1,8
Saarland	354 220	372 582	377 088	153 320	165 036	169 471	44,9	+ 6,5	+ 1,2
Sachsen	1 424 935	1 511 618	1 530 094	703 793	741 395	751 415	49,1	+ 7,4	+ 1,2
Sachsen-Anhalt	761 308	773 615	776 293	377 142	383 949	387 110	49,9	+ 2,0	+ 0,3
Schleswig-Holstein	835 858	897 186	914 529	395 647	427 955	438 487	47,9	+ 9,4	+ 1,9
Thüringen	749 560	782 209	786 098	362 065	379 108	383 039	48,7	+ 4,9	+ 0,5
Deutschland²⁾	27 966 601	30 174 505	30 771 297	12 817 300	13 933 684	14 267 125	46,4	+ 10,0	+ 2,0
Westdeutschland	22 607 200	24 492 210	25 007 529	10 147 554	11 110 802	11 399 573	45,6	+ 10,6	+ 2,1
Ostdeutschland	5 359 401	5 682 295	5 763 768	2 667 927	2 822 432	2 866 810	49,7	+ 7,5	+ 1,4

1) Aufgrund einer umfangreichen Revision in der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit im August 2014 weichen die Zahlen von denen in den früheren Ausgaben des *Niedersachsen-Monitors* veröffentlichten Daten ab.

2) Einschließlich Beschäftigten, die keinem Land zuzuordnen waren, sowie ohne Angabe des Landes.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

14. Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte (am Arbeitsort)¹⁾

Land	Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte ohne Beschäftigte im Nebenjob insgesamt (30.06.)			Darunter Frauen			Anteil der Frauen	Veränderung insgesamt	
	2010	2014	2015	2010	2014	2015		2015/2010	2015/2014
	Anzahl						%		
Baden-Württemberg	724 644	730 707	706 361	492 281	478 747	459 554	65,1	- 2,5	- 3,3
Bayern	778 558	791 503	774 988	545 899	535 681	519 657	67,1	- 0,5	- 2,1
Berlin	153 571	152 871	145 844	84 233	84 119	80 034	54,9	- 5,0	- 4,6
Brandenburg	104 852	99 906	91 875	59 225	55 388	50 497	55,0	- 12,4	- 8,0
Bremen	48 619	49 517	47 953	30 245	29 865	28 768	60,0	- 1,4	- 3,2
Hamburg	105 694	110 123	105 366	65 667	66 400	63 324	60,1	- 0,3	- 4,3
Hessen	384 029	391 486	379 346	256 729	251 067	241 583	63,7	- 1,2	- 3,1
Mecklenburg-Vorpommern	68 159	68 681	64 599	38 148	37 156	34 286	53,1	- 5,2	- 5,9
Niedersachsen	531 408	530 700	512 458	362 163	349 200	332 539	64,9	- 3,6	- 3,4
Nordrhein-Westfalen	1 289 052	1 282 378	1 235 911	865 807	832 030	795 161	64,3	- 4,1	- 3,6
Rheinland-Pfalz	262 533	269 722	264 684	180 365	177 666	172 007	65,0	+ 0,8	- 1,9
Saarland	72 222	71 697	69 140	49 706	46 929	44 473	64,3	- 4,3	- 3,6
Sachsen	186 760	177 887	163 254	109 996	102 231	91 931	56,3	- 12,6	- 8,2
Sachsen-Anhalt	92 801	88 192	80 132	55 835	51 748	45 782	57,1	- 13,7	- 9,1
Schleswig-Holstein	180 631	182 500	176 539	117 763	113 977	108 987	61,7	- 2,3	- 3,3
Thüringen	93 379	87 209	82 430	56 271	50 072	46 202	56,0	- 11,7	- 5,5
Deutschland²⁾	5 078 734	5 086 521	4 902 198	3 371 630	3 263 247	3 115 680	63,6	- 3,5	- 3,6
Westdeutschland	4 377 390	4 410 333	4 272 746	2 966 625	2 881 562	2 766 053	64,7	- 2,4	- 3,1
Ostdeutschland	699 522	674 746	628 134	403 708	380 714	348 732	55,5	- 10,2	- 6,9

1) Aufgrund einer umfangreichen Revision in der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit im August 2014 weichen die Zahlen von denen in den früheren Ausgaben des *Niedersachsen-Monitors* veröffentlichten Daten ab.

2) Einschließlich Beschäftigten, die keinem Land zuzuordnen waren, sowie ohne Angabe des Landes.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

15. Erwerbstätige (am Wohnort) mit Hochschul- und Fachhochschulabschluss sowie Promotion¹⁾

Land	Erwerbstätige mit Hochschul- und Fachhochschulabschluss sowie Promotion insgesamt			Darunter Frauen	Anteil an allen Erwerbstätigen			Veränderung insgesamt	
	2010	2014	2015		2010	2014	2015	2015/2010	2015/2014
	Anzahl (1 000)				%				
Baden-Württemberg	981	1 114	1 177	496	18,3	20,0	20,8	+ 20,0	+ 5,7
Bayern	1 130	1 324	1 362	573	17,8	19,8	20,3	+ 20,5	+ 2,8
Berlin	498	547	564	273	31,7	33,2	34,1	+ 13,4	+ 3,2
Brandenburg	204	212	216	104	16,5	17,8	18,0	+ 5,9	+ 1,9
Bremen	65	73	72	33	22,2	23,9	23,5	+ 9,8	- 2,3
Hamburg	239	274	297	147	27,0	30,2	32,6	+ 24,4	+ 8,5
Hessen	617	681	708	306	21,3	22,8	23,2	+ 14,8	+ 4,0
Mecklenburg-Vorpommern	109	108	116	56	13,9	14,6	15,6	+ 6,5	+ 7,1
Niedersachsen	592	644	676	294	16,1	17,0	17,6	+ 14,2	+ 5,0
Nordrhein-Westfalen	1 431	1 576	1 632	726	17,8	19,0	19,5	+ 14,0	+ 3,6
Rheinland-Pfalz	318	345	350	148	16,6	17,4	17,5	+ 10,1	+ 1,6
Saarland	70	70	74	30	15,4	15,3	16,2	+ 6,2	+ 6,8
Sachsen	333	365	379	178	17,1	18,9	19,6	+ 14,0	+ 3,8
Sachsen-Anhalt	148	156	161	79	13,6	15,0	15,5	+ 8,8	+ 3,1
Schleswig-Holstein	205	232	241	106	15,5	17,2	17,6	+ 17,2	+ 3,5
Thüringen	156	164	156	77	14,2	15,5	15,2	+ 0,3	- 4,5
Deutschland	7 095	7 885	8 181	3 628	18,2	19,7	20,3	+ 15,3	+ 3,8
Westdeutschland	5 649	6 333	6 589	2 860	18,1	19,6	20,2	+ 16,6	+ 4,0
Ostdeutschland	1 447	1 552	1 592	767	18,7	20,4	20,9	+ 10,1	+ 2,6

1) Hochrechnungsrahmen des Mikrozensus für 2010 auf Basis der Fortschreibung Volkszählung 1987, ab 2011 auf Basis Fortschreibung Zensus.
Quelle: Mikrozensus.

16. Arbeitslose und Arbeitslosenquote

Land	Arbeitslose (Jahresdurchschnitt)			Arbeitslosenquote ¹⁾ (Jahresdurchschnitt)			Unterbeschäftigungsquote (Jahresdurchschnitt)	Veränderung der Arbeitslosenzahl	
	2010	2014	2015	2010	2014	2015		2015/2010	2015/2014
	Anzahl			%					
Baden-Württemberg	272 656	230 372	227 098	4,9	4,0	3,8	5,0	- 16,7	- 1,4
Bayern	299 448	264 603	256 527	4,5	3,8	3,6	4,8	- 14,3	- 3,1
Berlin	231 221	202 927	194 812	13,6	11,1	10,7	14,0	- 15,7	- 4,0
Brandenburg	148 834	124 628	114 873	11,1	9,4	8,7	10,9	- 22,8	- 7,8
Bremen	38 705	37 091	37 355	12,0	10,9	10,9	13,9	- 3,5	+ 0,7
Hamburg	75 486	73 663	73 291	8,2	7,6	7,4	9,8	- 2,9	- 0,5
Hessen	197 982	184 378	177 944	6,4	5,7	5,5	7,0	- 10,1	- 3,5
Mecklenburg-Vorpommern	109 865	93 067	86 095	12,7	11,2	10,4	13,4	- 21,6	- 7,5
Niedersachsen	298 652	267 624	256 434	7,5	6,5	6,1	7,8	- 14,1	- 4,2
Nordrhein-Westfalen	779 582	763 213	744 228	8,7	8,2	8,0	9,9	- 4,5	- 2,5
Rheinland-Pfalz	119 953	115 741	112 882	5,7	5,4	5,2	6,6	- 5,9	- 2,5
Saarland	37 834	36 911	36 895	7,5	7,2	7,2	9,4	- 2,5	- 0,0
Sachsen	253 198	187 494	174 319	11,8	8,8	8,2	10,4	- 31,2	- 7,0
Sachsen-Anhalt	151 305	125 559	118 852	12,5	10,7	10,2	13,5	- 21,4	- 5,3
Schleswig-Holstein	107 176	100 957	97 850	7,5	6,8	6,5	8,2	- 8,7	- 3,1
Thüringen	117 069	90 160	85 212	9,8	7,8	7,4	9,4	- 27,2	- 5,5
Deutschland	3 238 965	2 898 388	2 794 664	7,7	6,7	6,4	8,2	- 13,7	- 3,6
Westdeutschland	2 227 473	2 074 553	2 020 503	6,6	5,9	5,7	7,3	- 9,3	- 2,6
Ostdeutschland	1 011 492	823 835	774 162	12,0	9,8	9,2	11,8	- 23,5	- 6,0

1) Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

17. Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren

Land	Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren (Jahresdurchschnitt)			Arbeitslosenquote von Jugendlichen unter 25 Jahren (Jahresdurchschnitt)			Veränderung der Zahl der arbeitslosen Jugendlichen		
				insgesamt	männlich	weiblich			
	2010	2014	2015	2014	2015		2015/2010	2015/2014	
	Anzahl			%					
Baden-Württemberg	25 228	19 660	19 211	2,9	2,8	3,0	2,5	- 23,9	- 2,3
Bayern	30 174	25 906	25 022	3,2	3,1	3,4	2,7	- 17,1	- 3,4
Berlin	22 832	16 805	15 092	10,8	10,0	11,6	8,4	- 33,9	- 10,2
Brandenburg	15 796	8 666	6 751	8,7	7,5	7,9	6,9	- 57,3	- 22,1
Bremen	3 618	3 474	3 367	9,8	9,4	10,7	8,1	- 6,9	- 3,1
Hamburg	6 648	5 656	5 372	6,0	5,7	6,7	4,7	- 19,2	- 5,0
Hessen	19 812	17 543	16 414	5,4	5,0	5,6	4,4	- 17,2	- 6,4
Mecklenburg-Vorpommern	11 970	7 461	6 334	10,2	9,6	10,6	8,5	- 47,1	- 15,1
Niedersachsen	30 521	26 592	25 113	5,9	5,5	6,0	4,9	- 17,7	- 5,6
Nordrhein-Westfalen	77 472	71 475	66 226	7,2	6,6	7,4	5,8	- 14,5	- 7,3
Rheinland-Pfalz	14 039	12 138	11 511	4,9	4,6	5,1	4,2	- 18,0	- 5,2
Saarland	3 725	3 486	3 293	6,3	6,0	6,7	5,2	- 11,6	- 5,5
Sachsen	25 987	13 357	11 188	7,5	6,8	7,2	6,4	- 56,9	- 16,2
Sachsen-Anhalt	14 867	9 256	8 068	9,6	9,2	9,5	8,8	- 45,7	- 12,8
Schleswig-Holstein	12 101	10 632	9 996	6,5	6,1	7,0	5,1	- 17,4	- 6,0
Thüringen	10 760	6 192	5 589	6,6	6,5	6,5	6,4	- 48,1	- 9,7
Deutschland	325 548	258 301	238 547	5,7	5,3	5,8	4,7	- 26,7	- 7,6
Westdeutschland	223 337	196 564	185 525	5,1	4,8	5,3	4,2	- 16,9	- 5,6
Ostdeutschland	102 211	61 737	53 022	8,9	8,2	8,9	7,5	- 48,1	- 14,1

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Wirtschaft und Einkommen

18. Bruttoinlandsprodukt

Land	Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen			Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen			Veränderung des Bruttoinlandsprodukts insgesamt (real)	
	2010	2014	2015	2010	2014	2015	2015/2010	2015/2014
	Mio. €			€			%	
Baden-Württemberg	384 913	437 251	460 687	67 409	72 681	75 872	+ 10,4	+ 3,1
Bayern	450 203	526 740	549 190	66 440	73 330	75 522	+ 12,3	+ 2,1
Berlin	103 292	117 748	124 161	61 156	65 045	67 249	+ 9,1	+ 3,0
Brandenburg	56 034	62 366	65 294	51 788	57 665	60 434	+ 6,6	+ 2,7
Bremen	26 719	30 119	31 590	66 251	72 004	75 237	+ 8,1	+ 2,7
Hamburg	94 578	105 200	109 271	83 628	88 186	90 905	+ 6,0	+ 1,9
Hessen	227 171	253 864	263 444	71 500	76 685	78 790	+ 6,8	+ 1,7
Mecklenburg-Vorpommern	34 969	38 367	39 869	46 599	51 974	53 888	+ 4,6	+ 1,9
Niedersachsen	222 851	248 504	258 530	59 606	63 201	65 233	+ 6,7	+ 2,1
Nordrhein-Westfalen	566 173	632 848	645 590	64 459	69 402	70 314	+ 4,9	- 0,0
Rheinland-Pfalz	114 338	127 674	131 951	59 935	64 818	66 509	+ 6,3	+ 1,4
Saarland	30 295	33 474	35 028	58 623	64 494	67 323	+ 5,8	+ 2,4
Sachsen	95 053	108 592	112 658	48 119	53 752	55 891	+ 8,5	+ 1,5
Sachsen-Anhalt	51 350	55 105	56 217	49 921	54 659	56 206	+ 0,3	+ 0,1
Schleswig-Holstein	73 898	82 814	85 610	56 639	61 921	63 453	+ 7,1	+ 1,4
Thüringen	48 225	54 986	56 811	46 124	52 514	54 515	+ 8,0	+ 1,1
Deutschland	2 580 060	2 915 650	3 025 900	62 898	68 277	70 317	+ 7,9	+ 1,7
Westdeutschland	2 191 138	2 478 487	2 570 890	65 507	70 819	72 814	+ 8,0	+ 1,7
Ostdeutschland	388 922	437 163	455 010	51 370	56 734	58 905	+ 6,9	+ 1,9

19. Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Land	Erwerbstätige insgesamt			Anteil der Wirtschaftsbereiche			Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen	
				Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungen		
	2010	2014	2015	2015			2015/2010	2015/2014
Anzahl (1 000)			%					
Baden-Württemberg	5 710	6 016	6 072	1,1	31,2	67,8	+ 6,3	+ 0,9
Bayern	6 776	7 183	7 272	1,9	27,5	70,6	+ 7,3	+ 1,2
Berlin	1 689	1 810	1 846	0,0	12,0	88,0	+ 9,3	+ 2,0
Brandenburg	1 082	1 082	1 080	2,9	22,6	74,5	- 0,1	- 0,1
Bremen	403	418	420	0,1	19,0	80,9	+ 4,1	+ 0,4
Hamburg	1 131	1 193	1 202	0,2	12,7	87,1	+ 6,3	+ 0,8
Hessen	3 177	3 310	3 344	0,9	21,4	77,7	+ 5,2	+ 1,0
Mecklenburg-Vorpommern	750	738	740	3,2	18,9	77,9	- 1,4	+ 0,2
Niedersachsen	3 739	3 932	3 963	2,7	23,6	73,7	+ 6,0	+ 0,8
Nordrhein-Westfalen	8 783	9 119	9 182	0,9	22,8	76,2	+ 4,5	+ 0,7
Rheinland-Pfalz	1 908	1 970	1 984	2,1	25,8	72,1	+ 4,0	+ 0,7
Saarland	517	519	520	0,5	27,4	72,1	+ 0,7	+ 0,2
Sachsen	1 975	2 020	2 016	1,4	27,0	71,6	+ 2,0	- 0,2
Sachsen-Anhalt	1 029	1 008	1 000	2,1	26,4	71,5	- 2,8	- 0,8
Schleswig-Holstein	1 305	1 337	1 349	2,5	19,4	78,1	+ 3,4	+ 0,9
Thüringen	1 046	1 047	1 042	2,0	29,7	68,3	- 0,3	- 0,5
Deutschland	41 020	42 703	43 032	1,5	24,4	74,1	+ 4,9	+ 0,8
Westdeutschland	33 449	34 998	35 307	1,4	24,9	73,7	+ 5,6	+ 0,9
Ostdeutschland	7 571	7 705	7 725	1,6	22,3	76,1	+ 2,0	+ 0,2

20. Bruttowertschöpfung (BWS) der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Land	Bruttowertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei in jeweiligen Preisen			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2010	2014	2015	2010	2015			2015/2010	2015/2014
	Mio. €			%			€	%	
Baden-Württemberg	1 527	1 792	1 514	0,4	0,4	10,1	23 327	+ 12,3	- 1,7
Bayern	3 108	3 563	3 005	0,8	0,6	20,0	21 784	+ 8,6	- 0,5
Berlin	5	4	3	0,0	0,0	0,0	6 605	- 20,7	- 2,6
Brandenburg	806	915	770	1,6	1,3	5,1	24 925	+ 10,8	- 2,5
Bremen	9	29	31	0,0	0,1	0,2	99 606	+ 233,1	+ 8,2
Hamburg	67	55	44	0,1	0,1	0,3	20 273	- 18,5	- 2,6
Hessen	690	718	626	0,3	0,3	4,2	21 066	+ 2,8	- 0,4
Mecklenburg-Vorpommern	829	981	825	2,6	2,3	5,5	35 389	+ 19,5	- 2,9
Niedersachsen	3 082	3 039	2 602	1,5	1,1	17,3	23 961	+ 0,6	+ 0,4
Nordrhein-Westfalen	2 286	2 122	1 745	0,4	0,3	11,6	20 065	- 9,5	- 2,9
Rheinland-Pfalz	1 189	1 341	1 189	1,2	1,0	7,9	28 357	+ 8,8	- 0,4
Saarland	47	53	46	0,2	0,1	0,3	16 795	+ 11,0	+ 0,6
Sachsen	716	792	634	0,8	0,6	4,2	21 918	+ 7,5	- 3,7
Sachsen-Anhalt	877	894	681	1,9	1,3	4,5	32 793	- 7,4	- 12,9
Schleswig-Holstein	905	949	793	1,4	1,0	5,3	23 273	+ 6,8	+ 2,4
Thüringen	556	655	519	1,3	1,0	3,5	24 464	+ 10,1	- 7,3
Deutschland	16 700	17 903	15 028	0,7	0,6	100	23 666	+ 4,5	- 1,8
Westdeutschland	12 909	13 661	11 596	0,7	0,5	77,2	22 765	+ 3,5	- 0,6
Ostdeutschland	3 791	4 242	3 432	1,1	0,8	22,8	27 321	+ 7,7	- 5,8

21. Bruttowertschöpfung (BWS) im Produzierenden Gewerbe

Land	Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe in jeweiligen Preisen			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2010	2014	2015	2010	2015			2015/2010	2015/2014
	Mio. €			%			€	%	
Baden-Württemberg	132 354	154 774	165 656	38,2	40,0	20,0	87 523	+ 15,5	+ 4,3
Bayern	134 817	162 241	169 827	33,3	34,4	20,5	84 999	+ 16,7	+ 2,0
Berlin	16 350	17 111	17 857	17,6	16,0	2,2	80 720	+ 0,6	+ 0,9
Brandenburg	13 400	15 232	16 271	26,6	27,7	2,0	66 630	+ 10,2	+ 4,1
Bremen	6 526	7 271	7 760	27,1	27,3	0,9	97 080	+ 11,2	+ 4,2
Hamburg	13 703	15 666	16 790	16,1	17,1	2,0	109 612	+ 9,1	+ 4,2
Hessen	50 591	57 204	58 881	24,7	24,8	7,1	82 191	+ 8,0	+ 0,5
Mecklenburg-Vorpommern	6 305	7 500	8 011	20,0	22,3	1,0	57 154	+ 14,9	+ 3,6
Niedersachsen	63 531	70 722	74 301	31,7	31,9	9,0	79 436	+ 7,9	+ 2,8
Nordrhein-Westfalen	147 856	157 848	160 100	29,0	27,6	19,3	76 347	+ 0,4	- 0,8
Rheinland-Pfalz	34 880	38 505	39 489	33,9	33,3	4,8	77 115	+ 4,5	+ 0,5
Saarland	9 101	10 567	11 313	33,4	35,9	1,4	79 479	+ 13,2	+ 4,4
Sachsen	26 261	30 747	31 839	30,7	31,4	3,8	58 530	+ 11,1	+ 0,7
Sachsen-Anhalt	14 991	16 054	16 188	32,4	32,0	2,0	61 342	- 1,3	- 1,1
Schleswig-Holstein	15 341	17 867	18 355	23,1	23,8	2,2	70 215	+ 9,7	- 0,0
Thüringen	14 276	16 222	16 630	32,9	32,5	2,0	53 790	+ 7,2	- 0,3
Deutschland	700 282	795 531	829 266	30,2	30,5	100	78 895	+ 9,3	+ 1,7
Westdeutschland	608 698	692 665	722 471	30,9	31,2	87,1	82 207	+ 9,7	+ 1,8
Ostdeutschland	91 584	102 866	106 795	26,2	26,1	12,9	61 996	+ 6,7	+ 1,0

22. Bruttowertschöpfung (BWS) der dienstleistenden Wirtschaftsbereiche

Land	Bruttowertschöpfung der dienstleistenden Wirtschaftsbereiche in jeweiligen Preisen			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2010	2014	2015	2010	2015			2015/2010	2015/2014
	Mio. €			%			€	%	
Baden-Württemberg	212 487	236 811	247 349	61,3	59,7	13,2	60 120	+ 6,8	+ 2,2
Bayern	267 196	308 081	321 320	66,0	65,0	17,1	62 562	+ 9,8	+ 2,0
Berlin	76 593	88 817	93 858	82,4	84,0	5,0	57 775	+ 10,6	+ 3,2
Brandenburg	36 216	39 961	41 710	71,8	71,0	2,2	51 792	+ 4,7	+ 2,0
Bremen	17 509	19 796	20 633	72,8	72,6	1,1	60 752	+ 6,5	+ 1,9
Hamburg	71 337	78 923	81 485	83,8	82,9	4,3	77 852	+ 5,1	+ 1,3
Hessen	153 141	170 469	177 535	74,9	74,9	9,5	68 348	+ 6,1	+ 1,9
Mecklenburg-Vorpommern	24 332	26 036	27 038	77,3	75,4	1,4	46 910	+ 0,8	+ 1,4
Niedersachsen	133 922	149 808	155 718	66,8	66,9	8,3	53 342	+ 5,9	+ 1,5
Nordrhein-Westfalen	359 334	409 377	419 047	70,5	72,1	22,3	59 885	+ 6,5	+ 0,1
Rheinland-Pfalz	66 819	75 017	78 050	64,9	65,7	4,2	54 583	+ 6,7	+ 1,7
Saarland	18 114	19 495	20 159	66,4	64,0	1,1	53 725	+ 1,7	+ 1,1
Sachsen	58 557	66 157	68 895	68,5	68,0	3,7	47 752	+ 6,9	+ 1,7
Sachsen-Anhalt	30 340	32 627	33 715	65,7	66,7	1,8	47 117	+ 0,8	+ 0,9
Schleswig-Holstein	50 252	55 689	57 883	75,6	75,1	3,1	54 933	+ 5,9	+ 1,6
Thüringen	28 563	32 592	33 968	65,8	66,5	1,8	47 727	+ 7,8	+ 1,7
Deutschland	1 604 713	1 809 656	1 878 363	69,1	69,0	100	58 909	+ 6,9	+ 1,5
Westdeutschland	1 350 112	1 523 466	1 579 180	68,5	68,3	84,1	60 715	+ 6,9	+ 1,4
Ostdeutschland	254 601	286 190	299 183	72,7	73,1	15,9	50 914	+ 6,5	+ 2,1

23. Unternehmensinsolvenzen

Land	Unternehmensinsolvenzen			Unternehmensinsolvenzen je 10 000 Unternehmen ¹⁾		Veränderung der Zahl der Unternehmensinsolvenzen	
	2010	2014	2015 ²⁾	2010	2015 ³⁾	2015/2010	2015/2014
	Anzahl					%	
Baden-Württemberg	2 490	1 796	1 867	56,9	41,7	- 25,0	+ 4,0
Bayern	3 837	2 947	3 195	66,3	53,0	- 16,7	+ 8,4
Berlin	1 568	1 305	1 407	117,3	97,1	- 10,3	+ 7,8
Brandenburg	676	544	431	76,4	46,9	- 36,2	- 20,8
Bremen	243	273	242	107,7	107,7	- 0,4	- 11,4
Hamburg	847	1 035	802	96,5	87,8	- 5,3	- 22,5
Hessen	1 742	1 492	1 501	70,6	61,0	- 13,8	+ 0,6
Mecklenburg-Vorpommern	456	308	323	83,9	58,4	- 29,2	+ 4,9
Niedersachsen	2 506	2 186	1 853	93,6	67,5	- 26,1	- 15,2
Nordrhein-Westfalen	11 521	7 823	7 347	175,1	109,9	- 36,2	- 6,1
Rheinland-Pfalz	1 356	971	894	87,5	57,7	- 34,1	- 7,9
Saarland	382	322	307	108,5	88,1	- 19,6	- 4,7
Sachsen	1 713	1 082	1 004	116,7	67,0	- 41,4	- 7,2
Sachsen-Anhalt	808	573	561	121,3	84,5	- 30,6	- 2,1
Schleswig-Holstein	1 233	987	1 027	112,3	90,6	- 16,7	+ 4,1
Thüringen	620	441	362	82,1	48,1	- 41,6	- 17,9
Deutschland	31 998	24 085	23 123	101,1	71,4	- 27,7	- 4,0
Westdeutschland	26 157	19 832	19 035	100,6	71,7	- 27,2	- 4,0
Ostdeutschland	5 841	4 253	4 088	103,3	70,0	- 30,0	- 3,9

1) Ohne steuerpflichtige Unternehmen mit Umsätzen unter 17 500 Euro.

2) 2015: Vorläufige Zahlen.

3) Bezogen auf die Zahl der Unternehmen im Jahr 2014.

24. Umsatzsteuerpflichtige kleine und mittlere Unternehmen (KMU)¹⁾

Land	KMU insgesamt	Darunter Kleinunternehmen	Lieferungen und Leistungen aller Unternehmen	Darunter Lieferungen und Leistungen der KMU	KMU-Anteil			Anteil der Kleinunternehmen	Veränderung des KMU-Anteils				
					2014				2009	2013	2014	2014/2009	2014/2013
					Anzahl	Mio. €			%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	445 699	415 979	999 034	330 492	35,3	33,2	33,1	10,3	- 2,2	- 0,1			
Bayern	600 461	565 875	987 887	388 330	40,6	39,2	39,3	13,5	- 1,3	+ 0,1			
Berlin	144 636	138 188	198 054	73 493	41,2	36,4	37,1	14,6	- 4,1	+ 0,7			
Brandenburg	91 827	87 267	77 750	48 809	61,4	61,6	62,8	24,3	+ 1,4	+ 1,2			
Bremen	22 282	20 195	69 913	23 421	38,1	32,3	33,5	7,6	- 4,6	+ 1,2			
Hamburg	90 753	84 290	422 347	70 871	20,2	16,6	16,8	5,0	- 3,4	+ 0,2			
Hessen	245 215	231 010	449 993	159 473	35,4	35,5	35,4	12,1	- 0,0	- 0,1			
Mecklenburg-Vorpommern	55 251	52 066	44 132	32 422	74,1	72,3	73,5	28,8	- 0,6	+ 1,1			
Niedersachsen	273 510	255 333	540 076	201 154	41,5	37,8	37,2	12,3	- 4,3	- 0,5			
Nordrhein-Westfalen	665 685	622 918	1 382 574	480 705	35,0	34,4	34,8	11,0	- 0,2	+ 0,4			
Rheinland-Pfalz	154 379	146 036	215 735	93 876	47,2	43,8	43,5	16,0	- 3,7	- 0,2			
Saarland	34 731	32 382	69 960	24 926	40,0	36,6	35,6	12,0	- 4,4	- 1,0			
Sachsen	149 671	141 925	124 903	84 391	67,6	67,1	67,6	24,9	+ 0,0	+ 0,5			
Sachsen-Anhalt	66 242	62 436	65 977	40 153	63,4	60,5	60,9	22,5	- 2,5	+ 0,3			
Schleswig-Holstein	113 007	106 457	164 108	73 728	49,4	47,0	44,9	15,8	- 4,5	- 2,0			
Thüringen	75 221	70 990	58 432	44 660	75,7	77,3	76,4	27,0	+ 0,7	- 0,9			
Deutschland	3 228 570	3 033 347	5 870 875	2 170 904	38,9	36,9	37,0	12,4	- 1,9	+ 0,1			
Westdeutschland	2 645 722	2 480 475	5 301 627	1 846 976	36,7	34,8	34,8	11,4	- 1,9	+ 0,0			
Ostdeutschland	582 848	552 872	569 248	323 928	59,5	56,4	56,9	21,5	- 2,6	+ 0,5			

1) KMU = Unternehmen unter 50 Mio. Euro Jahresumsatz; Kleinunternehmen: unter 2 Mio. Euro Jahresumsatz; KMU-Anteil bzw. Anteil der Kleinunternehmen: Jeweils Anteil der Lieferungen und Leistungen der KMU bzw. der Kleinunternehmen an den Lieferungen und Leistungen aller Unternehmen.

25. Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden			Anteil am Bundesgebiet		Umsatz je Beschäftigten 2015	Veränderung des Gesamtumsatzes	
	2010	2014	2015	2010	2015		2015/2010	2015/2014
	Mio. €			%			%	
Baden-Württemberg	272 873	328 262	351 889	17,3	19,6	282 939	+ 29,0	+ 7,2
Bayern ¹⁾	309 984	328 578	342 796	19,7	19,1	274 822	+ 10,6	+ 4,3
Berlin	23 811	24 150	24 901	1,5	1,4	267 545	+ 4,6	+ 3,1
Brandenburg	22 511	26 031	25 910	1,4	1,4	264 045	+ 15,1	- 0,5
Bremen	21 186	23 474	24 487	1,3	1,4	483 639	+ 15,6	+ 4,3
Hamburg	73 497	79 154	70 914	4,7	3,9	828 225	- 3,5	- 10,4
Hessen	99 934	112 152	110 406	6,3	6,1	273 385	+ 10,5	- 1,6
Mecklenburg-Vorpommern	11 870	14 009	14 900	0,8	0,8	254 974	+ 25,5	+ 6,4
Niedersachsen	168 949	196 428	202 904	10,7	11,3	376 942	+ 20,1	+ 3,3
Nordrhein-Westfalen	315 395	337 698	333 677	20,0	18,6	273 665	+ 5,8	- 1,2
Rheinland-Pfalz	78 879	90 487	91 840	5,0	5,1	315 514	+ 16,4	+ 1,5
Saarland	23 669	26 376	28 222	1,5	1,6	312 577	+ 19,2	+ 7,0
Sachsen	54 423	60 917	63 660	3,5	3,5	232 415	+ 17,0	+ 4,5
Sachsen-Anhalt	38 052	41 747	39 996	2,4	2,2	300 998	+ 5,1	- 4,2
Schleswig-Holstein	31 557	38 623	36 019	2,0	2,0	290 801	+ 14,1	- 6,7
Thüringen	29 001	32 054	32 997	1,8	1,8	193 149	+ 13,8	+ 2,9
Deutschland	1 575 593	1 760 139	1 795 517	100	100	293 328	+ 14,0	+ 2,0
Westdeutschland	1 395 925	1 561 231	1 593 154	88,6	88,7	300 939	+ 14,1	+ 2,0
Ostdeutschland	179 668	198 908	202 363	11,4	11,3	244 620	+ 12,6	+ 1,7

1) Auf Grund revidierter Betriebsmeldungen sind die Umsatzwerte in Bayern ab dem Jahr 2014 im Wirtschaftszweig WZ 2008-2910 und den darüber liegenden Aggregaten mit den vorhergehenden Zeiträumen nur eingeschränkt vergleichbar.

26. Gesamtumsatz im Bauhauptgewerbe

Land	Gesamtumsatz im Bauhauptgewerbe			Anteil am Bundesgebiet		Umsatz je Beschäftigten 2015	Veränderung des Gesamtumsatzes	
	2010	2014	2015	2010	2015		2015/2010	2015/2014
	Mio. €			%		€	%	
Baden-Württemberg	10 485	13 122	13 638	12,6	13,4	146 640	+ 30,1	+ 3,9
Bayern	15 722	20 424	20 572	18,9	20,1	145 293	+ 30,8	+ 0,7
Berlin	2 397	2 897	3 106	2,9	3,0	148 029	+ 29,6	+ 7,2
Brandenburg	3 336	3 974	4 024	4,0	3,9	119 458	+ 20,6	+ 1,3
Bremen	475	466	505	0,6	0,5	156 271	+ 6,5	+ 8,4
Hamburg	1 613	1 735	2 013	1,9	2,0	233 126	+ 24,8	+ 16,0
Hessen	5 463	6 755	6 179	6,6	6,1	120 396	+ 13,1	- 8,5
Mecklenburg-Vorpommern	1 624	1 929	1 849	2,0	1,8	116 391	+ 13,8	- 4,2
Niedersachsen	9 182	11 190	11 306	11,1	11,1	136 714	+ 23,1	+ 1,0
Nordrhein-Westfalen	13 805	16 431	17 277	16,6	16,9	130 386	+ 25,2	+ 5,2
Rheinland-Pfalz	4 405	5 113	5 054	5,3	4,9	127 904	+ 14,7	- 1,2
Saarland	1 031	1 033	1 062	1,2	1,0	118 858	+ 3,0	+ 2,8
Sachsen	5 528	6 233	6 308	6,7	6,2	112 189	+ 14,1	+ 1,2
Sachsen-Anhalt	3 109	3 279	3 148	3,7	3,1	108 401	+ 1,3	- 4,0
Schleswig-Holstein	2 250	2 909	2 995	2,7	2,9	121 984	+ 33,1	+ 3,0
Thüringen	2 638	3 058	3 065	3,2	3,0	118 285	+ 16,2	+ 0,2
Deutschland	83 062	100 547	102 103	100	100	132 993	+ 22,9	+ 1,5
Westdeutschland	64 429	79 177	80 603	77,6	78,9	135 114	+ 25,1	+ 1,8
Ostdeutschland	18 633	21 370	21 500	22,4	21,1	117 588	+ 15,4	+ 0,6

27. Gästeübernachtungen (einschließlich Campingplätze)

Land	Gästeübernachtungen						Veränderung der Zahl der Gästeübernachtungen insgesamt		
	Gästeübernachtungen insgesamt			darunter von Gästen aus dem Ausland	Durchschnittliche Aufenthaltsdauer ¹⁾			2015/2010	2015/2014
	2010	2014	2015		2010	2014	2015		
Anzahl (1 000)			%	Tage			%		
Baden-Württemberg	43 515	49 126	50 763	21,9	2,6	2,5	2,5	+ 16,7	+ 3,3
Bayern	77 877	85 222	88 129	19,9	2,8	2,6	2,6	+ 13,2	+ 3,4
Berlin	20 796	28 689	30 250	45,1	2,3	2,4	2,4	+ 45,5	+ 5,4
Brandenburg	10 690	11 936	12 519	7,7	2,8	2,7	2,7	+ 17,1	+ 4,9
Bremen	1 813	2 289	2 375	21,0	1,7	1,9	1,9	+ 31,0	+ 3,8
Hamburg	8 947	12 008	12 639	24,6	1,9	2,0	2,0	+ 41,3	+ 5,3
Hessen	28 150	31 180	32 168	22,1	2,4	2,3	2,2	+ 14,3	+ 3,2
Mecklenburg-Vorpommern	27 670	28 723	29 468	3,5	4,2	4,0	4,0	+ 6,5	+ 2,6
Niedersachsen	38 360	40 424	41 310	8,8	3,2	3,1	3,1	+ 7,7	+ 2,2
Nordrhein-Westfalen	42 110	47 924	48 688	20,8	2,3	2,3	2,2	+ 15,6	+ 1,6
Rheinland-Pfalz	20 571	21 138	21 757	24,6	2,7	2,6	2,6	+ 5,8	+ 2,9
Saarland	2 228	2 898	2 980	15,5	3,0	3,0	3,0	+ 33,7	+ 2,8
Sachsen	16 776	18 899	18 732	10,2	2,6	2,6	2,5	+ 11,7	- 0,9
Sachsen-Anhalt	6 857	7 433	7 609	7,2	2,5	2,5	2,4	+ 11,0	+ 2,4
Schleswig-Holstein	24 470	26 347	27 083	7,3	4,1	3,9	3,9	+ 10,7	+ 2,8
Thüringen	9 386	9 825	9 763	6,0	2,7	2,7	2,6	+ 4,0	- 0,6
Deutschland	380 215	424 062	436 233	18,3	2,7	2,6	2,6	+ 14,7	+ 2,9
Westdeutschland	288 041	318 558	327 892	18,6	2,7	2,6	2,6	+ 13,8	+ 2,9
Ostdeutschland	92 175	105 504	108 341	17,2	2,9	2,8	2,8	+ 17,5	+ 2,7

1) Rechnerischer Wert Übernachtungen/Ankünfte pro Person.

28. Verfügbares Einkommen je Einwohner/-in¹⁾

Land	Verfügbares Einkommen je Einwohner/-in			Deutschland = 100		Veränderung je Einwohner/-in	
	2009	2013	2014	2013	2014	2014/2009	2014/2013
	€			Messzahl		%	
Baden-Württemberg	20 370	22 526	22 869	108,7	108,3	+ 12,3	+ 1,5
Bayern	20 645	22 722	23 080	109,6	109,3	+ 11,8	+ 1,6
Berlin	17 525	18 360	18 594	88,6	88,1	+ 6,1	+ 1,3
Brandenburg	16 899	18 236	18 599	88,0	88,1	+ 10,1	+ 2,0
Bremen	18 980	19 803	20 054	95,5	95,0	+ 5,7	+ 1,3
Hamburg	22 052	23 291	23 596	112,4	111,7	+ 7,0	+ 1,3
Hessen	19 510	21 295	21 606	102,7	102,3	+ 10,7	+ 1,5
Mecklenburg-Vorpommern	15 845	17 127	17 486	82,6	82,8	+ 10,4	+ 2,1
Niedersachsen	18 078	19 777	20 169	95,4	95,5	+ 11,6	+ 2,0
Nordrhein-Westfalen	18 827	20 706	21 207	99,9	100,4	+ 12,6	+ 2,4
Rheinland-Pfalz	19 736	21 360	21 781	103,0	103,1	+ 10,4	+ 2,0
Saarland	17 691	19 503	19 982	94,1	94,6	+ 13,0	+ 2,5
Sachsen	16 527	17 879	18 158	86,2	86,0	+ 9,9	+ 1,6
Sachsen-Anhalt	15 848	17 325	17 735	83,6	84,0	+ 11,9	+ 2,4
Schleswig-Holstein	19 209	21 148	21 548	102,0	102,0	+ 12,2	+ 1,9
Thüringen	16 104	17 576	17 938	84,8	84,9	+ 11,4	+ 2,1
Deutschland	18 948	20 730	21 117	100	100	+ 11,4	+ 1,9
Westdeutschland	19 542	21 440	21 841	103,4	103,4	+ 11,8	+ 1,9
Ostdeutschland	16 561	17 842	18 163	86,1	86,0	+ 9,7	+ 1,8

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2015/Februar 2016.

29. Durchschnittliche Bruttoverdienste von Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich

Land	Bruttojahresverdienste von Vollzeitbeschäftigten ¹⁾			Bruttojahresverdienst (Vollzeitbeschäftigte) von Frauen in Prozent des Verdienstes von Männern ¹⁾		Verdienstabstand von Frauen zu Männern (alle Beschäftigte) gemessen am Bruttostundenverdienst (unbereinigter Gender Pay Gap) ²⁾			Veränderung der Bruttojahresverdienste ¹⁾
	2010	2014	2015	2010	2015	2010	2014	2015	
	€			%					
Baden-Württemberg	45 150	50 090	51 559	75,0	75,1	27	26	26	+ 2,9
Bayern	44 615	49 417	50 605	77,8	78,7	26	24	24	+ 2,4
Berlin	41 376	44 350	46 177	83,6	86,7	14	10	11	+ 4,1
Brandenburg	34 204	36 631	37 570	97,1	97,1	7	9	6	+ 2,6
Bremen	44 232	47 747	48 833	78,3	78,2	24	25	24	+ 2,3
Hamburg	47 612	52 950	54 053	80,6	79,2	23	25	24	+ 2,1
Hessen	48 337	52 199	53 609	79,6	80,3	25	24	23	+ 2,7
Mecklenburg-Vorpommern	31 642	33 870	35 265	93,5	96,0	4	5	4	+ 4,1
Niedersachsen	40 645	43 822	44 781	81,4	81,4	22	22	21	+ 2,2
Nordrhein-Westfalen	44 350	48 814	49 112	80,7	82,1	23	22	22	+ 0,6
Rheinland-Pfalz	42 078	45 572	46 886	81,5	81,8	22	22	21	+ 2,9
Saarland	40 764	44 802	45 689	80,1	80,2	25	24	25	+ 2,0
Sachsen	32 698	35 272	37 192	94,8	92,2	9	11	11	+ 5,4
Sachsen-Anhalt	32 131	34 962	36 971	99,4	98,0	4	8	6	+ 5,7
Schleswig-Holstein	39 036	42 315	42 928	81,6	84,2	18	16	15	+ 1,4
Thüringen	31 531	34 816	36 319	93,5	94,9	6	5	7	+ 4,3
Deutschland	42 515	46 575	47 752	80,3	81,0	22	22	21	+ 2,5
Westdeutschland ³⁾	44 149	48 425	49 460	79,3	80,0	24	23	23	+ 2,1
Ostdeutschland ⁴⁾	32 533	35 215	36 828	95,7	95,0	7	9	8	+ 4,6

1) Einschließlich Sonderzahlungen.

2) Quelle: Verdienststrukturerhebung 2006 und 2010; fortgeschätzt mit Ergebnissen der Vierteljährlichen Verdiensterhebung.

3) Einschließlich Berlin.

4) Ohne Berlin.

30. Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Bruttoausgaben				Veränderung der Bruttoausgaben	
	insgesamt			je tätige Person	2014/2009	2014/2013
	2009	2013	2014			
	Mio. €			€	%	
Baden-Württemberg	8 546	11 156	11 012	8 927	+ 28,9	- 1,3
Bayern	8 834	11 046	12 108	9 954	+ 37,1	+ 9,6
Berlin	802	798	776	8 417	- 3,3	- 2,8
Brandenburg	893	1 125	958	9 770	+ 7,2	- 14,9
Bremen	447	1 009	775	15 128	+ 73,3	- 23,2
Hamburg	676	1 116	1 123	13 139	+ 66,1	+ 0,6
Hessen	2 972	3 449	3 476	8 574	+ 17,0	+ 0,8
Mecklenburg-Vorpommern	445	347	447	7 909	+ 0,5	+ 28,8
Niedersachsen	4 522	5 362	5 976	11 307	+ 32,2	+ 11,4
Nordrhein-Westfalen	8 773	9 521	9 799	8 105	+ 11,7	+ 2,9
Rheinland-Pfalz	2 258	3 017	3 070	10 661	+ 35,9	+ 1,8
Saarland	777	999	1 187	13 033	+ 52,7	+ 18,8
Sachsen	2 530	3 445	2 697	10 047	+ 6,6	- 21,7
Sachsen-Anhalt	1 706	1 346	1 309	10 038	- 23,3	- 2,7
Schleswig-Holstein	710	840	869	7 192	+ 22,3	+ 3,4
Thüringen	1 201	1 319	1 493	8 973	+ 24,3	+ 13,2
Deutschland	46 092	55 894	57 073	9 447	+ 23,8	+ 2,1
Westdeutschland	38 516	47 515	49 393	9 446	+ 28,2	+ 4,0
Ostdeutschland	7 577	8 379	7 680	9 458	+ 1,4	- 8,3

1) Die Datenerhebung erfolgte nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ 2003.

31. Patentanmeldungen

Land	Patentanmeldungen insgesamt			Patentanmeldungen je 100 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Patentanmeldungen insgesamt	
	2010	2014	2015	2010	2014	2015	2015/2010	2015/2014
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	14 783	14 533	14 220	138	136	132	- 3,8	- 2,2
Bayern	13 012	15 539	15 341	104	123	120	+ 17,9	- 1,3
Berlin	919	869	840	27	25	24	- 8,6	- 3,3
Brandenburg	323	326	358	13	13	15	+ 10,8	+ 9,8
Bremen	163	143	158	25	22	24	- 3,1	+ 10,5
Hamburg	914	807	806	51	46	46	- 11,8	- 0,1
Hessen	2 431	2 041	1 907	40	34	31	- 21,6	- 6,6
Mecklenburg-Vorpommern	170	169	155	10	11	10	- 8,8	- 8,3
Niedersachsen	2 927	3 137	3 485	37	40	44	+ 19,1	+ 11,1
Nordrhein-Westfalen	7 536	7 118	6 875	42	40	39	- 8,8	- 3,4
Rheinland-Pfalz	1 233	1 032	938	31	26	23	- 23,9	- 9,1
Saarland	258	222	214	25	22	22	- 17,1	- 3,6
Sachsen	1 124	966	905	27	24	22	- 19,5	- 6,3
Sachsen-Anhalt	335	227	200	14	10	9	- 40,3	- 11,9
Schleswig-Holstein	562	462	463	20	16	16	- 17,6	+ 0,2
Thüringen	590	559	512	26	26	24	- 13,2	- 8,4
Deutschland	47 280	48 150	47 377	58	59	58	+ 0,2	- 1,6
Westdeutschland	43 819	45 034	44 407	67	69	68	+ 1,3	- 1,4
Ostdeutschland	3 461	3 116	2 970	21	20	19	- 14,2	- 4,7

Quelle: Deutsches Patent- und Markenamt.

Globalisierung

32. Ausfuhr

Land	Ausfuhr			Anteil an der deutschen Ausfuhr 2015 ²⁾	Veränderung der Ausfuhr	
	2010	2014	2015 ¹⁾		2015/2010	2015/2014
	Mio. €			%		
Baden-Württemberg	152 722	180 729	195 583	20,3	+ 28,1	+ 8,2
Bayern	144 011	168 589	178 904	18,6	+ 24,2	+ 6,1
Berlin	12 041	13 307	14 125	1,5	+ 17,3	+ 6,1
Brandenburg	12 245	13 230	14 194	1,5	+ 15,9	+ 7,3
Bremen	13 995	17 325	17 608	1,8	+ 25,8	+ 1,6
Hamburg	35 576	51 258	55 618	5,8	+ 56,3	+ 8,5
Hessen	51 244	58 474	60 162	6,3	+ 17,4	+ 2,9
Mecklenburg-Vorpommern	6 034	7 170	7 967	0,8	+ 32,0	+ 11,1
Niedersachsen	65 843	77 583	82 987	8,6	+ 26,0	+ 7,0
Nordrhein-Westfalen	160 233	179 687	181 498	18,9	+ 13,3	+ 1,0
Rheinland-Pfalz	40 426	48 126	51 343	5,3	+ 27,0	+ 6,7
Saarland	12 982	13 743	15 324	1,6	+ 18,0	+ 11,5
Sachsen	24 743	35 907	38 544	4,0	+ 55,8	+ 7,3
Sachsen-Anhalt	12 560	14 995	15 255	1,6	+ 21,5	+ 1,7
Schleswig-Holstein	18 262	19 632	19 680	2,0	+ 7,8	+ 0,2
Thüringen	10 823	12 987	13 529	1,4	+ 25,0	+ 4,2
Deutschland²⁾	951 959	1 123 746	1 196 378	100	+ 25,7	+ 6,5
Westdeutschland	695 292	815 145	858 706	89,2	+ 23,5	+ 5,3
Ostdeutschland	78 447	97 596	103 614	10,8	+ 32,1	+ 6,2

1) Vorläufige Werte.

2) Einschließlich Waren ausländischen Ursprungs und regional nicht zuordnungsfähiger Exporte.

Anteilsberechnung der Länder nur auf Basis der regional zuordnungsfähigen Werte.

33. Einfuhr

Land	Einfuhr			Anteil an der deutschen Einfuhr 2015 ²⁾	Veränderung der Einfuhren	
	2010	2014	2015 ¹⁾		2015/2010	2015/2014
	Mio. €			%		
Baden-Württemberg	126 295	145 435	156 100	16,9	+ 23,6	+ 7,3
Bayern	129 429	150 304	161 189	17,5	+ 24,5	+ 7,2
Berlin	9 505	9 911	11 451	1,2	+ 20,5	+ 15,5
Brandenburg	14 443	18 236	16 385	1,8	+ 13,4	- 10,2
Bremen	12 563	13 522	13 624	1,5	+ 8,4	+ 0,8
Hamburg	67 324	70 595	69 465	7,5	+ 3,2	- 1,6
Hessen	67 847	80 343	83 398	9,0	+ 22,9	+ 3,8
Mecklenburg-Vorpommern	3 931	5 284	5 331	0,6	+ 35,6	+ 0,9
Niedersachsen	72 583	76 883	81 179	8,8	+ 11,8	+ 5,6
Nordrhein-Westfalen	176 562	206 329	208 245	22,6	+ 17,9	+ 0,9
Rheinland-Pfalz	27 086	31 994	34 117	3,7	+ 26,0	+ 6,6
Saarland	10 783	12 642	14 184	1,5	+ 31,5	+ 12,2
Sachsen	16 903	20 616	22 070	2,4	+ 30,6	+ 7,1
Sachsen-Anhalt	11 936	16 043	16 127	1,7	+ 35,1	+ 0,5
Schleswig-Holstein	19 663	19 963	20 222	2,2	+ 2,8	+ 1,3
Thüringen	6 755	8 666	9 273	1,0	+ 37,3	+ 7,0
Deutschland²⁾	801 442	915 559	954 037	100	+ 19,0	+ 4,2
Westdeutschland	710 136	808 010	841 721	91,3	+ 18,5	+ 4,2
Ostdeutschland	63 474	78 755	80 638	8,7	+ 27,0	+ 2,4

1) Vorläufige Werte.

2) Einschließlich regional nicht zuordnungsfähiger Importe.

Anteilsberechnung der Länder nur auf Basis der regional zuordnungsfähigen Werte.

34. Bestand an Auslandsinvestitionen

Land	Bestand an Auslandsinvestitionen (31.12.)			Deutschland = 100		Veränderung	
	2012	2013	2014	2012	2014	2014/2012 ¹⁾	2014/2013
	Mio. €			%			
Baden-Württemberg	151 551	161 553	186 504	16,8	19,5	+ 23,1	+ 15,4
Bayern	216 197	204 720	199 186	24,0	20,8	- 7,9	- 2,7
Berlin	- 629	- 2 463	- 4 999	-0,1	-0,5	+ 694,8	+ 103,0
Brandenburg	1 641	2 755	3 832	0,2	0,4	+ 133,5	+ 39,1
Bremen	1 134	1 226	1 296	0,1	0,1	+ 14,3	+ 5,7
Hamburg	47 080	44 784	46 996	5,2	4,9	- 0,2	+ 4,9
Hessen	161 019	160 485	173 215	17,9	18,1	+ 7,6	+ 7,9
Mecklenburg-Vorpommern	701	508	764	0,1	0,1	+ 9,0	+ 50,4
Niedersachsen	58 061	61 741	51 690	6,4	5,4	- 11,0	- 16,3
Nordrhein-Westfalen	219 500	230 035	246 307	24,4	25,8	+ 12,2	+ 7,1
Rheinland-Pfalz	29 260	36 007	37 101	3,2	3,9	+ 26,8	+ 3,0
Saarland	2 835	2 390	2 559	0,3	0,3	- 9,7	+ 7,1
Sachsen	1 203	1 275	1 368	0,1	0,1	+ 13,7	+ 7,3
Sachsen-Anhalt	5 741	4 392	5 537	0,6	0,6	- 3,6	+ 26,1
Schleswig-Holstein	4 580	3 420	3 813	0,5	0,4	- 16,7	+ 11,5
Thüringen	838	791	1 075	0,1	0,1	+ 28,3	+ 35,9
Deutschland²⁾	900 710	913 621	956 245	100	100	+ 6,2	+ 4,7
Westdeutschland	891 217	906 361	948 667	98,9	99,2	+ 6,4	+ 4,7
Ostdeutschland	9 495	7 258	7 577	1,1	0,8	- 20,2	+ 4,4

1) Ab 2012 wurde die Berechnung im Rahmen der Harmonisierung gemäß der neuen OECD Benchmark Definition of Foreign Direct Investment durchgeführt.

Dadurch fallen die Direktinvestitionsbestände deutlich geringer aus. Ein Vergleich mit früheren Jahren ist daher nicht sinnvoll.

2) Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

35. Bestand unmittelbarer Direktinvestitionen der Ausländer im Inland

Land	Bestand unmittelbarer Direktinvestitionen der Ausländer/-innen im Inland (31.12.)			Deutschland = 100		Veränderung	
	2012	2013	2014	2012	2014	2014/2012 ¹⁾	2014/2013
	Mio. €			%			
Baden-Württemberg	80 217	83 070	87 312	12,3	13,1	+ 8,8	+ 5,1
Bayern	107 872	105 448	111 627	16,6	16,8	+ 3,5	+ 5,9
Berlin	28 439	25 573	25 679	4,4	3,9	- 9,7	+ 0,4
Brandenburg	1 419	1 126	6 685	0,2	1,0	+ 371,1	+ 493,7
Bremen	4 054	3 689	3 291	0,6	0,5	- 18,8	- 10,8
Hamburg	63 977	65 567	64 481	9,8	9,7	+ 0,8	- 1,7
Hessen	115 879	113 617	114 259	17,8	17,2	- 1,4	+ 0,6
Mecklenburg-Vorpommern	5 008	5 052	5 092	0,8	0,8	+ 1,7	+ 0,8
Niedersachsen	19 980	23 170	21 084	3,1	3,2	+ 5,5	- 9,0
Nordrhein-Westfalen	189 042	198 291	189 766	29,0	28,5	+ 0,4	- 4,3
Rheinland-Pfalz	11 911	12 096	11 761	1,8	1,8	- 1,3	- 2,8
Saarland	1 668	1 659	1 480	0,3	0,2	- 11,3	- 10,8
Sachsen	5 832	5 452	5 253	0,9	0,8	- 9,9	- 3,7
Sachsen-Anhalt	2 918	3 112	3 370	0,4	0,5	+ 15,5	+ 8,3
Schleswig-Holstein	11 508	11 945	13 055	1,8	2,0	+ 13,4	+ 9,3
Thüringen	1 870	1 641	1 770	0,3	0,3	- 5,3	+ 7,9
Deutschland²⁾	651 593	660 509	665 963	100	100	+ 2,2	+ 0,8
Westdeutschland	606 108	618 552	618 116	93,0	92,8	+ 2,0	- 0,1
Ostdeutschland	45 486	41 956	47 849	7,0	7,2	+ 5,2	+ 14,0

1) Ab 2012 wurde die Berechnung im Rahmen der Harmonisierung gemäß der neuen OECD Benchmark Definition of Foreign Direct Investment durchgeführt.

Dadurch fallen die Direktinvestitionsbestände deutlich geringer aus. Ein Vergleich mit früheren Jahren ist daher nicht sinnvoll.

2) Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

36. Auslandsumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Auslandsumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden			Anteil am Gesamtumsatz			Veränderung des Auslandsumsatzes	
	2010	2014	2015	2010	2014	2015	2015/2010	2015/2014
	Mio. €			%				
Baden-Württemberg	136 207	178 172	198 441	49,9	54,3	56,4	+ 45,7	+ 11,4
Bayern	159 223	168 155	179 267	51,4	51,2	52,3	+ 12,6	+ 6,6
Berlin	10 971	12 949	13 375	46,1	53,6	53,7	+ 21,9	+ 3,3
Brandenburg	5 735	7 296	7 862	25,5	28,0	30,3	+ 37,1	+ 7,8
Bremen	11 556	13 190	13 635	54,5	56,2	55,7	+ 18,0	+ 3,4
Hamburg	17 119	20 348	20 863	23,3	25,7	29,4	+ 21,9	+ 2,5
Hessen	48 499	57 023	54 618	48,5	50,8	49,5	+ 12,6	- 4,2
Mecklenburg-Vorpommern	2 948	4 321	4 940	24,8	30,8	33,2	+ 67,6	+ 14,3
Niedersachsen	74 106	88 408	93 421	43,9	45,0	46,0	+ 26,1	+ 5,7
Nordrhein-Westfalen	131 254	145 613	145 519	41,6	43,1	43,6	+ 10,9	- 0,1
Rheinland-Pfalz	39 576	48 020	49 552	50,2	53,1	54,0	+ 25,2	+ 3,2
Saarland	11 579	12 283	13 662	48,9	46,6	48,4	+ 18,0	+ 11,2
Sachsen	18 940	22 842	23 959	34,8	37,5	37,6	+ 26,5	+ 4,9
Sachsen-Anhalt	10 019	11 517	11 119	26,3	27,6	27,8	+ 11,0	- 3,5
Schleswig-Holstein	12 628	15 678	13 487	40,0	40,6	37,4	+ 6,8	- 14,0
Thüringen	8 560	9 816	10 383	29,5	30,6	31,5	+ 21,3	+ 5,8
Deutschland	698 921	815 630	854 102	44,4	46,3	47,6	+ 22,2	+ 4,7
Westdeutschland	641 747	746 889	782 464	46,0	47,8	49,1	+ 21,9	+ 4,8
Ostdeutschland	57 173	68 741	71 638	31,8	34,6	35,4	+ 25,3	+ 4,2

37. Wanderungssalden über die Grenzen des Bundesgebiets¹⁾

Land	Wanderungssaldo über die Grenzen des Bundesgebiets						Zu- oder Abnahme des Wanderungssaldos	
	insgesamt			je 1 000 Einwohner/-innen			2015/2011	2015/2014
	2011 ²⁾	2014	2015 ³⁾	2011	2014	2015 ³⁾		
Anzahl								
Baden-Württemberg	+ 40 404	+ 90 004	+ 169 238	+ 3,9	+ 8,4	+ 15,7	+128 834	+79 234
Bayern	+ 60 702	+ 86 030	+ 159 949	+ 4,9	+ 6,8	+ 12,6	+99 247	+73 919
Berlin	+ 24 080	+ 34 441	+ 45 713	+ 7,3	+ 10,0	+ 13,1	+21 633	+11 272
Brandenburg	+ 3 443	+ 9 093	+ 25 352	+ 1,4	+ 3,7	+ 10,3	+21 909	+16 259
Bremen	+ 3 272	+ 6 980	+ 13 647	+ 5,0	+ 10,6	+ 20,6	+10 375	+6 667
Hamburg	+ 8 374	+ 14 040	+ 17 416	+ 4,9	+ 8,0	+ 9,8	+9 042	+3 376
Hessen	+ 29 496	+ 55 800	+ 93 695	+ 4,9	+ 9,2	+ 15,3	+64 199	+37 895
Mecklenburg-Vorpommern	+ 2 656	+ 8 148	+ 20 451	+ 1,7	+ 5,1	+ 12,8	+17 795	+12 303
Niedersachsen	+ 23 670	+ 54 043	+ 119 599	+ 3,0	+ 6,9	+ 15,2	+95 929	+65 556
Nordrhein-Westfalen	+ 52 575	+ 107 840	+ 273 935	+ 3,0	+ 6,1	+ 15,5	+221 360	+166 095
Rheinland-Pfalz	+ 11 779	+ 27 445	+ 53 631	+ 3,0	+ 6,9	+ 13,3	+41 852	+26 186
Saarland	+ 3 040	+ 4 923	+ 15 178	+ 3,0	+ 5,0	+ 15,3	+12 138	+10 255
Sachsen	+ 5 241	+ 17 153	+ 41 435	+ 1,3	+ 4,2	+ 10,2	+36 194	+24 282
Sachsen-Anhalt	+ 1 385	+ 9 592	+ 29 835	+ 0,6	+ 4,3	+ 13,4	+28 450	+20 243
Schleswig-Holstein	+ 6 486	+ 14 574	+ 30 003	+ 2,3	+ 5,2	+ 10,6	+23 517	+15 429
Thüringen	+ 2 727	+ 10 377	+ 30 326	+ 1,2	+ 4,8	+ 14,1	+27 599	+19 949
Deutschland	+ 279 330	+ 550 483	+1 139 403	+ 3,5	+ 6,8	+ 14,0	+860 073	+588 920
Westdeutschland	+ 239 798	+ 461 679	+ 946 291	+ 3,7	+ 7,1	+ 14,5	+706 493	+484 612
Ostdeutschland	+ 39 532	+ 88 804	+ 193 112	+ 2,5	+ 5,6	+ 12,1	+153 580	+104 308

1) Einschließlich unbekanntes Ausland sowie einschließlich Herkunfts-/Zielgebiet "ungeklärt" und "ohne Angabe".

2) Statt 2010 werden hier für den mittelfristigen Vergleich die Daten für 2011 herangezogen, da die den Wanderungsdaten zugrunde liegenden Meldungen der Meldebehörden 2008 bis 2010 zahlreiche Melderegisterbereinigungen beinhalten, die infolge der Einführung der persönlichen Steueridentifikationsnummer durchgeführt worden sind. Die Ergebnisse für 2008 bis 2010 sind daher nur eingeschränkt aussagefähig.

3) Vorläufige Ergebnisse.

Finanzen

38. Gesamteinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte¹⁾ –

Land	Bereinigte Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände ²⁾			Bereinigte Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Einnahmen		Steuereinnahmequote 2015 ³⁾
	2010	2014	2015	2010	2014	2015	2015/2010	2015/2014	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	49 563	62 271	64 473	4 611	5 835	5 982	+ 30,1	+ 3,5	72,8
Bayern	61 866	77 686	81 398	4 942	6 148	6 387	+ 31,6	+ 4,8	72,4
Berlin	20 709	25 744	27 098	6 012	7 482	7 776	+ 30,9	+ 5,3	50,4
Brandenburg	12 438	14 855	15 811	4 960	6 061	6 416	+ 27,1	+ 6,4	53,9
Bremen	3 498	5 321	5 528	5 304	8 087	8 331	+ 58,0	+ 3,9	49,2
Hamburg	10 434	15 222	16 341	5 865	8 704	9 232	+ 56,6	+ 7,4	62,3
Hessen	30 064	38 378	40 340	4 958	6 328	6 596	+ 34,2	+ 5,1	69,7
Mecklenburg-Vorpommern	8 363	9 714	10 345	5 079	6 081	6 463	+ 23,7	+ 6,5	53,0
Niedersachsen	33 596	41 065	43 698	4 235	5 256	5 559	+ 30,1	+ 6,4	68,8
Nordrhein-Westfalen	86 450	102 378	108 685	4 843	5 820	6 146	+ 25,7	+ 6,2	65,7
Rheinland-Pfalz	17 236	21 321	22 448	4 301	5 329	5 582	+ 30,2	+ 5,3	67,3
Saarland	4 332	5 085	5 433	4 248	5 139	5 492	+ 25,4	+ 6,8	66,8
Sachsen	21 366	25 059	24 462	5 144	6 194	6 031	+ 14,5	- 2,4	57,0
Sachsen-Anhalt	11 810	13 348	14 903	5 037	5 965	6 680	+ 26,2	+ 11,6	50,9
Schleswig-Holstein	11 657	14 637	16 385	4 117	5 189	5 767	+ 40,6	+ 11,9	66,6
Thüringen	10 708	12 057	12 413	4 778	5 591	5 760	+ 15,9	+ 3,0	59,1
Deutschland⁴⁾	386 916	475 759	499 722	4 733	5 879	6 135	+ 29,2	+ 5,0	66,9
Westdeutschland	308 696	383 364	404 729	4 719	5 898	6 182	+ 31,1	+ 5,6	68,7
Ostdeutschland	85 394	100 777	105 031	5 227	6 326	6 568	+ 23,0	+ 4,2	53,8

1) Seit 2010 wurde der Berichtskreis des öffentlichen Gesamthaushalts um die Extrahaushalte erweitert und hier ab 2010 ausgewiesen.

2) Bei den bereinigten Gesamteinnahmen werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gemeindeverbände) herausgerechnet. Die Angaben für Ost- und Westdeutschland wurden hier allerdings als Summe der Werte der entsprechenden Länder berechnet; die Summe der Werte aus Ost- und Westdeutschland ergibt daher nicht den Deutschlandwert.

3) Quotient aus kassenmäßigen Steuereinnahmen und Gesamteinnahmen.

4) Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

39. Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte¹⁾ –

Land	Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Einnahmen		Steuereinnahmen/BIP 2015
	2010	2014	2015	2010	2014	2015	2015/2010	2015/2014	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	34 872	44 748	46 923	3 244	4 193	4 354	+ 34,6	+ 4,9	10,2
Bayern	43 287	55 576	58 965	3 458	4 398	4 627	+ 36,2	+ 6,1	10,7
Berlin	10 501	13 150	13 653	3 049	3 821	3 918	+ 30,0	+ 3,8	11,0
Brandenburg	6 510	7 916	8 528	2 596	3 230	3 460	+ 31,0	+ 7,7	13,1
Bremen	2 014	2 570	2 722	3 054	3 905	4 102	+ 35,1	+ 5,9	8,6
Hamburg	8 202	9 904	10 178	4 610	5 663	5 750	+ 24,1	+ 2,8	9,3
Hessen	21 381	26 685	28 129	3 526	4 400	4 599	+ 31,6	+ 5,4	10,7
Mecklenburg-Vorpommern	4 067	5 206	5 483	2 470	3 259	3 425	+ 34,8	+ 5,3	13,8
Niedersachsen	22 836	27 963	30 079	2 879	3 579	3 827	+ 31,7	+ 7,6	11,6
Nordrhein-Westfalen	54 929	66 024	71 381	3 077	3 753	4 037	+ 30,0	+ 8,1	11,1
Rheinland-Pfalz	11 444	14 308	15 105	2 856	3 576	3 756	+ 32,0	+ 5,6	11,4
Saarland	2 789	3 463	3 630	2 735	3 500	3 669	+ 30,2	+ 4,8	10,4
Sachsen	10 764	13 109	13 938	2 591	3 240	3 437	+ 29,5	+ 6,3	12,4
Sachsen-Anhalt	5 900	7 140	7 589	2 516	3 190	3 402	+ 28,6	+ 6,3	13,5
Schleswig-Holstein	7 930	9 773	10 907	2 801	3 465	3 839	+ 37,5	+ 11,6	12,7
Thüringen	5 605	6 903	7 331	2 501	3 201	3 402	+ 30,8	+ 6,2	12,9
Deutschland²⁾	253 030	314 436	334 540	3 095	3 886	4 107	+ 32,2	+ 6,4	11,1
Westdeutschland	209 684	261 013	278 018	3 206	4 016	4 247	+ 32,6	+ 6,5	10,8
Ostdeutschland	43 347	53 423	56 522	2 653	3 354	3 534	+ 30,4	+ 5,8	12,4

1) Seit 2010 wurde der Berichtskreis des öffentlichen Gesamthaushalts um die Extrahaushalte erweitert und hier ab 2010 ausgewiesen.

2) Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

40. Gesamtausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte¹⁾ –

Land	Bereinigte Ausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände ²⁾			Bereinigte Ausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Ausgaben		Bereinigte Ausgaben/BIP 2015
	2010	2014	2015	2010	2014	2015	2015/2010	2015/2014	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	50 987	62 482	64 413	4 743	5 855	5 977	+ 26,3	+ 3,1	14,0
Bayern	63 520	74 227	77 865	5 074	5 874	6 110	+ 22,6	+ 4,9	14,2
Berlin	21 916	24 766	25 881	6 363	7 197	7 426	+ 18,1	+ 4,5	20,8
Brandenburg	13 006	14 282	14 906	5 187	5 827	6 048	+ 14,6	+ 4,4	22,8
Bremen	4 754	5 780	5 853	7 208	8 784	8 820	+ 23,1	+ 1,3	18,5
Hamburg	11 284	15 169	16 189	6 342	8 673	9 146	+ 43,5	+ 6,7	14,8
Hessen	34 598	39 537	40 655	5 706	6 519	6 647	+ 17,5	+ 2,8	15,4
Mecklenburg-Vorpommern	8 492	9 306	9 616	5 157	5 826	6 008	+ 13,2	+ 3,3	24,1
Niedersachsen	35 993	41 094	42 614	4 538	5 260	5 421	+ 18,4	+ 3,7	16,5
Nordrhein-Westfalen	96 357	105 402	110 268	5 398	5 992	6 236	+ 14,4	+ 4,6	17,1
Rheinland-Pfalz	19 798	22 284	22 910	4 941	5 570	5 697	+ 15,7	+ 2,8	17,4
Saarland	5 863	5 830	5 872	5 749	5 892	5 935	+ 0,1	+ 0,7	16,8
Sachsen	21 488	23 803	23 355	5 173	5 884	5 758	+ 8,7	- 1,9	20,7
Sachsen-Anhalt	12 470	13 210	13 997	5 318	5 903	6 274	+ 12,2	+ 6,0	24,9
Schleswig-Holstein	13 296	14 923	16 151	4 696	5 291	5 685	+ 21,5	+ 8,2	18,9
Thüringen	11 325	11 636	11 899	5 053	5 395	5 522	+ 5,1	+ 2,3	20,9
Deutschland³⁾	417 762	475 134	492 405	5 110	5 871	6 045	+ 17,9	+ 3,6	16,3
Westdeutschland	336 450	386 728	402 790	5 144	5 950	6 153	+ 19,7	+ 4,2	15,7
Ostdeutschland	88 697	97 003	99 654	5 429	6 090	6 232	+ 12,4	+ 2,7	21,9

1) Seit 2010 wurde der Berichtskreis des öffentlichen Gesamthaushalts um die Extrahaushalte erweitert und hier ab 2010 ausgewiesen.

2) Bei den bereinigten Gesamtausgaben werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gemeindeverbände) herausgerechnet. Die Angaben für Ost- und Westdeutschland wurden hier allerdings als Summe der Werte der entsprechenden Länder berechnet, die Summe der Werte aus Ost- und Westdeutschland ergibt daher nicht den Deutschlandwert.

3) Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

41. Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte¹⁾ –

Land	Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Ausgaben		Personalausgabenquote 2015 ²⁾
	2010	2014	2015	2010	2014	2015	2015/2010	2015/2014	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	21 202	25 536	26 794	1 972	2 393	2 486	+ 26,4	+ 4,9	41,6
Bayern	24 198	29 055	30 104	1 933	2 299	2 362	+ 24,4	+ 3,6	38,7
Berlin	7 243	8 856	9 323	2 103	2 574	2 675	+ 28,7	+ 5,3	36,0
Brandenburg	3 940	5 127	5 394	1 571	2 092	2 189	+ 36,9	+ 5,2	36,2
Bremen	1 590	1 951	1 969	2 411	2 965	2 967	+ 23,8	+ 0,9	33,6
Hamburg	3 879	5 243	5 612	2 180	2 998	3 171	+ 44,7	+ 7,1	34,7
Hessen	12 669	15 441	15 748	2 089	2 546	2 575	+ 24,3	+ 2,0	38,7
Mecklenburg-Vorpommern	2 611	3 278	3 484	1 586	2 052	2 177	+ 33,4	+ 6,3	36,2
Niedersachsen	14 863	17 859	18 483	1 874	2 286	2 351	+ 24,4	+ 3,5	43,4
Nordrhein-Westfalen	34 382	40 744	42 127	1 926	2 316	2 382	+ 22,5	+ 3,4	38,2
Rheinland-Pfalz	7 844	9 313	9 616	1 958	2 328	2 391	+ 22,6	+ 3,3	42,0
Saarland	2 136	2 453	2 553	2 094	2 479	2 581	+ 19,5	+ 4,1	43,5
Sachsen	6 805	8 881	8 702	1 638	2 195	2 145	+ 27,9	- 2,0	37,3
Sachsen-Anhalt	3 945	4 823	5 010	1 683	2 155	2 245	+ 27,0	+ 3,9	35,8
Schleswig-Holstein	5 028	5 959	6 269	1 776	2 112	2 206	+ 24,7	+ 5,2	38,8
Thüringen	3 970	4 524	4 632	1 771	2 098	2 150	+ 16,7	+ 2,4	38,9
Deutschland³⁾	156 349	189 489	195 819	1 913	2 342	2 404	+ 25,2	+ 3,3	39,8
Westdeutschland	127 791	153 553	159 274	1 954	2 363	2 433	+ 24,6	+ 3,7	39,5
Ostdeutschland	28 514	35 489	36 545	1 745	2 228	2 285	+ 28,2	+ 3,0	36,7

1) Seit 2010 wurde der Berichtskreis des öffentlichen Gesamthaushalts um die Extrahaushalte erweitert und hier ab 2010 ausgewiesen.

2) Quotient aus Personalausgaben und bereinigten Gesamtausgaben.

3) Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

42. Zinsausgaben an den Kreditmarkt der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte¹⁾ –

Land	Zinsausgaben an den Kreditmarkt der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Zinsausgaben an den Kreditmarkt der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Ausgaben		Zins-Steuerquote 2015 ²⁾
	2010	2014	2015	2010	2014	2015	2015/2010	2015/2014	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	2 566	2 530	2 075	239	237	192	- 19,2	- 18,0	4,4
Bayern	1 577	1 346	1 316	126	107	103	- 16,5	- 2,2	2,2
Berlin	2 202	1 757	1 636	639	510	469	- 25,7	- 6,8	12,0
Brandenburg	700	547	476	279	223	193	- 32,0	- 12,8	5,6
Bremen	658	611	662	998	929	998	+ 0,7	+ 8,4	24,3
Hamburg	873	940	886	491	538	501	+ 1,5	- 5,8	8,7
Hessen	1 816	1 740	1 734	299	287	284	- 4,5	- 0,3	6,2
Mecklenburg-Vorpommern	452	381	342	275	239	214	- 24,3	- 10,2	6,2
Niedersachsen	2 273	1 895	1 888	287	242	240	- 16,9	- 0,4	6,3
Nordrhein-Westfalen	7 094	5 580	5 167	397	317	292	- 27,2	- 7,4	7,2
Rheinland-Pfalz	1 441	1 312	1 151	360	328	286	- 20,1	- 12,2	7,6
Saarland	575	558	526	564	564	532	- 8,5	- 5,6	14,5
Sachsen	496	371	342	119	92	84	- 31,1	- 7,8	2,5
Sachsen-Anhalt	911	675	620	389	301	278	- 31,9	- 8,1	8,2
Schleswig-Holstein	1 082	904	835	382	320	294	- 22,8	- 7,6	7,7
Thüringen	744	655	596	332	304	277	- 19,9	- 9,0	8,1
Deutschland³⁾	25 546	21 987	20 254	312	272	249	- 20,7	- 7,9	6,1
Westdeutschland	19 955	17 414	16 241	305	268	248	- 18,6	- 6,7	5,8
Ostdeutschland	5 505	4 385	4 013	337	275	251	- 27,1	- 8,5	7,1

1) Seit 2010 wurde der Berichtskreis des öffentlichen Gesamthaushalts um die Extrahaushalte erweitert und hier ab 2010 ausgewiesen.

2) Quotient aus Zinsausgaben und Steuereinnahmen.

3) Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

43. Finanzierungssaldo¹⁾ der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte²⁾ –

Land	Finanzierungssaldo der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Finanzierungssaldo der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung des Finanzierungssaldos		Finanzierungssaldo/BIP 2015
	2010	2014	2015	2010	2014	2015	2015/2010	2015/2014	
	Mio. €			€			Mio. €		
Baden-Württemberg	- 1 405	- 187	+ 93	- 131	- 18	+ 9	+ 1 498	+ 281	0,0
Bayern	- 1 651	+ 3 458	+ 3 533	- 132	+ 274	+ 277	+ 5 184	+ 74	0,6
Berlin	- 1 207	+ 982	+ 1 218	- 350	+ 285	+ 350	+ 2 426	+ 236	1,0
Brandenburg	- 567	+ 576	+ 906	- 226	+ 235	+ 368	+ 1 474	+ 330	1,4
Bremen	- 1 255	- 459	- 326	- 1 903	- 698	- 491	+ 929	+ 133	- 1,0
Hamburg	- 839	+ 71	+ 154	- 471	+ 41	+ 87	+ 993	+ 83	0,1
Hessen	- 4 540	- 1 164	- 321	- 749	- 192	- 52	+ 4 219	+ 843	- 0,1
Mecklenburg-Vorpommern	- 129	+ 408	+ 729	- 79	+ 255	+ 455	+ 858	+ 321	1,8
Niedersachsen	- 2 397	- 29	+ 1 084	- 302	- 4	+ 138	+ 3 481	+ 1 113	0,4
Nordrhein-Westfalen	- 9 908	- 3 024	- 1 585	- 555	- 172	- 90	+ 8 322	+ 1 438	- 0,2
Rheinland-Pfalz	- 2 561	- 962	- 462	- 639	- 241	- 115	+ 2 099	+ 500	- 0,4
Saarland	- 1 530	- 745	- 439	- 1 501	- 753	- 443	+ 1 092	+ 306	- 1,3
Sachsen	- 122	+ 1 266	+ 1 121	- 29	+ 313	+ 276	+ 1 243	- 146	1,0
Sachsen-Anhalt	- 660	+ 138	+ 906	- 281	+ 62	+ 406	+ 1 566	+ 769	1,6
Schleswig-Holstein	- 1 639	- 287	+ 233	- 579	- 102	+ 82	+ 1 872	+ 520	0,3
Thüringen	- 617	+ 421	+ 513	- 275	+ 195	+ 238	+ 1 130	+ 93	0,9
Deutschland³⁾	- 30 817	+ 677	+ 7 359	- 377	+ 8	+ 90	+ 38 176	+ 6 682	0,2
Westdeutschland	- 27 725	- 3 328	+ 1 964	- 424	- 51	+ 30	+ 29 689	+ 5 292	0,1
Ostdeutschland	- 3 303	+ 3 791	+ 5 393	- 202	+ 238	+ 337	+ 8 696	+ 1 603	1,2

1) Differenz aus bereinigten Einnahmen und bereinigten Ausgaben abzüglich haushaltstechnischer Verrechnungen.

2) Seit 2010 wurde der Berichtskreis des öffentlichen Gesamthaushalts um die Extrahaushalte erweitert und hier ab 2010 ausgewiesen.

3) Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

44. Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich¹⁾ der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte²⁾ –

Land	Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände (31.12.)			Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Schulden		Schulden gemessen am BIP
	2010	2014	2015	2010	2014	2015	2015/2010	2015/2014	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	64 976	64 650	61 613	6 376	6 058	5 717	- 5,2	- 4,7	+ 13,4
Bayern	43 197	38 236	35 386	3 391	3 026	2 777	- 18,1	- 7,5	+ 6,4
Berlin	60 243	59 692	58 719	17 822	17 347	16 849	- 2,5	- 1,6	+ 47,3
Brandenburg	22 036	20 302	20 194	8 718	8 283	8 194	- 8,4	- 0,5	+ 30,9
Bremen	18 053	20 594	21 723	28 637	31 299	32 735	+ 20,3	+ 5,5	+ 68,8
Hamburg	25 120	28 242	28 725	13 990	16 148	16 227	+ 14,4	+ 1,7	+ 26,3
Hessen	51 811	62 889	61 616	9 172	10 370	10 074	+ 18,9	- 2,0	+ 23,4
Mecklenburg-Vorpommern	12 227	11 724	11 552	7 343	7 340	7 218	- 5,5	- 1,5	+ 29,0
Niedersachsen	67 009	69 667	73 356	8 753	8 917	9 332	+ 9,5	+ 5,3	+ 28,4
Nordrhein-Westfalen	219 258	238 500	240 065	12 765	13 558	13 576	+ 9,5	+ 0,7	+ 37,2
Rheinland-Pfalz	41 334	45 245	45 564	10 796	11 309	11 331	+ 10,2	+ 0,7	+ 34,5
Saarland	14 539	17 461	17 826	14 873	17 647	18 019	+ 22,6	+ 2,1	+ 50,9
Sachsen	10 103	7 467	6 542	2 188	1 846	1 613	- 35,2	- 12,4	+ 5,8
Sachsen-Anhalt	24 244	23 441	23 803	10 279	10 475	10 669	- 1,8	+ 1,5	+ 42,3
Schleswig-Holstein	30 699	32 078	31 905	11 165	11 372	11 230	+ 3,9	- 0,5	+ 37,3
Thüringen	18 827	18 724	18 488	8 385	8 682	8 580	- 1,8	- 1,3	+ 32,5
Deutschland³⁾	723 679	758 913	757 078	9 114	9 378	9 294	+ 4,6	- 0,2	+ 25,0
Westdeutschland	575 998	617 562	617 779	9 138	9 502	9 436	+ 7,3	+ 0,0	+ 24,0
Ostdeutschland	147 681	141 351	139 299	9 017	8 874	8 711	- 5,7	- 1,5	+ 30,6

1) Die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich beinhalten Kassenkredite, Wertpapiersschulden und Kredite.

2) Seit 2010 wurde der Berichtskreis des öffentlichen Gesamthaushalts um die Extrahaushalte erweitert und hier ab 2010 ausgewiesen.

3) Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

45. Länderfinanzausgleich (LFA) und Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) der Länder

Land	LFA und BEZ der Länder insgesamt			LFA und BEZ der Länder je Einwohner/-in			Veränderung insgesamt		(LFA + BEZ)/ ber. Einnahmen 2015
	2010	2014	2015 ¹⁾	2010	2014	2015 ¹⁾	2015/2010	2015/2014	
	Mio. €			€			Mio. €		
Baden-Württemberg	-1 709	-2 357	-2 313	- 159	- 221	- 215	- 604	+ 44	- 3,6
Bayern	-3 511	-4 856	-5 449	- 280	- 384	- 428	- 1 938	- 594	- 6,7
Berlin	5 518	5 738	5 769	1 602	1 668	1 655	+ 251	+ 31	+ 21,3
Brandenburg	2 075	1 762	1 643	827	719	667	- 432	- 119	+ 10,4
Bremen	651	859	889	987	1 306	1 340	+ 238	+ 30	+ 16,1
Hamburg	- 66	- 56	- 112	- 37	- 32	- 63	- 46	- 56	- 0,7
Hessen	-1 752	-1 756	-1 720	- 289	- 290	- 281	+ 32	+ 36	- 4,3
Mecklenburg-Vorpommern	1 667	1 417	1 357	1 012	887	848	- 310	- 61	+ 13,1
Niedersachsen	386	406	638	49	52	81	+ 252	+ 233	+ 1,5
Nordrhein-Westfalen	473	1 372	1 565	26	78	89	+ 1 092	+ 193	+ 1,4
Rheinland-Pfalz	457	492	584	114	123	145	+ 127	+ 93	+ 2,6
Saarland	199	277	288	195	280	291	+ 89	+ 10	+ 5,3
Sachsen	3 828	3 240	3 043	922	801	750	- 785	- 197	+ 12,4
Sachsen-Anhalt	2 315	1 932	1 837	987	863	823	- 478	- 95	+ 12,3
Schleswig-Holstein	206	320	435	73	113	153	+ 229	+ 114	+ 2,7
Thüringen	2 147	1 799	1 736	958	834	806	- 411	- 63	+ 14,0
Deutschland	12 884	10 589	10 188	158	131	125	- 2 696	- 401	+ 2,0
Westdeutschland	- 4 666	- 5 298	- 5 196	- 71	- 82	- 79	- 529	+ 103	- 1,3
Ostdeutschland	17 550	15 887	15 384	1 074	997	962	- 2 166	- 504	+ 14,6

1) Vorläufige Angaben.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Schulische Qualifikation

46. Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss

Land	Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss			Anteil der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss an der gleichaltrigen Bevölkerung ¹⁾			Veränderung der Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss	
	2009	2013	2014	2009	2013	2014	2014/2009	2014/2013
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	6 796	5 517	5 868	5,5	4,7	5,0	- 13,7	+ 6,4
Bayern	8 187	5 992	5 892	5,9	4,5	4,5	- 28,0	- 1,7
Berlin	2 777	2 115	2 430	10,2	8,2	9,2	- 12,5	+ 14,9
Brandenburg	1 938	1 432	1 462	11,0	8,0	7,7	- 24,6	+ 2,1
Bremen ²⁾	463	449	448	7,5	7,3	7,3	- 3,2	- 0,2
Hamburg	1 213	697	755	8,1	4,6	4,9	- 37,8	+ 8,3
Hessen	4 464	3 029	3 031	7,1	4,9	4,9	- 32,1	+ 0,1
Mecklenburg-Vorpommern	1 617	1 155	961	14,4	10,4	8,4	- 40,6	- 16,8
Niedersachsen	5 556	4 372	4 245	6,1	5,0	4,9	- 23,6	- 2,9
Nordrhein-Westfalen	13 339	11 190	11 692	6,5	5,9	6,2	- 12,3	+ 4,5
Rheinland-Pfalz	3 076	2 346	2 357	6,8	5,4	5,6	- 23,4	+ 0,5
Saarland	710	509	463	6,5	5,2	4,9	- 34,8	- 9,0
Sachsen	2 690	2 599	2 348	10,1	9,6	8,3	- 12,7	- 9,7
Sachsen-Anhalt	1 982	1 479	1 528	12,1	9,8	9,7	- 22,9	+ 3,3
Schleswig-Holstein	2 225	2 237	2 323	7,0	7,3	7,6	+ 4,4	+ 3,8
Thüringen	1 275	1 177	1 118	8,1	7,7	7,2	- 12,3	- 5,0
Deutschland	58 308	46 295	46 921	6,9	5,7	5,8	- 19,5	+ 1,4
Westdeutschland	46 029	36 338	37 074	- 19,5	+ 2,0
Ostdeutschland	12 279	9 957	9 847	- 19,8	- 1,1

1) Prozentanteil an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung nach dem Quotensummenverfahren.

2) In Bremen werden im Rahmen der Inklusion seit dem Schuljahr 2011/12 Schülerinnen und Schüler mit dem sonderpädagogischen Förderbedarf Wahrnehmung- und Entwicklungsförderung (geistige Entwicklung) ihre Werkstufe von Klasse 10 bis 12 im beruflichen Bereich absolvieren. Die Daten für Bremen sind daher nur eingeschränkt vergleichbar.

Quelle: Statistische Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz, Dokumentation Nr. 209: Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 2005 bis 2014.

47. Frühe Schulabgängerinnen und -abgänger¹⁾

Land	Frühe Schulabgänger/-innen insgesamt			Männlich	Weiblich	Veränderung insgesamt	
	2010	2014 ²⁾	2015	2015		2015/2010	2015/2014
	%						Prozentpunkte
Baden-Württemberg	9,7	7,8	8,5	8,3	8,7	- 1,2	+ 0,7
Bayern	9,2	6,3	6,2	6,7	5,7	- 3,0	- 0,1
Berlin	14,4	13,5	13,9	17,1	11,0	- 0,5	+ 0,4
Brandenburg	9,6	9,0	11,9	12,4	11,3	+ 2,3	+ 2,9
Bremen	14,1	14,0	12,4	/	/	- 1,7	- 1,6
Hamburg	13,0	11,7	13,2	14,9	11,4	+ 0,2	+ 1,5
Hessen	11,8	9,7	9,9	10,1	9,7	- 1,9	+ 0,2
Mecklenburg-Vorpommern	9,3	9,9	11,1	/	/	+ 1,8	+ 1,2
Niedersachsen	13,7	10,6	11,0	11,1	10,9	- 2,7	+ 0,4
Nordrhein-Westfalen	14,4	11,2	11,7	11,7	11,7	- 2,7	+ 0,5
Rheinland-Pfalz	15,4	10,4	12,5	12,4	12,7	- 2,9	+ 2,1
Saarland	13,2	11,9	12,5	/	16,2	- 0,7	+ 0,6
Sachsen	7,7	6,8	8,7	9,8	7,4	+ 1,0	+ 1,9
Sachsen-Anhalt	11,9	9,3	12,5	12,8	12,1	+ 0,6	+ 3,2
Schleswig-Holstein	12,6	12,7	10,9	12,2	9,5	- 1,7	- 1,8
Thüringen	6,4	6,1	8,5	9,3	/	+ 2,1	+ 2,4
Deutschland	11,8	9,5	10,1	10,4	9,8	- 1,7	+ 0,6
Westdeutschland
Ostdeutschland

1) Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 25 Jahren, die sich nicht in Bildung oder Ausbildung befindet noch an einer Weiterbildung teilnimmt, sich nicht im Grund- und Zivildienst befindet und über keinen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügt.

2) Zeitreihenbruch; Daten mit den Vorjahren sind daher nur eingeschränkt vergleichbar.

Quelle: Eurostat.

48. Schulentlassene mit Hochschulreife an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen

Land	Allgemeine Hochschulreife						Studienberech- tigtenquote ²⁾	Veränderung der Abiturientenquote	
	Absolventen/-innen			Abiturientenquote ¹⁾				2014/2009	2014/2013
	2009	2013	2014	2009	2013	2014			
	Anzahl			%			Prozentpunkte		
Baden-Württemberg	47 108	50 533	50 523	36,5	42,1	42,2	58,2	+ 5,7	+ 0,0
Bayern	37 116	42 576	42 259	25,1	31,7	31,4	46,1	+ 6,3	- 0,3
Berlin	14 008	13 337	13 493	37,5	48,3	48,2	56,8	+ 10,7	- 0,1
Brandenburg	13 012	7 381	7 107	40,7	47,3	43,0	51,5	+ 2,3	- 4,3
Bremen	2 823	3 174	3 156	38,3	48,3	47,8	55,0	+ 9,5	- 0,5
Hamburg	7 509	8 699	9 103	41,3	54,4	55,8	65,0	+ 14,4	+ 1,4
Hessen ³⁾	21 797	32 087	29 720	32,1	50,9	47,2	63,8	+ 15,1	- 3,7
Mecklenburg-Vorpommern	6 047	3 744	4 108	31,7	36,9	39,4	41,7	+ 7,7	+ 2,5
Niedersachsen	27 963	31 822	32 555	29,6	36,8	37,6	53,1	+ 8,0	+ 0,8
Nordrhein-Westfalen ³⁾	74 113	126 794	88 217	34,6	65,3	46,0	54,1	+ 11,4	- 19,3
Rheinland-Pfalz	15 120	17 259	16 471	31,2	38,5	37,8	46,7	+ 6,6	- 0,7
Saarland	6 114	3 520	3 631	51,2	34,7	36,0	60,0	- 15,2	+ 1,3
Sachsen	14 803	9 070	9 761	34,5	37,2	38,1	45,7	+ 3,6	+ 0,8
Sachsen-Anhalt	7 468	4 214	4 582	29,3	30,4	31,8	38,1	+ 2,5	+ 1,4
Schleswig-Holstein	10 839	12 012	12 338	33,1	39,2	40,6	46,1	+ 7,5	+ 1,4
Thüringen	8 647	5 183	5 683	35,7	39,2	40,7	49,9	+ 5,0	+ 1,5
Deutschland	314 487	371 405	332 707	32,5	45,8	41,0	52,8	+ 8,5	- 4,8
Westdeutschland	250 502	328 476	287 973
Ostdeutschland	63 985	42 929	44 734

1) Prozentanteil der Absolventinnen und Absolventen mit Hochschulreife an der gleichaltrigen Bevölkerung nach dem Quotensummenverfahren.

2) Prozentanteil der Absolventinnen und Absolventen mit Hochschul- und Fachhochschulreife zusammen an der gleichaltrigen Bevölkerung (Quotensummenverfahren).

3) In Hessen 2013 1,5-facher Abiturjahrgang, in Nordrhein-Westfalen 2013 doppelter Abiturjahrgang.

Quelle: Statistische Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz, Dokumentation Nr. 209: Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 2005 bis 2014.

Wissenschaft und Kultur

49. Studienanfängerinnen und -anfänger und Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger an der altersspezifischen Bevölkerung und Land des Studienortes

Land	Studienanfänger/-innen im ersten Hochschulsemester ¹⁾			Darunter weiblich	Studienanfängerquote ²⁾			Veränderung der Studienanfängerquote	
	2009	2013	2014		2009	2013	2014	2014/2009	2014/2013
	Anzahl				%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	65 321	78 024	75 136	36 182	50,3	62,0	60,3	+ 10,0	- 1,6
Bayern	59 081	73 655	72 320	36 041	39,7	51,4	51,1	+ 11,3	- 0,4
Berlin	26 326	31 877	32 670	17 179	61,4	86,1	93,4	+ 32,0	+ 7,3
Brandenburg	10 056	8 280	8 224	4 453	32,1	44,5	46,7	+ 14,6	+ 2,2
Bremen	5 866	6 612	6 888	3 327	72,9	86,7	90,4	+ 17,5	+ 3,7
Hamburg	15 312	16 459	16 455	8 208	71,8	81,7	83,9	+ 12,1	+ 2,2
Hessen ³⁾	35 709	43 109	42 208	21 319	51,8	64,1	63,4	+ 11,7	- 0,7
Mecklenburg-Vorpommern	7 673	6 580	6 264	3 222	35,4	52,9	52,0	+ 16,6	- 1,0
Niedersachsen	29 150	36 331	37 938	19 221	31,6	40,4	43,3	+ 11,8	+ 2,9
Nordrhein-Westfalen ³⁾	91 240	128 483	127 605	63 485	42,8	62,1	63,5	+ 20,7	+ 1,4
Rheinland-Pfalz	20 842	23 387	22 906	12 061	43,3	50,8	50,7	+ 7,4	- 0,1
Saarland	5 119	5 453	5 678	2 952	43,0	49,5	53,5	+ 10,4	+ 4,0
Sachsen	21 616	20 605	21 395	10 226	43,7	65,7	71,1	+ 27,4	+ 5,3
Sachsen-Anhalt	10 230	9 874	9 336	4 868	35,4	56,7	55,5	+ 20,1	- 1,2
Schleswig-Holstein	9 496	10 024	10 232	5 010	29,9	31,9	33,4	+ 3,5	+ 1,4
Thüringen	11 236	9 868	9 627	4 983	40,7	60,3	60,3	+ 19,6	+ 0,0
Deutschland	424 273	508 621	504 882	252 737	43,3	57,4	58,3	+ 15,1	+ 0,9
Westdeutschland	337 136	421 537	417 366	207 806
Ostdeutschland	87 137	87 084	87 516	44 931

1) Sommer- und nachfolgendes Wintersemester.

2) Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger an der altersspezifischen Bevölkerung am 31.12. des Vorjahres (errechnet für jeden einzelnen Jahrgang und zu einer Quote über alle Jahrgänge addiert – Quotensummenverfahren).

3) In Hessen 2013 1,5-facher Abiturjahrgang, in Nordrhein-Westfalen 2013 doppelter Abiturjahrgang.

50. Zahl der Studierenden und Anteil der Bildungsausländer/-innen

Land	Studierende im Wintersemester			Darunter weiblich	Anteil der Bildungsausländer/-innen an den Studierenden			Veränderung des Anteils an den Studierenden	
	2009	2013	2014		2009	2013	2014	2014/2009	2014/2013
	Anzahl				%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	277 367	347 199	356 539	166 511	9,5	9,0	9,4	- 0,1	+ 0,3
Bayern	272 666	355 915	368 258	178 562	7,5	7,6	8,0	+ 0,6	+ 0,5
Berlin	140 070	165 923	171 263	84 748	12,6	13,4	13,9	+ 1,4	+ 0,5
Brandenburg	49 633	50 272	49 762	25 617	9,4	11,2	11,8	+ 2,4	+ 0,7
Bremen	31 160	35 243	35 627	16 824	12,5	10,5	10,7	- 1,8	+ 0,2
Hamburg	75 503	93 814	96 286	47 014	7,8	7,7	7,9	+ 0,2	+ 0,2
Hessen	185 996	227 608	238 221	112 107	8,6	8,5	8,5	- 0,1	+ 0,1
Mecklenburg-Vorpommern	38 907	39 274	38 935	19 036	4,9	5,2	5,5	+ 0,6	+ 0,4
Niedersachsen	143 927	177 571	191 215	91 609	8,3	7,0	7,1	- 1,3	+ 0,1
Nordrhein-Westfalen	508 534	695 297	725 885	342 548	7,8	7,2	7,4	- 0,4	+ 0,2
Rheinland-Pfalz	109 478	122 646	122 676	61 925	8,1	6,7	6,9	- 1,2	+ 0,2
Saarland	22 821	28 657	29 544	14 439	12,0	11,7	11,6	- 0,4	- 0,1
Sachsen	109 363	113 394	112 574	50 690	8,7	10,8	12,5	+ 3,7	+ 1,7
Sachsen-Anhalt	52 924	55 954	54 989	27 036	7,8	9,3	10,3	+ 2,6	+ 1,1
Schleswig-Holstein	50 307	56 113	56 221	26 971	5,7	5,5	5,8	+ 0,1	+ 0,4
Thüringen	52 522	52 001	50 915	24 739	6,2	9,0	10,3	+ 4,2	+ 1,4
Deutschland	2 121 178	2 616 881	2 698 910	1 290 376	8,5	8,3	8,7	+ 0,2	+ 0,4
Westdeutschland	1 677 759	2 140 063	2 220 472	1 058 510
Ostdeutschland	443 419	476 818	478 438	231 866

51. Absolventinnen und Absolventen (Erststudium)¹⁾

Land	Absolventen/-innen (Erststudium) insgesamt ²⁾			Darunter weiblich				Veränderung der Zahl der Absolventen/-innen insgesamt	
	2009	2013	2014	2009	2014	Anteil		2014/2009	2014/2013
						2009	2014		
	Anzahl				%				
Baden-Württemberg	44 143	48 771	51 923	21 029	25 040	47,6	48,2	+ 17,6	+ 6,1
Bayern	39 527	48 268	50 289	20 147	25 883	51,0	51,5	+ 27,2	+ 4,0
Berlin	18 462	18 046	17 953	9 830	9 399	53,2	52,4	- 2,8	- 0,5
Brandenburg	6 115	6 550	5 882	3 280	3 126	53,6	53,1	- 3,8	- 11,4
Bremen	4 947	4 339	4 110	2 612	2 106	52,8	51,2	- 16,9	- 5,6
Hamburg	8 728	11 172	10 345	4 270	5 450	48,9	52,7	+ 18,5	- 8,0
Hessen	22 149	24 062	25 473	11 560	13 100	52,2	51,4	+ 15,0	+ 5,5
Mecklenburg-Vorpommern	4 132	4 600	4 300	2 288	2 272	55,4	52,8	+ 4,1	- 7,0
Niedersachsen	25 055	23 142	22 227	13 825	11 702	55,2	52,6	- 11,3	- 4,1
Nordrhein-Westfalen	64 122	63 662	66 313	33 869	34 089	52,8	51,4	+ 3,4	+ 4,0
Rheinland-Pfalz	12 898	16 191	16 064	6 877	8 839	53,3	55,0	+ 24,5	- 0,8
Saarland	2 340	3 390	3 617	1 137	1 907	48,6	52,7	+ 54,6	+ 6,3
Sachsen	15 496	15 523	14 670	7 819	7 030	50,5	47,9	- 5,3	- 5,8
Sachsen-Anhalt	7 254	7 056	6 681	4 004	3 478	55,2	52,1	- 7,9	- 5,6
Schleswig-Holstein	5 844	7 372	7 052	2 805	3 489	48,0	49,5	+ 20,7	- 4,5
Thüringen	7 663	7 788	6 897	4 043	3 751	52,8	54,4	- 10,0	- 12,9
Deutschland	288 875	309 932	313 796	149 395	160 661	51,7	51,2	+ 8,6	+ 1,2
Westdeutschland	229 753	250 369	257 413	118 131	131 605	51,4	51,1	+ 12,0	+ 2,7
Ostdeutschland	59 122	59 563	56 383	31 264	29 056	52,9	51,5	- 4,6	- 5,6

1) Bis 2009 wurden bei der Berechnung der Absolventinnen und Absolventen im Erststudium noch die Masterabsolventen miteinbezogen. Ab 2010 ist dies nicht mehr der Fall. Die Vergleichbarkeit mit Jahren vor 2010 ist daher eingeschränkt.

2) Einschließlich Weiterstudium zur Verbesserung der Prüfungsnote.

52. Promotionen

Land	Bestandene Promotionen insgesamt			Darunter von Frauen bestandene Promotionen				Veränderung der Zahl der Promotionen insgesamt	
	2009	2013	2014	2009	2014	Anteil		2014/2009	2014/2013
						2009	2014		
	Anzahl				%				
Baden-Württemberg	4 066	4 633	4 286	1 769	1 941	43,5	45,3	+ 5,4	- 7,5
Bayern	3 619	4 328	4 598	1 651	2 091	45,6	45,5	+ 27,1	+ 6,2
Berlin	2 043	2 167	2 301	956	1 098	46,8	47,7	+ 12,6	+ 6,2
Brandenburg	355	357	435	154	171	43,4	39,3	+ 22,5	+ 21,8
Bremen	360	364	392	148	174	41,1	44,4	+ 8,9	+ 7,7
Hamburg	919	951	1 024	414	513	45,0	50,1	+ 11,4	+ 7,7
Hessen	2 043	2 179	2 255	884	1 048	43,3	46,5	+ 10,4	+ 3,5
Mecklenburg-Vorpommern	469	499	528	220	269	46,9	50,9	+ 12,6	+ 5,8
Niedersachsen	2 049	2 159	2 289	936	1 062	45,7	46,4	+ 11,7	+ 6,0
Nordrhein-Westfalen	5 106	5 380	5 284	2 150	2 173	42,1	41,1	+ 3,5	- 1,8
Rheinland-Pfalz	1 025	1 024	1 118	455	544	44,4	48,7	+ 9,1	+ 9,2
Saarland	238	251	283	97	105	40,8	37,1	+ 18,9	+ 12,7
Sachsen	1 206	1 422	1 456	516	671	42,8	46,1	+ 20,7	+ 2,4
Sachsen-Anhalt	480	580	549	203	257	42,3	46,8	+ 14,4	- 5,3
Schleswig-Holstein	535	663	636	274	331	51,2	52,0	+ 18,9	- 4,1
Thüringen	571	750	713	240	350	42,0	49,1	+ 24,9	- 4,9
Deutschland	25 084	27 707	28 147	11 067	12 798	44,1	45,5	+ 12,2	+ 1,6
Westdeutschland	19 960	21 932	22 165	8 778	9 982	44,0	45,0	+ 11,0	+ 1,1
Ostdeutschland	5 124	5 775	5 982	2 289	2 816	44,7	47,1	+ 16,7	+ 3,6

53. Professuren an Hochschulen

Land	Professuren insgesamt ¹⁾			Darunter Professuren von Frauen				Veränderung der Zahl der Professuren insgesamt	
	2009	2013	2014	2009	2014	Anteil		2014/2009	2014/2013
						2009	2014		
Anzahl						%			
Baden-Württemberg	6 157	6 995	7 156	958	1 375	15,6	19,2	+ 16,2	+ 2,2
Bayern	5 652	6 492	6 666	817	1 209	14,5	18,1	+ 17,9	+ 2,6
Berlin	2 883	3 220	3 250	796	1 020	27,6	31,4	+ 12,7	+ 0,9
Brandenburg	848	883	738	175	216	20,6	29,3	- 13,0	- 19,6
Bremen	637	668	603	144	173	22,6	28,7	- 5,3	- 10,8
Hamburg	1 417	1 580	1 601	321	430	22,7	26,9	+ 13,0	+ 1,3
Hessen	3 122	3 489	3 065	637	846	20,4	27,6	- 1,8	- 13,8
Mecklenburg-Vorpommern	816	804	854	122	147	15,0	17,2	+ 4,7	+ 5,9
Niedersachsen	3 291	3 644	3 627	735	910	22,3	25,1	+ 10,2	- 0,5
Nordrhein-Westfalen	7 785	9 229	9 423	1 402	2 144	18,0	22,8	+ 21,0	+ 2,1
Rheinland-Pfalz	1 789	2 006	2 031	285	419	15,9	20,6	+ 13,5	+ 1,2
Saarland	448	495	499	84	98	18,8	19,6	+ 11,4	+ 0,8
Sachsen	2 192	2 260	2 339	359	470	16,4	20,1	+ 6,7	+ 3,4
Sachsen-Anhalt	1 019	1 078	1 080	169	207	16,6	19,2	+ 6,0	+ 0,2
Schleswig-Holstein	1 005	1 043	1 031	133	189	13,2	18,3	+ 2,6	- 1,2
Thüringen	1 104	1 127	1 162	163	209	14,8	18,0	+ 5,3	+ 3,0
Deutschland	40 165	45 013	45 749	7 300	10 062	18,2	22,0	+ 13,9	+ 1,6
Westdeutschland	31 303	35 641	35 702	5 516	7 793	17,6	21,8	+ 14,1	+ 0,2
Ostdeutschland	8 862	9 372	9 423	1 784	2 269	20,1	24,1	+ 6,3	+ 0,5

1) Professuren: ohne (nebenberufliche) Gastprofessuren und Emeriti; einschließlich zentrale Einrichtungen und sonstige Fächer.

54. Öffentliche Ausgaben für Kultur

Land	Öffentliche Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche ^{1), 2)}			Öffentliche Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche je Einwohner/-in ^{1), 2)}			Veränderung der öffentlichen Ausgaben ³⁾		Anteil der Ausgaben für Kultur am BIP 2011
	2007	2009	2011	2007	2009	2011	2011/2007	2011/2009	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	1 096	1 204	1 259	102	112	120	+ 14,8	+ 4,5	0,3
Bayern	1 223	1 385	1 469	98	111	118	+ 20,2	+ 6,1	0,3
Berlin	618	690	668	181	201	203	+ 8,2	- 3,2	0,6
Brandenburg	218	241	263	86	96	107	+ 20,7	+ 9,1	0,5
Bremen	95	102	114	144	155	175	+ 19,6	+ 11,2	0,4
Hamburg	350	311	274	199	175	160	- 21,6	- 11,9	0,3
Hessen	624	684	752	103	113	126	+ 20,6	+ 10,0	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	180	172	173	107	104	107	- 3,9	+ 0,7	0,5
Niedersachsen	572	591	705	72	74	91	+ 23,3	+ 19,3	0,3
Nordrhein-Westfalen	1 569	1 583	1 754	87	88	100	+ 11,8	+ 10,8	0,3
Rheinland-Pfalz	304	314	342	75	78	86	+ 12,8	+ 9,0	0,3
Saarland	72	82	74	69	80	74	+ 3,5	- 9,5	0,2
Sachsen	756	736	721	178	176	178	- 4,5	- 2,0	0,7
Sachsen-Anhalt	298	313	356	123	132	156	+ 19,5	+ 13,7	0,7
Schleswig-Holstein	189	202	201	67	71	72	+ 6,2	- 0,6	0,3
Thüringen	275	322	338	120	143	155	+ 23,0	+ 5,0	0,7
Deutschland	8 436	8 933	9 463	103	109	118	+ 12,2	+ 5,9	0,4
Westdeutschland	6 092	6 459	6 944	93	99	108	+ 14,0	+ 7,5	0,3
Ostdeutschland	2 344	2 474	2 519	141	151	159	+ 7,5	+ 1,8	0,6

1) Grundmittel.

2) Zu den kulturnahen Bereichen gehören Ausgaben für Volkshochschulen und Sonstige Weiterbildung, kirchliche Angelegenheiten sowie Rundfunkanstalten und Fernsehen.

3) Die Werte sind aufgrund der Umstellung des Kulturbereiches der Kunsthochschulen gemäß des Funktionenplans der staatlichen Haushaltssystematik und aufgrund der Umstellung von Kameralistik auf Doppik, Ausgliederungen von Kultureinrichtungen sowie Veranschlagungen von Finanzausgleichsmitteln mit den Werten der Vorjahre nur eingeschränkt vergleichbar.

55. Öffentliche Ausgaben für Hochschulen

Land	Ausgaben für Hochschulen ^{1), 2)}			Ausgaben für Hochschulen je Studierenden ^{1), 2)}			Veränderung der Ausgaben für Hochschulen		Anteil d. Ausgaben f. Hochschulen am BIP 2012
	2007	2011	2012	2007	2011	2012	2012/2007	2012/2011	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	3 521	4 734	5 106	15 000	16 300	14 900	+ 45,0	+ 7,9	1,2
Bayern	3 505	4 632	5 087	13 900	15 800	14 500	+ 45,1	+ 9,8	1,0
Berlin	1 638	1 952	2 079	12 600	13 300	13 100	+ 26,9	+ 6,5	1,9
Brandenburg	400	525	602	9 600	10 600	11 100	+ 50,6	+ 14,7	1,0
Bremen	379	483	494	12 400	15 300	14 500	+ 30,4	+ 2,3	1,7
Hamburg	783	1 079	1 150	11 900	14 600	13 700	+ 46,8	+ 6,6	1,2
Hessen	1 958	2 742	2 914	12 700	14 100	13 200	+ 48,8	+ 6,3	1,2
Mecklenburg-Vorpommern	412	556	582	11 900	14 600	14 300	+ 41,2	+ 4,6	1,6
Niedersachsen	2 166	2 715	2 934	15 300	17 900	17 000	+ 35,4	+ 8,1	1,2
Nordrhein-Westfalen	4 937	6 484	7 061	11 100	12 700	12 000	+ 43,0	+ 8,9	1,2
Rheinland-Pfalz	980	1 244	1 302	9 900	11 500	10 600	+ 32,9	+ 4,7	1,1
Saarland	276	359	395	14 200	14 200	14 100	+ 43,0	+ 9,9	1,2
Sachsen	1 319	1 572	1 690	12 800	14 900	13 600	+ 28,2	+ 7,5	1,7
Sachsen-Anhalt	549	681	716	10 900	12 900	12 500	+ 30,5	+ 5,1	1,3
Schleswig-Holstein	580	646	711	12 800	12 700	12 000	+ 22,7	+ 10,2	0,9
Thüringen	582	753	808	11 900	14 300	13 500	+ 39,0	+ 7,3	1,6
Deutschland	23 984	31 156	33 632	12 600	14 300	13 500	+ 40,2	+ 7,9	1,2
Westdeutschland	19 085	25 116	27 153	12 920	14 510	13 650	+ 42,3	+ 8,1	...
Ostdeutschland	4 899	6 040	6 478	11 617	13 433	13 017	+ 32,2	+ 7,3	...

1) Forschung, Lehre und zusätzliche Dienstleistungen (z.B. Studentenwerke) insgesamt.

2) ISCED 5a/6.

Umwelt und Energie

56. Flächenverbrauch: Siedlungs- und Verkehrsfläche¹⁾

Land	Siedlungs- und Verkehrsfläche am 31.12.			Flächenverbrauch			Zu- und Abnahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche	
	2009	2013	2014	2009	2013	2014	2014/2009	2014/2013
	km ²			Hektar pro Tag			%	
Baden-Württemberg ²⁾	5 030	5 121	5 140	7,1	5,5	5,2	+ 2,2	+ 0,4
Bayern ³⁾	7 919	8 312	8 351	16,4	12,6	10,7	+ 5,5	+ 0,5
Berlin	626	626	626	0,8	0,3	0,0	+ 0,0	+ 0,0
Brandenburg	2 699	2 782	2 793	6,8	11,2	3,0	+ 3,5	+ 0,4
Bremen	231	235	236	0,0	0,0	0,3	+ 2,2	+ 0,4
Hamburg	450	454	451	0,3	0,5	-0,8	+ 0,2	- 0,7
Hessen	3 262	3 302	3 315	3,6	2,2	3,6	+ 1,6	+ 0,4
Mecklenburg-Vorpommern	1 821	1 876	1 883	7,7	2,2	1,9	+ 3,4	+ 0,4
Niedersachsen	6 435	6 588	6 626	8,5	9,3	10,4	+ 3,0	+ 0,6
Nordrhein-Westfalen	7 611	7 761	7 794	9,3	9,3	9,0	+ 2,4	+ 0,4
Rheinland-Pfalz	2 821	2 837	2 840	0,5	1,4	0,8	+ 0,7	+ 0,1
Saarland	528	536	537	0,8	0,3	0,3	+ 1,7	+ 0,2
Sachsen ⁴⁾	2 279	2 357	2 445	10,1	3,0	x	+ 7,3	+ 3,7
Sachsen-Anhalt	2 249	2 240	2 246	0,5	0,3	1,6	- 0,1	+ 0,3
Schleswig-Holstein	1 975	2 021	2 032	3,6	2,7	3,0	+ 2,9	+ 0,5
Thüringen	1 488	1 549	1 579	2,7	2,7	8,2	+ 6,1	+ 1,9
Deutschland⁵⁾	47 422	48 597	48 895	78,1	62,7	x	+ 3,1	+ 0,6
Westdeutschland	36 262	37 167	37 322	50,1	43,8	42,5	+ 2,9	+ 0,4
Ostdeutschland	11 162	11 430	11 572	28,8	19,7	x	+ 3,7	+ 1,2

1) Ergebnisse der Flächenerhebungen nach Art der tatsächlichen Nutzung (Stichtag 31.12.). In einigen Ländern beeinflussen neben tatsächlichen Nutzungsartenänderungen vor allem Umwidmungen und Neuordnungen der einzelnen Nutzungsarten im Zuge von Umstellungen im amtlichen Liegenschaftskataster den Zeitvergleich.

2) Baden-Württemberg 2013: Mittelwert aus 2012 und 2014.

3) Bayern 2013: Rückmigierte ALKIS-Werte.

4) Die in einigen Landkreisen abgeschlossene Umstellung der Datengrundlage von ALB auf ALKIS und die dabei angewandten Migrationsregeln führen im statistischen Nachweis zu scheinbaren Nutzungsänderungen, denen in der Realität keine tatsächlichen Veränderungen gegenüberstehen. Aus diesem Grund erfolgt kein Jahresvergleich.

5) Die Deutschland-Werte können aufgrund von Rundungsdifferenzen von der Summe der Länder abweichen.

57. Ökologischer Landbau

Land	Ökologisch bewirtschaftete Fläche ¹⁾			Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche			Veränderung des Anteils der ökologisch bewirtschafteten Fläche	
	2007	2010	2013	2007	2010	2013	2013/2007	2013/2010
	1 000 ha			%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	94,6	112,2	124,0	6,6	8,0	8,7	+ 2,1	+ 0,8
Bayern	146,5	194,1	217,6	4,5	6,2	6,9	+ 2,4	+ 0,8
Berlin	0,2	0,3	0,3	11,1	12,4	15,0	+ 3,9	+ 2,6
Brandenburg	133,8	140,8	137,7	10,1	10,6	10,5	+ 0,4	- 0,2
Bremen	0,4	0,8	1,0	5,0	9,8	11,8	+ 6,8	+ 1,9
Hamburg	1,0	1,0	1,0	6,9	6,8	6,9	+ 0,1	+ 0,1
Hessen	61,1	72,7	81,6	7,8	9,5	10,6	+ 2,8	+ 1,1
Mecklenburg-Vorpommern	120,0	117,8	120,4	8,8	8,7	9,0	+ 0,1	+ 0,3
Niedersachsen	74,8	78,5	79,5	2,9	3,0	3,1	+ 0,2	+ 0,0
Nordrhein-Westfalen	48,9	54,5	62,9	3,3	3,7	4,3	+ 1,0	+ 0,6
Rheinland-Pfalz	25,8	38,0	47,3	3,6	5,4	6,7	+ 3,1	+ 1,3
Saarland	7,2	8,5	9,3	9,1	10,9	11,9	+ 2,9	+ 1,0
Sachsen	32,0	38,0	35,3	3,5	4,2	3,9	+ 0,4	- 0,3
Sachsen-Anhalt	44,7	49,6	53,4	3,8	4,2	4,6	+ 0,7	+ 0,3
Schleswig-Holstein	29,7	35,2	35,8	2,9	3,5	3,6	+ 0,7	+ 0,1
Thüringen	40,4	39,0	39,8	5,1	5,0	5,1	+ 0,0	+ 0,1
Deutschland	861,2	980,9	1 047,0	5,1	5,9	6,3	+ 1,2	+ 0,4
Westdeutschland	490,0	595,3	660,0	4,3	5,3	5,9	+ 1,6	+ 0,6
Ostdeutschland	371,2	385,5	386,9	6,7	6,9	7,0	+ 0,3	+ 0,1

1) Nachgewiesen wird die gesamte bewirtschaftete Landfläche der ökologisch wirtschaftenden Betriebe, unabhängig davon, ob sie bereits umgestellt ist, sich in Umstellung befindet oder konventionell bewirtschaftet wird.

58. Wasserverbrauch der öffentlichen Wasserversorgung

Land	Wasserabgabe an Letztverbraucher									
	insgesamt		darunter an Haushalte und Kleingewerbe						Veränderung des Pro-Kopf-Verbrauchs	
			Wassermenge		Pro-Kopf-Verbrauch					
	2007	2013	2007	2013	2007	2010	2013	2013/2007	2013/2010	
Mio. m³			Liter je Einwohner/-in und Tag			%				
Baden-Württemberg	567	561	455	451	116,4	115,3	116,4	- 0,0	+ 0,9	
Bayern	743	728	601	586	133,1	129,1	129,6	- 2,7	+ 0,3	
Berlin	189	189	138	141	111,6	112,9	113,8	+ 2,0	+ 0,8	
Brandenburg	109	111	90	95	98,4	104,8	107,8	+ 9,6	+ 2,9	
Bremen	39	37	31	29	126,5	122,2	120,6	- 4,7	- 1,4	
Hamburg	103	104	95	96	134,0	134,4	138,1	+ 3,1	+ 2,8	
Hessen	312	307	269	270	122,7	121,3	124,3	+ 1,3	+ 2,5	
Mecklenburg-Vorpommern	83	86	62	61	100,4	106,3	104,5	+ 4,1	- 1,7	
Niedersachsen	463	461	370	357	128,2	126,3	126,4	- 1,4	+ 0,1	
Nordrhein-Westfalen	1 106	1 069	878	844	135,3	134,5	133,4	- 1,4	- 0,9	
Rheinland-Pfalz	223	217	176	174	118,3	119,1	118,6	+ 0,2	- 0,5	
Saarland	55	52	44	41	115,9	112,1	113,5	- 2,1	+ 1,2	
Sachsen	188	190	131	127	85,3	84,2	86,3	+ 1,2	+ 2,5	
Sachsen-Anhalt	106	104	80	76	90,0	90,9	92,6	+ 2,9	+ 1,8	
Schleswig-Holstein	164	162	127	123	132,6	133,5	129,4	- 2,4	- 3,0	
Thüringen	94	92	76	70	90,3	88,6	88,3	- 2,3	- 0,4	
Deutschland	4 544	4 468	3 623	3 541	121,6	120,7	121,2	- 0,4	+ 0,4	
Westdeutschland	3 775	3 696	3 046	2 972	128,0	126,4	126,5	- 1,2	+ 0,1	
Ostdeutschland	769	772	576	569	91,5	93,0	94,3	+ 3,1	+ 1,4	

59. Aufkommen an Haushaltsabfällen

Land	Aufkommen an Haushaltsabfällen							Veränderung des Aufkommens an Haushaltsabfällen	
	2009	2013	2014	Darunter					
				Haus- und Sperrmüll	getrennte Bioabfälle ¹⁾	getrennte Wertstoffe			
	1 000 Tonnen			kg je Einwohner/-in				%	
Baden-Württemberg	4 681	4 701	4 799	450	143	139	167	+ 2,5	+ 2,1
Bayern	5 864	5 941	6 067	480	166	150	159	+ 3,5	+ 2,1
Berlin	1 442	1 390	1 335	388	252	23	112	- 7,4	- 3,9
Brandenburg	976	963	987	403	210	55	136	+ 1,1	+ 2,4
Bremen	303	287	289	439	228	89	123	- 4,6	+ 0,7
Hamburg	803	790	794	454	287	45	121	- 1,1	+ 0,5
Hessen	2 912	2 789	2 855	471	190	137	143	- 2,0	+ 2,4
Mecklenburg-Vorpommern	690	682	701	439	232	67	138	+ 1,5	+ 2,7
Niedersachsen	3 953	3 907	4 075	522	189	164	167	+ 3,1	+ 4,3
Nordrhein-Westfalen	8 369	8 128	8 455	481	217	121	142	+ 1,0	+ 4,0
Rheinland-Pfalz	2 072	2 042	2 103	526	186	161	174	+ 1,5	+ 3,0
Saarland	507	488	490	495	189	145	160	- 3,3	+ 0,5
Sachsen	1 369	1 300	1 309	324	150	51	122	- 4,4	+ 0,7
Sachsen-Anhalt	1 047	1 010	1 033	461	204	121	135	- 1,3	+ 2,3
Schleswig-Holstein	1 343	1 325	1 379	489	235	103	150	+ 2,7	+ 4,1
Thüringen	891	882	885	411	183	97	130	- 0,7	+ 0,4
Deutschland	37 220	36 624	37 554	464	192	121	149	+ 0,9	+ 2,5
Westdeutschland	30 806	30 398	31 305	482	189	136	154	+ 1,6	+ 3,0
Ostdeutschland	6 414	6 226	6 249	392	202	63	126	- 2,6	+ 0,4

1) Biotonne; biologisch abbaubare Garten- und Parkabfälle einschließlich Friedhofsabfälle.

60. Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch

Land	Primärenergieverbrauch			Darunter aus erneuerbaren Energien	Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch			Veränderung des Anteils erneuerbarer Energien	
	2008	2012	2013		2008	2012	2013	2013/2008	2013/2012
	Mio. kWh			%			Prozentpunkte		
Baden-Württemberg	451 548	386 893	401 521	47 545	8,7	12,1	11,8	+ 3,1	- 0,3
Bayern	566 584	561 534	567 489	89 591	10,1	15,6	15,8	+ 5,6	+ 0,2
Berlin	79 537	83 027	82 327	3 068	2,2	3,6	3,7	+ 1,5	+ 0,1
Brandenburg	179 367	189 307	189 928	38 096	13,2	18,4	20,1	+ 6,9	+ 1,7
Bremen	44 078	44 561	43 917	2 580	4,4	5,2	5,9	+ 1,5	+ 0,7
Hamburg	66 879	66 932	65 421	2 721	4,8	4,8	4,2	- 0,6	- 0,6
Hessen	293 236	236 881	238 707	20 546	5,0	8,3	8,6	+ 3,6	+ 0,3
Mecklenburg-Vorpommern	53 579	54 619	56 035	18 631	24,0	30,6	33,2	+ 9,2	+ 2,7
Niedersachsen	408 064	369 620	371 314	54 340	10,3	14,7	14,6	+ 4,3	- 0,1
Nordrhein-Westfalen	1 159 325	1 166 468	1 165 124	49 664	3,6	4,3	4,3	+ 0,7	- 0,0
Rheinland-Pfalz	186 029	175 183	181 872	20 526	8,1	10,7	11,3	+ 3,2	+ 0,6
Saarland	78 587	73 329	76 755	2 501	2,9	3,2	3,3	+ 0,4	+ 0,1
Sachsen	175 343	170 138	175 180	14 869	6,2	8,1	8,5	+ 2,2	+ 0,4
Sachsen-Anhalt	139 365	143 201	142 917	25 868	14,2	16,9	18,1	+ 3,9	+ 1,2
Schleswig-Holstein	123 069	118 997	123 283	19 921	9,2	16,3	16,2	+ 6,9	- 0,1
Thüringen	69 335	67 083	68 420	15 793	18,9	21,7	23,1	+ 4,2	+ 1,4
Deutschland¹⁾	3 994 357	3 735 294	3 839 336	416 293	7,9	9,4	10,8	+ 2,9	+ 1,4
Westdeutschland ²⁾	3 377 398	3 200 398	3 235 403	309 935	6,8	9,5	9,6	+ 2,8	+ 0,1
Ostdeutschland ²⁾	696 525	707 374	714 807	116 326	11,8	15,1	16,3	+ 4,5	+ 1,1

1) Die Absolutwerte für den Primärenergieverbrauch Deutschlands (AG Energiebilanzen, Stand Juli 2016; Bilanz 2013) weichen aufgrund einer abweichenden Berechnungsmethodik von der Summe der Länder ab.

2) Summe der zugeordneten Länder (Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand August 2016).

61. Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien

Land	Stromerzeugung			Darunter aus erneuerbaren Energien	Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien ³⁾			Veränderung des Anteils erneuerbarer Energien	
	2008	2012	2013		2008	2012	2013	2013/2008	2013/2012
	Mio. kWh			%			Prozentpunkte		
Baden-Württemberg	67 224	58 083	61 605	14 715	14,1	23,9	23,9	+ 9,8	+ 0,0
Bayern	88 658	93 720	90 852	31 634	22,6	32,4	34,8	+ 12,2	+ 2,4
Berlin	9 037	8 121	8 215	276	1,7	3,1	3,4	+ 1,6	+ 0,3
Brandenburg	49 011	54 756	54 362	13 214	17,0	23,2	24,3	+ 7,3	+ 1,1
Bremen	7 447	7 664	7 793	753	4,6	7,8	9,7	+ 5,1	+ 1,8
Hamburg	2 194	2 415	2 443	375	17,9	16,5	15,3	- 2,5	- 1,2
Hessen	34 199	16 270	14 834	4 821	6,9	26,7	32,5	+ 25,6	+ 5,8
Mecklenburg-Vorpommern	8 642	11 229	11 627	6 817	42,5	54,3	58,6	+ 16,1	+ 4,4
Niedersachsen	70 900	69 243	70 035	24 248	22,2	33,6	34,6	+ 12,4	+ 1,0
Nordrhein-Westfalen	189 971	178 435	180 687	15 171	4,4	7,9	8,4	+ 4,0	+ 0,5
Rheinland-Pfalz	15 882	17 691	19 339	6 836	23,8	33,4	35,3	+ 11,5	+ 1,9
Saarland	9 683	10 189	11 930	752	4,3	6,4	6,3	+ 2,0	- 0,1
Sachsen	35 420	38 978	42 738	4 730	8,2	11,3	11,1	+ 2,9	- 0,2
Sachsen-Anhalt	22 197	23 910	23 014	10 320	32,7	41,8	44,8	+ 12,2	+ 3,1
Schleswig-Holstein	23 659	26 356	27 421	10 741	27,1	39,1	39,2	+ 12,1	+ 0,1
Thüringen	7 317	7 749	8 159	4 386	38,2	50,2	53,8	+ 15,6	+ 3,6
Deutschland¹⁾	637 250	629 813	638 728	152 394	14,6	22,8	23,9	+ 9,2	+ 1,0
Westdeutschland ²⁾	518 854	480 066	467 600	103 210	13,0	21,6	22,1	+ 9,1	+ 0,4
Ostdeutschland ²⁾	131 755	144 743	147 650	39 743	19,2	25,8	26,9	+ 7,7	+ 1,1

1) Die Zahlen für Deutschland (AG Energiebilanzen, Stand August 2016; AG Erneuerbare Energien) weichen aufgrund der Berechnungsmethodik von der Summe der Länder ab.

2) Summe der zugeordneten Länder (Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand Juli 2016).

3) Quelle: AG Erneuerbare Energien-Statistik (AGEE-Stat), 02/2016.

62. Energiebedingte CO₂-Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch (Quellenbilanz)¹⁾

Land	Energiebedingte CO ₂ -Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch insgesamt			Energiebedingte CO ₂ -Emissionen je Einwohner/-in			Veränderung der CO ₂ -Emissionen aus Primärenergieverbrauch	
	2008	2012	2013	2008	2012	2013	2013/2008	2013/2012
	1 000 t (Gg)			t			%	
Baden-Württemberg	72 547	65 889	71 018	6,7	6,3	6,7	- 2,1	+ 7,8
Bayern	80 430	77 968	78 645	6,4	6,2	6,3	- 2,2	+ 0,9
Berlin	18 517	18 833	18 736	5,4	5,6	5,5	+ 1,2	- 0,5
Brandenburg	56 587	57 670	57 615	22,4	23,5	23,5	+ 1,8	- 0,1
Bremen	13 056	13 487	13 523	19,7	20,7	20,7	+ 3,6	+ 0,3
Hamburg	11 814	11 441	11 045	6,7	6,6	6,3	- 6,5	- 3,5
Hessen	52 159	48 822	48 688	8,6	8,1	8,1	- 6,7	- 0,3
Mecklenburg-Vorpommern	10 844	10 997	10 437	6,5	6,9	6,5	- 3,8	- 5,1
Niedersachsen	69 402	64 455	65 440	8,7	8,3	8,4	- 5,7	+ 1,5
Nordrhein-Westfalen	286 158	271 966	267 642	15,9	15,5	15,3	- 6,5	- 1,6
Rheinland-Pfalz	27 453	25 451	26 590	6,8	6,4	6,7	- 3,1	+ 4,5
Saarland	22 961	21 536	22 816	22,2	21,6	23,0	- 0,6	+ 5,9
Sachsen	46 927	48 900	50 946	11,2	12,1	12,6	+ 8,6	+ 4,2
Sachsen-Anhalt	26 973	27 771	27 116	11,2	12,3	12,1	+ 0,5	- 2,4
Schleswig-Holstein	18 921	18 062	18 137	6,7	6,4	6,5	- 4,1	+ 0,4
Thüringen	10 911	10 373	10 508	4,8	4,8	4,9	- 3,7	+ 1,3
Deutschland²⁾	798 655	766 279	789 610	9,7	9,5	9,8	- 1,1	+ 3,0
Westdeutschland ³⁾	654 901	619 077	623 544	10,0	9,6	9,6	- 4,8	+ 0,7
Ostdeutschland ³⁾	170 759	174 544	175 358	10,3	11,0	11,0	+ 2,7	+ 0,5

1) Einschließlich Emissionen für ausgeführten Strom, ohne Emissionen für eingeführten Strom. (Quelle: Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand August 2016).

2) Die Zahlen für Deutschland weichen aufgrund der Berechnungsmethodik von der Summe der Länder ab. Für Deutschland: Umweltbundesamt, Nationaler Inventarbericht - 2016 deutsche Berichterstattung, Stand 25.11.2015 - ohne Emissionen aus dem internationalen Luft- und Seeverkehr; inkl. diffuse Emissionen aus Brennstoffen.

3) Summe der zugeordneten Länder (Quelle: Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand August 2016).

63. Waldzustand

Land	Anteile der Schadstufen 2 bis 4 an allen Baumarten			Nachrichtlich: Waldfläche ¹⁾	Veränderung der Anteile der Schadstufen 2 bis 4	
	2010	2014	2015		2015/2010	2015/2014
	%			km ²	Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	35	42	36	13 698	+ 1	- 6
Bayern	27	23	24	25 707	- 3	+ 1
Berlin	24	17	13	164	- 11	- 4
Brandenburg	7	10	9	10 529	+ 2	- 1
Bremen	11	8	x	8	x	x
Hamburg	x	x	x	51	x	x
Hessen	25	34	29	8 477	+ 4	- 5
Mecklenburg-Vorpommern	17	16	14	5 082	- 3	- 2
Niedersachsen	17	19	16	10 507	- 1	- 3
Nordrhein-Westfalen	23	36	26	8 828	+ 3	- 10
Rheinland-Pfalz	26	24	25	8 367	- 1	+ 1
Saarland	27	27	30	874	+ 3	+ 3
Sachsen	14	15	17	4 989	+ 3	+ 2
Sachsen-Anhalt	15	16	18	5 058	+ 3	+ 2
Schleswig-Holstein	26	22	19	1 668	- 7	- 3
Thüringen	32	33	31	5 298	- 1	- 2
Deutschland	23	26	24	109 306	+ 1	- 2
Westdeutschland
Ostdeutschland

1) Die dargestellten Angaben zur Waldfläche basieren auf Daten des amtlichen Liegenschaftskatasters. Zur Waldfläche zählen hiernach auch unbebaute Waldflächen, die vorwiegend dem forstwirtschaftlichen Betrieb dienen sowie Flächen, die weder Nadel-, Laub- und Mischwald oder Gehölz zugeordnet werden können. Die tatsächliche Waldfläche laut gesetzlicher Walddefinition ist abweichend.

Quelle (Anteile der Schadstufen): Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Ergebnisse der Waldzustandserhebung.

Soziales, Sicherheit

64. Schwangerschaftsabbrüche

Land	Schwangerschaftsabbrüche nach dem Wohnsitz der Frauen			Häufigkeitszahl je 1 000 Lebendgeborene			Veränderung der Häufigkeitszahl	
	2010	2014	2015	2010	2014	2015	2015/2010	2015/2014
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	11 828	10 452	10 667	130	109	106	- 18,4	- 2,7
Bayern	11 696	12 102	11 821	111	106	100	- 10,0	- 5,9
Berlin	9 503	8 643	8 494	285	231	223	- 21,5	- 3,4
Brandenburg	3 859	3 170	3 283	204	164	172	- 15,6	+ 4,8
Bremen	1 599	1 421	1 544	286	229	237	- 16,9	+ 3,7
Hamburg	4 300	3 318	2 939	247	174	149	- 39,9	- 14,7
Hessen	8 676	8 173	8 087	168	150	142	- 15,2	- 5,0
Mecklenburg-Vorpommern	3 124	2 633	2 614	234	205	197	- 16,1	- 4,2
Niedersachsen	9 089	7 895	7 727	144	119	115	- 20,1	- 3,3
Nordrhein-Westfalen	22 897	20 105	20 783	155	130	130	- 16,7	- 0,1
Rheinland-Pfalz	4 280	3 816	3 984	136	114	114	- 15,9	- 0,1
Saarland	1 322	1 216	1 196	187	166	159	- 14,9	- 4,0
Sachsen	5 884	5 420	5 083	168	151	139	- 16,9	- 7,6
Sachsen-Anhalt	4 078	3 474	3 566	236	204	205	- 13,1	+ 0,6
Schleswig-Holstein	3 634	3 210	3 139	161	141	133	- 17,2	- 5,4
Thüringen	3 737	3 417	3 200	213	191	178	- 16,3	- 6,6
Deutschland¹⁾	110 431	99 715	99 237	163	139	135	- 17,4	- 3,5
Westdeutschland	79 321	71 708	71 887	146	125	121	- 17,4	- 3,3
Ostdeutschland	30 185	26 757	26 240	223	191	184	- 17,1	- 3,2

1) Inkl. nicht zuordenbarer Wohnsitze und Auslandswohnsitze. In den Summen West- und Ostdeutschland sind nicht zuordenbare Wohnsitze und Auslandswohnsitze nicht enthalten.

65. Vorläufige Schutzmaßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe

Land	Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche			Schutzmaßnahmen je 10 000 Kinder und Jugendliche ¹⁾			Veränderung der Zahl der Schutzmaßnahmen	
	2010	2014	2015	2010	2014	2015	2015/2010	2015/2014
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	3 027	4 601	8 367	16	25	46	+ 176,4	+ 81,9
Bayern	2 883	4 675	15 295	13	22	73	+ 430,5	+ 227,2
Berlin	1 243	2 666	2 990	25	49	55	+ 140,5	+ 12,2
Brandenburg	1 457	1 773	2 030	43	49	56	+ 39,3	+ 14,5
Bremen	527	904	1 145	53	89	113	+ 117,3	+ 26,7
Hamburg	1 730	2 045	1 940	63	73	69	+ 12,1	- 5,1
Hessen	2 989	3 948	7 056	29	39	70	+ 136,1	+ 78,7
Mecklenburg-Vorpommern	1 021	845	1 271	47	37	55	+ 24,5	+ 50,4
Niedersachsen	3 109	3 885	5 842	22	30	45	+ 87,9	+ 50,4
Nordrhein-Westfalen	10 438	13 198	16 649	34	45	57	+ 59,5	+ 26,1
Rheinland-Pfalz	1 075	1 229	1 677	16	19	26	+ 56,0	+ 36,5
Saarland	501	817	1 638	33	58	116	+ 226,9	+ 100,5
Sachsen	2 405	2 800	4 104	44	47	69	+ 70,6	+ 46,6
Sachsen-Anhalt	1 099	972	1 433	37	32	47	+ 30,4	+ 47,4
Schleswig-Holstein	1 880	2 475	4 026	39	53	87	+ 114,1	+ 62,7
Thüringen	959	1 226	2 182	33	40	71	+ 127,5	+ 78,0
Deutschland	36 343	48 059	77 645	27	37	59	+ 113,6	+ 61,6
Westdeutschland	28 159	37 777	63 635	25	35	59	+ 126,0	+ 68,4
Ostdeutschland	6 941	10 282	11 020	32	44	47	+ 58,8	+ 7,2

1) Bezug: Bevölkerung unter 18 Jahren am 31.12. des gleichen Jahres; für 2015: Bevölkerung unter 18 Jahren am 31.12.2014.

66. Armutsgefährdung

Land	Armutsgefährdungsquoten auf Basis des Medians der jeweiligen Regionaleinheit ¹⁾		Von 65-Jährigen und älter	Von Ausländern/-innen	Von Alleinerziehenden	Von Erwerbslosen	Armutsgefährdungsschwelle	Veränderung der Armutsgefährdungsquoten		
	2010	2014						2015/2010	2015/2014	
	2015							%		€
Baden-Württemberg	14,0	15,0	15,3	17,5	30,3	45,5	53,0	1 033	+ 1,3	+ 0,3
Bayern	13,8	14,8	15,0	21,8	28,5	45,6	50,3	1 025	+ 1,2	+ 0,2
Berlin	14,2	14,1	15,3	7,6	30,1	23,3	49,9	851	+ 1,1	+ 1,2
Brandenburg	13,6	13,4	13,9	8,9	50,4	44,2	58,0	882	+ 0,3	+ 0,5
Bremen	17,3	17,3	17,8	8,8	37,8	44,2	58,4	829	+ 0,5	+ 0,5
Hamburg	17,4	18,0	19,0	15,8	40,6	41,9	64,1	1 010	+ 1,6	+ 1,0
Hessen	14,6	15,9	16,5	16,3	32,7	47,5	54,2	988	+ 1,9	+ 0,6
Mecklenburg-Vorpommern	13,4	12,0	13,6	6,9	45,8	35,8	58,4	799	+ 0,2	+ 1,6
Niedersachsen	14,5	15,3	15,9	15,3	40,5	46,6	58,5	930	+ 1,4	+ 0,6
Nordrhein-Westfalen	14,7	16,2	16,3	13,8	37,8	42,0	58,1	918	+ 1,6	+ 0,1
Rheinland-Pfalz	15,7	16,7	16,3	18,5	36,2	46,9	51,1	967	+ 0,6	- 0,4
Saarland	13,4	16,1	15,4	17,2	32,6	40,9	55,5	908	+ 2,0	- 0,7
Sachsen	13,0	11,6	12,9	6,2	42,5	35,8	59,0	834	- 0,1	+ 1,3
Sachsen-Anhalt	13,5	14,1	14,5	7,8	54,4	43,9	61,5	832	+ 1,0	+ 0,4
Schleswig-Holstein	15,2	15,4	15,7	14,3	39,9	46,1	64,7	965	+ 0,5	+ 0,3
Thüringen	12,5	11,6	12,4	6,8	49,4	32,8	50,7	833	- 0,1	+ 0,8
Deutschland	14,5	15,4	15,7	14,6	33,7	43,8	59,0	942	+ 1,2	+ 0,3
Westdeutschland	14,7	16,0	16,2	17,0	34,2	45,8	56,9	974	+ 1,5	+ 0,2
Ostdeutschland	13,2	12,6	13,7	7,2	36,1	34,2	55,4	841	+ 0,5	+ 1,1

1) Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. - Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

67. Soziale Mindestsicherung am 31.12.

Land	Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung			Darunter Frauen	Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung je 100 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Empfänger/-innen	
	2009	2013	2014	2013	2009	2013	2014	2014/2009	2014/2013
	Anzahl			%	Anzahl			%	
Baden-Württemberg	582 296	547 389	572 952	51,5	5,4	5,1	5,3	- 1,6	+ 4,7
Bayern	610 203	571 022	601 629	52,1	4,9	4,5	4,7	- 1,4	+ 5,4
Berlin	670 088	662 765	668 333	48,6	19,5	19,4	19,3	- 0,3	+ 0,8
Brandenburg	318 583	277 976	272 857	48,8	12,7	11,3	11,1	- 14,4	- 1,8
Bremen	110 701	112 203	116 071	51,0	16,7	17,1	17,5	+ 4,9	+ 3,4
Hamburg	235 642	230 149	235 987	50,3	13,3	13,2	13,4	+ 0,1	+ 2,5
Hessen	528 214	517 587	539 931	50,9	8,7	8,6	8,9	+ 2,2	+ 4,3
Mecklenburg-Vorpommern	248 331	219 360	215 279	48,4	15,0	13,7	13,5	- 13,3	- 1,9
Niedersachsen	759 227	712 840	727 622	51,0	9,6	9,2	9,3	- 4,2	+ 2,1
Nordrhein-Westfalen	1 905 960	1 940 672	2 003 879	51,0	10,7	11,0	11,4	+ 5,1	+ 3,3
Rheinland-Pfalz	289 289	274 075	286 987	51,8	7,2	6,9	7,2	- 0,8	+ 4,7
Saarland	96 336	93 519	96 690	51,4	9,4	9,4	9,8	+ 0,4	+ 3,4
Sachsen	524 539	438 794	428 710	49,3	12,6	10,8	10,6	- 18,3	- 2,3
Sachsen-Anhalt	355 642	312 671	308 078	49,2	15,1	13,9	13,8	- 13,4	- 1,5
Schleswig-Holstein	275 722	270 474	277 354	50,3	9,7	9,6	9,8	+ 0,6	+ 2,5
Thüringen	250 695	203 451	200 655	50,2	11,1	9,4	9,3	- 20,0	- 1,4
Deutschland	7 761 468	7 384 947	7 553 014	50,5	9,5	9,1	9,3	- 2,7	+ 2,3
Westdeutschland	5 393 590	5 269 930	5 459 102	51,1	8,2	8,1	8,4	+ 1,2	+ 3,6
Ostdeutschland	2 367 878	2 115 017	2 093 912	49,0	14,5	13,3	13,1	- 11,6	- 1,0

Quellen: Leistungen nach SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, alle weiteren Daten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

68. Leistungsempfängerinnen und -empfänger nach SGB II

Land	Leistungsempfänger/-innen nach SGB II (Dezember) ¹⁾			Leistungsempfänger/-innen je 100 Einwohner/-innen ²⁾			Veränderung der Zahl der Leistungsempfänger/-innen	
	2010	2014	2015	2010	2014	2015	2015/2010	2015/2014
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	474 649	441 738	447 127	5,5	5,1	5,2	- 5,8	+ 1,2
Bayern	473 048	433 158	436 330	4,7	4,3	4,3	- 7,8	+ 0,7
Berlin	602 395	576 667	571 560	21,5	20,6	20,4	- 5,1	- 0,9
Brandenburg	279 156	241 338	226 659	14,4	12,8	12,0	- 18,8	- 6,1
Bremen	96 525	96 058	100 366	18,6	18,5	19,3	+ 4,0	+ 4,5
Hamburg	197 718	185 667	187 806	13,6	13,0	13,1	- 5,0	+ 1,2
Hessen	425 820	425 727	429 089	8,8	8,8	8,8	+ 0,8	+ 0,8
Mecklenburg-Vorpommern	218 248	186 803	174 809	17,1	15,1	14,2	- 19,9	- 6,4
Niedersachsen	634 159	586 097	586 487	10,1	9,5	9,5	- 7,5	+ 0,1
Nordrhein-Westfalen	1 661 873	1 651 791	1 679 855	11,7	11,8	12,0	+ 1,1	+ 1,7
Rheinland-Pfalz	236 997	227 594	229 729	7,5	7,2	7,2	- 3,1	+ 0,9
Saarland	81 341	78 836	82 993	10,3	10,3	10,9	+ 2,0	+ 5,3
Sachsen	467 615	384 353	356 295	15,0	12,6	11,7	- 23,8	- 7,3
Sachsen-Anhalt	314 960	273 592	257 908	17,8	16,3	15,4	- 18,1	- 5,7
Schleswig-Holstein	230 773	223 490	224 121	10,4	10,2	10,2	- 2,9	+ 0,3
Thüringen	215 629	176 588	166 146	12,5	10,8	10,1	- 22,9	- 5,9
Deutschland	6 610 906	6 189 497	6 157 280	10,2	9,7	9,6	- 6,9	- 0,5
Westdeutschland	4 512 903	4 350 156	4 403 903	8,6	8,4	8,5	- 2,4	+ 1,2
Ostdeutschland	2 098 003	1 839 341	1 753 377	16,6	15,0	14,3	- 16,4	- 4,7

1) Personen in Bedarfsgemeinschaften einschließlich Sonstige Leistungsberechtigte, vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen und Kinder ohne Leistungsanspruch.

2) Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 0 bis unter 65 Jahren am 31.12. des jeweiligen Jahres. Für 2015: 31.12.2014.

Quelle: Leistungen nach SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

69. Verbraucherinsolvenzen

Land	Verbraucherinsolvenzen			Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Verbraucherinsolvenzen	
	2010	2014	2015	2010	2014	2015	2015/2010	2015/2014
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	10 766	7 484	6 734	10,0	7,0	6,2	- 37,5	- 10,0
Bayern	11 349	8 896	8 093	9,1	7,0	6,4	- 28,7	- 9,0
Berlin	4 706	3 643	3 455	13,7	10,6	9,9	- 26,6	- 5,2
Brandenburg	4 273	3 475	3 121	17,0	14,2	12,7	- 27,0	- 10,2
Bremen	1 656	1 303	1 284	25,1	19,8	19,3	- 22,5	- 1,5
Hamburg	2 887	2 352	2 228	16,2	13,4	12,6	- 22,8	- 5,3
Hessen	7 557	5 341	4 991	12,5	8,8	8,2	- 34,0	- 6,6
Mecklenburg-Vorpommern	2 263	2 014	1 735	13,7	12,6	10,8	- 23,3	- 13,9
Niedersachsen	14 485	11 613	11 220	18,3	14,9	14,3	- 22,5	- 3,4
Nordrhein-Westfalen	26 329	22 485	20 908	14,7	12,8	11,8	- 20,6	- 7,0
Rheinland-Pfalz	5 041	3 834	3 389	12,6	9,6	8,4	- 32,8	- 11,6
Saarland	1 670	1 510	1 514	16,4	15,3	15,3	- 9,3	+ 0,3
Sachsen	4 999	3 827	3 628	12,0	9,5	8,9	- 27,4	- 5,2
Sachsen-Anhalt	3 485	2 794	2 800	14,9	12,5	12,6	- 19,7	+ 0,2
Schleswig-Holstein	4 615	3 835	3 569	16,3	13,6	12,6	- 22,7	- 6,9
Thüringen	2 717	1 892	1 678	12,1	8,8	7,8	- 38,2	- 11,3
Deutschland	108 798	86 298	80 347	13,3	10,7	9,9	- 26,2	- 6,9
Westdeutschland	86 355	68 653	63 930	13,2	10,6	9,8	- 26,0	- 6,9
Ostdeutschland	22 443	17 645	16 417	13,7	11,1	10,3	- 26,9	- 7,0

70. Pflegebedürftige

Land	Pflegebedürftige			Anteil der Pflegebedürftigen an der Bevölkerung insgesamt			Veränderung der Zahl der Pflegebedürftigen	
	2009	2011	2013	2009	2011	2013	2013/2009	2013/2011
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	246 038	278 295	298 769	2,2	2,3	2,8	+ 21,4	+ 7,4
Bayern	318 479	329 341	329 016	2,5	2,6	2,6	+ 3,3	- 0,1
Berlin	101 351	107 917	112 509	2,8	2,9	3,3	+ 11,0	+ 4,3
Brandenburg	85 801	95 970	102 953	3,4	3,4	4,2	+ 20,0	+ 7,3
Bremen	21 340	22 178	22 564	3,1	3,2	3,4	+ 5,7	+ 1,7
Hamburg	45 997	47 207	49 566	2,4	2,6	2,8	+ 7,8	+ 5,0
Hessen	186 893	199 655	205 126	2,9	3,1	3,4	+ 9,8	+ 2,7
Mecklenburg-Vorpommern	61 442	67 559	72 445	3,4	3,7	4,5	+ 17,9	+ 7,2
Niedersachsen	256 085	270 399	288 296	3,0	3,2	3,7	+ 12,6	+ 6,6
Nordrhein-Westfalen	509 145	547 833	581 492	2,7	2,9	3,3	+ 14,2	+ 6,1
Rheinland-Pfalz	105 800	112 743	117 910	2,5	2,6	3,0	+ 11,4	+ 4,6
Saarland	30 380	32 793	34 102	2,8	3,0	3,4	+ 12,3	+ 4,0
Sachsen	131 714	138 987	149 461	3,0	3,2	3,7	+ 13,5	+ 7,5
Sachsen-Anhalt	80 667	88 021	92 416	3,4	3,4	4,1	+ 14,6	+ 5,0
Schleswig-Holstein	79 507	80 221	82 692	2,8	2,8	2,9	+ 4,0	+ 3,1
Thüringen	76 967	82 322	86 889	3,2	3,4	4,0	+ 12,9	+ 5,5
Deutschland	2 337 606	2 501 441	2 626 206	2,7	2,9	3,3	+ 12,3	+ 5,0
Westdeutschland	1 799 664	1 920 665	2 009 533	2,6	2,7	3,1	+ 11,7	+ 4,6
Ostdeutschland	537 942	580 776	616 673	3,1	3,3	3,9	+ 14,6	+ 6,2

71. Polizeilich bekannt gewordene Straftaten und Wohnungseinbruchdiebstahl je 100 000 Einwohner/-innen und Aufklärungsquote

Land	Polizeilich bekannt gewordene Straftaten insgesamt			Häufigkeitszahl ¹⁾	Aufklärungsquote	Wohnungseinbruchdiebstahl ²⁾		Veränderung der Zahl der Straftaten	
	2010	2014	2015			2015/2010	2015/2014		
	Anzahl			%	erfasste Fälle	Häufigkeitszahl ¹⁾	%		
Baden-Württemberg	572 049	594 534	617 365	5 728	60,1	12 255	114	+ 7,9	+ 3,8
Bayern	620 250	650 868	805 915	6 324	72,5	7 480	59	+ 29,9	+ 23,8
Berlin	475 022	543 157	569 550	16 343	43,9	11 815	339	+ 19,9	+ 4,9
Brandenburg	204 310	196 033	188 264	7 639	52,5	4 436	180	- 7,9	- 4,0
Bremen	89 087	83 777	91 237	13 749	47,7	3 544	534	+ 2,4	+ 8,9
Hamburg	224 775	239 998	243 959	13 782	43,8	9 006	509	+ 8,5	+ 1,7
Hessen	401 864	396 931	403 188	6 592	59,9	11 595	190	+ 0,3	+ 1,6
Mecklenburg-Vorpommern	129 489	116 609	117 261	7 326	61,4	1 521	95	- 9,4	+ 0,6
Niedersachsen	582 547	552 730	568 470	7 232	61,2	16 575	211	- 2,4	+ 2,8
Nordrhein-Westfalen	1 442 801	1 501 125	1 517 448	8 581	49,6	62 362	353	+ 5,2	+ 1,1
Rheinland-Pfalz	279 826	264 553	273 491	6 801	62,7	7 125	177	- 2,3	+ 3,4
Saarland	71 887	75 706	77 993	7 884	57,2	2 437	246	+ 8,5	+ 3,0
Sachsen	290 647	327 196	314 861	7 763	55,7	4 257	105	+ 8,3	- 3,8
Sachsen-Anhalt	189 164	194 486	198 809	8 911	54,8	2 795	125	+ 5,1	+ 2,2
Schleswig-Holstein	221 510	202 301	202 598	7 131	52,1	8 456	298	- 8,5	+ 0,1
Thüringen	138 050	142 060	140 240	6 508	64,3	1 477	69	+ 1,6	- 1,3
Deutschland	5 933 278	6 082 064	6 330 649	7 772	56,3	167 136	205	+ 6,7	+ 4,1
Westdeutschland	4 506 596	4 562 523	4 801 664	7 334	57,7	140 835	215	+ 6,5	+ 5,2
Ostdeutschland	1 426 682	1 519 541	1 528 985	9 561	52,0	26 301	164	+ 7,2	+ 0,6

1) Je 100 000 Einwohner/-innen am 30.06.2015.

2) Wohnungseinbruchdiebstahl nach § 244 Abs. 1 Nr. 3 StGB.

Quelle: Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik.

72. Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen

Land	Verunglückte insgesamt			Verunglückte je 100 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Verunglückten	
	2010	2014	2015	2010	2014	2015	2015/2010	2015/2014
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	45 175	47 914	48 618	420	449	451	+ 7,6	+ 1,5
Bayern	68 364	70 153	71 775	546	555	563	+ 5,0	+ 2,3
Berlin	14 801	17 491	17 840	430	508	512	+ 20,5	+ 2,0
Brandenburg	10 510	10 895	11 004	419	444	446	+ 4,7	+ 1,0
Bremen	3 445	3 941	4 035	522	599	608	+ 17,1	+ 2,4
Hamburg	9 195	9 916	10 103	517	567	571	+ 9,9	+ 1,9
Hessen	28 122	28 382	28 348	464	468	463	+ 0,8	- 0,1
Mecklenburg-Vorpommern	6 800	6 573	7 023	413	412	439	+ 3,3	+ 6,8
Niedersachsen	39 715	43 418	43 399	501	556	552	+ 9,3	- 0,0
Nordrhein-Westfalen	73 559	77 469	76 782	412	440	434	+ 4,4	- 0,9
Rheinland-Pfalz	19 397	19 290	19 291	484	482	480	- 0,5	+ 0,0
Saarland	5 328	5 201	5 236	522	526	529	- 1,7	+ 0,7
Sachsen	16 613	17 036	17 225	400	421	425	+ 3,7	+ 1,1
Sachsen-Anhalt	10 569	10 613	10 635	451	474	477	+ 0,6	+ 0,2
Schleswig-Holstein	14 322	16 107	16 485	506	571	580	+ 15,1	+ 2,3
Thüringen	8 903	8 513	9 092	397	395	422	+ 2,1	+ 6,8
Deutschland	374 818	392 912	396 891	458	486	487	+ 5,9	+ 1,0
Westdeutschland	306 622	321 791	324 072	469	495	495	+ 5,7	+ 0,7
Ostdeutschland	68 196	71 121	72 819	417	446	455	+ 6,8	+ 2,4

Aktuelle Entwicklungen 2016

73. Aktuelle Entwicklungen 2016

Land	Veränderung des BIP (real)	Erwerbstätige ¹⁾	Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen	Arbeitslosenquote	Veränderung der Arbeitslosenquote	Unterbeschäftigungsquote	SGB II-Quote ²⁾	Veränderung der SGB II-Quote	Kindertagesbetreuung von unter 3-Jährigen ³⁾
	1. Hj 2016/ 1. Hj 2015	1. Vj 2016	1. Vj 2016/ 1. Vj 2015	30.6.	30.6.2016/ 30.6.2015	30.6.	April	April 2016/ April 2015	2016
	%	in 1 000	%	Prozentpunkte	Prozentpunkte	%	Prozentpunkte	%	
Baden-Württemberg	+ 2,3	6 086	+ 1,4	3,7	+ 0,0	4,9	5,3	- 0,0	27,7
Bayern	+ 3,3	7 287	+ 1,6	3,2	- 0,2	4,5	4,4	+ 0,0	27,2
Berlin	+ 2,6	1 869	+ 2,7	9,5	- 1,0	12,9	20,1	- 0,8	45,9
Brandenburg	+ 2,9	1 075	+ 1,1	7,7	- 0,6	10,1	12,0	- 0,8	57,2
Bremen	+ 3,1	421	+ 0,9	10,5	- 0,4	13,9	19,1	- 0,0	27,0
Hamburg	+ 1,8	1 213	+ 1,7	6,9	- 0,4	9,5	13,1	- 0,2	42,9
Hessen	+ 2,0	3 347	+ 1,1	5,1	- 0,2	6,8	8,8	- 0,2	29,7
Mecklenburg-Vorpommern	+ 2,0	726	+ 0,3	9,2	- 0,4	12,3	14,3	- 0,8	56,0
Niedersachsen	+ 1,7	3 958	+ 1,3	5,8	- 0,1	7,6	9,5	- 0,2	28,4
Nordrhein-Westfalen	+ 2,1	9 196	+ 1,0	7,6	- 0,3	9,8	12,0	- 0,1	25,7
Rheinland-Pfalz	+ 2,2	1 977	+ 0,9	4,9	- 0,1	6,4	7,4	- 0,0	29,9
Saarland	+ 1,5	516	+ 0,1	7,2	+ 0,2	10,2	11,6	+ 1,0	28,6
Sachsen	+ 2,5	2 012	+ 1,3	7,2	- 0,7	9,5	11,6	- 1,0	50,6
Sachsen-Anhalt	+ 1,7	990	+ 0,0	9,3	- 0,5	12,7	15,4	- 0,9	57,0
Schleswig-Holstein	+ 2,0	1 350	+ 1,7	6,0	- 0,2	8,1	10,3	- 0,2	30,9
Thüringen	+ 2,0	1 034	+ 0,4	6,5	- 0,5	8,7	10,2	- 0,6	52,2
Deutschland	+ 2,3	43 056	+ 1,3	5,9	- 0,3	7,9	9,6	- 0,2	32,7
Westdeutschland	+ 2,3	35 352	+ 1,3	5,4	- 0,2	7,1	8,6	- 0,1	28,1
Ostdeutschland	+ 2,4	7 704	+ 1,2	8,2	- 0,6	11,0	14,2	- 0,8	51,8

1) Quelle: Erwerbstätigenrechnung.

2) Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften (einschl. Sonstige Leistungsberechtigte, vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen und Kinder ohne Leistungsanspruch) je Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 0 bis unter 65 Jahren am 31.12.2015.

3) Anteil der betreuten unter 3-jährigen Kinder in öffentlich geförderter Kindertagesbetreuung (Stichtag: 1.3.2016) an allen Kindern dieser Altersgruppe zum 31.12.2015.

Niedersachsen in Europa

74. Bevölkerungsdaten der Mitgliedstaaten der EU und der deutschen Länder

Staat / Land	Bevölkerung am 31.12.			Darunter Bevölkerung im Alter ab 65 Jahren	Veränderung der Bevölkerungszahl 2014/2009	Fläche	Besiedlungsdichte	Bevölkerungsanteil an EU 28
	2009	2013	2014					
	Anzahl			%		km ²	Einwohner/-innen je km ²	%
Belgien	10 839 905	11 203 992	11 258 434	18,0	+ 3,9	30 528	369	2,2
Bulgarien	7 421 766	7 245 677	7 202 198	20,0	- 3,0	111 002	65	1,4
Tschechische Republik	10 462 088	10 512 419	10 538 275	17,8	+ 0,7	78 867	134	2,1
Dänemark	5 534 738	5 627 235	5 659 715	18,6	+ 2,3	42 921	132	1,1
Deutschland	81 802 257	80 767 463	81 197 537	21,0	- 0,7	357 340	227	16,0
Baden-Württemberg	10 744 921	10 631 278	10 716 644	19,8	- 0,3	35 751	300	2,1
Bayern	12 510 331	12 604 244	12 691 568	20,0	+ 1,4	70 550	180	2,5
Berlin	3 442 675	3 421 829	3 469 849	19,1	+ 0,8	892	3 890	0,7
Brandenburg	2 511 525	2 449 193	2 457 872	23,0	- 2,1	29 654	83	0,5
Bremen	661 716	657 391	661 888	21,3	+ 0,0	419	1 580	0,1
Hamburg	1 774 224	1 746 342	1 762 791	18,8	- 0,6	755	2 335	0,3
Hessen	6 061 951	6 045 425	6 093 888	20,3	+ 0,5	21 115	289	1,2
Mecklenburg-Vorpommern	1 651 216	1 596 505	1 599 138	22,7	- 3,2	23 213	69	0,3
Niedersachsen	7 928 815	7 790 559	7 826 739	21,4	- 1,3	47 614	164	1,5
Nordrhein-Westfalen	17 872 763	17 571 856	17 638 098	20,6	- 1,3	34 110	517	3,5
Rheinland-Pfalz	4 012 675	3 994 366	4 011 582	20,9	- 0,0	19 854	202	0,8
Saarland	1 022 585	990 718	989 035	22,8	- 3,3	2 569	385	0,2
Sachsen	4 168 732	4 046 385	4 055 274	24,9	- 2,7	18 420	220	0,8
Sachsen-Anhalt	2 356 219	2 244 577	2 235 548	24,9	- 5,1	20 452	109	0,4
Schleswig-Holstein	2 832 027	2 815 955	2 830 864	22,5	- 0,0	15 800	179	0,6
Thüringen	2 249 882	2 160 840	2 156 759	24,0	- 4,1	16 173	133	0,4
Estland	1 333 290	1 315 819	1 313 271	18,8	- 1,5	45 227	29	0,3
Irland	4 549 428	4 605 501	4 628 949	13,0	+ 1,7	69 797	66	0,9
Griechenland	11 119 289	10 926 807	10 858 018	20,9	- 2,3	132 049	82	2,1
Spanien	46 486 619	46 512 199	46 449 565	18,5	- 0,1	505 970	92	9,1
Frankreich	64 658 856	65 889 148	66 415 161	18,4	+ 2,7	633 187	105	13,1
Kroatien	4 302 847	4 246 809	4 225 316	18,8	- 1,8	0,8
Italien	59 190 143	60 782 668	60 795 612	21,7	+ 2,7	302 073	201	12,0
Zypern	819 140	858 000	847 008	14,6	+ 3,4	9 251	92	0,2
Lettland	2 120 504	2 001 468	1 986 096	19,4	- 6,3	64 573	31	0,4
Litauen	3 141 976	2 943 472	2 921 262	18,7	- 7,0	65 300	45	0,6
Luxemburg	502 066	549 680	562 958	14,2	+ 12,1	2 586	218	0,1
Ungarn	10 014 324	9 877 365	9 855 571	17,9	- 1,6	93 024	106	1,9
Malta	414 027	425 384	429 344	18,5	+ 3,7	316	1 359	0,1
Niederlande	16 574 989	16 829 289	16 900 726	17,8	+ 2,0	41 540	407	3,3
Österreich	8 351 643	8 506 889	8 576 261	18,5	+ 2,7	83 879	102	1,7
Polen	38 022 869	38 017 856	38 005 614	15,4	- 0,0	312 679	122	7,5
Portugal	10 573 479	10 427 301	10 374 822	20,3	- 1,9	92 225	112	2,0
Rumänien	20 294 683	19 947 311	19 870 647	17,0	- 2,1	238 391	83	3,9
Slowenien	2 046 976	2 061 085	2 062 874	17,9	+ 0,8	20 273	102	0,4
Slowakei	5 390 410	5 415 949	5 421 349	14,0	+ 0,6	49 035	111	1,1
Finnland	5 351 427	5 451 270	5 471 753	19,9	+ 2,2	338 435	16	1,1
Schweden	9 340 682	9 644 864	9 747 355	19,6	+ 4,4	438 574	22	1,9
Vereinigtes Königreich	62 510 197	64 351 155	64 875 165	17,7	+ 3,8	248 528	261	12,8
Europäische Union (28 Länder)	503 170 618	506 944 075	508 450 856	18,9	+ 1,0	4 361 627	117	100

Quelle: Eurostat. Für Deutschland und seine Länder: Statistisches Bundesamt.

75. Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten der Mitgliedsstaaten der EU und der deutschen Länder

Staat / Land	Bruttoinlandsprodukt		BIP in Kaufkraftstandards je Einwohner/-in in Prozent des EU-Durchschnitts (EU = 100)		Erwerbslosenquote		Erwerbstätigenquote		Gender Pay Gap	
	2014	Veränderung 2014/2013	2014	Veränderung 2014/2013	2015	Veränderung 2015/2014	2015	Veränderung 2015/2014	2014	Veränderung 2014/2013
	Mio. €	%	Prozentpunkte	Prozentpunkte	%	Prozentpunkte	%	Prozentpunkte	%	Prozentpunkte
Belgien	400 643	+ 2,0	118	- 2,0	8,5	0,0	61,8	- 0,1	10	-0
Bulgarien	42 751	+ 2,0	47	+ 1,0	9,1	- 2,3	62,9	+ 1,9	13	-0
Tschech. Rep.	154 739	- 1,4	84	+ 1,0	5,0	- 1,1	70,2	+ 1,2	22	+0
Dänemark	260 582	+ 2,1	125	- 1,0	6,2	- 0,4	73,5	+ 0,7	16	-1
Deutschland	2 915 650	+ 3,4	126	+ 2,0	4,6	- 0,4	74,0	+ 0,2	22	+0
Bad.-Württbg.	440 057	+ 4,2	144	+ 2,0	3,1	0,0	76,9	+ 0,2	26	-1
Bayern	524 064	+ 3,5	145	+ 2,0	2,9	0,0	77,7	0,0	24	-1
Berlin	117 750	+ 4,4	119	+ 1,0	9,4	- 0,4	69,0	0,0	10	-1
Brandenburg	62 150	+ 2,6	88	0,0	5,7	- 1,0	75,2	+ 0,5	9	+2
Bremen	30 360	+ 2,8	161	+ 1,0	5,6	- 1,0	67,9	- 0,3	25	+0
Hamburg	103 566	+ 3,7	206	+ 2,0	4,3	- 0,7	75,1	+ 0,4	25	+0
Hessen	251 517	+ 3,2	145	+ 2,0	4,0	- 0,4	73,6	+ 0,6	24	+2
Meckl.-Vorp.	38 634	+ 3,1	84	+ 1,0	7,8	- 1,8	71,7	+ 0,6	5	+1
Niedersachsen	254 659	+ 2,8	114	+ 1,0	4,3	- 0,3	73,5	+ 0,1	22	+2
Nordrh.-Westf.	627 219	+ 3,1	124	+ 1,0	5,2	- 0,4	70,7	+ 0,2	22	+0
Rheinl.-Pfalz	128 135	+ 2,7	112	+ 1,0	3,7	- 0,2	74,1	0,0	22	+0
Saarland	33 685	+ 3,0	119	+ 2,0	5,6	- 0,2	70,7	+ 0,5	24	-1
Sachsen	109 097	+ 3,8	94	+ 2,0	6,3	- 0,9	75,2	+ 0,3	11	+1
Sachsen-Anh.	55 845	+ 1,7	87	0,0	8,0	- 0,8	73,6	+ 0,7	8	+1
Schlesw.-Holst.	84 364	+ 3,4	104	+ 1,0	4,2	- 0,4	74,7	+ 0,5	16	-1
Thüringen	54 549	+ 3,3	88	+ 1,0	5,8	- 0,2	74,2	- 1,3	5	-2
Estland	19 963	+ 5,0	76	+ 1,0	6,2	- 1,2	71,9	+ 2,3	28	-2
Irland	189 046	+ 5,3	134	+ 3,0	9,4	- 1,9	63,3	+ 1,6
Griechenland	177 559	- 1,6	72	- 2,0	24,9	- 1,6	50,8	+ 1,4
Spanien	1 041 160	+ 1,0	91	0,0	22,1	- 2,3	57,8	+ 1,8	19	+0
Frankreich	2 132 449	+ 0,8	107	- 1,0	10,4	+ 0,1	63,7	0,0	15	+0
Kroatien	43 020	- 1,1	59	0,0	16,3	- 1,0	55,8	+ 1,2	10	+1
Italien	1 613 859	+ 0,4	96	- 2,0	11,9	- 0,8	56,3	+ 0,6	7	-1
Zypern	17 394	- 3,7	82	- 2,0	14,9	- 1,2	62,7	+ 0,6	15	-0
Lettland	23 581	+ 3,4	64	+ 2,0	9,9	- 0,9	68,1	+ 1,8	15	+1
Litauen	36 444	+ 4,2	75	+ 2,0	9,1	- 1,6	67,2	+ 1,5	15	+2
Luxemburg	48 898	+ 5,1	266	+ 2,0	6,7	+ 0,8	66,1	- 0,5	9	+0
Ungarn	104 239	+ 2,9	68	+ 2,0	6,8	- 0,9	63,9	+ 2,1	15	-3
Malta	8 106	+ 5,9	86	0,0	5,4	- 0,4	63,9	+ 1,5	5	-1
Niederlande	662 770	+ 1,8	131	- 1,0	6,9	- 0,5	74,1	+ 1,0	16	-0
Österreich	329 296	+ 2,0	129	- 2,0	5,7	+ 0,1	71,1	0,0	23	-0
Polen	410 845	+ 4,1	68	+ 1,0	7,5	- 1,5	62,9	+ 1,2	8	+1
Portugal	173 446	+ 1,9	78	+ 1,0	12,4	- 1,5	63,9	+ 1,3	15	+2
Rumänien	150 230	+ 4,1	55	+ 1,0	6,8	0,0	61,4	+ 0,4	10	+1
Slowenien	37 303	+ 3,9	82	+ 2,0	9,0	- 0,7	65,2	+ 1,3	3	-0
Slowakei	75 561	+ 2,3	77	+ 1,0	11,5	- 1,7	62,7	+ 1,7	21	+1
Finnland	205 268	+ 0,9	110	- 3,0	9,4	+ 0,7	68,5	- 0,2	18	-1
Schweden	430 642	- 1,2	123	- 1,0	7,4	- 0,6	75,5	+ 0,6	15	-1
Verein. Königr.	2 254 297	+ 10,3	109	+ 1,0	5,3	- 0,8	72,7	+ 0,8	18	-1
Europ. Union (28 Länder)	13 959 739	+ 3,0	100	x	9,4	- 0,8	65,6	+ 0,8	16	-0

Quelle: Eurostat. Angaben für Deutschland und seine Länder für den Gender Pay Gap: Verdienststrukturerhebungen fortgeschrieben mit Ergebnissen der Vierteljährlichen Verdiensterhebung.

76. Frühe Schulabgängerinnen und -abgänger

Staat / Land	Anteil der frühen Schulabgänger/-innen an der gleichaltrigen Bevölkerung						Männlich	Weiblich	Veränderung des Anteils	
	2010	2011	2012	2013	2014	2015			2015/2010	2015/2014
	%								Prozentpunkte	
Belgien	11,9	12,3	12,0	11,0	9,8	10,1	11,6	8,6	- 1,8	+ 0,3
Bulgarien	12,6	11,8	12,5	12,5	12,9	13,4	13,3	13,4	+ 0,8	+ 0,5
Tschechische Republik	4,9	4,9	5,5	5,4	5,5	6,2	6,4	6,0	+ 1,3	+ 0,7
Dänemark	11,0	9,6	9,1	8,0	7,8	7,8	9,7	5,7	- 3,2	0,0
Deutschland	11,8	11,6	10,5	9,8	9,5	10,1	10,4	9,8	- 1,7	+ 0,6
Baden-Württemberg	9,7	10,0	8,4	7,5	7,8	8,5	8,3	8,7	- 1,2	+ 0,7
Bayern	9,2	9,0	7,3	7,1	6,3	6,2	6,7	5,7	- 3,0	- 0,1
Berlin	14,4	13,2	13,4	12,2	13,5	13,9	17,1	11,0	- 0,5	+ 0,4
Brandenburg	9,6	10,3	10,2	10,6	9,0	11,9	12,4	11,3	+ 2,3	+ 2,9
Bremen	14,1	17,8	13,1	14,9	14,0	12,4	/	/	- 1,7	- 1,6
Hamburg	13,0	13,0	12,4	11,6	11,7	13,2	14,9	11,4	+ 0,2	+ 1,5
Hessen	11,8	10,9	9,5	10,1	9,7	9,9	10,1	9,7	- 1,9	+ 0,2
Mecklenburg-Vorpommern	9,3	10,2	11,2	9,7	9,9	11,1	/	/	+ 1,8	+ 1,2
Niedersachsen	13,7	14,1	11,9	10,8	10,6	11,0	11,1	10,9	- 2,7	+ 0,4
Nordrhein-Westfalen	14,4	13,6	12,9	11,6	11,2	11,7	11,7	11,7	- 2,7	+ 0,5
Rheinland-Pfalz	15,4	13,5	12,5	13,0	10,4	12,5	12,4	12,7	- 2,9	+ 2,1
Saarland	13,2	15,3	12,8	13,6	11,9	12,5	/	16,2	- 0,7	+ 0,6
Sachsen	7,7	7,9	8,1	6,6	6,8	8,7	9,8	7,4	+ 1,0	+ 1,9
Sachsen-Anhalt	11,9	13,1	11,2	9,9	9,3	12,5	12,8	12,1	+ 0,6	+ 3,2
Schleswig-Holstein	12,6	13,0	12,6	10,1	12,7	10,9	12,2	9,5	- 1,7	- 1,8
Thüringen	6,4	7,8	7,6	7,8	6,1	8,5	9,3	/	+ 2,1	+ 2,4
Estland	11,0	10,6	10,3	9,7	11,4	11,2	13,2	9,0	+ 0,2	- 0,2
Irland	11,5	10,8	9,7	8,4	6,9	6,9	8,4	5,4	- 4,6	0,0
Griechenland	13,5	12,9	11,3	10,1	9,0	7,9	9,4	6,4	- 5,6	- 1,1
Spanien	28,2	26,3	24,7	23,6	21,9	20,0	24,0	15,8	- 8,2	- 1,9
Frankreich	12,7	12,3	11,8	9,7	9,0	9,3	10,1	8,5	- 3,4	+ 0,3
Kroatien	5,2	5,0	5,1	4,5	2,7	2,8	3,6	2,1	- 2,4	+ 0,1
Italien	18,6	17,8	17,3	16,8	15,0	14,7	17,5	11,8	- 3,9	- 0,3
Zypern	12,7	11,3	11,4	9,1	6,8	5,3	7,7	3,2	- 7,4	- 1,5
Lettland	12,9	11,6	10,6	9,8	8,5	9,9	13,4	6,2	- 3,0	+ 1,4
Litauen	7,9	7,4	6,5	6,3	5,9	5,5	6,9	4,0	- 2,4	- 0,4
Luxemburg	7,1	6,2	8,1	6,1	6,1	9,3	10,5	8,1	+ 2,2	+ 3,2
Ungarn	10,8	11,4	11,8	11,9	11,4	11,6	12,0	11,2	+ 0,8	+ 0,2
Malta	23,8	22,7	21,1	20,5	20,3	19,8	22,9	16,6	- 4,0	- 0,5
Niederlande	10,0	9,2	8,9	9,3	8,7	8,2	9,9	6,4	- 1,8	- 0,5
Österreich	8,3	8,5	7,8	7,5	7,0	7,3	7,8	6,8	- 1,0	+ 0,3
Polen	5,4	5,6	5,7	5,6	5,4	5,3	7,2	3,2	- 0,1	- 0,1
Portugal	28,3	23,0	20,5	18,9	17,4	13,7	16,4	11,0	- 14,6	- 3,7
Rumänien	19,3	18,1	17,8	17,3	18,1	19,1	19,5	18,5	- 0,2	+ 1,0
Slowenien	5,0	4,2	4,4	3,9	4,4	5,0	6,4	3,4	0,0	+ 0,6
Slowakei	4,7	5,1	5,3	6,4	6,7	6,9	6,9	6,8	+ 2,2	+ 0,2
Finnland	10,3	9,8	8,9	9,3	9,5	9,2	10,6	7,9	- 1,1	- 0,3
Schweden	6,5	6,6	7,5	7,1	6,7	7,0	7,6	6,4	+ 0,5	+ 0,3
Vereinigtes Königreich	14,8	14,9	13,4	12,3	11,8	10,8	11,7	9,8	- 4,0	- 1,0
Europäische Union (28 Länder)	13,9	13,4	12,7	11,9	11,2	11,0	12,4	9,5	- 2,9	- 0,2

Quelle: Eurostat.

77. Bevölkerung 2009 bis 2014

Region	Einwohner/-innen am 31.12.						Veränderung der Zahl der Einwohner/-innen	
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2014/2009	2014/2013
	Anzahl						%	
Europäische Union	503 170 618	502 964 837	504 060 345	505 166 839	506 944 075	508 450 856	+ 1,0	+ 0,3
Deutschland	81 802 257	81 751 602	80 327 900	80 523 746	80 767 463	81 197 537	- 0,7	+ 0,5
Niedersachsen	7 928 815	7 918 293	7 774 253	7 778 995	7 790 559	7 826 739	- 1,3	+ 0,5
Statistische Region Braunschweig	1 616 720	1 609 369	1 575 968	1 574 527	1 574 936	1 579 754	- 2,3	+ 0,3
Statistische Region Hannover	2 142 440	2 138 711	2 093 431	2 094 931	2 099 079	2 108 413	- 1,6	+ 0,4
Statistische Region Lüneburg	1 693 654	1 692 238	1 667 127	1 667 332	1 670 199	1 677 715	- 0,9	+ 0,5
Statistische Region Weser-Ems	2 476 001	2 477 975	2 437 727	2 442 205	2 446 345	2 460 857	- 0,6	+ 0,6

Quelle: Eurostat.

78. Bruttoinlandsprodukt 2009 bis 2014

Region	Bruttoinlandsprodukt zu laufenden Marktpreisen						Veränderung des BIP	
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2014/2009	2014/2013
	Mio. €						%	
Europäische Union	12 255 574	12 794 720	13 180 892	13 433 175	13 550 560	13 959 739	+ 13,9	+ 3,0
Deutschland	2 460 280	2 580 060	2 703 120	2 754 860	2 820 820	2 915 650	+ 18,5	+ 3,4
Niedersachsen	210 264	223 042	235 965	240 917	247 634	254 659	+ 21,1	+ 2,8
Statistische Region Braunschweig	45 890	50 828	55 254	56 229	59 731	61 663	+ 34,4	+ 3,2
Statistische Region Hannover	62 712	65 432	68 856	69 814	71 120	73 047	+ 16,5	+ 2,7
Statistische Region Lüneburg	35 937	37 239	38 940	40 342	41 181	42 256	+ 17,6	+ 2,6
Statistische Region Weser-Ems	65 725	69 543	72 915	74 533	75 603	77 693	+ 18,2	+ 2,8

Quelle: Eurostat.

79. Bruttoinlandsprodukt je Einwohner/-in 2009 bis 2014

Region	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner/-in zu laufenden Marktpreisen						Veränderung des BIP je Einwohner/-in	
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2014/2009	2014/2013
	€						%	
Europäische Union	24 400	25 400	26 100	26 500	26 700	27 500	+ 12,7	+ 3,0
Deutschland	30 600	32 100	33 700	34 300	35 000	36 000	+ 17,6	+ 2,9
Niedersachsen	26 900	28 700	30 300	31 000	31 800	32 600	+ 21,2	+ 2,5
Statistische Region Braunschweig	28 800	32 100	35 000	35 700	37 900	39 100	+ 35,8	+ 3,2
Statistische Region Hannover	29 700	31 100	32 900	33 300	33 900	34 700	+ 16,8	+ 2,4
Statistische Region Lüneburg	21 600	22 400	23 300	24 200	24 700	25 200	+ 16,7	+ 2,0
Statistische Region Weser-Ems	27 000	28 600	29 900	30 500	30 900	31 700	+ 17,4	+ 2,6

Quelle: Eurostat.

80. Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftstandards je Einwohner/-in in Prozent des EU-Durchschnitts

Region	BIP in Kaufkraftstandards je Einwohner/-in in Prozent des EU-Durchschnitts (EU = 100)						Veränderung	
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2014/2009	2014/2013
	%						Prozentpunkte	
Europäische Union	100	100	100	100	100	100	x	x
Deutschland	116	121	124	124	124	126	+ 10,0	+ 2,0
Niedersachsen	103	108	112	112	113	114	+ 11,0	+ 1,0
Statistische Region Braunschweig	110	121	129	129	135	136	+ 26,0	+ 1,0
Statistische Region Hannover	113	117	121	121	120	121	+ 8,0	+ 1,0
Statistische Region Lüneburg	82	84	86	88	88	88	+ 6,0	0,0
Statistische Region Weser-Ems	103	108	110	111	110	111	+ 8,0	+ 1,0

Quelle: Eurostat.

81. Erwerbstätigenquote der 15- bis unter 65-Jährigen 2010 bis 2015

Region	Erwerbstätigenquote der 15- bis unter 65-Jährigen						Darunter		Veränderung der Erwerbs- tätigenquote 2015/2010
	2010	2011	2012	2013	2014	2015			
						männlich	weiblich		
%								Prozentpunkte	
Europäische Union (28 Länder)	64,0	64,1	64,0	64,0	64,8	65,6	70,8	60,3	+ 1,6
Deutschland	71,3	72,7	73,0	73,5	73,8	74,0	78,0	69,9	+ 2,7
Niedersachsen	70,4	72,1	72,5	73,2	73,4	73,5	77,8	69,2	+ 3,1
Statistische Region Braunschweig	68,7	70,7	70,3	70,0	70,5	71,5	75,4	67,6	+ 2,8
Statistische Region Hannover	69,3	70,5	72,5	73,1	73,2	72,6	76,5	68,6	+ 3,3
Statistische Region Lüneburg	72,7	74,2	73,9	74,8	75,7	76,1	80,1	72,2	+ 3,4
Statistische Region Weser-Ems	71,0	72,9	73,0	74,4	74,1	73,8	78,8	68,6	+ 2,8

Quelle: Eurostat.

82. Erwerbslosenquote der 15-Jährigen und älter 2010 bis 2015

Region	Erwerbslosenquote der 15-Jährigen und älter						Darunter		Veränderung der Erwerbs- losenquote 2015/2010
	2010	2011	2012	2013	2014	2015			
						männlich	weiblich		
%								Prozentpunkte	
Europäische Union (28 Länder)	9,6	9,6	10,5	10,9	10,2	9,4	9,3	9,5	- 0,2
Deutschland	7,0	5,8	5,4	5,2	5,0	4,6	5,0	4,2	- 2,4
Niedersachsen	6,4	5,5	4,9	4,9	4,6	4,3	4,5	3,9	- 2,1
Statistische Region Braunschweig	7,1	6,2	5,5	6,2	5,5	4,9	5,6	4,1	- 2,2
Statistische Region Hannover	7,0	6,7	5,4	5,4	5,2	4,7	5,2	4,2	- 2,3
Statistische Region Lüneburg	5,7	5,3	4,4	4,3	4,0	3,5	3,8	3,1	- 2,2
Statistische Region Weser-Ems	5,9	4,2	4,3	4,0	4,1	3,9	3,8	4,1	- 2,0

Quelle: Eurostat.

